

Printed in
GermanyTschechien Kč 195,-
Ungarn Ft 2490,-Spanien € 6,80
Spanien/Kanaren € 7,00Slowakei € 6,80
Slowenien € 6,50Polen (ISSN00387452) ZL 33,-
Portugal (cont.) € 6,80Norwegen NOK 86,-
Österreich € 6,00Griechenland € 7,30
Italien € 6,80Finland € 8,30
Frankreich € 6,80Belux € 6,40
Dänemark dkr 57,95**SPIEGEL-Gespräch**

Captain Europe

Carola Rackete über die dramatische Rettungsfahrt ihrer »Sea-Watch 3«

Notlösung für Brüssel
Ursula von der Leyens
neues Kommando

Die Akte Audi
Wie Topmanager den
Dieselskandal vertuschten

Pokern in Las Vegas
Deutsche zocken
um Millionen



Ihre Kunden entdecken
gerade ihre Liebe zu Ihnen.
Bereit für so viel Gefühl?

Heute erwarten Kunden besondere und persönliche Erlebnisse. Experience-Management-Lösungen von SAP helfen Ihnen dabei, Experience-Daten (X) mit operativen Daten (O) zu kombinieren. So können Sie besser verstehen, was Ihre Kunden wünschen, und darauf reagieren. Experience Management ist hier.

Erleben Sie mehr auf sap.de/xm

THE BEST RUN



Hausmitteilung
Betr.: Titel, Philippinen, Audi



KARL MANCINI / DER SPIEGEL

Hornig, Rackete

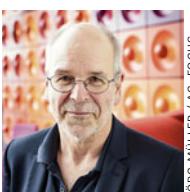
In der Nacht nach ihrer Freilassung brachten Vertreter der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch die deutsche Kapitänin Carola Rackete auf Sizilien an einen sicheren Ort. Dort, etwa anderthalb Autostunden von Palermo entfernt, traf Italienkorrespondent Frank Hornig sie zwei Tage später für die Titelgeschichte zum Gespräch. Eine Stunde lang redete er mit der Frau, die für viele Menschen eine Helden geworden ist, über die Irrfahrt durchs Mittelmeer, mit mehr als 50 Flüchtlingen an Bord,

die mit Racketes Festnahme endete. »Sie war sehr entspannt und klar«, sagt Hornig. Einer möglichen Anklage wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung sieht sie gelassen entgegen. Rackete sagt, sie habe sich alleingelassen gefühlt von der Politik, niemand habe Verantwortung übernehmen wollen: »Die haben die heiße Kartoffel immer weitergereicht.« Hornig sprach auch auf Lampedusa mit Flüchtlingen, die Rackete gerettet hatte; Carolina Torres und Steffen Lüdke besuchten Racketes Eltern in Hambühren. Dass ihre Tochter dem italienischen Innenminister Matteo Salvini die Stirn geboten hat, wundert sie nicht. »Das ist so ihre Art«, sagt Vater Ekkehart. In Paris traf Britta Sandberg einen Mann, der aus dem Sudan nach Frankreich geflüchtet ist. Er berichtet, wie die libysche Küstenwache ihn zunächst abging und in ein Lager steckte – und ihm später bei der Überfahrt nach Italien half, nachdem er Geld gezahlt hatte. **Seite 10**

Seit drei Jahren führt Rodrigo Duterte, der Präsident der Philippinen, einen Schattenkrieg: Polizisten, Bürgerwehren und Killerkommandos töten Menschen, die mit Drogen handeln oder sie konsumieren – oder die zufällig im Weg stehen. Die philippinische Polizei spricht von 6600 Opfern, die unabhängige Menschenrechtskommission des Landes schätzt, dass die Zahl mehr als viermal so hoch ist. Der Missionar Ciriaco Jun Santiago ist Chronist der Opfer, auf eigene Faust. Er fotografiert Leichen, dokumentiert Zeugenaussagen, versteckt Zeugen, kümmert sich um Hinterbliebene. SPIEGEL-Mitarbeiter Carsten Stormer kennt Santiago schon seit 2016, darum konnte er ihn nun durch Manila begleiten. Der Ordensbruder gehört zu jenen Duterte-Gegnern, die angefeindet werden. Stormer begegnete auch einem Mann, der »Lazarus« genannt wird, weil er ein angebliches Tötungskommando der Polizei überlebt hat. Lazarus ist bereit, als Zeuge bei einem möglichen Prozess gegen den Präsidenten vor dem Internationalen Strafgerichtshof auszusagen. **Seite 52**



CARLO GABUCO / DER SPIEGEL

Santiago, Stormer

JORG MULLER / AG, FOCUS

Dohmen

Dass Techniker von Audi Softwareprogramme entwickelt haben, die dafür sorgen, dass Fahrzeuge nur auf dem Prüfstand Abgasgrenzwerte einhielten – das ist bekannt. Doch interne Informationen zeigen nun, dass der damalige Firmenchef Rupert Stadler mit dafür gesorgt haben dürfte, dass Audi weiterhin Autos mit verbotenen Abschalteinrichtungen produzierte und an ahnungslose Kunden verkauft, als der Betrug in den USA bereits aufgeflogen war. Die Staatsanwaltschaft München II wird daher voraussichtlich noch im Sommer gegen ihn und drei andere Führungskräfte Anklage erheben. Insgesamt ermittelt sie gegen 23 weitere Audi-Manager. Die Beteiligten verschwiegen nicht nur wichtige Informationen, sie manipulierten auch Daten und Unterlagen. »Auf den Betrug folgte die Vertuschung«, schreiben die Autoren Frank Dohmen, Simon Hage und Dietmar Hawranek, die den Skandal im Skandal rekonstruieren. Mehr als hundert Ordner mit Ermittlungsakten konnten die Journalisten einsehen und erhielten so Einblick in ein bislang weitgehend unbekanntes Kapitel der Dieselaffäre. **Seite 64**



JETZT MITMACHEN BEIM WETTBEWERB 2019!

WORUM GEHT ES?

Die Frage ist: Wie wollen wir in Zukunft wohnen? Gibt es neue Wohnformen, Architektur, die ein anderes Zusammenleben ermöglicht, oder auch Projekte von Nachbarn, die Gemeinschaft, schaffen? Wir suchen die besten Ideen für ein zukunftsorientiertes Wohnen.

WIE KANN MAN TEILNEHMEN?

Jeder kann beim Social Design Award mitmachen. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 31. August 2019. Die Wettbewerbsunterlagen und das Onlineformular für die Beiträge findet man unter www.spiegel.de/socialdesignaward

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

Die Expertenjury wählt die zehn besten Einreichungen aus, diese werden ab Ende September auf SPIEGEL ONLINE vorgestellt. Aus ihnen können die Leser ihren Favoriten wählen. Die Gewinner geben wir auf SPIEGEL ONLINE und am 12.11.2019 in SPIEGEL WISSEN 4/2019 bekannt.

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Vergeben werden ein Jurypreis und ein Publikumspreis. Die Preise sind jeweils mit 2500 Euro dotiert. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

DER SPIEGEL Wissen

SPIEGEL ONLINE

In Kooperation mit

BAUHAUS

Inhalt

73. Jahrgang | Heft 28 | 6. Juli 2019

Titel

Migration Der Streit über das private Rettungsschiff »Sea-Watch 3« offenbart das Versagen europäischer Einwanderungspolitik 10

SPIEGEL-Gespräch mit der Kapitänin Carola Rackete über die dramatischen Tage an Bord 15

Deutschland

Leitartikel Die EU hat ein Demokratiedefizit – das liegt auch an ihrem Parlament 6

Meinung Die Gegendarstellung / So gesehen: Die streng geheime Kabinettsliste der Kanzlerin 8

Deutsche gehen später in Rente / Union will Gentechnik-Urteil aushebeln / 100 Euro Bußgeld für Parken auf Radstreifen 18

Europa Wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Kandidatin für den wichtigsten EU-Posten wurde – und wer sie verhindern will 22

Globale Krisen Warum Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) Mindeststandards für deutsche Firmen im Ausland fordert 28

AfD Der Flügelkampf zerreißt die Landesverbände 30

SPD Der kommissarische Fraktionschef Rolf Mützenich steht für einen neuen Politikstil: ruhig und bescheiden 32

Linke In der Partei drängen junge Talente an die Spitze – doch die derzeitige Führung hält sich an der Macht 34



OLIVIER HOSLET / EPA-EFE / REUTER

Rückkehr nach Brüssel

Ursula von der Leyen ist in Belgien aufgewachsen, nun soll sie dort als Chefin der EU-Kommission Jean-Claude Juncker nachfolgen. Doch der Personalcoup zeigt vor allem, wie gespalten der Kontinent ist. Und im Parlament regt sich Widerstand. Seite 22



JAN HUEBNER / IMAGO

Betrogen, vertuscht, versagt

Audi hat nicht nur Autos mit illegaler Software gebaut. Nachdem der Skandal in den USA aufgeflogen war, tat das Unternehmen alles, um seinen milliardenschweren EU-Markt zu schützen – und täuschte Kontrolleure wie Verbraucher. Seite 64

Zeitgeschichte SPIEGEL-Gespräch mit Egon Krenz, DDR-Staatschef beim Mauerfall, über Michail Gorbatschows doppeltes Spiel und seinen Respekt vor Angela Merkel 36

Internet Wie der 73-jährige CDU-Politiker Ruprecht Polenz zum Twitter-König seiner Partei aufstieg 41

Rechtsextremisten Warum zwei NSU-Täter als Märtyrer verehrt werden 42

Forschung Die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek torpediert ihre eigene Exzellenzstrategie 44

Strafjustiz Ein 47-Jähriger betrügt neun Lebensgefährtinnen und tötet seine Mutter 46

Kommunen Warum Straßenmusiker in München auf dem Amt vorspielen müssen 49

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Eheschließungen / Was braucht es zum perfekten Sauna-Aufguss? 50

Eine Meldung und ihre Geschichte Wie man mit Gottes Hilfe drei Naturkatastrophen übersteht 51

Philippinen Der Kampf eines katholischen Missionars gegen den Drogenkrieg von Präsident Duterte 52

Zwangsehen Der Urlaub im Heimatland der Eltern kann für junge Frauen mit einer Verheiratung enden 58

Kolumne Leitkultur 61

Wirtschaft

Externe Berater für »Gorch Fock« / Nächste Runde im Kirch-Prozess 62

Dieselaffäre Audi hat nach dem Auffliegen des Skandals um die Abgassoftware jahrelang weiter betrogen 64

BMW Der glücklose Vorstandschef Harald Krüger steht vor dem Abgang 74

NS-Wirtschaft Wie eine Zwangsarbeiterin ihre Zeit bei Bahlsen erlebte 76

Umwelt Indien will auf grüne Energie setzen 78

Analyse Droht eine neue Welle von Massenentlassungen? 81

Ausland

Erfolg im afghanischen Friedensprozess / In Kolumbien nimmt die Gewalt wieder zu 82

Mexiko An der Grenze zu den USA wurde das Recht auf Asyl durch neue Regelungen weitgehend ausgehebelt 84

Vereinigte Arabische Emirate Die Flucht der Prinzessin Haya von Jordanien 87

Türkei SPIEGEL-Gespräch mit dem Journalisten Can Dündar und seiner Frau Dilek über das Ende der Ära Erdogan und die Jahre ihrer Trennung 90

Analyse Was die Proteste in Hongkong über den Umgang mit China lehren 94

Sport

Die großen drei beherrschen den Grand Slam im Tennis / Magische Momente: Celia Šašić über ihre Wahl zur Fußballerin Europas 95

Poker Wie ein Hamburger in Las Vegas abkassiert 96

Korruption Warum Fifa-Präsident Gianni Infantino in Afrika aufräumen muss 98



Wissenschaft

Können E-Zigaretten zu Hirnschäden führen? / Raubbau am Strand / Analyse: Versteckte Gefahren im Krankenhaus 100

Raumfahrt Proteste, Pech und Pannen – die wahre Geschichte der Mondlandung 102

Medizin Wie schädlich sind die bei Kernspinaufnahmen eingesetzten Kontrastmittel? 108

Unfallforschung Tödliche Kunst – wenn Kreisskulpturen die Autofahrer zu sehr ablenken 109

Kultur

Olafur Eliasson-Ausstellung in London / Kinofilm »Kursk« / Kolumne: Besser weiß ich es nicht 110

Erotik Der deutsche »Playboy« verliert Leser – hat ein Herrenmagazin in Zeiten von #MeToo und Internetpornografie überhaupt eine Zukunft? 112

Kino Der britische Regisseur Danny Boyle erzählt, wie eine Welt ohne Beatles aussehen würde – und warum die Queen ein Selfie wollte 116

Humor Dieter Nuhr ist einer der erfolgreichsten deutschen Comedians – für manche aber auch ein Feindbild 118

Unterhaltung Atlanta gilt als Kulturfeststadt des schwarzen Amerika, ein neues Abtreibungsgesetz könnte das gefährden 120

Literaturkritik Catherine Lacey's Roman »Das Girlfriend-Experiment« 123

Millionenjagd in Las Vegas

Jedes Jahr zieht es deutsche Pokerspieler in Scharen zu den Weltmeisterschaften nach Nevada. Ihr Ziel ist es, zu wiederholen, was 2011 ein Rheinländer geschafft hat: über acht Millionen Dollar zu gewinnen. Doch die meisten zahlen am Ende drauf. Seite 96



AUTUMN SONNICHSEN / PLAYBOY

Nackte Wahrheit

Früher pflegte der »Playboy« das Image des Mannes, der mühelos alle und alles haben kann. Diese Souveränität ist weg. Die Auflage sinkt stark, der Burda-Verlag gibt die deutsche Lizenz auf. Es soll trotzdem weitergehen. Seite 112

Bestseller 117
Impressum, Leserservice 124
Nachrufe 125
Personalien 126
Briefe 128
Hohlspiegel / Rückspiegel 130

Jetzt erst recht!

Leitartikel Das EU-Parlament sollte nach dem verlorenen Machtpoker mehr Demokratie einfordern.

Die Art und Weise, wie die Staats- und Regierungschefs ihren Vorschlag für den Posten der Kommissionspräsidentin ausgekettet haben, war beschämend für den demokratischen Gedanken in der Union. Von den Spitzenkandidaten, die sich bei den Europawahlen den Wählern gestellt haben, kam keiner zum Zug. Manfred Weber scheiterte am Veto Emmanuel Macrons, der ihn für ein Leichtgewicht hält. Frans Timmermans scheiterte an einer Allianz aus Italien und osteuropäischen Ländern. Er wurde vor allem wegen seines Einsatzes für Flüchtlingsquoten und für den Rechtsstaat verhindert.

Am Ende stand die Kandidatin Ursula von der Leyen. Macron brachte die Deutsche ins Spiel, und als ausgerechnet Ungarns rechter Regierungschef Viktor Orbán sein Plazet gab, stand die Entscheidung. Dass die Verteidigungsministerin bei der Europawahl gar nicht kandidiert hatte, störte die Regierungschefs nicht. Europas Demokratie hat durch dieses Postengeschacher Schaden genommen. Schuld daran sind aber nicht allein die Staats- und Regierungschefs. Auch die Verfechter der Idee von EU-weiten Spitzenkandidaten im Straßburger Parlament beginnen schwere Fehler. Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung

hätte für die Parlamentarier Ansporn sein müssen, den Staats- und Regierungschefs selbstbewusst und geschlossen entgegenzutreten. Doch statt sich hinter einem Kandidaten zu versammeln und so den Europäischen Rat unter Druck zu setzen, beschäftigten sich die Abgeordneten nach den Wahlen damit, Posten im Parlament zu verteilen. Die Quittung für so viel Machtvergessenheit bekamen sie jetzt.

Doch bei allem nachvollziehbaren Ärger wäre es falsch, von der Leyen nun aus Trotz durchfallen zu lassen, wenn sie sich am 16. Juli in der Volksvertretung zur Abstimmung stellt. Sicher, ein Aufstand des Parlaments ist nötig, den sind sich die Abgeordneten schon aus Selbstachtung schuldig. Aber er sollte sich nicht gegen eine Person richten, sondern gegen die Art und Weise, wie in der EU das Spitzenpersonal gefunden wird.

Das Letzte, was Europa nun braucht, ist eine institutionelle Krise, ein womöglich monatelanges Kräftemessen zwischen Europäischem Rat und Parlament. Die Bürger, die die EU bei den Wahlen mit einem Vertrauensvorschuss ausstatteten, würden sich erst recht angewidert abwenden. Von der Leyen muss zudem keine schlechte Kommissions-

chefin werden, nur weil der Prozess, durch den sie es wurde, eine Farce war. Gerade sie wird nun beweisen müssen, dass ihr die Demokratisierung der Union ein Anliegen ist.

Die Abgeordneten des Europaparlaments sind mächtiger, als sie sich gerade fühlen. Das gilt vor allem für die kommenden Tage. Denn von der Leyen benötigt eine Mehrheit, wenn sie übernächste Woche in Straßburg zur Wahl steht. Die Parlamentarier sollten das nutzen, um ihr im Vorfeld Zusagen abzuringen, mit denen sich die demokratische Verfasstheit des Staatenverbundes stärken lässt. Ebenso sinnvoll wie wichtig wäre es, dem Parlament endlich ein Initiativrecht einzuräumen. Wenn das Europaparlament bislang oft nicht ernst genommen wird, dann liegt das auch daran, dass es das einzige Parlament der westlichen Welt ist, das keine eigenen Gesetze auf den Weg bringen darf.

Zudem müsste von der Leyen nun versprechen, den arg ramponierten Spitzenkandidatenprozess zu reparieren und ihn so zu stärken, dass er bei den nächsten Wahlen nicht mehr infrage gestellt werden kann. Bislang war die entscheidende Schwäche dieses Prozesses, dass die Kandidaten nur in ihren Herkunftsändern gewählt werden konnten,

was einen europaweiten Wahlkampf wenig überzeugend erscheinen ließ. Hier könnten künftig transnationale Listen helfen, weniger Kleinstaaterei also und mehr europäischer Gedanke an den Wahlurnen. Die Kandidaten dieser zusätzlichen europaweiten Listen würden dann nicht nur in Dinkelsbühl auf dem Stimmzettel stehen, sondern auch in Dubrovnik oder Killarney.

Auch Europas Parteienfamilien müssen bereit sein, aus der jüngsten Pleite ihrer Spitzenkandidaten zu lernen. In Zukunft dürfen sie keine Manfred Webers mehr aufstellen, sie brauchen Kandidaten, die in ganz Europa Autorität besitzen und bekannt sind. Weil weder Timmermans noch Weber überzeugend deutlich machen konnten, dass ihre Kandidatur bei den Europawahlen einen Unterschied machte, taten sich die Staats- und Regierungschefs nun so leicht, die beiden abzuräumen.

Die erste Chance, der neuen Kommission ihren Stempel aufzudrücken, haben die Parlamentarier in Straßburg nach den Wahlen spektakulär verspielt. Ihre zweite sollten sie nun nutzen. Noch eine werden sie nicht bekommen.

Peter Müller



PIROSCHKA VAN DE WOUW / REUTERS

Passt zu denen,
die sich nicht
anpassen.



**Der neue T-Cross.
Auf jede Art besonders.**

Es gibt viele Möglichkeiten, die eigene Persönlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Mit dem neuen T-Cross bekommen Sie jetzt eine weitere dazu. Entscheiden Sie selbst, wie individuell Sie unterwegs sein wollen: Dank zwölf Lackierungen sowie unterschiedlicher Design- und Ausstattungspakete stehen Ihnen dabei zahlreiche Wege offen.



Volkswagen

Meinung

Alexander Neubacher **Die Gegendarstellung**

Berlin sagt »Danke, Deutschland«



Alle sparen. Nur wir hier in Berlin lassen es uns gut gehen. Unsere rot-rot-grüne Landesregierung hat eine ganze Reihe neuer Leistungen beschlossen, von denen die Münchner Notnickel, Stuttgarter Furzklempfer, Frankfurter Sparbrötchen und Hamburger Pennschieder nicht zu träumen wagen.

► Ab August bekommen alle Berliner Eltern das Mittagessen ihrer Grundschulkinder geschenkt. Auch die Schülertickets im Nahverkehr sind für meine Kinder plötzlich umsonst. Warum? Einfach so. »Es muss nicht immer ein besonderer Anlass sein, um unseren Kunden ein Geschenk zu machen«, schreibt mir die Verkehrsgesellschaft. »Wir buchen ab dem 1. August nichts mehr von Ihrem Konto ab.«

► Fünf Jahre lang werden in Berlin die Mieten eingefroren. Das gilt für die Bewohner der etwa 300 000 Wohnungen, die dem Land gehören, aber auch für mich und meinen Sieben-Euro-pro-Quadratmeter-Vertrag.

► Hartz IV soll in Berlin jetzt abgeschafft und per Modellversuch durch ein »solidarisches Grundeinkommen« ersetzt werden. Für die ersten 1000 Plätze hat Rot-Rot-Grün be-

reits die Finanzierung geklärt; Interessierte können sich nun bewerben.

► Die Berliner Gesundheitsbehörde richtet Stellen zur Qualitätskontrolle von Drogen ein. Hier kann man, kostenlos und anonym, Ecstasypillen auf ihren Bums testen lassen, bevor man sie auf der Party einwirft. Nun fragen Sie sich in München, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg vielleicht, woher wir das Geld für all das nehmen. Die Antwort lautet: von Ihnen. Etwa 4,4 Milliarden Euro hat Berlin im vergangenen Jahr aus dem Länderfinanzausgleich herausbekommen, in den die vier Geberländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg einbezahlt haben. Dieses Jahr sieht es ähnlich aus.

Nächstes Jahr soll der Länderfinanzausgleich in einen »Finanzkraftausgleich« umgebaut werden. Berlin bekommt weiter Geld. Allerdings wird neben den Geberländern der Bund einen Betrag zuschießen, also letztlich alle Steuerzahler in Deutschland.

Liebe Leserin, lieber Leser, sollten Sie betroffen sein: Berlin sagt Danke schön!

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

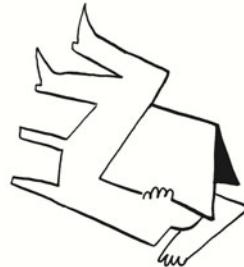
So gesehen

Nach der Leyen

Der Merkel-Plan: Wer wird was im Bundeskabinett?

● Fast schon alles klar: Sollte das Parlament der Europäischen Union zustimmen, wird Ursula von der Leyen neue Chefin der EU-Kommission. Angela Merkel bekommt so die Chance auf eine überfällige Neuordnung der Unionsvertreter im Bundeskabinett. Die Pläne dafür stehen längst fest.

Das vakante Verteidigungsministerium wird mit Jens Spahn besetzt, hier soll der vorlaute Nachwuchspolitiker in der Beschäftigung mit defektem Fluggerät Demut lernen. Dessen Gesundheitsressort übernimmt Andreas Scheuer, der die



schmerhaften Folgen seiner verkehrspolitischen Entscheidungen mit Behandlungsplänen für E-Scooter-Opfer lindern darf. Verkehrsminister wird Horst Seehofer, weil es keine schlimmere Demütigung gibt, als Scheuers Nachfolger zu sein. Im Innenministerium räumt Peter Altmaier auf, der macht sowieso alles, was die Kanzlerin ihm anschafft. Ins Wirtschaftsministerium rückt Gerd Müller nach, seine Entwicklungshilfekompetenz ist gefragt, wenn hier demnächst das Abendland untergeht. Ihn ersetzt Julia Klöckner, die der Union mit launigen Reisevideos aus der Dritten Welt ein frisches Influencer-Image verpassen soll. Ins Landwirtschaftsressort rotiert Anja Karliczek, eigentlich egal, sie ist für jedes Ministeramt gleich schlecht geeignet.

Am Ende fehlt dann nur noch jemand für das Bildungsministerium. Bestens geeignet wäre hier wieder eine Frau, möglichst eine enge Vertraute Merkels, idealerweise mehrsprachig, ihren Doktortitel sollte sie trotz Plagiatsvorwürfen noch führen dürfen. Die Idealbesetzung: Ursula von der Leyen. Stefan Kuzmany



RÄTSEL, COMICS, BASTELTIPPS: 33 TIPPS FÜR DEN PERFEKTEN SOMMER



Mit Kraft

Leonie, 15, klettert
wie ein Profi

Mit Köpfchen

Tolle Gewinne beim
großen Sommerrätsel!

Heldin und Hassfigur

Migration 17 Tage auf See, Chaos, Not, ein Verzweiflungsakt: Das Drama um die deutsche Kapitänin Carola Rackete legt den Zynismus der europäischen Flüchtlingspolitik offen. Die EU rettet ertrinkende Migranten nicht mehr, die Flüchtlingszahlen gehen zurück.

Es ist vier Tage her, seit Isaac, Frédéric und ihre Freunde mit der »Sea-Watch 3« von Kapitänin Carola Rackete unten im Hafen der italienischen Insel Lampedusa angekommen sind. Sie können kaum fassen, dass sie wirklich hier sind. Die Sonne geht unter, die Hitze ist etwas erträglicher geworden, sie sitzen auf den Stufen der Kirche San Gerlando.

Gerade ist eine Nachricht auf einem ihrer Smartphones angekommen, kurz nach 21 Uhr an diesem Dienstag. Sie lautet: »Carola libera«. Carola ist frei.

Carola Rackete, die 31-jährige deutsche Kapitänin des Rettungsschiffs »Sea-Watch 3«, die zur Gegenspielerin des italienischen Innenministers Matteo Salvini wurde – und zur Symbolfigur für eine liberalere Flüchtlingspolitik.

Die Migranten, die vor der Kirche stehen, sehen in ihr einfach nur die Frau, ohne die es keiner von ihnen nach Europa geschafft hätte. Sie jubeln, als sie die Nachricht ihrer Freilassung erfahren.

»Carola Rackete hat unser Leben gerettet. Ohne sie wären wir alle tot«, sagt Frédéric Samassi. Er ist 24 Jahre alt, stammt aus der Elfenbeinküste. Drei Jahre habe er in Libyen verbracht, sagt er, die meiste Zeit in Gefängnissen, in denen er Schreckliches sah. Nun hat er das Ziel erreicht, das er vor Augen hatte, als er 2016 seine Heimat Elfenbeinküste verließ: Europa.

Wie die meisten hier hat er fast 17 Tage auf der »Sea-Watch 3« verbracht, im Zentrum eines europäischen Dramas. Samassi erzählt, wie ihre Barkasse zwei Tage nach dem Ablegen in Libyen leckschlug und langsam Wasser eindrang. Wie sich das Rettungsschiff näherte, wie sie bei hohem Wellengang hinauf an Bord kletterten. »Die Crew gab uns Wasser, wir waren fast verdurstet«, sagt Isaac Hagan, 21, aus Ghana, dann Essen, Kleidung, Medizin, »sie haben uns wie Brüder und Schwestern behandelt«.

Carola Rackete, die Kapitänin, versprach, sie in einen sicheren Hafen zu bringen. Aber die Tage verstrichen, die Lage wurde verzweifelter, es stank an Bord. Nachts sahen sie die Lichter von Lampedusa, einige wollten ins Wasser springen und hinüberschwimmen. »Das wäre Selbstmord gewesen«, sagt Hagan.

Er berichtet von der Verzweiflung an Bord, bevor Carola Rackete die italieni-

sche Hafenblockade durchbrach. Sie wurde damit zu einer Figur der Zeitgeschichte: zur europäischen Helden für die einen, zur Hassfigur für die anderen.

Als er hörte, dass sie verhaftet worden war, habe er geweint, sagt Hagan.

Ähnlich wie Greta Thunberg in der Klimabewegung zum Star aufstieg, wurde Carola Rackete in diesen Tagen zur Ikone im Ringen um die Flüchtlingspolitik. Sie wurde berühmt in Videos, in denen sie kühl und bestimmt die Lage an Bord schilderte und ankündigte, trotz Verbots nach Lampedusa zu fahren. Ihre Worte »Ich bringe sie jetzt in Sicherheit« gingen um die Welt.

Zugleich sammelte sich in sozialen Netzwerken Hass gegen eine Frau, die Italiens Innenminister Salvini als »Gesetzlose« abkanzelte, als »reiche Deutsche«.

Sie habe diese öffentliche Rolle niemals angestrebt, sagt Rackete im Gespräch mit dem SPIEGEL, es sollte »nicht um Einzelpersonen wie mich« gehen (s. Seite 15).

Doch der Fall »Sea-Watch« und Carola Rackete hat die Widersprüche der EU-Migrationspolitik offengelegt – und den Blick auf die brutale Realität im Mittelmeer gelenkt: Die EU lässt Migranten ertrinken und verfolgt eine Politik, wie sie vor wenigen Jahren nur Rechtspopulisten zu fordern wagten.

Die EU hat ihre Seenotrettung in diesem Frühjahr komplett eingestellt, sie überwacht das Meer nur noch aus der Luft. Sie kooperiert zudem mit der libyschen Küstenwache, die ihre Suchzone seit 2017 ausgeweitet hat. Die Schiffe der Libyer fangen Migranten vor ihrer Küste ab und bringen sie zurück ins Bürgerkriegsland. Dort werden sie in Lager gesteckt, in denen viele gefoltert und vergewaltigt werden, manche werden als Soldaten missbraucht.

Gleichzeitig werden private Seenotretter wie Carola Rackete in Italien und Malta kriminalisiert, Häfen bleiben für ihre Schiffe geschlossen, Helfer werden angeklagt.

Laut einer ARD-Umfrage finden fast drei Viertel der Deutschen, dass Flüchtlinge aus Seenot gerettet werden sollten und dass ihre Rettung nicht juristisch verfolgt werden dürfte. 63 Prozent finden es falsch, dass die EU ihre Seenotrettung eingestellt hat.

Die Realität ist, dass kaum noch private Rettungsschiffe im Mittelmeer unterwegs sind. Waren früher mal bis zu zwölf Schiffe

mehr oder weniger gleichzeitig unterwegs, patrouilliert nun an vielen Tagen überhaupt kein Rettungsschiff mehr zwischen Europa und Nordafrika. Aktuell sind es nur einzelne, wie die »Alan Kurdi« der deutschen Organisation Sea-Eye.

Nach wie vor will kaum ein Mittelmeerstaat Gerettete aufnehmen: Laut Bundesinnenministerium gab es in diesem Jahr bereits sechsmal Gezerre darum, welcher EU-Staat wie viele Flüchtlinge von einem Rettungsschiff aufnimmt – im Fall des Schiffs von Carola Rackete gehören dazu Frankreich, Portugal, Finnland, Luxemburg und Deutschland.

Europa ist von einer gemeinsamen politischen Antwort auf die Migrationsfrage weiter entfernt denn je. Ein stilles Einverständnis gibt es nur darüber, den Milizen in Libyen die Drecksarbeit zu überlassen. Für die EU zählt offenbar vor allem Abschreckung. Wie sie wirkt, steht etwa im letzten Halbjahresbericht der EU-Mittelmeeroperation »Sophia«.

Die Migration über die zentrale Mittelmeerroute sei binnen eines Jahres um 83 Prozent gesunken, heißt es in dem vertraulichen Bericht, der dem SPIEGEL vorliegt. Das liege auch an der Unterstützung für den Aufbau der libyschen Küstenwache. 325 ihrer Mitglieder habe man ausgebildet. Die »abschreckende Präsenz« habe zum Rückgang des Schmuggels von Menschen, Waffen und Öl geführt, schrieb der Operationskommandeur, der italienische Konteradmiral Enrico Credendino, im Januar an die EU. Die »reduzierte Präsenz von NGO-Schiffen« lasse die libysche Küstenwache zudem »effektiver handeln«.

Wenn man die Zahlen betrachtet, war die EU erfolgreich. Sie hat es geschafft, die Migration zu begrenzen. Es wagen aber nicht nur weniger Migranten die Überfahrt als früher – von denen, die es versuchen, kommen auch mehr ums Leben: mehr als doppelt so viele wie vor drei Jahren.

Doch es gibt immer noch viele Menschen, die das nicht akzeptieren wollen. Menschen wie Carola Rackete.

In Hambühren in Niedersachsen, Ortsteil Ovelgönne, sitzt Ekkehart Rackete in seiner Gartenschaukel und versucht, das alles zusammenzubringen: die Kapitänin aus den Nachrichten und Carola, seine



KARL MANCINI / DER SPIEGEL

Helferin Rackete am Donnerstag auf Sizilien: »Ohne sie wären wir alle tot«

Tochter, die immer noch ein Zimmer zu Hause hat, in dem weißen, einstöckigen Einfamilienhaus.

Igelweg, Dachstal und Hasenheide heißen die Straßen hier, die meisten Nachbarn in der Siedlung haben ihren Rasen akkurat gestutzt, bei den Racketes herrscht Wildwuchs. Ekkehart Rackete, 74 Jahre alt, der seinen Nachnamen tatsächlich wie »Rakete« spricht, trägt ein blaues T-Shirt zu blauen Shorts. Einst diente er als Zeitsoldat und arbeitete dann in der »wehrtechnischen Industrie«, jetzt ist er Rentner.

Frage man ihn, wie seine Tochter darauf komme, einem Mann wie Matteo Salvini die Stirn zu bieten, antwortet er: »Das ist halt so ihre Art.«

Nach dem Abitur entschied sich Carola Rackete für ein Nautikstudium. Warum, wisse er nicht so genau, sagt ihr Vater. »Carola hat immer gewusst, was sie wollte, und das hat sie dann eben durchgesetzt.« Widerstände gebe es für seine Tochter nicht, sagt Rackete. »Deswegen auch das Faible für Eisbrecher.« Wenn sie bei einem ihrer Jobs aus dem Polargebiet mit dem Satellitentelefon bei ihren Eltern anrief, schwärzte sie von drei Meter dicken Eisschichten, die sie durchbrechen musste.

Eine Bekannte erzählte Carola Rackete 2015 von der Organisation Sea-Watch. Inzwischen hat sie an sechs Missionen teil-

genommen, 2016 gleich als Kapitänin. Schon damals habe sie Leben gerettet, sagt Sea-Watch-Sprecher Ruben Neugebauer. Rackete habe die Rettungsregeln ignoriert und spontan Flüchtlinge an Bord genommen, statt sie in Rettungsinseln zu setzen.

Zu dem Einsatz, der sie berühmt machte, kam Rackete durch Zufall. Ein Kollege hatte Sea-Watch abgesagt, deshalb sprang Rackete als Kapitänin ein.

Am Samstag ihrer Abreise aßen die Eltern gemeinsam mit ihr zu Mittag. »Wir haben uns gewundert«, erinnert sich Racketes Mutter. »Eigentlich hatte sie gesagt, dass es ihr bei ihrem ersten Einsatz als Kapitänin zu viel Verantwortung gewesen sei.« Die Eltern sagen, sie hätten nicht versucht, Carola von ihrer Idee abzubringen, obwohl sie natürlich wussten, dass Italien keine Seenotretter mehr in die Häfen lassen will.

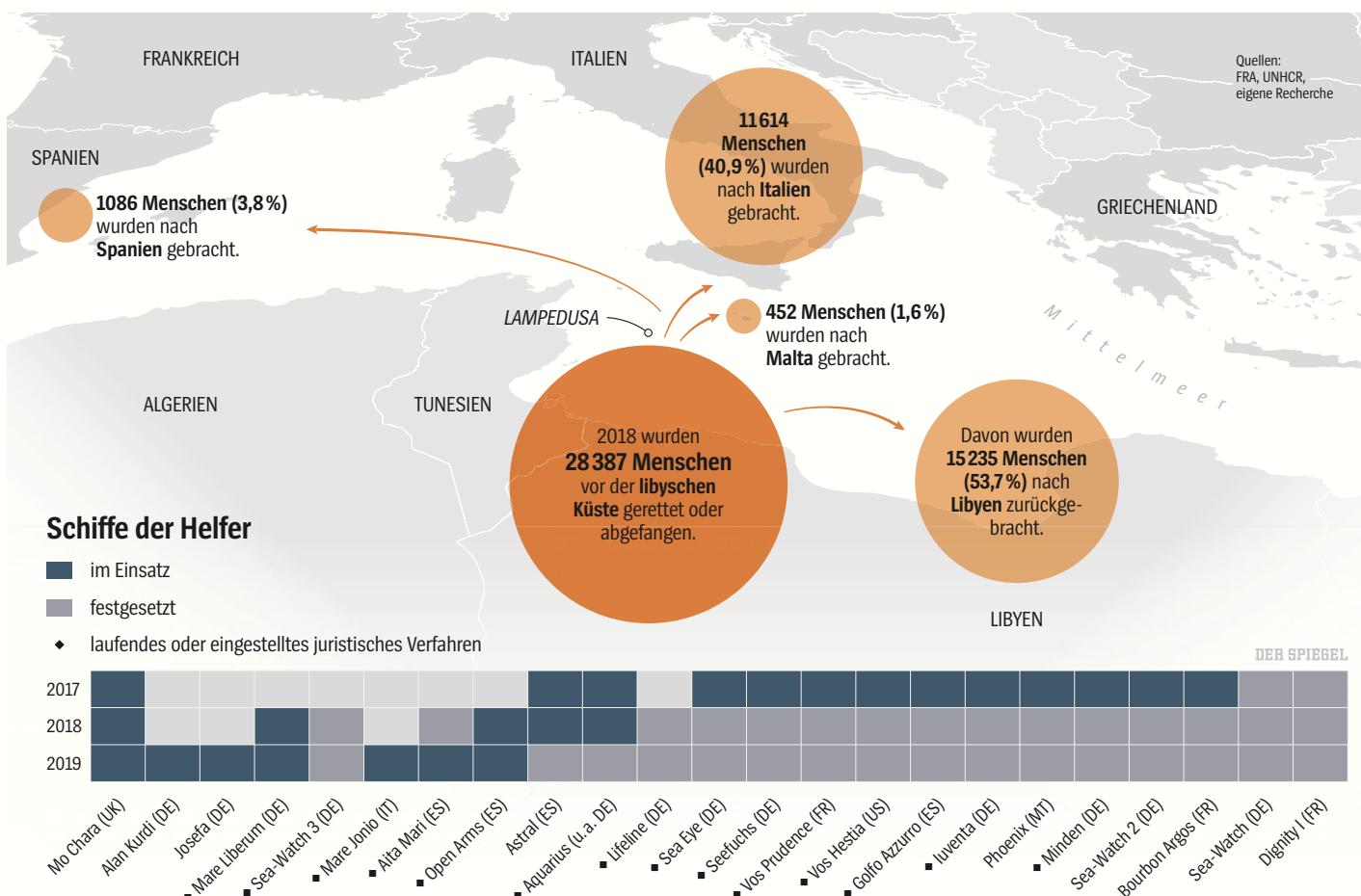
Es falle ihm schwer, seine Tochter politisch einzurichten, sagt Vater Rackete, linksliberal sei sie, aber keinesfalls militant. Aufschluss gibt Carola Racketes Beitrag im Buch »Neuland«, in dem Sea-Watch-Aktivisten Erlebnisse schildern. Sie beschreibt darin, wie sie zu der Organisation kam. »Wenn ihr überhaupt niemand anderen finden könnt, der besser qualifiziert ist, dann werde ich es machen«, habe sie gesagt. Tatsächlich habe sich dann niemand gefunden, der »gleichzeitig blöd oder verrückt genug

war, die Verantwortung zu übernehmen für einen Einsatz, den man nicht kennt und auch nicht einschätzen kann.«

Sie argumentiert in dem Text, dass es eine EU-Marinemission zur Seenotrettung brauche – oder zumindest mehr Ressourcen für die privaten Retter; dazu die Möglichkeit, Asylanträge in Botschaften im Ausland zu stellen. Der Text klingt pragmatisch, so wie sie auch im Gespräch betont rational wirkt – ein Gegenbild zu den Eiferern in einer Debatte, in der gefühlt fast nur noch geschrien wird.

In Europa will kaum eine Regierung die Verantwortung übernehmen für die unmenschlichen Verhältnisse auf dem Mittelmeer. Und natürlich sind die Regierenden in einer schwierigen Lage: Die meisten Wähler wollen nicht, dass Menschen ertrinken, aber auch keine Politik der offenen Grenzen, wie manche Flüchtlingsaktivisten sie fordern.

Die Härte im Mittelmeer ist weniger das Ergebnis eines Masterplans als die Folge eines Versagens: Die EU kann sich seit Jahren auf keine gemeinsame Politik einigen. Auf keine neuen Regelungen zur Verteilung von Flüchtlingen, zum Grenzschutz. Das siebenteilige Asylpaket steckt im Rat der Mitgliedstaaten fest, eine Einigung liegt in weiter Ferne.





VINCENTO LIVIERI / DPA

Italienischer Innenminister Salvini: Einladung aus Lampedusa

Die Bundesregierung hat Italien über Jahre mit den Migranten alleingelassen. Vor zwei Jahren äußerte Angela Merkel bereits ihr Bedauern darüber, dass die EU und auch Deutschland die Grenzstaaten nicht genügend unterstützt hätten. Daran hat sich seither kaum etwas verändert.

Weil die Lage so kompliziert ist, hoffen Brüssel und Berlin immer noch darauf, dass die nordafrikanischen Staaten das Migrationsproblem für sie lösen: Bereits unter Horst Seehofers Vorgänger entwickelte das Innenministerium den Plan, die aus Seenot Geretteten nicht mehr nach Europa zu bringen, sondern etwa nach Tunesien, Marokko, Algerien oder Ägypten – dort könnten sich die Vereinten Nationen erst mal um die Flüchtlinge kümmern.

Doch die afrikanischen Staaten denken gar nicht daran, Europa das Problem abzunehmen.

Wer verstehen will, wie sich die heutige EU-Migrationspolitik auswirkt, sollte sich den Fall von Umar anschauen, einem Mann aus dem Sudan, dessen richtiger Name nicht genannt werden darf.

Kurz bevor seine Geschichte von Flucht, Folter und Tod begann, so erzählt Umar, habe er einen Tag des Glücks erlebt: am 20. Juli 2016, dem Tag seiner Hochzeit mit Hala, seiner Frau. Über hundert Gäste seien in ihr Dorf in Dschanub Kurdufan gekommen. Die Geldgeschenke, die die beiden bekamen, legten sie für ihr neues Leben beiseite. Für die Schlepper.

Sechs Wochen später machten sie sich auf den Weg nach Libyen und Europa.

Umar wusste damals noch nicht, dass sie dafür fast ein Jahr brauchen würden und dass seine Frau sterben würde.

Er wusste nicht, dass seine Geschichte am Ende dazu dienen würde, die Politik der EU und die Machenschaften der libyschen Küstenwache zu offenbaren.

Umar, ein großer Mann, erzählt seine Geschichte in Paris, im Büro des SPIEGEL. Er will auch deshalb davon berichten, weil er Teil eines Verfahrens ist, das der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag wegen der Zustände in Libyens Gefangenengelagern eröffnet hat. Nationale Strafverfolger in Europa haben bereits Aktenzeichen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Libyen angelegt.

Seit Anfang Juni wird die Brüsseler EU-Zentrale in Den Haag angeklagt. Dahinter steht ein Team aus Juristen um die Pariser Anwälte Omer Shatz und Juan Branco. Kern ihres 241-seitigen Schriftsatzes ist der Vorwurf, die EU sei mitschuldig an den Verbrechen in Libyen, da sie mit der Küstenwache Libyens zusammenarbeite, die in Seenot geratene Flüchtlinge mit foltere, missbrauche, umbringe.

Schlepper organisierten die Reise von Umar und Hala, im September 2016 durchquerten sie die Sahara in einem Pick-up, eineinhalb Tage fuhren sie, ohne anzuhalten. Dann übergaben sie die sudanesischen an libysche Schlepper, die sie in ein Lager steckten und voneinander trennten.

Im Lager lebten sie in Containern mit wenig Tageslicht. Umar wusste nicht, wo seine Frau ist, wie es ihr geht. Er hörte, dass die Flüchtlingsfrauen von den Bewa-

chern vergewaltigt würden, oft, so erzählten ihm andere Gefangene, würden betrunkenen Wachen die Frauen vor Zuschauern missbrauchen, um sie zu demütigen.

Er selbst sei geschlagen worden, und nicht nur das. Mehr will er nicht sagen.

Nach zwei Wochen wurden Umar und Hala als Arbeitskräfte an einen Bauern verkauft, weil sie kein Geld hatten, um sich auszulösen. Umar sagt, seine Frau sei in Tränen ausgebrochen, wenn sie erzählen sollte, was ihr im Lager widerfahren war.

Schon damals, im Januar 2017, berichtete die deutsche Botschaft in Niger an das Bundeskanzleramt und mehrere Ministerien in Berlin über Libyens Flüchtlingslager: »Authentische Handyfotos und -videos belegen die KZ-ähnlichen Verhältnisse.« Weiter heißt es in dem Papier, »Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erschreßungen sowie Aussetzungen in der Wüste« seien an der Tagesordnung.

Nach Monaten gelang es Umar und Hala zu fliehen. In Sabrata, an der Mittelmeerküste, vertrauten sie sich erneut Schleppern an.

In einer Nacht bestiegen sie mit über 80 weiteren Flüchtlingen ein Fischerboot, um nach Italien überzusetzen. Nach einer Stunde kehrten die Schlepper auf dem Begleitboot um, kurze Zeit später näherte sich ein Boot der libyschen Küstenwache – darauf Männer mit Maschinengewehren. Zwei Uniformierte sprangen zu ihnen ins Boot, befahlen ihnen zurückzukehren.

Vorfälle wie diese sind keine Seltenheit auf dem Mittelmeer zwischen Libyen und Italien. In Umars Fall gibt es keine Hinweise darauf, dass Europäer etwas damit zu tun hatten. Die Anwälte Shatz und Branco haben aber zahlreiche andere Fälle dokumentiert. Sie behaupten, dass das Seenotrettungskommando in Rom immer wieder zivile Rettungsorganisationen von in Seenot geratenen Flüchtlingsbooten wegdirigierte, um diese von der libyschen Küstenwache aufbringen – und zurück nach Libyen bringen zu lassen.

Nach ihren Dokumenten spielen sich abenteuerliche Szenen auf See ab: Mal drängten Boote der Küstenwache private Seenotrettungsschiffe ab, mal werden Flüchtlinge mit Waffen bedroht. International bekannt wurde schon einmal ein Fall um Sea-Watch – im November 2017. Die libysche Küstenwache hielt ein Rettungsschiff stundenlang davon ab, rund 150 Passagiere eines in Seenot geratenen Flüchtlingsboots an Bord zu nehmen. Nach Stunden konnte das Sea-Watch-Schiff 59 Flüchtlinge retten. Mehr als 20 Menschen ertranken, darunter ein Kind.

47 wurden zurück nach Libyen gebracht, manche von ihnen berichteten von dramatischen Zuständen nach der erzwun-



SERGIO RAMAZZOTTI / DER SPIEGEL

Angehörige der libyschen Küstenwache: Wilde Szenen auf hoher See

genen Rückkehr nach Libyen. Sie seien in Zellen mit Hunderten anderen gefangen gehalten worden. Ähnlich erging es Umar und Hala, als sie nach Libyen in ein Lager zurückgebracht wurden. Es habe nur eine Tasse Wasser pro Tag zu trinken gegeben.

Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden bis Anfang Juni mehr als 2300 Menschen im Mittelmeer von der Küstenwache aufgegriffen und in Lagern unter «grässlichen Bedingungen» untergebracht.

Erst als Umar und Hala Lösegeld zahlten, entrichtet von ihren Familien zu Hause, ließ man sie ziehen. Zwei Wochen später saßen sie wieder auf demselben Holzboot, auf dem sie schon einmal versucht hatten zu fliehen. Als Begleitboote zwei Dinghis und ein Boot der libyschen Küstenwache.

«Es waren dieselben Männer in Uniform, die uns zuvor zurückgeschickt hatten», sagt Umar. »Ich bin mir ganz sicher.« Wenn die Schilderung zutrifft, belegt sie den banditenhaften Charakter der libyschen Küstenwache: Nun arbeitete sie offenbar mit den Schleppern zusammen. Sie hätten sie in Richtung Italien begleitet – um vier Uhr morgens habe das Rettungsschiff »Aquarius« sie aufgegriffen und nach Sizilien gebracht.

Am 27. Juli 2017 waren sie endlich in Italien. Im Lager Trapani wurden sie von Ärzten untersucht. Hala sei schwanger gewesen, im vierten oder fünften Monat. Am zweiten Tag wurde sie krank und ins Krankenhaus eingeliefert – 48 Stunden später starb sie dort. Sie sei, sagt Umar, an Erschöpfung gestorben. Er hat sie auf Sizilien beigesetzt, in einem Grab ohne Namen. Er sagt, er werde diesen Ort sein Leben lang wiederfinden.

Umar lebt jetzt in einer Flüchtlingsunterkunft in Paris, am 11. Februar hat er

seinen Asylantrag gestellt. Nun wartet er auf dessen Bewilligung.

Dann müsse er nur noch lernen, so sagt er, mit seiner Schuld zu leben. Die Frage ist, wer alles sonst noch schuld ist an dem, was Umar erlebt hat. Und warum Helfer wie Carola Rackete kriminalisiert werden sollen, wenn sie Menschen wie Umar aus dem Wasser ziehen.

Über solche Fragen und darüber, wie eine europäische Asylpolitik besser funktionieren könnte, macht sich seit Jahren Gerald Knaus Gedanken – er plädiert für einen pragmatischen Ansatz. Der Österreicher leitet in Berlin die Denkfabrik Europäische Stabilitätsinitiative. Er hat maßgeblich am Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei mitgewirkt. Was es brauche, seien eine seriöse Debatte und realistische Ziele, sagt er. Letztere verfolge die EU seit Jahren nicht ernsthaft.

Die Idee einer europaweiten Umverteilung nach Quoten habe nie eine Chance gehabt. Den ersten Schritt sieht er in einer »Koalition der Willigen«, die mit gutem Beispiel vorangeht. Knaus empfiehlt die Schaffung von »gemeinsamen Asylzentren, dort, wo Menschen ankommen, in denen die Menschenrechte respektiert werden und schnelle, faire Verfahren stattfinden können«. Das Ziel müsse sein, sagt Knaus, dass niemand, der keinen Schutz in der EU erhält, irregulär über das Meer kommt.

Sofort kooperieren könnten Deutschland, Frankreich, Spanien und Griechenland, die alle von irregulärer Migration betroffen seien. Ein EU-weites Verteilungssystem ohne eine Politik der Rückführungen von Asylzentren an den Außengren-

zen sei hingegen nur im Interesse sehr weniger Staaten.

Wenn ein paar der Willigen einmal demonstriert hätten, wie praktikabel europäische Asylzentren seien, würde das Beispiel schnell Schule machen, davon ist der Migrationsexperte überzeugt. »Die ersten Orte, an denen wir sofort schnelle Verfahren brauchen, sind die griechischen Inseln – und für die aus Seenot Geretteten Malta oder Korsika.«

Wie zynisch die Migrationspolitik in der Realität funktioniert, ist auf Lampedusa zu besichtigen, wenn die Kamerateams abgereist sind. Fast jeden Tag kommen Flüchtlinge auf Barkassen an, im Juni waren es in den ersten beiden Wochen mehr als 400, die es ohne Organisationen wie Sea-Watch hierhergeschafft haben.

Salvatore Martello ist der linke Bürgermeister von Lampedusa. »Ich bin Fischer«, sagt er. »Wir Fischer haben einen Glaubenssatz: Wer in Seenot ist, muss gerettet werden.« Mehrfach hat er in den vergangenen zwei Jahren an die Regierung in Rom geschrieben, um Hilfe gebeten und Salvini auf seine Insel eingeladen. Eine Antwort hat er nie bekommen. »Lampedusa existiert für die italienische Regierung nicht«, sagt der Bürgermeister. Salvini mache mit den angeblich geschlossenen Häfen nur Werbung bei seinen Wählern.

Martello hat bereits zwei maritime Friedhöfe im Ort, einer von 2018, der andere von 2019. Dort stapeln sich die abgewrackten Barkassen der Flüchtlinge, kleine Berge verlassener Boote, von denen jedes eine Fluchtgeschichte bezeugen könnte. »Das sollten sich diejenigen ansehen, die glauben, dass keine Migranten mehr kommen«, sagt der Bürgermeister.

Die Flüchtlinge der »Sea-Watch« haben Lampedusa am Donnerstag Richtung Sizilien verlassen. Dort können sie ihren Asylantrag stellen. Wie es danach weitergeht, weiß keiner von ihnen genau.

Isaac Hagan aus Ghana möchte Profifußballer werden. Sein Freund Frédéric Samassi, der von sich sagt, dass Carola Rackete ihm das Leben gerettet habe, will erst zur Schule und dann studieren, sagt er. »Ohne Bildung ist man kein echter Mensch.«

Und Carola Rackete? Sie ist immer noch auf Sizilien, anderthalb Stunden von Palermo entfernt, an einem geheimen Ort. Am Dienstag soll sie noch einmal vor Gericht auftreten. Danach will sie Italien verlassen – keinesfalls per Flugzeug: wegen des Klimaschutzes.

Markus Becker, Markus Feldenkirchen, Lucia Heisterkamp, Frank Hornig, Martin Knobbe, Steffen Lüdke, Milena Pieper, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg, Fidelius Schmid, Carolina Torres, Wolf Wiedmann-Schmidt

»Am Ende waren wir nur noch verzweifelt«

SPIEGEL-Gespräch Kapitänin Carola Rackete, 31, spricht über die Tage auf dem Mittelmeer mit zunächst 53 Geretteten an Bord der »Sea-Watch 3«, ihre Rolle als Gegenspielerin von Italiens Innenminister Matteo Salvini, die unerlaubte Einfahrt nach Lampedusa und das Versagen Europas.

SPIEGEL: Frau Rackete, Sie sind für viele zu einer Heldenin geworden, die viel riskierte, um Menschen zu retten – für andere zu einem Feindbild. Wie sehen Sie Ihre Rolle?

Rackete: Mich hat überrascht, wie persönlich es geworden ist. Es sollte um die Sache gehen. Um das Versagen der Europäischen Union, die Geretteten gerecht aufzuteilen und diese Verantwortung zusammen zu übernehmen. Darum sollte es gehen, nicht um Einzelpersonen wie mich, die zufälligerweise in Erscheinung treten. Es ist keine Situation, die ich mir gewünscht habe. Ich bin sowieso nur eingesprungen für einen Kollegen, der eigentlich eingeplant war.

SPIEGEL: Wie haben Sie die letzten Wochen erlebt?

Rackete: Es war schwierig. Wir waren fast 17 Tage lang mit den Geflüchteten an Bord unterwegs. Nachdem wir in den italienischen Gewässern vor Lampedusa angekommen waren und wussten, dass wir nicht reinfahren durften, wurden uns zehn besonders dringende medizinische Fälle abgenommen. Kurz danach ging es weiter – auch wenn wir medizinische Bedenken hatten, weil unsere Krankenstation nur für Notfälle eingerichtet ist.

SPIEGEL: Sie sind dann tagelang vor Lampedusa gekreuzt.

Rackete: Wir haben überlegt, was wir jetzt machen können. Zunächst haben wir einen Eil-Appell gegen das italienische Einfahrverbot gestellt, der gleich abgelehnt wurde. Dann haben wir es beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte versucht. 34 Gerettete bei uns an Bord und ich als Kapitänin haben Klage eingereicht, aber das hat viel Zeit gebraucht.

SPIEGEL: Wie war die Lage auf der »Sea-Watch 3«?

Rackete: Jeden Tag wurde die medizinische und hygienische Situation schlimmer. Dann kam das ablehnende Urteil. Alles schien ausweglos.

SPIEGEL: Gab es direkte Kontakte mit der italienischen Küstenwache?



KARL MANCINI / DER SPIEGEL

Gerettete Flüchtlinge auf Lampedusa: »Als sie mich sahen, applaudierten sie«

Das Gespräch führte der Redakteur Frank Hornig.

Rackete: Irgendwann war eine medizinische Evakuierung notwendig, denn einer unserer Passagiere war erkrankt und musste sofort von Bord. Wir haben die Seenotrettungsstelle angerufen, und die Italiener waren innerhalb von zwei Stunden da und haben geholfen, obwohl wir außerhalb der italienischen Hoheitsgewässer waren. Das ging fix. Aber das war eine Ausnahme.

SPIEGEL: Warum?

Rackete: Wir haben jeden Tag medizinische Berichte abgeschickt, an die Rettungsleitstelle in Rom, an den niederländischen Flaggstaat, an den Hafen in Lampedusa. Aber wir fanden kein Gehör, keiner antwortete. Es hieß in Rom höchstens, wir haben eure Berichte ans italienische Innenministerium weitergeleitet. Das war's. Unsere Ärzte haben die Welt nicht mehr verstanden. Auch politisch hat sich nichts getan. »Sea-Watch« hat Anfragen an Malta gestellt, an Frankreich, es gab ständig Nachfragen beim deutschen Außenministerium, beim Innenministerium.

SPIEGEL: Und es gab keine Reaktionen?

Rackete: Es hieß immer, wir machen was. Aber es hat sich einfach keine Lösung abgezeichnet, nichts Konkretes.

SPIEGEL: Hat Sie das überrascht?

Rackete: Mir war klar, dass es schwierig wird. Das Problem der Verteilung ist ja seit Ewigkeiten ungelöst. Seit etwa einem Jahr war es bei allen Rettungsschiffen so. Denken Sie an den »Lifeline«-Fall in Malta oder an die »Aquarius«. Immer ging es darum: Wer nimmt jetzt die Leute? Bei jedem Schiff wird einzeln rumdiskutiert.

SPIEGEL: Das war Ihnen also zu Beginn Ihrer Mission völlig klar.

Rackete: Wir machen weiter, weil es notwendig ist. Aber natürlich sind wir mit der »Sea-Watch« gestartet in dem Wissen, dass keiner die Flüchtlinge aufnehmen möchte. Auch Tunesien nicht, das von europäischen Regierungen gern als sichere Alternative gesehen wird. Während wir draußen waren, lag ein Frachtschiff, die »Mare Dive«, mit 75 Geflüchteten 15 Tage vor Tunesien. Aber die Tunesier haben keine Lust, der nächste Abladehafen zu werden. Niemand will diese Menschen.

SPIEGEL: Wie muss man sich das Leben bei Ihnen an Bord vorstellen?

Rackete: Die Geflüchteten sind praktisch eingesperrt. Es gibt wenig Platz, keine Privatsphäre. Die meisten Leute schlafen am Achterdeck in einem Zelt auf dem Fußboden, jeder hat eine Wolldecke. Es gibt drei Daxi-Klos. Zum Duschen haben wir nicht

genug Wasser, das geht nur alle paar Tage. Früher betrieb Médecins Sans Frontières dieses Schiff, damals hatten sie die Leute maximal drei Tage an Bord. Für mehr ist es eigentlich nicht ausgelegt.

SPIEGEL: Was heißt das für die Stimmung?

Rackete: Wir konnten den Leuten ja nichts versprechen, was nicht da ist. Keiner wollte sie aufnehmen. Diese Hoffnungslosigkeit mischt sich oft mit posttraumatischen Belastungsstörungen. Viele haben Menschenrechtsverletzungen erlitten, wurden gefoltert, verkauft, mussten unter sklavenartigen Bedingungen arbeiten oder haben sexuelle Gewalt erlebt. Wir wollten ihnen Zuversicht vermitteln, aber je länger es dauerte, desto mehr verloren wir das Vertrauen der Leute.

noch behandeln. Andere konnten wir nur mit Schmerzmitteln behandeln, ohne Diagnose. Fast alle brauchten psychologische Betreuung, aber wir hatten keinen Psychologen dabei. Wenn wir die Leute zwei Wochen lang in solchen Zuständen behalten, ist das sehr explosiv.

SPIEGEL: Was haben die italienischen Behörden dazu gesagt?

Rackete: Die Guardia di Finanza war ja an Bord gewesen und hatte unsere Dokumente kontrolliert. Da hieß es, Kapitän, regen Sie sich bitte nicht so auf. Es kommt eine Lösung, warten Sie noch. Da habe ich gedacht, okay, wir warten. Auch die italienischen Parlamentarier, die auf der »Sea-Watch« waren, machten uns Hoffnung, es gebe Gespräche zwischen Frankreich, Deutschland und Portugal.



ALESSANDRO SERRANO / ACTION PRESS

Flüchtlingshelferin Rackete auf der »Sea-Watch«

»Es hat sich einfach keine Lösung abgezeichnet«

SPIEGEL: Sie haben Ihre Einfahrt in Lampedusa auch damit erklärt, dass es an Bord suizidgefährdete Personen gebe.

Rackete: Einige hatten dem Ärzteam von vorherigen Suizidversuchen erzählt und selbst darum gebeten: Bitte passt auf mich auf, mir geht's schlecht. Das betraf vor allem drei Personen.

SPIEGEL: Was bedeutete das für Sie?

Rackete: Zu Beginn der Mission haben wir im Team rote Linien festgelegt und diskutiert, wann wir in einen sicheren Hafen fahren müssen. Als diese Linien überschritten waren, sind wir halt reingefahren.

SPIEGEL: Was waren diese roten Linien?

Rackete: Viele Passagiere hätten von Spezialisten behandelt werden müssen. Wir hatten einen Verdacht auf Tuberkulose. So etwas können wir an Bord weder testen

Salvini sagte, wenn sich Staaten zur Aufnahme bereitfänden, dürften wir an Land.

SPIEGEL: Was geschah dann in den letzten Stunden vor der Ankunft in Lampedusa?

Rackete: Am Vorabend hatten wir eine zweite medizinische Evakuierung. Ein Passagier musste dringend in die Klinik, er hatte starke Schmerzen, offenbar waren es Nierensteine. Ab da war die Lage nicht mehr tragbar. Das Gefühl unter den Leuten war: Müssen wir alle erst krank werden, müssen wir uns über Bord werfen, damit etwas passiert? Übrigens konnte auch die Crew irgendwann nicht mehr. Es wurde jeden Tag anstrengender, am Ende waren wir nur noch verzweifelt.

SPIEGEL: Unterdessen verhandelten die europäischen Regierungen weiter darüber, wer wen wann aufnimmt.

Rackete: Das haben auch die Parlamentarier gesagt: Die Lösung stehe bevor, in den nächsten Stunden sei sie da. Ich wollte ja nicht in den Hafen fahren, ich wollte dieses Gesetz nicht brechen. Wir haben die Wachen an Bord verstärkt, damit sich niemand etwas antut. Das war am Donnerstagabend. Am Freitag bin ich dann um sechs Uhr aufgewacht und habe die Abgeordneten gefragt: Wo ist die Lösung? Die gab es natürlich nicht. Da wusste ich nicht mehr weiter. Es ging nicht mehr. Ich konnte die Sicherheit an Bord nicht mehr garantieren.

SPIEGEL: Und dann?

Rackete: Am Freitagnachmittag kam wieder die Guardia di Finanza an Bord und übergab mir Papiere: Gegen mich werde wegen unerlaubten Einfahrens in die Territorialgewässer und Beihilfe zur unerlaubten Einreise ermittelt. Sie nahmen das Schiffstagebuch mit und wollten wieder los. Ich fragte sie: Was ist jetzt mit meinen Geretteten, 40 Leute, wollt ihr die bitte nehmen? Und sie sagten: Nö, davon wissen wir nichts. Aus Berlin hieß es kurz darauf, dass Salvini eine Lösung doch wieder blockiere. Eine weitere Nacht mit den Flüchtlingen wollte ich nicht mehr verantworten. Ich habe dann entschieden einzulaufen.

SPIEGEL: Als Sie im Hafen ankamen ...

Rackete: ... hat sich uns die Guardia di Finanza mit Blaulicht in den Weg gestellt. Wir sind ganz langsam reingefahren, haben das Schiff gestoppt, gedreht, weil man rückwärts anlegt. Da habe ich gesehen, dass sich das Boot der Guardia di Finanza mitten an diesen Pier gelegt hatte, um zu verhindern, dass wir dort anlegen. Dass wir zusammenstoßen sind, war kein Angriff auf ein Kriegsschiff, wie mir vorgeworfen wurde. Es war ein Unfall.

SPIEGEL: Hatten Sie mit Ihrer Festnahme gerechnet?

Rackete: Ich habe so etwas befürchtet.

SPIEGEL: Wie wurde danach mit Ihnen umgegangen?

Rackete: Die Beamten waren freundlich. Nach acht Stunden bei der Guardia di Finanza wurde ich zum Flüchtlingslager in der Mitte der Insel gebracht. Dort gibt es die einzige Polizeistelle, die erkundungsdienstliche Maßnahmen durchführen kann. Da saßen dann auch unsere Geretteten auf dem Boden und fingen an zu applaudieren, als sie mich sahen. Mir wurden Fingerabdrücke abgenommen. Von dort ging es in den Hausarrest. Am Montag wurde ich dann mit dem Schiff zur Anhörung nach Sizilien gebracht.

SPIEGEL: Was haben Sie der Haftrichterin gesagt?

Rackete: Ich habe ihr meine Gründe dargelegt und den Zusammenstoß mit dem Boot aus meiner Sicht geschildert. Danach kam ich in einen anderen Hausarrest.

SPIEGEL: Haben Sie den öffentlichen Wirbel um Ihre Person in diesen Tagen

mitbekommen, die Heldenverehrung, den Hass?

Rackete: Kaum, ich war ja im Hausarrest. Ich war aber froh, dass ich mich nicht damit belasten musste, was andere sagen. Im zweiten Hausarrest hatte die Gastgeberin den Fernseher angeschaltet, da liefen dann diese Bilder, aber ich wollte das gar nicht sehen.

SPIEGEL: Wie kommen Sie mit dieser Heldenrolle zurecht? Nach der jungen Klimaschutzaktivistin Greta Thunberg sind Sie nun die Vorkämpferin für Migranten.

Rackete: Das ist noch nicht richtig bei mir angekommen. Im Übrigen bin ich eine Person, die lieber agiert, statt zu reden. Und ich finde, diese Aktion hat ausreichend für sich gesprochen.

SPIEGEL: Am Dienstagabend entschied dann eine Richterin, Sie freizulassen.

Rackete: Überraschenderweise ist sie unserer Argumentation in fast allen Punkten gefolgt. Sie hat auch geschrieben, dass wir nicht illegal ins Hoheitsgewässer gekommen seien. Wir seien keine Schlepper, das Einfahrtsverbot gelte nur für Schlepper.

»Salvini ist niemand, dem ich begegnen möchte. Seine Art, sich auszudrücken, ist respektlos.«

SPIEGEL: Wie geht es nun rechtlich weiter?

Rackete: Am Dienstag folgt eine zweite Anhörung. Da geht es um Beihilfe zur illegalen Einreise und das Einfahren in Territorialgewässer. Diese Vorwürfe wurden in anderen Fällen, soviel ich weiß, fallen gelassen. Aber das kann Monate dauern.

SPIEGEL: Gefällt es Ihnen, als Gegenspielerin von Salvini dargestellt zu werden?

Rackete: Ich verfolge nicht, wie er sich äußert. Ich weiß, wie Italien bei der Europawahl gestimmt hat und dass viele Italiener hinter dieser Politik stehen. Aber auch in Italien gibt es viele Solidaritätsbewegungen. Das Land ist gespalten.

SPIEGEL: Was würden Sie ihm gern sagen, wenn Sie ihm gegenüberstünden?

Rackete: Salvini ist niemand, dem ich begegnen möchte. Seine Politik verstößt gegen Menschenrechte. Seine Art, sich auszudrücken, ist respektlos, für einen Spitzopolitiker ist das nicht angemessen.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich, dass Salvini ausgerechnet Sie ins Visier genommen hat?

Rackete: Jeder, der zurzeit als Kapitän auf einem Rettungsschiff fährt, weiß, dass es eine Kriminalisierung gibt. Das Unge-

wöhnliche ist, dass es in diesem Fall so extrem geworden ist. Es gab eine merkwürdige Verkettung von Umständen: Als wir die Flüchtlinge schon an Bord hatten, hat Salvini noch dieses Dekret durchgedrückt, das Hilfsorganisationen das Einlaufen in italienische Häfen verbietet. Das geschah im Elverfahren: An einem Mittwoch haben wir gerettet, am Freitag wurde das Dekret durchs Parlament in Rom gebracht und kurz darauf online veröffentlicht. Da stand sehr viel politischer Druck dahinter, es so schnell zu machen.

SPIEGEL: Hat Deutschland Sie ausreichend unterstützt?

Rackete: Ich fühlte mich alleingelassen. Natürlich gab es Einzelne, die helfen wollten, zum Beispiel Städte, die unsere Flüchtlinge aufnehmen wollten. Es scheiterte dann aber auch an Bundesinnenminister Horst Seehofer, der keine Lust hatte, die Angebote der Städte anzunehmen. Mein Eindruck war, dass auf nationaler und internationaler Ebene niemand richtig helfen wollte. Die haben die heiße Kartoffel immer weitergereicht, während wir zuletzt noch immer 40 Gerettete bei uns an Bord hatten.

SPIEGEL: Was müsste auf politischer Ebene geschehen, um die Lage zu verbessern?

Rackete: Wir brauchen eine Lösung, wie in Europa Menschen aufgenommen werden, die zu uns flüchten. Und wie wir sie solidarisch verteilen. Das Dublin-System, das die Verantwortung den Ländern mit Außengrenzen überlässt, ist nicht gerecht.

SPIEGEL: Und solange es diese Lösung nicht gibt?

Rackete: Ich bin gespannt, wie es nun mit anderen Rettungsschiffen weitergeht, die gerade draußen sind und Flüchtlinge aufnehmen werden, zum Beispiel die »Open Arms«, die in der Nähe der nordafrikanischen Küsten unterwegs ist.

SPIEGEL: Was passiert nun mit der »Sea-Watch 3«?

Rackete: Ich gehe davon aus, dass unser Schiff demnächst freigegeben wird. Es ist ja nur zur Beweissicherung festgelegt. Dann soll es technische Arbeiten geben. Und dann fahren wir wieder raus. Es ist nur schwierig, einen Kapitän zu finden, der das Risiko auf sich nimmt.

SPIEGEL: Würden Sie es wieder machen?

Rackete: Im Moment raten die Anwälte mir davon ab. Aber wenn die Vorwürfe gegen mich fallen gelassen werden, würde ich wieder fahren.

SPIEGEL: Frau Rackete, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Video

**An Bord der
»Sea-Watch 3«**

spiegel.de/sp282019seawatch
oder in der App DER SPIEGEL



Deutschland

»Marktwirtschaft muss sozial sein. Der freie Markt schafft das nicht.« ► S. 28



PHILIPP SCHMIDT

Rente

Später in den Ruhestand

Durchschnittsalter der Neu-Rentner steigt auf rund 64 Jahre.

● Das Durchschnittsalter, in dem die Deutschen in Rente gehen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Betrug es im Jahr 2000 noch 62,3 Jahre, so lag es 2018 bei 64,1 Jahren. Bei Männern lag das durchschnittliche Eintrittsalter 2018 bei 64 Jahren, bei den Frauen war es mit 64,1 Jahren leicht höher. Gegenüber dem Vorjahr 2017 ist das durchschnittliche Eintrittsalter konstant geblieben. »Die Gründe

für den Anstieg des Renteneintrittsalters sind insbesondere die Anhebung der Altersgrenzen und das Auslaufen von zwei vorgezogenen Altersrentenarten«, so die Deutsche Rentenversicherung zur aktuellen Statistik. In der Vergangenheit konnte die Rente teilweise schon mit 60 Jahren in Anspruch genommen werden, etwa bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit. MAD

Standortvergabe

Wirtschaftsministerium will's nicht gewesen sein

● Im Streit um die Vergabe der Batteriezellforschung nach Münster und Ibbenbüren geraten zwei CDU-geführte Bundesministerien aneinander: Das Forschungsministerium teilt mit, man habe für die Standorte »auf der Fachebene in enger

Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium« entschieden. Dieser Darstellung folgt das Wirtschaftsministerium nicht: Man habe diese Entscheidung Forschungsministerin Anja Karliczek überlassen. Der Entschluss sei bei ihr »alleine und in alleiniger Zuständigkeit« gefallen, heißt es aus dem Ressort von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Karliczek steht in der Kritik, weil Ibbenbüren in ihrem Wahlkreis liegt und Münster an die-

sen grenzt. Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern hatten die Vergabe kritisiert. Das Wirtschaftsministerium war in der Gründungskommission für das Forschungszentrum mit einem Abteilungsleiter beteiligt. Dieser habe »in der letzten Sitzung klargemacht, dass die Entscheidung über die Vergabe der Forschungsfabrik vom Forschungsministerium gefällt werden muss«, heißt es im Wirtschaftsministerium. ABE, GT

Rechtsextremismus

»Druide« unter Verdacht

● Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe prüft neue Ermittlungen gegen Karl Burghard B., der als selbst ernannter Druide »Burgos von Buchonia« wiederholt durch rechtsextreme Umtreibe aufgefallen war. Im sozialen Netzwerk VK, einer bei Neonazis beliebten Internetplattform aus Russland, soll er zum Mord an politischen Gegnern aufgerufen haben. Es sei »die Zeit der aktiven Notwehr gekommen«, hieß es am Dienstag in einem unter B.s Künstlernamen verfassten Eintrag. »Täter und Helfer, Beschützer und Nutznießer« einer angeblichen »Invasion« krimineller Einwanderer nach Deutschland müssten »sucsessive getötet werden«. Bereits im Juni hatte »Burgos von Buchonia« über VK den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke begrüßt und zu Angriffen auf Kommunalpolitiker, deren Familien sowie Journalisten aufgerufen. Der Mord an Lübcke dürfe »kein Einzelfall bleiben«; »Deutschfeinde« würden »ab jetzt hingerichtet«. Der 69-jährige B. ist der Justiz einschlägig bekannt. 2017 ermittelte die Bundesanwaltschaft gegen ihn und fünf mutmaßliche Komplizen wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung (SPIEGEL 5/2017). Der Terrorverdacht gegen die Gruppe ließ sich damals nicht belegen. Ende Februar 2019 wurden Karl Burghard B. und drei weitere Beschuldigte stattdessen von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe angeklagt. Die Vorwürfe lauten unter anderem Volksverhetzung, unerlaubter Erwerb von Munition und Herstellen von Schusswaffen. Über die Zulassung der Anklage muss nun das Landgericht Mannheim entscheiden. B.s Verteidiger wollte weder etwas zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft sagen noch zur Frage, ob sein Mandant die aktuellen Mordaufrufe im Internet verfasst hat. Mit Blick auf das laufende Verfahren wolle man sich derzeit nicht äußern. HOE, SRÖ, WOW



YOUTUBE

Karl Burghard B.

Verkehr

Parken auf Radstreifen soll teuer werden

● Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) plant ein drakonisches Bußgeld für Kraftfahrzeugfahrer, die auf Radwegen parken oder halten. Wer sein Auto oder seinen Lieferwagen auf Fahrradstreifen abstellt, die mit einer gestrichelten oder durchgezogenen Linie von der Fahrbahn abgetrennt sind, müsste demnach bis zu 100 Euro zahlen. Das geht aus einem Entwurf für die Änderung der Straßenverkehrsordnung und der Bußgeldkatalog-Verordnung hervor, die der Minister nun in die Abstimmung mit Verbänden und Bundesländern gibt. »Wir müssen ein deutliches Zeichen für den Fahrradverkehr setzen«, sagt Scheuer, der mit dem neuen Bußgeld einem Wunsch der Fahrradverbände nachkommt. In dem Entwurf ist unter anderem auch ein grüner Abbiege-

pfeil für Radfahrer an Ampeln vorgesehen. Den Grünen geht Scheuers Fahrradoffensive nicht weit genug. In einer Anfrage wollte die Fraktion vom Minister unter anderem wissen, wann es eine grüne Welle für Radler geben würde. In der Antwort heißt es, so etwas könne »zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs beitragen«. Es bedürfe dazu einer weiteren Prüfung. Der Grünenabgeordnete Stefan Gelhaar kritisiert, Scheuer betreibe »Scheinfahrradpolitik« und könne »außer Prüfaufträgen und Planungsabsichten nichts vorweisen«. GT



JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

Landwirtschaft

Union will Gentechnik-Urteil aushebeln

● Der Versuch der Grünen, den Einsatz neuer gentechnischer Verfahren zu regulieren, wurde vergangene Woche im Agrarausschuss des Bundestags von CDU/CSU, SPD und FDP abgeschmettert. Die Grünenfraktion hatte einen Antrag eingebracht, der absichern sollte, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bezüglich neuer Genome-Editing-Methoden umgesetzt wird. Laut Urteil sollen auch Innovationen wie etwa »Crispr/Cas9« unter die strenge Freisetzungsrichtlinie der EU fallen. Industrieverbände sowie Agrar- und Biotech-Unternehmen würden seither versuchen, heißt es im Grünenantrag, die Richtlinie zu lockern, um die Folgen des Urteils auszuhebeln. Zu ihrer Ablehnung gaben die Unionsvertreter im Ausschuss zu Protokoll, die Grünen schwängen die »Angstkeule gegen neue Technologien«. Die Richter des EuGH seien »sicherlich keine Experten in der Biotechnologie«. Die Fraktion der CDU/CSU halte es für »an der Zeit, die veraltete Gesetzgebung« der EU »der Entwicklung im Bereich der neuen Züchtungstechniken anzupassen«. Grünenfraktionschef Anton Hofreiter hält die Ablehnung für einen Bruch mit Koali-

tionsvereinbarungen: »Union und SPD sägen an der Gentechnikfreiheit. Obwohl die Regierung im Koalitionsvertrag verspricht, Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip zu gewährleisten, betreibt sie hinter verschlossenen Türen das exakte Gegenteil. Sie macht Politik für Gentech-Konzerne statt für Bürgerinnen und Bürger.« AB

Gentechnik in der Landwirtschaft

Akzeptanz in Europa

Quelle: FAS/EU



Ablehnung

Keine Zustimmung bei Bauern, Industrie, Verbrauchern und Regierung; Anbau verboten, Importe erlaubt

Umstritten

Keine Zustimmung oder umstritten bei Verbrauchern, Regierung und Industrie offen; Anbau verboten

Zustimmung

Geringe oder keine Ablehnung bei Verbrauchern, Akzeptanz bei Regierung und Industrie

Bundeswehr

Marine schlägt Alarm

Die Marine warnt in einem internen Papier vor langfristigen Ausfällen vieler Schiffe und Boote, die in den kommenden Jahren internationale Verpflichtungen gefährden könnten. In einer Vorlage aus dem Marinekommando heißt es, die Vorgaben des Verteidigungsministeriums »zur (zeitgerechten) Teilnahme an Einsätzen und einsatzgleichen Verpflichtungen« seien »nicht mehr zu gewährleisten«. Grund sind Verzögerungen bei Wartungsvorhaben, die sich wegen



Korvetten in Rostock

THOMAS HANTZSCHEL / DDP IMAGES

»mangelnder Personalkapazitäten im Marinearsenal« teils erheblich verschoben. Bei 36 Einheiten, darunter Fregatten, Korvetten, U-Boote und Versorgungsschiffe, seien Verschiebungen »von bis zu 18 Monaten oder Aufkündigungen« zu erwarten. »Einheiten könnten dann bis zu 48 Monate nicht mehr genutzt werden.« Die Marineführung ist offenbar aufgeschreckt. »Mit dieser Vorlage wird das ganze dramatische Ausmaß der Instandsetzungskrise deutlich«, notierte der Chef des Stabes im Marinekommando auf dem Papier. »Damit können wir die Marine aus vielen Aktivitäten abmelden.« Das als Verschlussache »nur für den Dienstgebrauch« eingestufte Papier stammt von Ende Mai und bezieht sich auf den sogenannten Materialerhaltungsplan für die Jahre 2021 bis 2025. Das Marinekommando betonte auf Anfrage, die Verzögerungen bei der Instandsetzung würden nur eintreten, »wenn die Gegenmaßnahmen keine Wirkung erzielen«. Man habe bereits zusätzliche Stellen geschaffen. **HIC**

Kassensicherung

Scholz kann Termin nicht halten

Die Einführung manipulationssicherer Kassen in Gastronomie und Einzelhandel wird sich verschieben. Eigentlich sieht das bereits 2016 verabschiedete Kassengesetz vor, dass 1,7 Millionen Registrierkassen in Deutschland bis zum Beginn des kommenden Jahres mit einer technischen Sicherheitseinrichtung (TSE) ausgestattet sein müssen, die alle Buchungen fälschungssicher erfasst und speichert. Wegen Problemen bei der Entwicklung kommt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) aber in Zeitnot. Zwar befinden sich derzeit zwei TSE-Hersteller in einem vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik begleiteten Zertifizierungsverfahren, sodass es bis Herbst eine Lösung geben werde, heißt es in einem Schreiben seines Staatssekretärs Rolf Bösinger an den Kassenfachverband DFKA. Eine flächendeckende Aufrüstung der Kassen bis Jahresanfang dürfte aber »nicht mehr erreichbar« sein. Scholz will nun eine Regelung erlassen, nach der nicht umgerüstete Kassen bis zum 30. September 2020 von den Finanzbehörden nicht beanstandet werden dürfen. Aufgrund der mangelnden Sicherung werden schätzungsweise jährlich 10 bis 30 Milliarden Euro am Fiskus vorbeigeschleust. **MIF**

Klimawandel

»Schädlinge haben freie Fahrt«

Der Botaniker Steven Jansen, 46, von der Universität Ulm über die Auswirkungen der Trockenheit auf Bäume

SPIEGEL: Herr Jansen, vergangenes Jahr gaben Sie vorläufig Entwarnung: Der Wald werde die große Trockenheit überleben. Nun sind die Böden immer noch ausgedörrt. Ändert sich die Lage?

Jansen: Die Trockenheit macht sich langsam bemerkbar. Es dauert mehrere Jahre, bis ein Baum abstirbt, und genau das passiert gerade in vielen Wäldern. Vor allem ältere Bäume sind betroffen, sie kommen mit den veränderten klimatischen Bedingungen nicht zurecht.

SPIEGEL: Gibt es Arten, die das mehr trifft als andere?

Jansen: Die Erle und die Kiefer werden langfristig vermutlich nicht überleben. Auch die Pappel wird es schwer haben. Sie alle sind nicht resistent gegen diese neue Form der Trockenheit.



Jansen

Ein Baum nimmt auch über die Blätter oder Nadeln Wasser auf; dadurch verkraftet er Phasen ohne Regen, solange in der Luft genug Feuchtigkeit herrscht. Bei anhaltender Hitze trocknet aber auch die Luft – die Pflanze verliert erst ihre Blätter, um Ballast abzuwerfen. Dann stirbt sie. Wenn die Sommer immer heißer werden, können sich nur noch Arten behaupten, die längere Zeit ohne Wasser auskommen. Die Eiche ist hier recht stabil, aber auch Kirsch- oder Birnbäume. Es ist jedoch nicht nur die Hitze, sondern eher deren Folgen, die die Wälder gefährden werden.

SPIEGEL: Sie meinen Waldbrände? **Jansen:** Zunächst mal meine ich Schädlinge: Ist ein Baum durch Trockenheit geschwächt, steht er unter großem Stress. Er kämpft um sein Überleben. Ein Borkenkäfer riecht das. Kiefern produzieren Harz, um sich zu schützen; bei Wassermangel stoppt dieser Mechanismus. Die Schutzbarriere wird unterbrochen, und die Schäd-

linge haben freie Fahrt. Förster berichten gerade von regelrechten Schädlingsplagen. Die Brandgefahr erhöht sich natürlich auch.

SPIEGEL: Wird es öfter zu Waldbränden kommen?

Jansen: Die Zahl der Brände wird sicherlich steigen. Trotzdem müssen wir das in Relation sehen: Wenn in Kalifornien ein Feuer ausbricht, ist es kaum noch einzudämmen. Anders als in Deutschland stehen Bäume dort auf riesigen Flächen dicht aneinander. Hierzulande unterbrechen Siedlungen oder Äcker die Forstflächen, da kann sich ein Brand weniger ausbreiten.

SPIEGEL: Also bleiben uns unsere Wälder auch in Zukunft erhalten?

Jansen: Das Ausmaß des Klimawandels lässt sich schwer vorhersagen. Den meisten Menschen fehlt der Weitblick: Der Eisbär ist zum Symbol des Klimawandels geworden, aber was ist mit den Pflanzen? Nur wenigen ist bewusst, wie wichtig sie für unsere Lebensqualität sind. Ich engagiere mich bei »Scientists for Future«, wir möchten Menschen für unser Ökosystem sensibilisieren. Ein Umdenken fängt aber an: Bei uns in Ulm wurden neulich türkische Haselnussbäume gepflanzt. Die vertragen Hitze besser und werden uns hoffentlich lange erhalten bleiben. **RED**



RENAULT
Passion for life

Renault ZOE

Deutschlands meistgekauftes Elektroauto¹

Jetzt besonders attraktiv für ADAC Mitglieder



Jetzt ab **99,- €** mtl.

bei einer Leasingsonderzahlung von 1.500,- € zzgl. mtl. Batteriemiete²



In Kooperation
mit **ADAC SE**



Renault ZOE LIFE: Fahrzeugpreis³ inkl. 5.000 € Elektrobonus⁴: 16.900,- €. Bei Leasing: Leasingsonderzahlung 1.500,- €, 36 Monate Laufzeit (36 Raten à 99,- €), Gesamtaufleistung 22.500 km, eff. Jahreszins 0,99%, Sozialzins (gebunden) 0,99%, Gesamtbetrag 5.064,- €. Ein Kilometer-Leasingangebot für Privatkunden der Renault Leasing, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Angebot gilt nur bei gleichzeitigem Abschluss eines Mietvertrags für die Antriebsbatterie mit der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden Renault Partnern. Gültig für Privatkunden mit Mitgliedschaft beim ADAC mit Kaufvertragsdatum bis zum 31.07.2019.

Renault ZOE LIFE mit 22-kWh-Batterie, Elektromotor, 65 kW: Stromverbrauch kombiniert (kWh/100 km): 18,9–17,9; CO₂-Emissionen: kombiniert 0 g/km; Effizienzklasse: A+ (Werte gemäß gesetzl. Messverfahren).

¹ Quelle: KBA Mai 2019. ² Zzgl. eines monatlichen Mietzinses von 59,- € bei einer Jahresfahrleistung von 7.500 km. Der monatliche Mietzins deckt die Bereitstellungskosten für die Batterie sowie die Renault Z.E. Assistance ab. ³ Abbildung zeigt Renault ZOE LIFE mit Sonderausstattung. ⁴ Inklusive 5.000 € Elektrobonus, ohne Antriebsbatterie. Der Elektrobonus enthält 2.000 € staatlichen Umweltbonus (die 2.000 € können in Form des Umweltbonus rückerstattet werden und sind bereits in die Leasingsonderzahlung und den Gesamtbetrag einkalkuliert) sowie 3.000 € Renault Elektrobonus gemäß den Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zum Absatz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Nicht kombinierbar mit anderen Aktionsangeboten von Renault. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

Operation Ürsoula

Europa Die Kandidatur von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen für den Spitzenposten der EU-Kommission wurde aus einer Notlage geboren. Ihre Nominierung ist ein Dämpfer für die Demokratisierung der EU – und ihr Erfolg alles andere als sicher.



CDU-Politikerin von der Leyen: »Du bist doch noch jung«

Da sitzt sie nun. Ursula von der Leyen hat auf dem Podium im Fraktionssaal der Europäischen Volkspartei EVP in Straßburg Platz genommen, rosafarbener Blazer, festes Lächeln. Als die Kameras den Raum verlassen haben, spricht sie den Mann zu ihrer Linken an, den großen Verlierer im Spiel um die Brüsseler Machtpositionen.

»Du bist doch noch jung«, tröstet sie Manfred Weber, den EVP-Spitzenkandidaten. Er wollte als Sieger der Europawahl eigentlich Kommissionspräsident werden. Nun soll es von der Leyen werden, die nie für ein EU-Mandat oder Amt kandidiert hat. »Du hast Größe bewiesen«, habe von der Leyen Weber gedankt, berichten Sitzungsteilnehmer.

Dann sei die Kandidatin nahtlos ins Französische gewechselt, habe von ihrer Kindheit in Brüssel erzählt und von ihrem Vater, der damals bei der Kommission arbeitete. Sie kommt darauf zu sprechen, wie sie mit ihrem Mann eine Zeit lang in Kalifornien lebte, jetzt spricht sie Englisch.

Es ist ein dringend nötiger Werbeauftritt der deutschen Verteidigungsministerin. Viele Parlamentarier fühlen sich überfallen von ihrer Hauruck-Benennung. Mag die geschliffene, mehrsprachige Rede der Kandidatin, ihr selbstbewusster Blick ins Publikum wie ein Kontrastprogramm zum kreuzbraven Niederbayern Manfred Weber wirken – noch ist ein Wahlerfolg der CDU-Frau im EU-Parlament alles andere als sicher.

Die Abgeordneten haben im Wahlkampf für ihre Spitzenkandidaten gekämpft, den Bürgern erzählt, dass es jetzt demokratischer zugehen werde in Brüssel, dass die Hinterzimmerdiplomatie vorbei sei. Nun sollen sie von der Leyen, die von den Regierungschefs in vertraulichen Runden ausgewählt wurde, auf den wichtigsten Exekutivposten der EU hieven. Warum eigentlich?

Ursula von der Leyen – weiblich, 60, leidenschaftliche Europäerin. Erstmals in der Geschichte der EU könnte die Bundesrepublik eine Kommissionspräsidentin stellen, doch in Berlin oder Brüssel feiert niemand. Die Personalie ist kein deutscher Sieg, kein strategischer Geniestreich von Kanzlerin Angela Merkel, die ihre Verteidigungsministerin weder selbst ins Spiel brachte noch in Brüssel für sie stimmen durfte. Von der Leyens Benennung ist eine Lösung in der letzten Sekunde.

Sie steht am Ende eines zermürbenden Prozesses, in dem fast alle ungeschriebenen Regeln gebrochen wurden, an die sich die Akteure in Brüssel gewöhnt hatten: Die EU-Spitzenkandidaten blieben kläglich auf der Strecke. Die Bundeskanzlerin, dienstälteste Regierungschefin und erfahrenste Verhandlerin in Brüssel, musste ihr Personalkonzept auf Drängen der Amts- und Parteikollegen

mehrheitlich anpassen. Auch das Tandem Deutschland/Frankreich gab nicht wie so oft die Richtung vor, sondern musste dem Druck teils autokratischer Amtskollegen nachgeben. Und der Machtkampf der EU-Institutionen, zwischen Parlament und Europäischem Rat, ist längst nicht befriedet: Fällt von der Leyen bei der Abstimmung im Parlament in knapp zwei Wochen durch, geht das Ringen von vorn los.

Besteht sie die Wahl, wartet auf die Kommissionschefin eine Mammutaufgabe, die zum Teil auch ein Erbe der Ära Angela Merkels ist: die immer noch schwelende Eurokrise, das Zerwürfnis der EU-Staaten in der Flüchtlingspolitik und der Aufstieg der Nationalisten und Populisten in Europa. Von der Leyen wird es zufallen, die EU wieder handlungsfähig zu machen, Gräben zu überwinden und den Frust zu heilen, dass sie selbst keine Spitzenkandidatin war. Ist diese Aufgabe zu schaffen von einer Frau, die daheim sogar bei den eigenen Leuten unbeliebt ist und als Verteidigungsministerin eine fragwürdige Bilanz vorzuweisen hat?

Diese Personalie treibt auch die Große Koalition in eine frische Krise: Die Sozialdemokraten arbeiten in Berlin und Brüssel

Übermüdet und gereizt saßen die Staats- und Regierungschefs um den runden Konferenztisch.

gegen die deutsche Ministerin. Fiele von der Leyen ihretwegen durch, könnte die Regierung vor dem Bruch stehen.

Die Fragilität der Personalie von der Leyen röhrt daher, wie sie entstanden ist. Die Rekonstruktion der Ereignisse auf Basis vieler Gespräche mit den Akteuren in Brüssel und Berlin zeichnet nicht das Bild von souveränen Entscheidern und klugen Strategen. Eher das von Getriebenen, die Auswege aus einer Zwangslage suchten.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war es, der von der Leyen als Erster für den Topjob ins Spiel brachte. Am Montagmittag, nachdem die Staats- und Regierungschefs einen Abend, eine Nacht und den Morgen über verhandelt hatten, ohne einer Lösung nahezukommen.

Zu diesem Zeitpunkt war Manfred Weber längst aus dem Rennen, und auch das Personalpaket um Frans Timmermans, den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten, fand ersichtlich keine Mehrheit. Ratspräsident Donald Tusk wollte den Plan trotzdem zur Abstimmung stellen, doch der niederländische Premier Mark Rutte winkte ab: »Nein, nein.«

Übermüdet und gereizt saßen die Staats- und Regierungschefs um den runden Kon-

ferenztisch im elften Stock des Europa-gebäudes. Manche von ihnen, darunter Macron und Merkel, waren gerade erst vom G-20-Gipfel in Osaka zurückgekehrt.

Es wurden nur noch wild Namen auf den Tisch geworfen. Einer davon: Ursula von der Leyen. Der war zuvor schon aufgeblitzt, allerdings bei der Suche nach einem EU-Chefdiplomaten. Nicht für den mächtigsten Job der Kommission.

Doch im Élysée-Palast hatte man von der Leyen schon länger im Blick. Da Weber für Macron nicht infrage kam, überlegte Paris früh, wen man Merkel für einen Brüsseler Posten präsentieren könnte – man war schließlich nicht gegen Deutsche an sich. Die Personalie »Ursoula«, so heißt es aus Macrons Entourage, habe der Präsident schon vor der Europawahl Ende Mai mehrfach angesprochen, auch bei einem Besuch von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer in Paris Anfang Juni. Wirtschaftsminister Peter Altmaier habe er ebenfalls als guten Kandidaten betrachtet.

Im Élysée schätzt man von der Leyen als engagierte Europäerin »mit einer sozialen Ader«, die zwar als Verteidigungsministerin nicht geglänzt, dafür aber die konservative deutsche Familienpolitik revolutioniert habe. Die Ministerin hatte den jungen Präsidenten ihrerseits früh umworben: »Macron ist ein überzeugter, engagierter Verfechter der europäischen Idee, der die europäische Familie stärken und in die Moderne führen will«, jubelte sie kurz vor seiner Wahl 2017 im SPIEGEL.

Dass von der Leyen auch Französisch spricht und niemals die aus Pariser Sicht ungehörige Forderung nach der Abschaffung des EU-Parlamentssitzes in Straßburg aufstellte, gab weitere Sympathiepunkte.

Auch fachlich sah Macron früh, was er an der deutschen Ministerin hatte. Seit 2017 treibt von der Leyen das bisher größte deutsch-französische Rüstungsprojekt, einen neuen europäischen Kampfjet, gegen alle Widerstände voran, verhandelte teils persönlich mit ihrer Kollegin Florence Parly. Zuletzt begegnet waren sich Macron und von der Leyen Mitte Juni bei der Flugzeugschau in Le Bourget, wo das Projekt feierlich unterzeichnet wurde.

Am Montagmittag des Brüsseler Gipfels aber blieb der Name von der Leyen noch ein Testballon von Macron – kurz darauf schickte Donald Tusk die Ratsmitglieder erst mal in eine Schlafpause.

Die hatte vor allem Kanzlerin Merkel dringend nötig, für die der EU-Gipfel zuvor desaströs verlaufen war – wie der gesamte Prozess der Personalfindung seit der Europawahl. Der Idee, Spitzenkandidaten für die EU-Wahl zu nominieren, hatte Merkel sich ohnehin nur zögerlich angeschlossen, sie erschien ihr mangels europaweiter Wahllisten unvollkommen und für die EU-Personalfindung hinderlich. Darin dürfte

Merkel sich bestätigt gesehen haben, als nach der Wahl kein Spitzenkandidat in Parlament und Rat mehrheitsfähig war.

Am Tag vor der Abreise nach Osaka trommelte Merkel im Kanzleramt die Spitzen der Union zusammen: Weber, Kramp-Karrenbauer, CSU-Chef Markus Söder und dazu den EVP-Vorsitzenden Joseph Daul. In dieser Runde habe Weber seine Chancenlosigkeit eingestanden, so heißt es, und sich mit dem Posten des Parlamentspräsidenten begnügt. So hätte mit Timmermans wenigstens ein Spitzenkandidat Kommissionschef werden können.

Mit diesem Konzept reiste Merkel nach Osaka, wo die anwesenden EU-Regierungschefs es absegneten – wenn auch mit Zweifeln, ob dieser Plan für Polen oder Ungarn vermittelbar sein würde. Denn als bisheriger Kommissionsvize hatte Timmermans beide Staaten wegen ihrer rechtsstaatlichen Verstöße oft scharf kritisiert.

Spätestens von diesem Moment an habe die Kanzlerin auch Ursula von der Leyen als aussichtsreiche Brüssel-Kandidatin eingeplant, berichten Eingeweihte. Allerdings sei die Niedersächsin in Merkels Gedanken entweder als einfache Kommissarin unter Timmermans vorgesehen gewesen oder, noch besser, womöglich als EU-Außenbeauftragte. An den Chefposten der Kommission dachte wohl noch niemand.

Die Zustimmung der SPD für eine Kommissarin von der Leyen habe Merkel ebenfalls in Osaka eingeholt, heißt es in Regierungskreisen. Auch die Verteidigungsministerin selbst soll spätestens ab diesem Punkt über ihre Chance informiert gewesen sein. »VdL« selbst äußert sich nicht.

Doch auf dem Brüsseler Gipfel am Sonntag lief alles anders. Als Merkel ihre Parteifreunde beim EVP-Vortreffen im ehrwürdigen Akademiepalast über den Timmermans-Deal unterrichtete, brach ein

Scherbengericht über sie herein. Dass ausgerechnet Wahlverlierer Timmermans der EVP den Spitzenposten abjagen sollte, sahen viele Parteifreunde nicht ein. »Ich habe für Manfred Weber als Kommissionspräsident Wahlkampf gemacht«, soll Rumäniens Präsident Klaus Johannis geschimpft haben, sonst ein Merkel-Unterstützer. Bojko Borisow, der bulgarische Premier, warf Merkel vor, sie habe die Interessen der EVP verraten. Ungarns Premier Viktor Orbán hatte schon einen Protestbrief an EVP-Chef Daul geschickt.

Offenbar hatten weder Daul noch Weber größere diplomatische Vorarbeit für Timmermans geleistet. Mehrere Regierungschefs klagten, sie hätten die neue Idee erst am Morgen gehört – von den Un-

**»Hier hat meine Reise begonnen«, sagte Weber vor der Fraktion.
»Hier endet sie heute.«**

terhändlern anderer Parteien. So stand Merkel als Überbringerin der schlechten Nachricht im Kreuzfeuer, ohne das nötige Gewicht, um die EVP umzustimmen.

Zerstritten ging die konservative Parteifamilie in den Gipfel, wo sich prompt kein Ergebnis fand, auch nicht im nächtlichen »Beichtstuhlverfahren« von Ratspräsident Tusk mit einzelnen Regierungschefs.

Erst ab Montagnachmittag kam durch Macrons Vorschlag Bewegung in die Sache, und spätestens Dienstagmorgen war klar: Deutschland und Frankreich würden mit dem Duo von der Leyen und Christine Lagarde für den EZB-Chefposten ins Rennen gehen. Die Achse Deutschland/Frankreich funktionierte wieder.

Ausgerechnet Macron, der sich beim Postenpoker anfangs von seiner destruktiven Seite gezeigt hatte, wies den Ausweg aus der Krise. »Macron hat das Licht wieder angemacht«, sagt ein EU-Diplomat anerkennend. Merkel klopfte die Lösung in pausenlosen Telefonaten in der Heimat ab, konsultierte Söder und Kramp-Karrenbauer, die auf Reisen in Israel war. Auf Anrufe beim Koalitionspartner SPD verzichtete die Kanzlerin vorerst.

Um elf Uhr am Dienstag trafen sich Merkel und Macron mit Tusk in dessen Büro, Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez kam später hinzu. Die vier waren sich einig: Das neue Paket könnte funktionieren.

Die Zustimmung der vier Visegrád-Staaten, die am Vortag noch alles blockiert hatten, holte offenbar ausgerechnet Viktor Orbán ein. Ihm war vor allem wichtig gewesen, Weber und Timmermans zu verhindern. Stolz präsentierte Ungarns Regierungssprecher den Von-der-Leyen-Plan in einem Tweet als Idee der Visegrád-Gruppe. So war der Weg im Rat für die deutsche Kandidatin frei. Die Rolle von Orbán wird nun zur Hypothek für von der Leyen: Sie ist auch Kandidatin eines Autokraten.

Manfred Weber, an diesem Punkt noch offizieller EVP-Kandidat, erfuhr von den neuen Plänen erst mit reichlicher Verspätung. Als am Dienstagvormittag die zweite Runde des Gipfels in Brüssel begann, saß der 46-Jährige im Auto nach Straßburg, wo er am Abend in der Fraktion seine Niederlage verkünden musste. »Hier hat im letzten September meine Reise begonnen«, sagte er. »Hier endet sie heute.«

Von der Leyens Weg ist nun wieder offen. Die plötzliche Nominierung zur mächtigen Chefkin der EU-Kommission ereilte sie am Tiefpunkt ihrer politischen Karriere. Am Abend zuvor hatte die Ministerin noch mit starrem Gesicht auf einem Feld in der Nähe von Hameln gestanden, um sich zum tödlichen Unfall einer jungen Hubschrauberpilotin zu äußern. Es war der zweite tödliche Absturz für die Bundeswehr binnen kurzer Zeit.

Dazu belasteten sie das millionenteure Desaster bei der Sanierung der »Gorch Fock«, die endlose Pannenserien der Regierungsflieger der Luftwaffe, ein Untersuchungsausschuss zur Berateraffäre um Nepotismus und Mauschlelei im engsten Umfeld der Ministerin, und dann war da noch der Wehrbeauftragte, der von der Leyen zuletzt bescheinigte, die »Trendwende« von der Mangelverwaltung zu einer vernünftigen Ausstattung der Armee laufe »sehr zäh«.

Im sechsten Jahr ihrer Amtszeit schien die bald dienstälteste Verteidigungsministerin im politischen Treibsand zu versacken. Die Zeiten, in denen sie als potenzielle Kanzlerin gehandelt wurde, sind lange vorbei. In Partei und Fraktion ist sie unbeliebt bis verhasst, bei der nächsten



Präsident Macron: »Das Licht wieder angemacht«



CLEMENS BLAN / EPA-EFE / REX

Kanzlerin Merkel: Vor dem Scherbengericht der Parteifreunde

Bundestagswahl hätte sie nicht wieder kandidiert. Manchmal malte sie sich schon eine neue Karriere in der Wirtschaft aus.

In der Truppe wird von der Leyen noch immer als Fremdkörper gesehen. Die Männer und Frauen haben nicht vergessen, dass ihre Chefin der Bundeswehr vor zwei Jahren pauschal ein »Haltungsproblem« unterstellte. Sie selbst hält die verunglückte Bemerkung inzwischen für den schwierigsten Fehler ihrer Amtszeit und hat sich dafür entschuldigt. Geholfen hat es nicht. Erst kürzlich warf ihr Friedrich Merz wenig verklausuliert vor, Soldaten in die Arme der AfD getrieben zu haben.

Doch mangelnden Gestaltungswillen kann der Ministerin niemand vorwerfen. Sie hat der Bundeswehr ihren Stempel aufgedrückt wie kaum ein anderer Ressortchef. Von der Leyen baute einen Cyberbereich für die Zukunftsfähigkeit der Truppe auf, machte die Streitkräfte für Frauen attraktiver, modernisierte die internen Prozesse grundlegend und sorgte dafür, dass der Verteidigungsetat nach jahrelangem Schrumpfkurs in ihrer Amtszeit um fast 30 Prozent erhöht wurde. Doch die Erfolge halfen ihr nicht.

Spätestens seit dem vergangenen Jahr lotete die Ministerin dezent ihre Chancen aus, nach Brüssel zu wechseln. Nicht der Posten des Nato-Generalsekretärs hatte

sie gereizt, auch wenn ihr das oft unterstellt wurde. Es war das Amt der EU-Außenbeauftragten, das sie reizte.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit schuf sie sich ein feinmaschiges internationales Netzwerk, das ihr in ihrem neuen Job helfen wird. Wie sicher sie auf der ganz großen Bühne agiert, war zuletzt im April in New York zu besichtigen. Kaum hatte Deutschland den temporären Vorsitz im Uno-Sicherheitsrat übernommen, düste die Verteidigungsministerin an den Hudson River, um im wichtigsten Gremium der Weltgemeinschaft über die Rolle von Frauen in Uno-Friedensmissionen zu diskutieren. Wo sich kurz zuvor noch Außenminister Heiko Maas in holprigem Englisch durch sein Manuscript gequält hatte, redete von der Leyen frei und in makellosem Englisch.

Für das Amt der Kommissionspräsidentin, für das keinerlei Qualifikation, Mindestalter oder überhaupt eine EU-Staatsbürgerschaft vorgeschrieben ist, ist die polyglotte promovierte Ärztin ohne Zweifel qualifiziert. Auch ihr EU-Netzwerk ist eng gespannt. Meist ohne öffentliche Termine reiste die Ministerin zuletzt in die baltischen Staaten und nach Osteuropa. Mal zu einer Cyberkonferenz in Tallinn, dann zum Vieraugengespräch in Polen. Außer Instagram-Filmchen wurde kaum etwas

über die Missionen bekannt, im Verborgenen baute sie Vertrauen auf. Keine andere Gruppe in der EU votierte so schnell und klar für von der Leyen wie die Mitgliedsländer im Osten.

Fraglich ist, ob die Harmonie von Dauer wäre. Die ideologischen Unterschiede zwischen der Linkskonservativen von der Leyen und den zunehmend autokratischen Rechtsregierungen in Warschau oder Budapest könnte kaum größer sein.

In der Flüchtlingspolitik stand die Christdemokratin fest an der Seite der Kanzlerin, setzte auf dem Höhepunkt der Krise 2015 die Bundeswehr ein, um das Chaos unter Kontrolle zu halten. Ihre Familie nahm einen syrischen Flüchtling bei sich auf. »Er hat unser Leben bereichert«, sagte sie damals der »Bild am Sonntag«.

2016 rief von der Leyen zum Kampf gegen den Populismus auf. »Jetzt realisieren wir, dass die Demokratie vor die Hunde gehen kann, wenn wir uns nicht kümmern«, sagte sie im SPIEGEL.

Und schon 2011 hatte die überzeugte Europäerin die »Vereinigten Staaten von Europa, nach dem Muster der föderalen Staaten Schweiz, Deutschland oder USA« als ihr Ziel genannt.

Die CDU-Frau positionierte sich entschieden gegen die wachsende Gruppe der

EU-Skeptiker in ihrer Partei. Doch seit sich auch die europäische Realität in eine andere Richtung entwickelt, vom Flüchtlingsstreit bis zum Brexit, hat von der Leyen ihren Sound der veränderten Lage angepasst. Sie ist vorsichtiger geworden, fordert etwa keine europäische Armee, sondern eine »Armee der Europäer«. Doch an ihrer Grundausrichtung dürfte sich wenig geändert haben. Gut möglich, dass die Osteuropäer es bald bereuen werden, ihr beim Aufstieg geholfen zu haben.

Noch ist von der Leyen das Amt nicht sicher. In Berlin wie Brüssel regt sich Widerstand. Sicherheitshalber hat die Kanzlerin ausdrücklich kein Copyright auf die deutsche Kandidatin beansprucht. Das Letzte, was Merkel gebrauchen kann, ist eine Verschwörungstheorie in SPD oder CSU, sie habe Weber und Timmermans geopfert, um einen Geheimplan von der Leyen durchzusetzen. Merkels Leute streuten beim EU-Gipfel daher mehrfach, wie löwenhaft die Kanzlerin für die Spitzenkandidaten gekämpft habe.

Trotzdem legte die SPD am Dienstag das Veto des Koalitionspartners gegen von der Leyen ein. Und so wurde die erste deutsche Kommissionspräsidentin seit 52 Jahren zwar einstimmig von den Regierungschefs nominiert, aber mit einer Enthaltung ihres Heimatlandes.

Doch der SPD-Widerstand fällt in Berlin und Brüssel unterschiedlich stark aus. Daheim zeichnet sich ab, dass die Sozialdemokraten an dieser Personalie nicht die Koalition platzen lassen. Selbst entschiedene Gro-Ko-Gegner kündigten nur an, Merkels Brüsseler Coup werde in jene Bilanz der Regierungsarbeit einfließen, die man zum Jahresende ohnehin ziehen will.

Achim Post, der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas, sagt: »Das Verfahren, eine Person zur Kommissionspräsidentin zu machen, die nicht als Spitzenkandidatin angetreten ist, ist aus unserer Sicht inakzeptabel und Wählertäuschung.« Gleichwohl habe »sich Angela Merkel bei der Stimmabgabe im Rat korrekt verhalten, indem sie das Nein der SPD berücksichtigt hat«. Für die Koalition in Berlin habe der Fall daher keine weitere Bedeutung, so Post. »Aber die Stimmen im Europäischen Parlament muss Frau von der Leyen erst mal zusammenbekommen.«

Jens Geier, Chef der deutschen Sozialdemokraten im EU-Parlament, droht: »Die SPD wird von der Leyen geschlossen ablehnen.« Unter den deutschen Abgeord-

neten stehe es insofern »16:0«. Auch die Genossen aus Großbritannien, Österreich, Frankreich und den Benelux-Staaten würden von der Leyen ablehnen, heißt es in der deutschen SPD-Gruppe.

Der Union macht auch Sorge, dass die Brüsseler Abstimmung geheim ist. »Anstatt stolz und froh darüber zu sein, dass Deutschland diesen Einfluss gewinnt, auch noch erstmalig mit einer Frau, blockiert die SPD das«, sagt CDU-Vize Julia Klöckner. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein solches Verhalten wirklich mehr Wähler bringt.« Auch CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak kritisiert: »Das parteidiktati-

grüne Spitzenkandidat Sven Giegold. Sein Parteifreund Reinhard Bütkofer, Co-Vorsitzender der Europäischen Grünen, wirft von der Leyen vor, dass sie »nicht mit der Wimper gezuckt« habe, als die Staats- und Regierungschefs ihr die Kommissionsvizes vorgeschrieben hätten. »Damit hat sie sich als Kandidatin präsentiert, die der Europäische Rat in der Tasche hat«, sagt Bütkofer. »Warum sollte ich dieses Schmierentheater mit meiner Stimme ratifizieren?«

Auch wenn deutsche Grüne sich hinter vorgehaltener Hand offener für von der Leyen zeigen, heißt es in deren eigener Partei, die Kandidatin müsse so schnell wie möglich einen oder gar mehrere Kommissarposten den Grünen anbieten – am besten die für Umwelt oder Klima. Die Frage ist, ob das reicht.

In Deutschland interessiert ihre Parteifreunde derweil vor allem, wer die Lücke im Kabinett füllen darf. Es werde mit Sicherheit ein Mann sein, sind Unionsinsider überzeugt. Nach von der Leyen hätte eine Frau es zu schwer. Profilierte Verteidigungspolitiker hätte die CDU zur Genüge – doch da gibt es noch ein Problem: Angela Merkel hatte bei ihrer Kabinetsbildung gelobt, die Hälfte der Ministerposten Frauen zu geben.

Das Versprechen gilt sowohl aus Sicht von Merkel, als auch von Kramp-Karrenbauer unverändert: Auch wenn in Brüssel bald eine deutsche Frau mitregieren sollte, werde das Berliner Personal getrennt gezählt, sagen Eingeweihte. Das würde größere Verschiebungen im Kabinett bedeuten, zumal »AKK« fest entschlossen scheint, nicht ins Kabinett zu gehen.

Von der Leyen hingegen rüstet sich jetzt für die Endrunde im Brüsseler Machtpoker. Ihr wur-

de ein »transition team« zur Verfügung gestellt, ähnlich wie amerikanische Präsidenten es nach ihrer Wahl einberufen. Sieben Beamte der EU-Kommission sollen die Kandidatin auf dem Weg zur Wahl am 16. Juli begleiten und helfen, ihre Rede vorzubereiten. Es muss die Rede ihres Lebens werden.

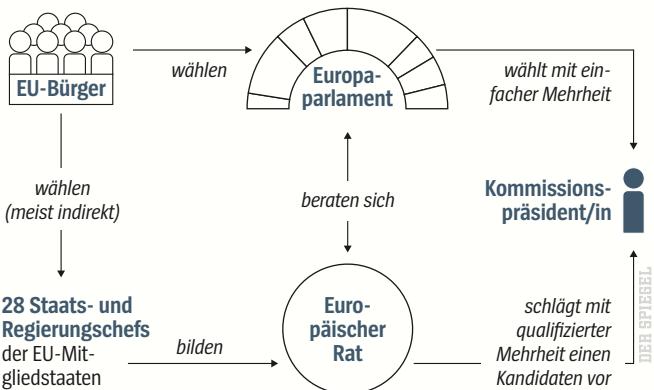
Melanie Amann, Markus Becker, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Julia Amalia Heyer, Christoph Hickmann, Dietmar Hipp, Peter Müller

Video
Von der Leyens Karriere im Zeitraffer

spiegel.de/sp282019europa
oder in der App DER SPIEGEL



Wahl des EU-Kommissionspräsidenten



Twitter-Account von der Leyens: Feinmaschiges Netz

sche Verhalten der SPD schadet gerade nicht nur wieder dem Ansehen der GroKo, sondern unserem ganzen Land.«

Von der Leyens größtes Problem sind aber Europas Grüne. Nach der Europawahl, bei der sie insbesondere in Deutschland massiv zulegten, war die Ökopartei geradezu siegestrunken. Umso größer ist die Ernüchterung jetzt – denn die Grünen sind nicht nur beim Postenpoker bisher leer ausgegangen. Sie waren auch die Partei, die am glühendsten das Spitzenkandidatenmodell befürwortete. »Die Stimmung war aggro«, sagt ein Grünenabgeordneter über die erste Fraktionssitzung nach der Europawahl.

»Eine Zustimmung unserer Fraktion bei ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin erscheint mir unwahrscheinlich«, sagt der

VOLLE KONTROLLE BEI HARNVERLUST



Jeder vierte Mann über 40 kennt unfreiwilligen Harnverlust. Mit dem richtigen Schutz lässt sich ein aktives Leben führen.

Harnverlust kennen nicht nur ältere Menschen. Auch Männer im „besten Alter“ können davon betroffen sein. Doch viele halten Harnverlust nach wie vor für ein reines Frauenproblem. Nur die wenigsten wissen, dass es spezielle und besonders sichere Hygiene-Produkte für Männer gibt.

An Harnverlust ist oft eine geschwächte Beckenbodenmuskulatur schuld. In vielen Fällen macht aber auch die Prostata Probleme, denn das Organ wächst das ganze Leben lang. Doch häufiger Harndrang oder unkontrollierter Harnverlust müssen das Leben nicht beeinträchtigen. Zum Glück ist es ganz einfach, etwas dagegen zu tun: Mit speziellen Hygiene-Produkten können sich Männer die volle Kontrolle zurückholen.

Kontrolle behalten

TENA MEN bietet ein großes Sortiment diskreter, saugfähiger und komfortabler Protektoren und Pants speziell für Männer. Die neue Generation TENA MEN Protektoren wurde nochmal deutlich verbessert. Die Einlagen sind bis zu 30 Prozent dünner, dank einer verstärkten Sicherheits-Absorptionszone aber genauso sicher. Nach einem Produkttest* sagen Männer: „TENA MEN ist dünn und unauffällig. Ich fühle mich bei Harnverlust damit jederzeit sicher“.

WARUM BRAUCHT MANN DAS?

- Sicherer Schutz von Nachträpfeln bis stärkerem Harnverlust
- Maskuliner und bequemer Schnitt
- Jetzt bis zu 30 % dünner und noch diskreter
- Unerwünschte Gerüche neutralisiert die Odour-Control-Technologie
- 96 % würden TENA MEN weiterempfehlen.*



TENA MEN gibt es in Super- und Drogeriemärkten – und natürlich online.



* Produkttest mit 500 Männern. Ergebnisse basieren auf 427 Antworten. Mehr auf www.tena.de/men.

Jede Menge Tipps für die volle Kontrolle im Alltag, Produktberatung und ein kostenloses Test-Paket gibt es auf www.tena.de/men

»30 Cent für ein Kind«

Globale Krisen Entwicklungminister Gerd Müller (CSU) über seine Afrika-Strategie, deutsche Firmen in Krisenländern – und die Frage, ob Berlin jetzt syrische Flüchtlinge zurückschicken sollte

SPIEGEL: Herr Müller, seit rund 60 Jahren gibt es die deutsche Entwicklungshilfe. Sie hat wenig bewirkt. Einige Experten fordern die komplette Abschaffung. Was sagen Sie ihnen?

Müller: Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir haben enorme Fortschritte erzielt: Der Anteil der Hungernden weltweit hat sich seit 1990 halbiert. Die Zahl der Armen ist von 1,9 Milliarden auf 740 Millionen gesunken, während die Weltbevölkerung in derselben Zeit um mehr als 2 Milliarden gewachsen ist. Aber es ist noch ein weiter Weg zu gehen.

SPIEGEL: Schon bis 2050 werden in Afrika doppelt so viele Menschen leben wie heute. Die Wirtschaft wächst deutlich langsamer. Wie wollen Sie die Lage der Menschen verbessern?

Müller: In Afrika liegen sechs der zehn am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Auf der anderen Seite gibt es unvorstellbaren Hunger und Elend. Wir haben die Ressourcen, das Wissen und die Technologie, um alle Menschen zu ernähren. Was fehlt, ist der Wille, konsequent zu handeln. Brüssel muss Afrika endlich zur Jahrtausendaufgabe machen. Der Afrika-Etat der EU soll nach der aktuellen Planung aber nur von fünf auf sechs Milliarden Euro erhöht werden. Das sind nur Tropfen. Die Mittel müssen mindestens verdoppelt werden. Finanzierungsquellen dafür gibt es, zum Beispiel eine wirksame europäische Finanztransaktionsteuer, die bis zu 60 Milliarden Euro jährlich einbringen würde.

SPIEGEL: Das klingt wie ein Wunschkonzert.

Müller: Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, werden aber von den Lobbyisten der Finanzindustrie kaputtgeredet. Das Ergebnis ist dann eine Finanztransaktionssteuer light, wie sie jetzt von zehn Mitgliedsstaaten angestrebt wird. Es sollen nur Wertpapiere wie Aktien besteuert werden. Hochspekulative Derivate sind ausgenommen. Das ist falsch und reicht mit 3,4 Milliarden Euro auch nicht zur Finanzierung dringend benötigter Zukunftsinvestitionen.

SPIEGEL: Sie kritisieren, dass zu wenig Geld reinkommt. Allerdings fließt nicht selten Steuergeld in Projekte in Afrika, die keine oder kaum Effekte erzielen. Wie kann man das verhindern?

Müller: Wir können nicht mit der Gießkanne über einen Kontinent gehen, der

rund hundertmal so groß ist wie Deutschland. So erzielen wir keine Wirkung. Deshalb konzentrieren wir unsere Zusammenarbeit und knüpfen sie an Bedingungen – etwa gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung. Besonders reformorientierte Regierungen unterstützen wir verstärkt. Wer aber keine Anstrengungen unternimmt, muss mit weniger Unterstützung aus Deutschland rechnen. Deshalb will ich auch die Zahl der Länder, mit denen wir klassische Entwicklungszusammenarbeit betreiben, von 85 auf 55 reduzieren.

SPIEGEL: Dem Außenminister wird das weniger gut gefallen. Aus diplomatischer Sicht ist es sinnvoll, möglichst viele Instrumente in der Hand zu haben, um auf Regierungen einwirken zu können.

Müller: Bei mir steht der Mensch im Vordergrund. Natürlich müssen wir auch bei den Regierenden Wirkung erzielen. Aber in vielen Staaten wäre ich verloren, wenn ich nur auf die Regierenden bauen würde. Ich erinnere mich an ein Treffen mit dem Präsidenten des Tschad, der öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wollte. Ich habe ihm gesagt, dass er das vergessen kann, solange er in seinem riesigen Palastsitzt und so autokratisch regiert, wie er regiert.

SPIEGEL: Haben Sie für Ihre Strategie Unterstützung im Kabinett?

Müller: Wir erarbeiten jetzt unser Konzept. Das diskutiere ich dann mit dem Parlament, und danach setzen wir es gemeinsam mit dem Außenminister um. Aber ich möchte klarstellen, dass wir nicht plötzlich

die Zusammenarbeit mit 30 Ländern beenden. Es geht um die öffentliche Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Not hilfe ist ausgenommen, ebenso die Förderung struktureller Reformen, etwa zur Stärkung der Rechtssicherheit oder zum Abbau von Handelsbarrieren oder private Investitionen. Das Ziel ist ohnehin, dass in fünf bis zehn Jahren der Privatsektor mindestens dieselbe Bedeutung hat wie die öffentlichen Gelder. Bisher sind aber nur 1000 deutsche Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent aktiv – dem gegenüber stehen mehrere Zehntausend chinesische Unternehmen. Deswegen haben wir einen Entwicklungsinvestitionsfonds insbesondere für Mittelständler aufgelegt.

SPIEGEL: Warum sollte ein schwäbischer Mittelstandsbetrieb im unsicheren Äthiopien investieren und nicht einen stabilen Ort in Tschechien vorziehen?

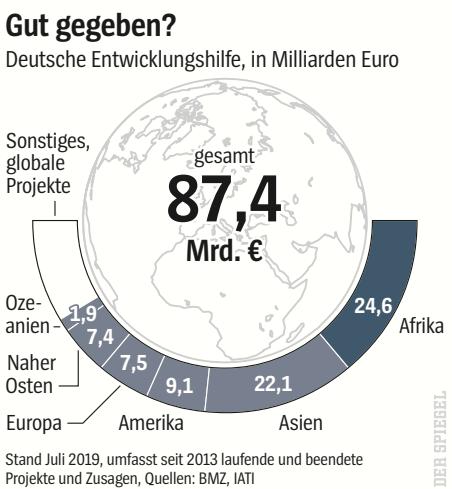
Müller: Die Dynamik der afrikanischen Volkswirtschaften wird völlig unterschätzt. Äthiopien ist ein gutes Beispiel, ein Land mit enormer Reformdynamik und acht Prozent Wirtschaftswachstum. Dort bietet sich gerade eine historische Chance, auch für die deutsche Wirtschaft. Es bieten sich Investitionsmöglichkeiten in der Infrastruktur, dem Energiesektor und der Landwirtschaft. Ich habe dort Holzpflüge gesehen, die wie im 19. Jahrhundert von Ochsen gezogen wurden. Mit der richtigen Strategie könnte das Land schon in zehn Jahren zum bedeutenden Nahrungsmittelexporteur werden.

SPIEGEL: Wenn deutsche Firmen im Ausland produzieren lassen, besteht auch immer die Gefahr, dass Menschenrechtsstandards unterschritten werden.

Müller: Tatsächlich machen sich viele Unternehmen sauber zulasten der Entwicklungsländer, indem sie zum Beispiel im Textilbereich heikle Produktionen und damit Umwelt- und Sozialprobleme ins Ausland verlagern. Es herrscht Ausbeutung von Mensch und Natur. Bei der Herstellung von Kaffee, Kakao und Coltan gibt es sklavenartige Verhältnisse – gerade bei Kindern. Die deutschen Firmen kennen die Zustände genau.

SPIEGEL: Sie wollten dieses Problem angehen, aber bisher ist nichts passiert.

Müller: Es hat sich schon etwas bewegt. Allein die Diskussion um ein mögliches Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz zeigt Wirkung. Viele Unternehmen kommen zu mir und sagen, dass sie die Standards bereits erfüllen oder nun Vorsorge tragen wollen. Aber wir müssen vorankommen. Rund 7000 deutsche Unternehmen müssen darlegen, wie sie ihre Produktionsbedingungen überwachen, menschenrechtliche Mindeststandards einhalten und mit Beschwerden umgehen. In einem Monitoring-Prozess sollen nun 1800 befragt werden. 400 müssen antworten, damit es





UTE GRABOWSKY

Politiker Müller in Malawi: »Etat der EU mindestens verdoppeln«

statistisch valide ist. Das ist schon niedrig angesetzt.

SPIEGEL: Das Wirtschaftsministerium, das an dem Prozess beteiligt ist, möchte das freiwillige Monitoring-Verfahren noch weiter aufweichen. Die Bilanz soll schöner werden, indem auch Unternehmen, die die Standards nur teilweise erfüllen, schon zu den Guten gezählt werden. Ist das mit Ihnen zu machen?

Müller: Nein, ein Unternehmen kann die Anforderungen nur dann erfüllen, wenn es alle Fragen richtig beantworten kann.

SPIEGEL: Seit einem halben Jahr diskutieren Sie ergebnislos mit dem Wirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt.

Müller: Es muss nächste Woche das Go erfolgen. Alle Ressorts sollten ein Interesse haben, dass es vorangeht. Wenn nicht, ist dieser Prozess gescheitert. Dann muss ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, um Mindeststandards zu erzwingen.

SPIEGEL: Warum sollten Firmen freiwillig auf Gewinne verzichten?

Müller: Immer mehr Kunden legen Wert auf eine faire Produktion. Das wissen auch die Firmenchefs. Ich will keinen Anzug tragen, für den Kinder ausgebeutet werden. Ich lasse es nicht gelten, wenn Unternehmen sagen, sie können die Bedingungen in ihren Produktionsstätten nicht kontrollieren. Technisch ist das längst möglich. Marktwirtschaft muss sozial sein. Der freie Markt schafft das nicht. Er folgt der Gewinnmaximierung.

SPIEGEL: Sie klingen ein wenig wie Karl Marx. Heißt das, Sie fordern mehr Staatsdirigismus?

Müller: Ich fordere einheitliche Standards, die der Staat überwachen muss. Auch viele Unternehmen sprechen sich inzwischen für ein solches Gesetz aus.

SPIEGEL: Was die Aufgabe der Staaten anbelangt: In Deutschland wird über die Rückkehr syrischer Flüchtlinge diskutiert. Soll der Staat auch die geordnete Rückkehr von Flüchtlingen organisieren?

Müller: Die Kriegshandlungen sind in 95 Prozent des Landes Syrien beendet. So schrecklich es ist, so müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, dass Assad den Krieg gewonnen hat. In den Nachbarländern Jordanien, im Libanon und im Irak, die zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben, herrscht großer Druck. Die Rückkehr von Flüchtlingen ist für die Nachbarländer und für den Wiederaufbau Syriens wichtig. Klar ist, dass die Sicherheit der Menschen durch eine Mission der Vereinten Nationen gewährleistet sein muss. Das ist derzeit noch nicht der Fall.

SPIEGEL: Sollen auch syrische Flüchtlinge aus Deutschland zurückkehren?

Müller: Das kann nur auf Basis der freiwilligen Rückkehr erfolgen, sobald es Sicherheitsgarantien durch die Vereinten Nationen gibt.

SPIEGEL: Wären auch Abschiebungen nach Syrien legitim?

Müller: Viele Menschen wollen freiwillig zurückkehren, vor allem aus Nachbarstaaten. Darum geht es jetzt.

SPIEGEL: Kürzlich haben Sie mit dem Gedanken gespielt, die Nothilfe für die Nachbarstaaten Syriens herunterzufahren.

Müller: Als der Haushaltsentwurf diskutiert wurde, wollte man die erforderlichen Mittel für 2020 nicht bereitstellen und in den kommenden Jahren sogar stark kürzen. Wenn der Entwicklungshaushalt absinkt, dann muss ich kürzen. In vielen Bereichen sind wir allerdings langfristig vertraglich gebunden. Bei der Krisenhilfe hingegen haben wir Entscheidungsspielraum. Deutschland hat bei der letzten Syrienkonferenz angekündigt, die Syrienhilfe auf 1,4 Milliarden zu erhöhen. Dieses Versprechen ist nicht zu halten, sollte es bei den Kürzungen für die nächsten Jahre bleiben.

SPIEGEL: Inzwischen ist es doch bekannt, dass die Flüchtlingskrise 2015 unter anderem dadurch ausgelöst wurde, dass die Nachbarstaaten Syriens zu wenig unterstützt wurden und es sogar eine Kürzung von Nahrungsmittelrationen in den Flüchtlingslagern gab.

Müller: Das alles ist sehr kurz-sichtig. Im Libanon, in Jordanien oder im Irak können wir mit 25 bis 30 Cent am Tag für ein Kind das Überleben sichern. In Deutschland ist das fast hundertmal so teuer.

Interview: Nicola Abé, Bartholomäus Grill, Christoph Schult



leiter, und Thomas Röckemann, 54, früher Rechtsanwalt und Polizist.

Beide sind Landtagsabgeordnete, ihre Büros in Düsseldorf liegen nur ein paar Meter auseinander. Dennoch habe man »nur wenig« miteinander geredet, sagt Seifen. Zwischen Röckemann und ihm habe es »keine Vertrauensbasis« gegeben. »Wir haben eine komplett verschiedene Agenda«, sagt Seifen. Ein paar Tage vor dem AfD-Konvent sitzt er an einem Konferenztisch im Landtag und spricht über seine verkorkste Amtszeit: »Alle sagten uns: Vertragt euch! Aber wir sind doch keine kleinen Kinder im Sandkasten.«

Seifen will sich nicht vertragen, bei seinem Co-Chef ist es ähnlich. Die Partei habe »zwei Charaktere gewählt, die unterschiedlicher nicht sein können«, sagt Röckemann. Kein Wunder, dass der Laden so nicht funktioniert.

Nach Seifens NS-Vergleichen in Krefeld, über die der WDR zuerst berichtete, strengte der Bezirksverband Münster ein parteiinternes Verfahren an. Der Landeschef, so heißt es aus den eigenen Reihen, habe »gegen einen Parteidreund gehetzt« und »das Vokabular der Antifa benutzt«. Man forderte eine Ämtersperre für Seifen, doch der Bundesvorstand lehnte ab.

Seifen gilt als bürgerlich-konservativer Politiker, als das, was bei der AfD »gemäßigt« genannt wird. Röckemann dagegen ist ein Sympathisant des »Flügels«, jenes völkisch-nationalistischen Lagers um Höcke und den brandenburgischen AfD-Chef Andreas Kalbitz, das vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Rund ein Drittel der AfD-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen soll Flügel-nah sein. Für seine Anhänger ist der Flügel eine unverzichtbare Strömung, die den »Gemäßigten« Beine machen soll. Für seine Gegner ist er eine »Partei in der Partei«. In vielen Landesverbänden und Fraktionen haben sich Lager gebildet, die einander unversöhnlich gegenüberstehen und sich an der Frage auffreiben, wie weit rechts die Partei stehen, wie radikal sie sein soll.

Auch die Fraktion im bayerischen Landtag ist zerstritten. Hier die Rechtsnationalen, dort die Liberalkonservativen. »Es war schwer für uns Gemäßigte, mit inkompetenten, rechtsradikalen und charakterlosen Gestalten zusammenzuarbeiten«, sagt Markus Plenk, der bis April die AfD im Landtag angeführt hat und dann aus Partei und Fraktion austrat, weil er den Rechtskurs nicht mehr mittragen möchte (SPIEGEL 15/2019).

Plenk hatte angekündigt, Mitglied der CSU werden zu wollen. Doch die Partei bietet ihm nur eine Gastmitgliedschaft auf Probe an, was Plenk ablehnt. Er möchte Mitglied »auf Augenhöhe und mit Perspektive« werden, sagt er. Nun steht ihm wohl ein politisches Dasein als fraktionsloser Einzelgänger bevor, sein Fall zeigt: Wer

Wer von Wölfen spricht

Parteien Viele Landesverbände der AfD sind zerstritten. Die Frage ist: Welches Lager gewinnt den Machtkampf – die Anhänger oder die Gegner des völkischen Flügels?

Es gibt ein Video, das ziemlich gut zeigt, wie die AfD zurzeit Krieg gegen sich selbst führt. Das Filmchen entstand Anfang Juni in Krefeld auf einer Veranstaltung der Partei. Man sieht Helmut Seifen, den nordrhein-westfälischen Landeschef, bei einem Vortrag.

Seifen wirft eine Präsentation an die Wand, eine Folie trägt die Überschrift: »Höckes Selbstdarstellung«. Seifen zeigt den Zuhörern ein Plakat, das zu einem Auftritt des thüringischen AfD-Landeschefs Björn Höcke einlädt. Auf dem Plakat steht: »Höcke spricht!« Früher, sagt Seifen, habe es auch schon solche Plakate gegeben. Kunstpause. Seifen fährt fort: »Da hieß es dann: Der Führer spricht!«

In seine Präsentation hat Seifen auch ein Foto von Joseph Goebbels eingebaut, daneben hat er eines von Höcke gestellt. Beide Männer mit erhobenem Zeigefinger. Goebbels habe einst von »Wölfen« gesprochen, die »in die Schafherde« einbrechen müssten, erklärt Seifen. Höcke rede auch von Schafen und Wölfen, benutze dieselben Sprachbilder. Seifens Zuhörer, Parteidreunde von ihm, sind empört über die NS-Vergleiche. »Fechtheit«, schreit jemand aus dem Publikum.

Die AfD im Sommer 2019. Während die Partei in Sachsen, Brandenburg und Thüringen vor den Landtagswahlen im Herbst von Ergebnissen jenseits der 20 Prozent träumt, scheinen manche Landesverbände im Westen im selbst verschuldeten Chaos zu versinken. Es wird intrigiert und denun-

ziert, gegnerische AfD-Mitglieder werden als »Verräter« und »Täter« bezeichnet.

Ein Parteiausschlussverfahren gegen den einen, eines gegen den anderen. Die AfD ist zutiefst zerstritten, und die innerparteilichen Querelen werden manchmal mit denselben Stilmitteln ausgetragen wie der Kampf gegen Andersdenkende in den sozialen Medien und in den Plenarsälen: mit Hohn und Anfeindungen.

In Nordrhein-Westfalen, dem mit rund 5300 Mitgliedern größten Landesverband, läuft der Streit gerade auf seinen vorläufigen Höhepunkt zu. Am Wochenende soll auf einem vorgezogenen Parteitag in Warburg ein neuer Vorstand gewählt werden. Die Basis hat genug vom ewigen Zoff.

Seit 2017 wird die AfD in Nordrhein-Westfalen von einer Doppelpitze geführt: Helmut Seifen, 65, ein ehemaliger Schul-



Landesvorsitzender Seifen
»Warum soll ich das alles ertragen?«

die AfD verlässt, droht ins Leere zu fallen. Also bleiben lieber alle und zanken weiter.

In Rheinland-Pfalz beschäftigt sich die Partei gerade mit dem Landtagsabgeordneten Jens Ahnemüller, der sich mit einem früheren NPD-Funktionär getroffen haben soll. Einen angemessenen Umgang mit solchen Parteikollegen findet die AfD bislang nicht. Es werden Parteiausschlussverfahren angestrengt, Schiedsgerichte bemüht. Wenn gar nichts mehr geht, rufen Mitglieder zum Boykott eines Landesparteitags auf, so wie kürzlich im Saarland.

In Baden-Württemberg spaltet der Lagerkonflikt den Parteivorstand, der jüngst zugab, »nicht arbeitsfähig« zu sein. In Schleswig-Holstein scheint die Machtfrage bereits entschieden. Vorige Woche wählten die AfD-Mitglieder Doris von Sayn-Wittgenstein zur neuen Landeschefin. Sie setzte sich gegen ihren als gemäßigter gelgenden Konkurrenten durch, der von einem »desaströsen Ergebnis« sprach.

Sayn-Wittgenstein gewann trotz einer »Welt«-Enthüllung im November: Danach hatte sie 2014 für den rechtsradikalen Verein »Gedächtnisstätte« geworben, ein Forum für Holocaust-Leugner. Die AfD-Frau gab das zu, argumentierte aber, der Verein sei damals noch nicht vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft gewesen.

Jetzt ist sie Landeschefin, obwohl wegen dieser Sache vor dem Bundesbeschwerdegericht der AfD ein Parteiausschlussverfahren gegen sie läuft. Ausgang offen, fest steht nur: Der Stoff für Streit geht der AfD nicht aus.

Nirgends wird er gerade so erbittert geführt wie in Düsseldorf. »Flügelanten« nennt dort AfD-Chef Seifen seine Gegner. Ihr Weg, sagt er, sei »inhaltlich und taktisch falsch«. Ein Beispiel: Er, Seifen, wolle, dass sich die Höhe der Rente an Erwerbsjahren orientiere, egal, welche Nationalität jemand habe. Wer dem Flügel nahestehet, behauptet Seifen, wolle, dass Deutsche bei der Rente bevorzugt werden. Soll heißen: Der Flügel verfolgt eine rassistische Politik.

Aber um Politik, um Inhalte, geht es in manchen Landesverbänden schon lange nicht mehr. Die AfD verliert sich in internen Machtfragen, sie ist eine Partei, die ihr Verhältnis zu Höcke und seinen Gefolgsmenschen nicht klären kann oder will.

Seifen sagt, er halte Höcke für »einen nationalistischen Fantasten«, der die AfD »mit seiner Wortwahl immer wieder in Gewissheit« nehme. Höcke trat zuletzt mehrmals in Nordrhein-Westfalen auf, zusammen mit Röckemann. Seifen sagt, mit ihm seien diese Veranstaltungen nicht abgesprochen gewesen. Im Landesvorstand, erzählt er, habe man viele Entscheidungen

nicht treffen können, weil die Flügel-Anhänger loyal gegenüber Höcke gewesen seien, aber nicht gegenüber der Partei.

Nach einerinhalb Stunden Gespräch klingt Seifen verzweifelt: »Warum soll ich das alles ertragen?« Er werde »auf keinen Fall wieder für ein Vorstandamt antreten«, sagt er. »Ich habe der Partei nicht vermitteln können, dass mein Weg der richtige ist.« Daher sei jetzt Schluss.

Sein Kontrahent, Co-Chef Röckemann, schätzt die Lage selbstverständlich ganz anders ein. Die AfD in Nordrhein-Westfalen sei »in einem guten Zustand«, sagt er, sie verdiene »die Schulnote 2«. Und überhaupt, »dieses Lagerdenken« sei »doch nur etwas für die Klatschpresse«.

Ob auf dem Parteitag wirklich eine neue Parteispitze gewählt wird, ist ungewiss. Manche im Vorstand wollen zurücktreten, andere nicht. Einig ist man sich nur in der Uneinigkeit. Es liegen zahlreiche Anträge vor, diesen oder jenen Amtsträger abzuwählen. Manche Beobachter gehen davon aus, dass sich die AfD-Mitglieder »zwei Tage lang anschreien« und ohne Ergebnis auseinandergehen werden.

Matthias Bartsch, Felix Bohr, Annette Bruhns, Anna Clauß, Lukas Eberle

Mail: lukas.eberle@spiegel.de

Deutsche Bank



Niedrigzinsen
jetzt sichern.

Die neue Maschine
kostet Geld.

Keine neue Maschine
kostet mich Aufträge.

Wir unterstützen Sie bei Ihrem nächsten Schritt. Mit einer Finanzierungsberatung, die mehr möglich macht.

Lassen Sie uns über Ihre Pläne sprechen und erfahren Sie, wie aus Bank Hausbank wird.

#Hausbank
#PositiverBeitrag

Telefon: (069) 910-10061
deutsche-bank.de/nächsterschritt

Er will ja nicht stören

SPD Rolf Mützenich führt seit Andrea Nahles' Rückzug kommissarisch die Fraktion. Bislang war er ein Mann der zweiten Reihe. Nun fordern viele Genossen: Er soll dauerhaft bleiben.

Es gibt diesen einen Satz, den Rolf Mützenich am Montagnachmittag immer wieder sagt. Er sagt ihn in der Kindertagesstätte. Er sagt ihn, als er das »Handwerkerinnenhaus« betritt, wo Mädchen und junge Frauen das Arbeiten mit Holz und Metall lernen. Und er sagt ihn, als er dort in die Werkstatt kommt: »Wir wollen aber nicht stören.«

Dabei stört er überhaupt nicht. Im Gegenteil. Alle sind froh, dass er da ist.

Mützenich, kommissarischer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ist mit zwei Mitarbeitern in seinem Wahlkreis in Köln unterwegs. Der Kita-Leiter führt ihn beflissen durch die Räume, im Handwerkerinnenhaus erzählt eine Sozialarbeiterin ausführlich, wie man jungen Frauen hier Chancen biete, und die Mädchen in der Werkstatt fragen Mützenich grinsend, ob sie mit ihm ein Foto machen dürften. Eine sagt, sie habe ihn im Fernsehen gesehen. Mützenich lächelt, als wäre ihm das etwas peinlich, er sagt: »Wenn Sie möchten, ja.« Er stellt sich mit den Mädchen auf, und dann ist er auch schon wieder weg. Er wollte ja nicht stören.

Seit einem Monat, seit dem Rücktritt von Andrea Nahles, wird die SPD von Interimsvorsitzenden geführt. An der Parteispitze steht nun eine Troika, in der Bundestagsfraktion übernahm Mützenich den Chefposten. Er war dort der dienstälteste von Nahles' Stellvertretern, die Rolle fiel ihm zu, es war nicht so, dass er sich danach gedrängt hätte. Ist nicht so seine Art.

Rolf Mützenich, 60, Doktor der Politikwissenschaft und Fachmann für Außenpolitik, verheiratet, Vater zweier erwachsener Kinder, intern als »Mütze« bekannt, tritt nicht nur in seinem Wahlkreis, sondern eigentlich überall derart bescheiden und zurückhaltend auf, dass er inmitten all der Breitbeinigkeit des Berliner Betriebs fast schon exotisch wirkt. In einer Branche, in der es normalerweise Leute wie Markus Söder, Christian Lindner oder Sigmar Gabriel ganz nach oben schaffen, wirkt Mützenich wie der unwahrscheinlichste Fraktionschef aller Zeiten.

»Mein Name ist Rolf Mützenich«, so stellte er sich vor, als er erstmals als Interimsvorsitzender vor die Kameras trat – dabei sitzt er seit 2002 im Bundestag. Er ist nicht ins Vorsitzendenbüro umgezogen, sondern in seinem Vizebüro geblieben.

Und als er am Dienstag voriger Woche zur Fraktionssitzung erscheint, trägt er seinen Fahrradhelm bei sich. Dabei stünde ihm ein Dienstwagen zu.

Was sagt es über die Politik und über die SPD, dass erst der politische Katastrophenfall eintreten muss, bevor so jemand mal ganz nach oben kommt? Und darf Mützenich nur als Feuerwehrmann einspringen oder danach weitermachen? Im September endet das Interimskonstrukt, dann soll der Fraktionsvorsitz neu gewählt werden, und es gibt erste Genossen, die fordern, dass Mützenich dauerhaft übernehmen solle. Nur: Will er das überhaupt?

Es ist der Mittwoch vergangener Woche, Berlin schmilzt in der Sommerhitze vor sich hin, die SPD-Bundestagsfraktion hat zum Hoffest geladen. Jedes Jahr die gleiche Sause, kurz vor der Sommerpause, es ist ein Ritual. Und zum Ritual gehört, dass der Vorsitzende eine kleine Rede hält.

Mützenich steht vor der Bühne, in der Hand hält er seinen Sprechzettel, die Namen der Gäste, die er ausdrücklich willkommen heißen soll, sind gelb angemarkeert. Er weiß, dass er da jetzt raufmuss, aber vom Gesichtsausdruck her wirkt es eher, als müsste er in ein Becken mit Piranhas springen. »Rolf, der Bühnenaufgang ist da hinten«, sagt eine Mitarbeiterin.

Er trinkt einen Schluck, geht zum Aufgang und fragt: »Was soll ich jetzt machen?« Auf die Bühne gehen, sagt die Mitarbeiterin. Mützenich blickt sich um, hinter ihm stehen unter anderen Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel, zwei der kommissarischen Parteichefs. »Kommt ihr mit?«, fragt Mützenich. Gemeinsam mit weiteren Genossen gehen sie auf die Bühne.

Dort bringt Mützenich die förmlichen Begrüßungen rasch hinter sich, bevor er sagt: »Es liegen schwierige Wochen hinter uns, und heute Abend ist das das Fest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.« Applaus. »Ihr seid diejenigen, die mit uns zusammen anpacken müssen.«

Nachdem er übernommen hatte, traf er sich nicht nur, wie üblich, mit den Mitarbeitern der Fraktion, sondern lud zu einem weiteren Treffen auch die Mitarbeiter aus den einzelnen Abgeordnetenbüros ein. Das brachte ihm viel Sympathie ein, ebenso wie sein Umgang mit Andrea Nahles: Als sie in der Fraktion ihren Rücktritt er-

klärte hatte, begleitete Mützenich sie persönlich aus dem Saal. Respekt und Wertschätzung, die Worte fallen immer wieder, wenn in der Fraktion von Mützenichs ersten Wochen an der Spitze die Rede ist.

Es ist beinahe beängstigend: In der SPD, in der sonst leidenschaftlich übereinander gelästerter wird, hört man nur Gutes. »Rolf Mützenich ist ein ganz toller Mensch«, schwärmt der ehemalige Parteichef Martin Schulz, »der Inbegriff eines Ehrenmannes, vom Scheitel bis zur Sohle ein korrekter Mensch.« Ein »geradliniger, offener Charakter« sei Mützenich, »demütig, zurückhaltend, es geht ihm nicht um sich selbst. Wenn Mützenich weitermachen wolle, sagt Schulz, müsse er »nur ein Signal geben.«

Mützenichs Vorgänger waren der knorrige-autoritäre Peter Struck, der Regierungstechniker Frank-Walter Steinmeier, der mediengewandte Thomas Oppermann und die in jahrelangen innerparteilichen Machtkämpfen gestählte Andrea Nahles. Mützenich, der es als Sohn einer Arbeiterfamilie von der Hauptschule aufs Gymnasium schaffte, ist nichts von alldem.

Vor allem aber waren seine Vorgänger allesamt Generalisten. Mützenich ist immer Fachpolitiker gewesen, ein Mann der zweiten Reihe, hoch geachtet für seine außenpolitische Expertise. Ein Fraktionschef muss von der Gesundheits- bis zur Innenpolitik bei allen Themen mitreden können.

Könnte er trotzdem der Richtige sein? Die SPD sehnt sich nach Umbruch, Gewissheiten stehen infrage, neue Typen sind verlangt. Andererseits: Kann ein 60-Jähriger, der seit fast 17 Jahren im Parlament sitzt undbekannt, nicht zu twittern, glaubhaft für einen Neuanfang stehen?

Viele seiner Kollegen beantworten die Frage mittlerweile mit Ja. Sie sehen es so: Mützenich mag als Person nicht neu sein. Seine Art der Führung ist es schon.

»Rolf Mützenich hat eine unglaubliche Ruhe in unsere Fraktion gebracht«, sagt die baden-württembergische Abgeordnete Ute Vogt. »Er wäre der richtige Fraktionsvorsitzende auch nach der Neuwahl im September, weil er vor allem den jüngeren und neueren Abgeordneten Luft lässt, um sich zu präsentieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn er bereit wäre weiterzumachen.« Vogt zählt zur Gruppe der Netzwerker, die sich als pragmatisch einordnen. Mützenich kommt vom linken Flügel.

»Wenn Rolf Mützenich weitermachen will, hat er meine volle Unterstützung«, sagt auch Achim Post, Chef der nordrhein-westfälischen Landesgruppe und Mitglied des konservativen Seeheimer Kreises. In der Endphase von Nahles' Amtszeit wurden Post selbst Ambitionen nachgesagt.

Und sein Kollege Axel Schäfer, der wie Mützenich zum linken Flügel zählt, sagt: »Rolf Mützenich macht das hervorragend. Er sollte eine kompetente Frau von einer



DOMINIK BUTZMANN / DER SPIEGEL

Interimschef Mützenich

»Unglaubliche Ruhe in die Fraktion gebracht«

anderen Strömung suchen und im September als Teil einer Doppelspitze antreten.« In den Fraktionen von Grünen und Linken gibt es bereits solche Doppelspitzen.

Niemand weiß, wie lange die Legislaturperiode noch dauert, deshalb dürfte sich die Zahl der Aspiranten auf den Fraktionsvorsitz ohnehin in Grenzen halten. Und natürlich hat Mützenichs Beliebtheit auch damit zu tun, dass er sich aus vielen internen Grabenkämpfen herausgehalten hat. Außerdem dürfte es unter seinen Unterstützern den einen oder anderen geben, der sich von einem freundlichen Chef ein angenehmeres Leben erhofft. Allerdings sollte keiner Mützenichs Fähigkeit zur Härte unterschätzen, wenn ihm etwas wichtig ist.

Das gilt etwa für das Thema Rüstungsexporte. Mützenich vertritt hier eine restriktive Linie und hat damit schon die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel geärgert. Heiko Maas, dem jetzigen Amtsinhaber, hat er mit seiner Haltung ebenfalls schon zugesetzt, diesmal aus einer stärkeren Position als früher: Die restriktive Linie ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben, sie manifestiert sich unter anderem in einem Exportstopp in Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Mützenich war als treibende Kraft daran beteiligt und kann sich bei seinem Widerstand gegen einzelne Exporte darauf berufen.

Der vermeintlich weiche Typ kann ziemlich durchsetzungskraftig sein. Im Auswärtigen Amt sind manche schwer genervt von ihm, weil sie sich dort regelmäßig die Klagen der Verbündeten über die deutsche Exportpolitik anhören müssen.

Aber was will er eigentlich selbst?

Ein Gespräch in seinem Kölner Büro, Mützenich ist mit dem Rad gekommen, auf der Schulter eine Reisetasche, später geht es weiter nach Berlin.

Wie geht es nun mit Ihnen weiter? »Ich werde die Fraktion bis September kommissarisch führen.«

Treten Sie an, um weiterzumachen? »Wie es weitergeht, werden wir gemeinsam beraten, und die Gremien sind die ersten, die davon erfahren.«

Man hört immer mehr Leute, die sich wünschen, dass Sie weitermachen. »Aha«, sagt Mützenich. »Ist interessant, das zu hören.«

Mehr ist nicht herauszubekommen. Nur bei der Frage, ob es, wie wahrscheinlich in der Partei, auch in der Fraktion eine Doppelspitze geben solle, wird er etwas klarer: »Es gibt zwar vereinzelt Stimmen, die sich eine Doppelspitze wünschen, aber das begleitet mir eher nicht so häufig.«

Danach geht es los, zum Termin in der Kita. Ein paar Tage später soll es in den Urlaub gehen, in die Bretagne. Mützenich kann jetzt Zeit zum Nachdenken gebrauchen. Christoph Hickmann



Linkenpolitikerin Wissler: Logische Kandidatin für den Vorsitz

Zeit für den Neustart

Linke Kaum eine Partei hat mehr junge Talente. Doch das zerstrittene Führungsquartett hält sich noch immer an der Macht.

Die Frau mit dem Spitznamen Kalaschnikow gibt sich an diesem Tag von ihrer freundlichen Seite. Janine Wissler, Fraktionschefin der Linken in Hessen, tritt ans Rednerpult im Landtag. Es ist brütend heiß im Saal. Es geht um die Genehmigung von Seilbahnen im urbanen Raum. »Ich bin jetzt die letzte Hürde vor dem Mittagessen«, sagt Wissler, »ich werde mich kurzfassen.« Die Abgeordneten applaudieren. Wissler, die einst den Parlamentarismus infrage stellte, bewegt sich im Plenum so sicher, selbstbewusst und schlagfertig wie kaum eine andere.

Vor elf Jahren zog Wissler als eine der jüngsten Abgeordneten in den Landtag ein und ist heute, mit 38 Jahren, bald dienstälteste Fraktionsvorsitzende. Niemand hält mehr Reden als sie. In der vergange-

nen Legislaturperiode waren es 409. Sie hat sich Respekt erarbeitet, nicht nur in Hessen, sondern auch bundesweit.

Eigentlich macht sie das zu einer logischen Kandidatin für den Parteivorsitz in Berlin. Und Wissler ist nicht das einzige Talent in den Reihen der Linken, die Partei verfügt über eine ganze Reihe von ihnen. Es sind weder Betonkommunisten noch blasse Parteikader, sondern profilierte Linken, die zur flügelübergreifenden Zusammenarbeit bereit sind. Die Partei könnte sie gut gebrauchen, denn seit Jahren präsentiert sie sich in Berlin als Chaosverein, was vor allem dem Streit ihres Spitzenpersonals geschuldet ist. Die gegenseitigen Anfeindungen des bisherigen Führungsquartetts aus Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping und Bernd Riexinger überlagern die Inhalte.

Das hat Folgen. Bei der Europawahl erhielt die Linke nur 5,5 Prozent der Stimmen. Die Umfragewerte für die drei anstehenden Landtagswahlen im Osten sind ebenfalls schlecht.

Trotzdem hat bisher nur Wagenknecht, zermürbt vom Dauerstreit mit Parteichefin Kipping, ihren Rückzug in Aussicht gestellt. Mittlerweile aber mehren sich die Stimmen, die eine Totalerneuerung fordern. Von einer »bitteren Niederlage« sprach Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der Linken im Bundestag, nach der EU-Schlafap. Er selbst ist einer der prominentesten Linken in der zweiten Reihe. Die Wahlniederlage sei »auch das Ergebnis der machtpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Es ist jetzt Zeit für einen Neustart«, sagte Liebich, »da steht auch jede Person in Frage.«

Fabio De Masi, Vize-Fraktionschef und einer, der Wagenknecht nahesteht, kritisiert vor allem die Parteispitze. Nach der Europawahl müsse man »Verantwortung übernehmen«, sagt er. »Die Partei muss wieder begeistern.« Er bringt deshalb einen Mitgliederentscheid über eine neue Führung ins Spiel. Der Hamburger Finanzexperte De Masi gilt als einer, der das

Potenzial für höhere Ämter mitbringt – seine Ambitionen dementiert er nicht.

Janine Wissler aus Hessen hingegen hält sich mit öffentlicher Kritik an der Führungsriege auffallend zurück. Sie ist selbst stellvertretende Parteichefin. Lange gab es in der Partei das Gerücht, Wissler habe mit Kipping einen Deal: Die Hessin werde neue Vorsitzende, wenn Kipping an die Spitze der Fraktion wechsle. Mittlerweile heißt es, das Verhältnis der beiden habe sich abgekühlt.

Wissler gilt als aussichtsreiche Kandidatin für den Parteivorsitz – in einer Zeit nach Kipping. Auf dem letzten Parteitag holte sie das beste Ergebnis von allen. Sie erhielt deutlich mehr Stimmen als die Parteivorsitzende und mehr als jeder andere unter Kippings Stellvertretern. Für Kipping könnte es eng werden, sollte Wissler sie herausfordern.

Zuletzt musste Kipping ihre Ambitionen auf den Fraktionsvorsitz zumindest vorerst aufgeben – weder hat sie dort eine Chance auf eine Mehrheit noch ist Bartsch zur Zusammenarbeit bereit. Sollte der Plan, an die Fraktionsspitze zu rücken, scheitern, will die 41-Jährige wenigstens als Parteivorsitzende weitermachen. Doch auch das wollen einige Parteidreunde verhindern.

Bei einem Teil der Genossen gilt sie als diejenige, die Wagenknecht weggemobbt hat. Selbst aus dem Kipping-Lager heißt es, man werde auf der Straße angesprochen: »Was habt ihr denn mit der Sahra gemacht?« Hinzu kommt: Im Sommer nächsten Jahres wird sie ihr Amt bereits acht Jahre lang innehaben. Laut Satzung sollten dann eigentlich andere übernehmen. Eine erneute Kandidatur wäre allerdings nicht ausgeschlossen. Kipping, die zwar gelegentlich mit ihrem Rückzug kokettiert, wird wohl dafür kämpfen.

Auch Fraktionschef Dietmar Bartsch denkt nicht daran, seinen Stuhl zu räumen. Er sitzt in seinem Büro, auf dem Schreibtisch eine Tasse mit der Aufschrift »leader of the opposition«. Ein wenig nostalgisch erinnert er an die Zeiten, als die Linken im Bundestag diese Rolle noch besetzten. Nun sind die Linken das eben nicht mehr.

Für Bartsch liegt das vor allem an der Parteispitze, an Kipping und Rixinger. Er kritisiert die »Politik aus der Perspektive des Raumschiffs Berlin«. Bartsch glaubt, die wirklich wichtigen Dinge würden ver-



PETER RIGAUD / DER SPIEGEL

Fraktionschefin Wagenknecht: Entspannt wie selten

nachlässt. »Wir dürfen vor allem nie vergessen, dass wir aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommen«, sagt er.

Seit Wagenknechts Ankündigung, sich zurückzuziehen, fungiert Bartsch als eine Art Alleinherrcher an der Fraktionsspitze. Wagenknecht hält sich weitgehend raus. Zwischenzeitlich war sogar im Gespräch, dass Bartsch die Fraktion auch offiziell allein führen solle. Doch auch dagegen regt sich Widerstand. Das Frauenplenum will auf jeden Fall weiterhin eine quotierte Doppelspitze – die soll ohne Ausnahmen auch für Übergangsphasen gelten.

Gravierender aber ist, dass mancher junge Reformer sich eine Zukunft ohne Bartsch inzwischen durchaus vorstellen kann. Zwar gibt es keine offene Revolte gegen ihn, aber in der Fraktion heißt es, dass sein einstiger Protegé Jan Korte den Job selbst gern machen würde. Korte, der zu Bartschs Reformerlager gehört, hat sich früh einen Namen bei den Linken gemacht. 1999 wechselte der gebürtige Niedersachse aus Protest gegen den Kosovo-einsatz von den Grünen zur damaligen PDS. 2005 kam er über die Landesliste Sachsen-Anhalt in den Bundestag – als 28-jähriger Westdeutscher.

In der Fraktion galt er in den Anfangsjahren als Querulant, seine Kontakte zur SPD waren damals alles andere als Mainstream. Heute muss Korte selbst für Ordnung sorgen, als Parlamentarischer Geschäftsführer. Sein Amt beschert ihm mehr Aufmerksamkeit im Bundestag. Anfang 2018 faltete er die AfD zusammen, warf den Rechten vor, angesichts kritischer Medienberichte »wie Mimosen rumzuheulen«. Zehntausende klickten das Video auf YouTube.

Im Januar veröffentlichte Korte gemeinsam mit Janine Wissler ein Papier zur »Strategie gegen die weitere Rechtsverschiebung«. Die beiden signalisierten damit den Willen zur flügelübergreifenden Zusammenarbeit – viel wichtiger aber: Der gemeinsame Text wurde in der Partei als machtpolitische Kampfansage aufgefasst. Melddeten hier zwei Genossen ihren Führungsanspruch an?

Bartsch selbst fühlt sich sicher, er profitiert von seiner Erfahrung und seinem hohen Bekanntheitsgrad. Auf Nachfrage, ob es demnächst auch eine Fraktionsspitze ohne ihn geben könnte, lächelt er süffisant. Man könne aus dem großen Erfolg der Grünen durch-

aus lernen: Diese hätten den Personalwechsel an der Spitze politisch hervorragend nutzen können. Nur haben die Grünen eben bekanntlich bloß die Parteispitze ausgewechselt – in der Fraktion blieb alles beim Alten. Das weiß auch Bartsch.

Und sollte es demnächst Neuwahlen geben, dann müsste man, so findet Bartsch, noch mal ganz neu denken: »In einem solchen Fall haben wir es mit einer veränderten Lage zu tun. Dann sollten die bekanntesten Gesichter der Linken antreten, die erfolgreich Wahlkämpfe bestanden haben und bestehen können.« Er meint sich selbst und Sahra Wagenknecht.

Was aber sagt Wagenknecht dazu, die sich doch eigentlich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen wollte? Sie hält sich jetzt meist im Saarland auf, treibt viel Sport und liest stapelweise Bücher. Am Telefon klingt sie so entspannt wie selten. »Ich will auf gar keinen Fall weitermachen wie bisher«, sagt sie. Doch eine kleine Hintertür hält sie sich offen: Ob sie sich mit einer neuen Parteispitze vielleicht doch noch einmal ein Spitzenamt vorstellen könnte? Wagenknecht schweigt.

Nicola Abé, Kevin Hagen

»Wir waren doch keine schießwütige Riege«

SPIEGEL-Gespräch Egon Krenz, DDR-Chef in den Tagen des Mauerfalls, wirft dem Sowjetreformer Gorbatschow ein doppeltes Spiel vor. Für Merkels Flüchtlingspolitik zeigt er Verständnis und erklärt den Hang vieler Ostdeutscher zur AfD.

47 Tage lang, vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989, war Egon Krenz SED-Generalsekretär und damit der starke Mann der DDR. Er hatte Erich Honecker gestürzt, weil dieser auf die Montagsdemonstrationen seiner Bürger und deren Flucht über Ungarn und die Tschechoslowakei keine Antwort fand. Zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls hat Krenz ein Buch geschrieben; um darüber zu reden, ist er nach Hamburg gekommen, mit dem Zug aus Ribnitz-Damgarten in Vorpommern*. Aus seiner Tasche holt er während des fünfstündigen Gesprächs mehrfach Originaldokumente hervor, um seine Version der Ereignisse zu belegen. Krenz, 82, hat ein sehr gutes Gedächtnis, seine Ausführungen sind präzise. Dass er im »Politbüroprozess« 1997 wegen Totschlags zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, nimmt er der Bundesrepublik bis heute übel. Er glaubt weiterhin, dass der Sozialismus ein gutes Gesellschaftsmodell sein kann.

SPIEGEL: Herr Krenz, wie geht es Ihnen? **Krenz:** Ich bin fit – viel gesünder, als mich die Medien der Bundesrepublik zu Zeiten der deutschen Spaltung gemacht haben. Da hieß es, ich sei zuckerkrank oder alkoholabhängig. Ich wurde dieser Tage daran erinnert, weil ich beim Bundesnachrichtendienst um Einsicht in meine Akte nachgefragt habe. Das hat man mir verweigert, aber nach zwei Jahren bekam ich immerhin eine Auskunft über den Inhalt. Laut BND hatte ich angeblich Diabetes, Probleme mit Nieren, Leber und Bauchspeicheldrüse, sogar Leukämie. Nichts stimmte.

SPIEGEL: Kürzlich waren Sie beim 70. Geburtstag des CSU-Politikers Peter Gauweiler, sind Sie viel unterwegs?

Krenz: Ich kann mich nicht beklagen, ich bin nicht isoliert, bekomme viele Einladungen. Am emotionalsten finde ich Anrufe von Enkeln früherer DDR-Bürger, die

einen runden Geburtstag oder eine goldene Hochzeit feiern und fragen, ob ich zur Überraschung bei Opa oder Oma anrufen und gratulieren könne.

SPIEGEL: Sie machen da mit?

Krenz: Natürlich. Es gibt offenbar genug Leute, die der Meinung sind: Der Krenz hat nicht nur in guten Zeiten zur DDR gestanden, er hat auch nach der Wende nicht plötzlich erklärt, es war alles anders. Die Leute haben ein Empfinden für Ehrlichkeit. Das gefällt mir natürlich.

SPIEGEL: Wie reagieren die Menschen auf Sie in der Öffentlichkeit?

Krenz: Von ehemaligen DDR-Bürgern höre ich oft, »Mensch, hatten wir eine schöne Jugendzeit«. Und das ist keine Nostalgie. Leider decken sich die Erinnerungen der Leute nicht mit dem Bild, das die Medien veröffentlichen.

SPIEGEL: Was werfen Sie den Medien vor?

Krenz: Dass sie pauschale Urteile treffen. Es gibt nicht den Ostdeutschen. Nehmen Sie Altbundespräsident Joachim Gauck und mich. Wenn er in seinem Ferienhaus in Wustrow ist, trennen uns nur vier Kilometer, aber in der Bewertung der DDR trennen uns Welten. Ich bedaure, dass zur Geschichte der DDR immer nur jene befragt werden, die ihr Leben in der DDR kritischer sehen als andere. Wenn ich nur Leute aus der alten Bundesrepublik befragen würde, die vom KPD-Verbot oder von den Berufsverboten betroffen waren, wäre das Bild auch nicht positiv.

SPIEGEL: Sind Sie noch Kommunist?

Krenz: Ja, ich fühle mich als Anhänger von Marx und Engels.

SPIEGEL: Sie bekennen sich zur Demokratie?

Krenz: Wilhelm Liebknecht hat 1869 sinngemäß gesagt: Demokratie ohne Sozialismus ist After-Demokratie, und Sozialismus ohne Demokratie ist After-Sozialismus. Das ist meine Grundhaltung.

SPIEGEL: Zur Demokratie gehört das Mehrheitsprinzip.

Krenz: Wir haben ja offen gesagt, wir sind ein Arbeiter-und-Bauern-Staat – das war unsere Interpretation der Mehrheit. Daher

der Ausdruck Diktatur des Proletariats. Diese Debatte scheue ich nicht. Ich wehre mich allerdings, wenn Gauck sagt, die Ostdeutschen hätten 56 Jahre in einer Diktatur gelebt, wenn er also DDR und Nazizeit zusammenzählt und damit auf eine Stufe stellt.

SPIEGEL: Sie stammen aus einfachen Verhältnissen, Ihre Mutter war Landarbeiterin, Ihr Vater, ein Schneider, wird seit 1943 vermisst. Wie sind Sie Sozialist geworden?

Krenz: Es wäre fast anders gekommen. 1947 ist meine Mutter mit mir schwarz über die Grenze nach Sylt. Dort lebte meine ältere Halbschwester mit Familie. Doch eines Tages sagte meine Mutter, wir fahren nach Hause, hier sind ja noch die Nazis.

SPIEGEL: Damit lag sie nicht ganz falsch. Westerland wählte 1951 den Ex-SS-Gruppenführer Heinz Reinefarth zum Bürgermeister, den Schlächter von Warschau.

Krenz: Meine Mutter war unpolitisch, aber in Fragen von Krieg oder Frieden festgelegt. Im Ersten Weltkrieg hatte sie ihren ersten Mann verloren, den Vater meiner Schwester, und im Zweiten Weltkrieg meinen Vater. Unter Nazis wollte sie nicht leben. Das hat mich natürlich auch geprägt.

SPIEGEL: Sie gingen also zurück in die sowjetische Besatzungszone ...

Krenz: ... ich bin als Zehnjähriger zu FDJ-Versammlungen gelaufen, weil mir die Debatten gefielen. Ich gehöre ja zu den Kriegskindern, die früh politisiert wurden. So bin ich da allmählich reingewachsen, und dann kam 1952 diese Note von Stalin.

SPIEGEL: Stalin schlug dem Westen Verhandlungen über ein demokratisches, aber neutrales Gesamtdeutschland vor.

Krenz: Die Westmächte und Adenauer haben das brüsk zurückgewiesen. Dagegen haben wir mit Freunden Unterschriften gesammelt und an die Pionierzeitung geschickt. Ministerpräsident Otto Grotewohl persönlich hat sich für meine Initiative bedankt. Bis Ende der Fünfzigerjahre war unsere Hauptlösung: Deutsche an einen Tisch. Das war nicht alles Propaganda.

SPIEGEL: Die SED hätte eine Niederlage bei freien Wahlen akzeptiert?

* Egon Krenz: »Wir und die Russen. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst '89«. Edition Ost; 304 Seiten; 16,99 Euro. Erscheint am 10. Juli. Das Gespräch führten die Redakteure Alfred Weinzierl und Klaus Wiegrefe.



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

Ex-Staatschef Krenz in Hamburg: »Geschichte ist nie alternativlos«

Krenz: Natürlich war unser Ziel ein sozialistisches Gesamtdeutschland, aber das war nicht die Bedingung, die Stalin dem Westen stellte. Ihm ging es um militärische Neutralität.

SPIEGEL: Sie haben als Jugendfunktionär Karriere gemacht, von 1976 an saßen Sie im Politbüro. Ihr größter Förderer war Erich Honecker. Waren Sie befreundet?

Krenz: Ja. Er hat mir in seine Autobiografie 1981 geschrieben: »Meinem Freund Egon, in fester Verbundenheit, Erich Honecker«. Das hat mich gefreut.

SPIEGEL: Was haben Sie an ihm geschätzt?

Krenz: Ich war beeindruckt, weil er bei Hitler zehn Jahre lang im Knast gesessen hatte. Später habe ich begriffen, dass der Widerstand gegen Hitler allein nicht unbedingt dazu befähigt, einen Staat zu leiten. Aber wo gab es so etwas in Deutschland? In der Bundesrepublik nie, wenn man von Willy Brandt absieht. Und ich habe Honecker als Menschen erlebt, der das Beste für die einfachen Leute wollte. Allerdings muss man unterscheiden zwischen Honecker vor und nach 1985 ...

SPIEGEL: ... dem Jahr der Amtsübernahme von Michail Gorbatschow im Kreml.

Krenz: Dessen Vorgänger waren krank, das war die Zeit der Sprachlosigkeit, da haben Westpolitiker sich an Honecker gewandt. Nach Gorbatschows Antritt fuhren wieder alle nach Moskau.

SPIEGEL: Honecker litt unter dem Bedeutungsverlust?

Krenz: Als 1985 Gorbatschows Vorgänger Tschernenko starb, reiste ich mit zur Beerdigung nach Moskau. Honecker und Helmut Kohl wollten sich bei dieser Gelegenheit treffen. Eine Kolonne holte uns am Flughafen ab, und als wir losfuhren, stiegen zwei Mitarbeiter Gorbatschows in meine Limousine: »Genosse Krenz, Sie müssen verhindern, dass heute Abend Helmut Kohl und Erich Honecker miteinander sprechen. Gorbatschow möchte erst seine deutschlandpolitische Konzeption ausarbeiten.« Ich habe Honecker informiert, der das auch richtig fand. Doch wir hatten die Zeitverschiebung nicht bedacht, und als ich den Protokollchef informieren wollte, dass wir das Treffen mit Kohl absagen, entgegnete der: Du, das geht nicht, der Bundeskanzler trifft gerade ein. Dieses Gespräch hat Gorbatschow dem Honecker sehr übel genommen – wenn einer in der deutschen Frage bestimmten wollte, dann war er es. Es hat sieben Anläufe gegeben, bis Honecker in die Bundesrepublik reiste.

SPIEGEL: Ausgerechnet Gorbatschow hat in der Deutschlandpolitik gebremst?

Krenz: Natürlich. Zwischen uns und Moskau stand immer die deutsche Frage. Die Sowjets hatten Furcht, dass wir hinter ihrem Rücken mit der Bundesrepublik kungeln. Und wir hatten Furcht, dass sie hinter unserem Rücken mit Bonn kungeln.

SPIEGEL: Wie sahen Sie Gorbatschow?

Krenz: Dass es auf alten Wegen nicht weitergehen kann, war mir frühzeitig klar. Ich habe es als Befreiung empfunden, dass er die Verkrustungen aufbrechen wollte.

SPIEGEL: Heute werfen Sie Gorbatschow Verrat vor.

Krenz: Ich war am 1. November 1989 bei ihm, vier Stunden lang im Zentralkomitee der KPdSU. Noch stand die Mauer, aber es gab schon Gerüchte über die deutsche Einheit. Ich habe ihn gefragt: »Sag mal, Michail Sergejewitsch, welchen Platz hat denn die DDR in deinem europäischen Haus?«

SPIEGEL: Gorbatschow forderte damals, man müsse in Europa ein gemeinsames Haus errichten.

Krenz: Er hielt eine große Rede auf die DDR und schloss mit den Worten: »Niemand kann sich die deutsche Einheit vorstellen. Weißt du auch, warum? Weil keiner die Stabilität in Europa infrage stellen will. Und solange es Nato und Warschauer Vertrag gibt, wird es keine deutsche Einheit geben.« So hat er mich entlassen. Uns in diesem Glauben zu lassen und gleichzeitig hinter unserem Rücken Emissäre nach Bonn zu schicken – das war ein bisschen viel.

SPIEGEL: Vielleicht wurde Gorbatschow seinerseits von der Entwicklung überrascht?

Krenz: Honecker behauptete später, er habe schon 1987 Informationen gehabt, Moskau sei bereit, die DDR aufzugeben. Ich habe viele Jahre danach Eduard Schewardnadse darauf angesprochen, Gorbatschows einstigen Außenminister. Und der hat geantwortet: »Ich habe mit Gorbatschow nie über die deutsche Einheit geredet, und im Politbüro der KPdSU hat das nie eine Rolle gespielt. Weißt du, was wir eigentlich wollten? Wir wollten die Sowjetunion erhalten, und dafür mussten wir allen Ballast abwerfen.« Aus dem Munde eines der letzten Funktionäre der KPdSU zu hören, dass die DDR Ballast war, das war mir doch zu viel. Da habe ich gesagt: Mein lieber Freund, wir waren nie euer Ballast. Wir waren eure Unterstützer.

SPIEGEL: Wollen Sie die Sowjetunion allein für den Untergang der DDR verantwortlich machen?

Krenz: Die Sowjetunion stand an der Wiege der DDR, ohne ihre Hilfe hätte es die DDR nie gegeben, wäre sie weder ökonomisch noch politisch lebensfähig gewesen. Von Anfang an galt das Prinzip: von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen. Und da erschien jetzt mit Gorbatschow

ein Mann, der ganz andere Wege ging, als wir sie für richtig hielten. Das hat die DDR-Gesellschaft bewegt, dadurch sind viele Probleme entstanden.

SPIEGEL: Sie waren im Mai 1989 für die Kommunalwahlen verantwortlich und haben einen Wahlsieg von 98,85 Prozent für die Einheitsliste verkündet – ein Ergebnis, von dem man wusste, dass es gefälscht war.

Krenz: Ich habe im Vorfeld davor gewarnt, Dummheiten zu machen. Darüber gibt es einen Vermerk an Honecker. Ich habe das auch in Briefen an die Chefs der Kreis- und Bezirks-Wahlkommission mitgeteilt.

SPIEGEL: Sie wehren sich gegen den Vorwurf, ein Wahlfälscher zu sein?

Krenz: Es hat keinen Prozess gegen mich wegen Wahlfälschung gegeben.

SPIEGEL: Das Verfahren wurde eingestellt, weil die zu erwartende Strafe nicht sonderlich ins Gewicht gefallen wäre.

Krenz: Ich hatte keine andere Möglichkeit, als das Wahlergebnis mitzuteilen. Ich hätte mich natürlich am Wahlabend weigern können, das mir aus den Kreisen und Bezirken übermittelte Ergebnis zu verkün-

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Krenz: Geschichte ist nie alternativlos, sie war es auch am 9. November nicht. Meine Entscheidung an jenem Abend war sehr eng: Entweder ich lasse den Sachen freien Lauf, oder ich setze militärische Macht ein. Und hätte ich an jenem Abend in Wündorf die sowjetische Generalität angerufen, hätte diese durchaus Grund gehabt, ihre Interessen zu schützen und einzugreifen. Am Morgen danach rief bezeichnenderweise der sowjetische Botschafter an und erklärte, Moskau sei beunruhigt über die Situation. Wir seien zum Öffnen der Grenze in Berlin nicht befugt gewesen.

SPIEGEL: Er bezog sich auf die Rechte der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Berlin?

Krenz: Da war ich ganz schön geschockt. Zwei Stunden später rief er erneut an und beglückwünschte mich im Namen von Gorbatschow auf einmal zur Öffnung der Mauer. Da habe ich mich gefragt: Wer hat eigentlich in Moskau das Sagen?

SPIEGEL: Sie betreiben doch hier Geschichtsklitterung. Die von Ihnen geplante Öffnung der Grenze sah vor, dass man ab dem 10. November einen Antrag stellen konnte für »Privateisen nach dem Ausland«. Man benötigte einen Reisepass, den viele DDR-Bürger erst beantragen mussten. Statt eines revolutionären Akts von unten wollten Sie ein bürokratisches Verfahren von oben.

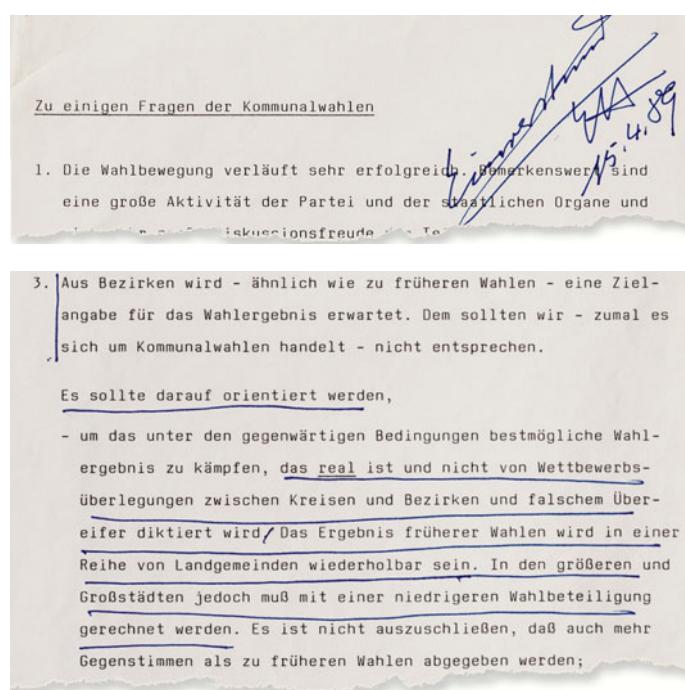
Krenz: Es wäre ein geordnetes Verfahren gewesen. So aber bestand die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung. Schewardnadse spricht in seinen Erinnerungen gar von der Möglichkeit, dass der Weltfrieden zerstört worden wäre.

SPIEGEL: Weil SED-Sprecher Günter Schabowski in der Preskonferenz am 9. November irrtümlich verkündete, die Reise-Regelung gelte ab sofort, sind die Berliner direkt an die Mauer gelaufen. Haben Sie seinen Fehler im Fernsehen verfolgt?

Krenz: Nein. Das ZK tagte bis gegen 20.45 Uhr. Und dann hat es ein paar Minuten gedauert,

bis Mielke mich angerufen hat. Ich habe versucht, die Lage zu klären. Verantwortlich für die Grenze war Verteidigungsminister Heinz Käßler, aber der war auf dem Weg von der ZK-Tagung ins Ministerium nach Strausberg. Mielke rief erneut an und sagte: Wir müssen jetzt entscheiden, sonst verlieren wir die Kontrolle. Ich habe ihn gefragt, was er vorschlägt, und da hat er geantwortet: »Generalsekretär bist du.«

SPIEGEL: Er hat sich vor der Verantwortung gedrückt?



Krenz-Vermerk, 1989: »Habe davor gewarnt, Dummheiten zu machen«

den. Das wäre einem Putsch gleichgekommen. Aber ich war doch nicht verrückt. Ich wollte die DDR, ich wollte nicht die Bundesrepublik.

SPIEGEL: Die Revolution verlief schließlich friedlich. Die SED dankte ab, die DDR trat der Bundesrepublik bei. Dafür wird heute vor allem Gorbatschow verehrt. Neiden Sie ihm diesen Ruf?

Krenz: Nein, um Gottes willen. Ich finde allerdings, dass die Tatsachen zu wenig beachtet werden.

Krenz: Nein, er signalisierte, dass er jede Entscheidung von mir respektiert. Das war für mich ein wichtiges Zeichen. Ich sagte, wir wollten morgen die Grenze sowieso öffnen. Wir würden uns wegen der paar Stunden doch nicht mit der Bevölkerung anlegen. Da sagte Mielke: »Hast recht.«

SPIEGEL: Offiziere von den Grenzübergangsstellen erzählen eine andere Geschichte. Sie sahen sich einer wachsenden Menschenmenge gegenüber und wussten nicht, was sie tun sollen – dann öffneten sie die Grenze auf eigene Verantwortung.

Krenz: Es brauchte, bis die Befehlslage an den letzten Mann kam. Wir standen alle, ich auch, unter dem Eindruck, dass plötzlich diese Grenze infrage stand, die wir so lange geschützt hatten.

SPIEGEL: Die Grenzer fühlten sich alleingelassen.

Krenz: Ja, aber es gab einen Befehl von mir als Vorsitzendem des Nationalen Verteidigungsrates, er stammt vom 3. November. Ich zitiere Punkt 7: »Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.«

SPIEGEL: Wie kam es dazu?

Krenz: Als ich bei Gorbatschow am 1. November in Moskau war, hat mich der Chef des KGB gewarnt, er habe Informationen, bei der geplanten großen Kundgebung am 4. November auf dem Alexanderplatz wolle sich eine Gruppe abspalten, zum Brandenburger Tor marschieren und die Mauer einreißen. Deshalb setzte ich mich nach meiner Rückkehr mit dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Generaloberst Fritz Streletz, zusammen. Ein Sturm der Mauer am Brandenburger Tor hätte wirklich gefährlich werden können. Wir haben alle Varianten durchgespielt, was man tun kann. Der Befehl sah dann vor, Demonstranten nur mit »körperlicher Gewalt« am Grenzdurchbruch zu hindern.

SPIEGEL: Sind Sie in der Nacht des 9. November zur Grenze gelaufen?

Krenz: Ich musste in meinem Büro im ZK-Gebäude bleiben, es gab zu viele Fragen. Ich war besorgt, dass jemand zu Schaden kommt. Selbst wenn einer nur niedergetrampelt worden wäre, hätte dies in der emotionsgeladenen Situation große Folgen haben können.

SPIEGEL: Sie mochten sich nicht freuen?

Krenz: Ich musste ständig Entscheidungen treffen. Alexander Schalck-Golodkowski war mein Beauftragter für die Beziehungen zur Bundesrepublik. Er rief mich an und schlug vor, ich solle nach Warschau fliegen, ein Flugzeug stehe schon bereit. Helmut Kohl war an dem Tag in Warschau, und ich sollte gemeinsam mit Kohl verkünden, dass wir im Einvernehmen die Mauer geöffnet haben. Das war vielleicht nicht die schlechteste Idee. Aber ich lehnte ab. Ich hätte damit Gorbatschow brüskiert,



AKG / DRBILDARCHIV.DE / BURKHARD

Genossen Honecker (M.), Krenz (3. v. r.)*: »Unsere Interpretation der Mehrheit«

die Polen brüskiert, und es hätte auch nicht mit meinem Inneren übereingestimmt. Um halb eins bekam ich einen Anruf vom Stellvertreter Mielkes, dass alle Grenzübergangsstellen, die geöffnet werden konnten, offen waren. Ich bin dann nach Hause gefahren. Dass an diesem Abend Sekt und nicht Blut geflossen ist, das ist das Erbe der DDR, nicht das Erbe der Bundesrepublik Deutschland.

SPIEGEL: Verbittert es Sie, dass Sie später ins Gefängnis mussten und Gorbatschow gefeiert wird?

Krenz: Sehen Sie hier einen verbitterten Mann? Nein. Ich bin mal vom russischen Fernsehen gefragt worden, ob man Gorbatschow vor Gericht stellen solle. Das habe ich abgelehnt. Für politische Verfehlungen ist das Strafrecht nicht geeignet. Das uralte Rückwirkungsverbot darf nicht verletzt werden. Gorbatschow fand es im Übrigen ungerecht, dass ich vor Gericht gestellt wurde. Er hat mehrere Briefe an die Richter geschrieben und Solidarität mit mir gezeigt. Das vergesse ich ihm nicht.

SPIEGEL: Was hat er geschrieben?

Krenz: Dass man die Verantwortung für die Grenze nicht Krenz anlasten könne.

SPIEGEL: Trägt Gorbatschow größere Verantwortung für die Mauertoten als Sie?

Krenz: Entschuldigen Sie, aber die Frage ist nicht ganz korrekt. Die Grenze, für die auch Gorbatschow Verantwortung trug, verlief von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Wäre ich ein Rumäne, Slowake oder

Ungar, hätte ich nie vor Gericht gestanden. Die Begründung war, es sei eine innerdeutsche Grenze gewesen, aber das ist eine Verharmlosung. Es war die Grenze zwischen Warschauer Vertrag und Nato, an der es die meisten militärischen Einrichtungen und selbst Atomwaffen der Sowjetunion gab. Jeder Tote an der Grenze war einer zu viel, das habe ich nie anders gesehen, auch nicht zu DDR-Zeiten. Wir waren doch keine schießwütige Riege im Politbüro. Aber es war eine Grenze, die nicht nur mit dem Willen der DDR zu tun hatte.

SPIEGEL: Wer trägt denn nun die Verantwortung für die Mauertoten?

Krenz: Gegenfrage: Wer trägt die Verantwortung für die deutschen Toten in Afghanistan?

SPIEGEL: Sie weichen aus.

Krenz: Nein, aber wenn ich mich verteidige, muss ich auch die Möglichkeit haben, Vergleiche zu ziehen. Ich kann nicht akzeptieren, dass es deutsche Jungs gibt, die heute in Kriegseinsätzen umkommen.

SPIEGEL: Herr Krenz, das Erbe der SED hat die Partei Die Linke übernommen, die im Osten schwächelt. Warum ist das so?

Krenz: Da ich nicht Mitglied bin – ich wurde 1990 ausgeschlossen –, halte ich mich in der Beurteilung zurück. Ich bedaure nur, dass die Linke inzwischen wahrgenommen wird wie eine etablierte Partei. Es gibt vie-

* Bei den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Organisation Junge Pioniere 1973 in Ost-Berlin.

Danke VLH!

Da gibt es nichts zu meckern.

Jetzt gewinnen auf www.dankevlh.de

1 Mio. Mitglieder – 1 Mio. Geschichten



Harald M. und seine Ziege „Brenda“, bezahlt von seiner Steuerrückerstattung.

Steuern?
Lass ich machen.
Von der VLH.



Vereinigte
Lohnsteuerhilfe e.V.
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

le Gründe für Ostdeutsche, mit der Situation unzufrieden zu sein.

SPIEGEL: Warum verfangen Parolen der AfD in vielen Regionen der früheren DDR besser als das Programm der Linken?

Krenz: Nicht jeder Ostdeutsche, der die AfD wählt, ist auch ein Anhänger der AfD. Ihre Stärke ergibt sich aus dem Versagen der etablierten Parteien. Ich kenne eine Menge Leute, die mir erzählen, dass sie aus Protest AfD wählen, obwohl sie gar nicht wissen, was die AfD will. Denen rate ich: Keine Kränkung kann rechtfertigen, Nazis und Neonazis zu wählen.

SPIEGEL: Wogegen protestieren die?

Krenz: Der Mittelpunkt für den DDR-Bürger war der Betrieb. Er war die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Er stellte den Ferienplatz und sorgte für die Poliklinik. Und wenn Sie den ländlichen Bereich nehmen, da gab es in jedem größeren Dorf eine LPG. Und wenn kein Arzt da war, gab es zumindest eine Gemeindeschwester. Die Dörfer waren angebunden an Bus oder Eisenbahn. Das alles ist weg. Die Leute sind enttäuscht, und die AfD bietet sich als Protestventil an.

SPIEGEL: Fühlen sich die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse?

Krenz: Ich kann nicht für die Ostdeutschen sprechen. Ich spreche für mich. Und für die Leute, von denen ich den Eindruck habe, dass sie ähnlich denken wie ich. Und da gibt es schon die Stimmung: Wir sind keine vollwertigen Bundesbürger.

SPIEGEL: Wie blicken Sie auf Bundeskanzlerin Angela Merkel?

Krenz: Ich bin kein CDU-Wähler, ich mag ihre Politik nicht, aber die Entscheidung 2015, die Flüchtlinge einreisen zu lassen, hätte ich genauso getroffen. Weil das eine humanitäre Entscheidung war.

SPIEGEL: Ihnen entgeht nicht die Ironie: Sie repräsentierten ein Regime, das keine Reisefreiheit zulassen wollte.

Krenz: Das ist eine ganz andere Sache. Ich habe am 9. November 1989 eine Entscheidung treffen müssen, aus der heraus ich mir das Recht nehme, Merkels Entscheidung zu bewerten. Was 2015 nicht funktioniert hat: Das Land war auf diese Situation nicht vorbereitet. Nehmen Sie die Lösungen in der CDU: Lieber Kinder statt Inder und so weiter. Das heißt: Diese nationalistischen Töne waren vorhanden, und man hat die Rechten verharmlost.

SPIEGEL: Warum hat Merkel mit ihrer Biografie nicht mehr Empathie für die Ostdeutschen gezeigt?

Krenz: Wenn Merkel je dieses Gefühl gehabt hätte oder es auch nach außen getragen hätte, wäre sie nie Bundeskanzlerin geworden. Empathie ist aber sicher kein Attribut von ihr.

SPIEGEL: Herr Krenz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Später Ruhm

Internet Der frühere CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz hat Twitter erst kürzlich für sich entdeckt und ist dort zum Star seiner Partei aufgestiegen.

Ruprecht Polenz muss einiges nachholen. Auf seinem iPad sind mehrere Folgen von »Game of Thrones« gespeichert, die er sich auf der Fahrt nach Münster anschauen will. Er ist noch am Anfang der Serie. Als er vor wenigen Wochen etwas über die achte und letzte Staffel in der Zeitung las, beschloss er, sich die Sache anzusehen.

Polenz ist spät dran, wieder einmal. Auch in die sozialen Netzwerke ist er mit ziemlicher Zeitverzögerung eingestiegen. Auf Facebook ist er zwar schon seit längerer Zeit aktiv, doch bei Twitter gibt es erst seit März dieses Jahres Gas. Manchmal setzt er mehr als 30 Tweets am Tag ab. Seither steigt die Zahl der Nutzer, die ihm folgen, kontinuierlich. Mittlerweile hat er 17 000 Follower, mehr als Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus.

Polenz ist auf Zack. Als am Dienstag bekannt wurde, dass Ursula von der Leyen Chefin der EU-Kommission werden soll, würdigte er sie fast zeitgleich auf Twitter: »Ein guter Vorschlag«. So kam er seinen Parteifreunden mal wieder zuvor. Generalsekretär Paul Ziemiak fand erst einen Tag später einen positiven Post zur Nominierung.

Seit der Aufregung über das Video »Die Zerstörung der CDU« des YouTubers Rezo hat Polenz' Beliebtheit im Netz einen gewaltigen Sprung gemacht. Zunächst hatte er seinen Ärger über das Video auf Twitter und Facebook verbreitet. Danach besann er sich und reagierte fünf Tage nach Veröffentlichung in einem offenen Brief auf Rezo, in dem er sachlich und differenziert auf dessen Vorwürfe einging. Die CDU-Spitze überlegte da noch, wie sie reagieren sollte.

Seither gilt Polenz im Netz als der CDU-Politiker, der seiner

Partei zeigt, wie man die sozialen Medien sinnvoll nutzen kann und wie man den Dialog sucht. »Ich bin über die Vielzahl der positiven Reaktionen selbst überrascht«, sagt der 73-Jährige.

Wie kommt es, dass ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter und CDU-Generalsekretär die gesamte Parteispitze in Sachen soziale Medien abhängt? Nicht nur Generalsekretär Ziemiak, als ehemaliger Chef der Jungen Union angeblich ein Experte für Kommunikation mit jungen Leuten, wirkt neben ihm ziemlich alt im Netz.

Dass Polenz es auf Twitter allen zeigen würde, darauf wäre in der Union kaum jemand gekommen. Im Jahr 2000 war er keine sieben Monate lang Generalsekretär unter Angela Merkel. Die Zuspritung, die man in diesem Amt beherrschen muss, lag ihm nicht so. Über diese Zeit blieb vor allem die Bemerkung seines Nachfolgers Laurenz Meyer in Erinnerung, noch einen Missgriff könne Merkel sich nicht leisten. Damit war Polenz gemeint.

Wie ausgerechnet er zum Twitterstar seiner Partei aufsteigen konnte, weiß Polenz auch nicht genau. Die neue Rolle macht ihm einfach Spaß. »Als Politiker haben Sie bei einer Veranstaltung, wenn es gut

geht, 60 Leute im Saal«, sagt er. »Auf Twitter erreiche ich Hunderttausende.« Polenz hat ein Netzteil mit vier USB-Anschlüssen dabei, mit dem er im Zug gleichzeitig Handy und Tablet laden kann. Während seiner Zugfahrten twittert er besonders gern.

Er versucht mit den Leuten so zu diskutieren, als säßen sie am Tisch beisammen, sagt er. »Ich fasse eine Diskussion am Ende auch mal zusammen.« Polenz hat sich einen eigenen Kommunikationsstil bewahrt, das macht vermutlich einen Teil seiner Popularität aus. Er antwortet auf ein Video mit einem offenen Brief. Das mutet altägyptisch an, wirkt aber authentisch. Genauso wie sein Tweet, er wisse nicht, wie man eine Bilddatei einbetten: »Werde mir das aber von unserem jüngsten Sohn mal erklären lassen.«

Dabei weiß Polenz genau, welche Möglichkeiten Twitter im politischen Diskurs bietet. Er teilt gern aus, vor allem gegen die AfD. »Die AfD hat mit bürgerlich nichts gemeinsam. Sie ist eine völkisch-nationalistische Partei«, twitterte er kürzlich. Man spürt im Gespräch mit ihm, wie befreidend es sein kann, nicht immer ausgewogen und nüchtern urteilen zu müssen.

Das gilt für die Bewertung der eigenen Partei ebenso. Polenz ist ein Anhänger Merkels, er kämpft gegen die konservative Wertes-Union und gegen einen Rechtsruck der CDU. Seine Beliebtheit röhrt zudem daher, dass er die eigenen Leute nicht schont. »Ich bin loyal«, sagt er. Nicht jeder Parteifreund würde dieser Einschätzung zustimmen.

Neulich verspottete er den früheren Fraktionschef Friedrich Merz mit einem Tweet: »Heiteres Berufseraten: Wer ist das? Spitzenkandidat in Berlin – Spitzenkandidat in Baden-Württemberg – Wirtschaftsminister statt Altmaier – Führendes Mitglied im Kabinett AKK – Kanzlerkandidat? #Merz«. Und auch die Parteichefin schont er nicht. »Es würde @akk helfen, sich wieder auf ihre Qualitäten zu besinnen: In der Europa- oder der Klimapolitik sagen, wohin sie will.«

Kritiker sagen, Polenz bekomme vor allem Beifall von denen, die ohnehin nicht CDU wählten.

Das sagen dieselben Kritiker auch über Angela Merkel. Sicher scheint, dass Polenz die Konservativen in der Union mehr ärgert, als er es während seiner Zeit als Abgeordneter je getan hat. Und er hat gerade erst begonnen.

Ralf Neukirch



CDU-Politiker Polenz*

»Auf Twitter erreiche ich Hunderttausende«

* Im ICE von Berlin nach Köln.

»Voll entbrannt«

Rechtsextremisten Zwei der verurteilten NSU-Täter werden von Gleichgesinnten als Helden und Märtyrer verehrt. Das liegt auch an Schwächen des Münchner Gerichtsverfahrens.

An dem Tag, als schwarz gekleidete Neonazis in München das Ende des NSU-Prozesses beklauschen, sitzt Andreas Buchheim im Auto auf dem Weg zu einem Termin. Der Bürgermeister der Gemeinde Elsterode in Sachsen-Anhalt hat den spektakulären Prozess nicht so genau verfolgt. Er gehört zu den Menschen im Land, die nur den Namen Beate Zschäpe kennen. Wie die Männer heißen, die mehr als fünf Jahre lang mit ihr auf der Anklagebank saßen, weiß er nicht.

Buchheims Telefon klingelt, er fährt rechts ran. So erzählt er es heute, ein Jahr danach. Am Apparat: der Vertreter des Landrats, der ihm mitgeteilt habe, Ralf Wohlleben werde in den kommenden Tagen nach Elsterode ziehen. Ralf Wohlleben? Buchheim muss nachfragen.

Im benachbarten Thüringen war Wohlleben ein führender Neonazi, Vizevorsitzender der NPD. Im Prozess gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund« beschuldigte ihn die Anklage der Beihilfe zum neunfachen Mord. Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft war er »die steuernde Zentralfigur der gesamten Unterstützungszenze des NSU. Er wird nach sechs Jah-

ren und acht Monaten Untersuchungshaft zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Weil die schriftliche Begründung aussteht, ist das Urteil noch nicht rechtskräftig.

Warum will dieser Mann nach Elsterode? Wohlleben werde von Jens Bauer im Ortsteil Bornitz aufgenommen, erklärt der Vertreter des Landrats dem Bürgermeister am Telefon. Wohllebens Frau und die beiden Töchter wohnten bereits dort.

Jens Bauer war eine Größe der Magdeburger Neonazi-Szene. Seit 2015 leitet er die »Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft«. Der rechtsextreme Verein, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird, propagiert germanisches Heidentum und »wesensgemäße Lebensgestaltung«.

Buchheim ahnt nun, was auf ihn zukommt: Elsterode läuft Gefahr, als »braunes Dorf« abgestempelt zu werden, wie schon einmal. Buchheim ist Berufsfeuerwehrmann. Als in der Nacht zum 4. April 2015 auf eine geplante Asylbewerberunterkunft im Ortsteil Tröglitz ein Brandanschlag verübt wurde, leitete er den Einsatz. Aufmärsche von NPD-Anhängern waren der Tat vorausgegangen, die Stim-

mung war aufgeheizt. »Sie spielten mit den Ängsten der Bürger«, sagt Buchheim, der keiner Partei angehört.

Er erinnert sich, wie er am Straßenrand in seinem Auto saß und dachte: »Auch dieses Mal werden die Medien kommen, über uns berichten und versuchen, uns in eine Ecke zu stellen.« Nach drei Wochen sei es allerdings wieder ruhig gewesen, dank seiner Strategie: Als Bürgermeister habe er sich nicht versteckt, er habe mit seinen Bürgern geredet und die Wohllebens in seiner Gemeinde akzeptiert. »Was hätte ich auch dagegen tun können?«

Für Ralf Wohlleben war es vorteilhaft, einen festen Arbeitsplatz nachzuweisen, um aus der Haft entlassen zu werden. Bauer stellte ihn in seiner Autoglaswerkstatt an. Es gebe keinerlei Auffälligkeiten, keine Gesetzesverstöße, sagt Buchheim. Er stehe in Kontakt mit dem Staatsschutz.

Aber das ist nicht das ganze Bild. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht von Sachsen-Anhalt heißt es: »Es muss davon ausgegangen werden, dass Wohlleben weiterhin den Kontakt zu Neonazis seiner früheren vornehmlich thüringischen Szene suchen wird.«

Anscheinend ist Wohlleben sogar zu einem bundesweiten Star der Rechtsextremen aufgestiegen, zum Märtyrer im Kampf gegen das System, der viele Jahre lang seine Freiheit und sein Familienleben geopfert hat. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, machte kurz nach seinem Amtsantritt im November deutlich, dass dieser Heldenstatus ihm Sorgen bereitet. In Neo-



Demonstration in München nach Lübeck-Mord: Angst vor Nachahmern

nazi-Kreisen habe es »sehr viel Solidarität« für Wohlleben und den ebenfalls verurteilten André E. gegeben. Sie würden »wohl mit offenen Armen aufgenommen«, sagte Haldenwang im Innenausschuss des Bundestags. Anders als die weiterhin inhaftierte Beate Zschäpe: »Die Frau ist out in der Szene.«

Öffentliche Auftritte meidet Wohlleben. Alexander Hoffmann, Nebenklagevertreter im NSU-Verfahren, hält das für Berechnung: »Natürlich wird Wohlleben die Füße stillhalten.« Andernfalls riskiere der Verurteilte, dass er eines Tages die Reststrafe absitzen müsse. An eine Läuterung Wohllebens glaubt Hoffmann nicht. Allein der enge Kontakt zu Jens Bauer spreche »eine eindeutige Sprache«.

Während der fünf Prozessjahre gehörte Bauer zu den treuesten Kameraden: Sie eskortierten Wohllebens Ehefrau regelmäßig nach München, sie saßen auf der Zuschauerempore und winkten dem aschfahlen Wohlleben unten auf der Anklagebank aufmunternd zu. Er sei das Opfer eines »Schauprozesses« lautete eine ihrer Parolen. Durch seine Verteidiger ließ der Angeklagte mehrmals versichern, dass er »seinen Idealen und politischen Überzeugungen treu geblieben« sei und dies »auch in Zukunft bleiben« werde.

Rechtsextreme organisierten Kundgebungen vor dem Oberlandesgericht, sammelten Geld, entwarfen T-Shirts. Der Liedermacher Sebastian Döhring, Künstlername »Fylgien«, dichtete nach Wohllebens Freilassung das Lied »Du bist zurück (für Wolle)«. Darin heißt es: »Doch nun bist du zurück, bist wieder da und die Bewegung, sie steht treu zu dir – nun auf in die Schlacht! Es ist noch nicht vorbei.«

Kein Zufall, dass Wohlleben sich von einem NPD-Mitglied vertreten ließ: Rechtsanwalt Wolfram Nahrath, ein eifriger Redner bei »Heldengedenkfeiern« und Rudolf-Heß-Gedenkmärschen, garnierte sein Plädoyer mit Hitler- und Goebbels-Zitaten. Er trat zuletzt bei den berüchtigten »Zeitzugenvorträgen« auf.

Im Publikum der von Rechtsextremen organisierten Veranstaltungsreihe wurde Wohlleben gesichtet. Ebenso: André E., ein mit verfassungsfeindlichen Symbolen und nationalsozialistischen Bekenntnissen tätowierter Neonazi aus Zwickau. Nach der Urteilsverkündung am 11. Juli vergangenen Jahres kam es seinetwegen auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude zum Protest.

Als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung kassierte André E. eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten; die Bundesanwaltschaft hatte

gefordert, ihn außerdem wegen Beihilfe zum Mord zu verurteilen.

Als das Gericht auch noch den Haftbefehl aufhob, brandete auf der Zuschauertribüne Applaus auf. Aus Sicherheitsgründen wurde André E. anschließend zum Hinterausgang begleitet. Draußen demonstrierten Angehörige der NSU-Opfer und entsetzte Zuschauer gegen die überraschend milde Strafe.

Der NSU-Prozess hat Wohllebens und E.s Stellung in der Szene auch deshalb gestärkt, weil sie vor Gericht weitgehend schwiegen. Seine neue Vorbildrolle zeibrierte André E. im Sommer vergangenen Jahres bei einem Konzert in einer Scheune im thüringischen Kirchheim, mit dem zwei Gesinnungsgenossen ins Gefängnis verabschiedet wurden. Die beiden hatten auf einer Kirmes in Ballstädt Besucher angegriffen und waren zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. »Mit solchen Auftritten macht E. seine Zugehörigkeit zum militanten Neonazismus deutlich und zeigt, dass der NSU-Prozess auf diesen Teil der Szene keinerlei abschreckende Wirkung hatte«, sagt Martina Renner, Innenexpertin der Linken im Bundestag.

Wie der »Nationalsozialistische Untergrund« in die gewaltbereite Szene ausstrahlt, zeigt das Beispiel der mutmaßlichen Terrorgruppe »Revolution Chemnitz«. Nach Überzeugung des Generalbundesanwalts, der acht Männer gerade angeklagt hat, plante

die Gruppe in konspirativen Chats Anschläge gegen »Linksparasiten« und »Merkel-Zombies«.

Mit ihren Taten hätten sie sich am NSU messen und ihn übertreffen wollen: Die Vorläufer sollten im Vergleich zu ihnen wie eine »Kindergarten-Vorschulgruppe« wirken, tönte der mutmaßliche Rädelsführer.

Die Ermittler stießen auf eine Parallelgesellschaft überzeugter Nationalsozialisten. In einem Partykeller prangte ein raumhohes Hakenkreuz an der Wand, auf der Deckenlampe waren SS-Runen. Sogar in der Gefängniszelle eines Terrorverdächtigen fand sich ein Foto, auf dem zwei der Männer den Arm zum Hitlergruß heben.

Während manche der gescheiterten NSU-Nachahmer in Vermehrungen angaben, dass die Truppe gar nicht zu Anschlägen imstande gewesen wäre, sagte einer: Die Idee, zu den Waffen zu greifen, sei ernst gewesen. Man habe am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, »etwas wie einen Bürgerkrieg« anzetteln wollen.

Der Generalbundesanwalt spricht von einer »weitreichenden Vernetzung«, die es den Terrorverdächtigen ermöglicht hätte, weitere gewaltbereite Rechtsextreme zu gewinnen.

Für den Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke hat sich das NSU-Urteil als »fatales Signal« an die rechte Szene erwiesen. Es habe den Tätern die Möglichkeit eröffnet, »sich als Helden zu feiern«.

Funke, der als Sachverständiger in den NSU-Untersuchungsausschüssen in Hessen, Bayern und Thüringen auftrat, sagt: »Die Szene ist voll entbrannt, voll entfesselt.« Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) sei eine Folge der extremistischen Stimmungsmache. »Man muss diese Welle stoppen«, mahnt Funke. »Sonst gibt es mehr Morde.«

Bereits während des Verfahrens wies Sebastian Scharmer, Anwalt der Tochter des Dortmunder NSU-Opfers Mehmet Kubasik, darauf hin, dass die Verbrechensserie kein Einzelphänomen sei. Mit Blick auf den Fall Lübcke sagt Scharmer: Für Rechtsextremisten wie den mutmaßlichen Mörder Stephan Ernst müsse der Prozess gezeigt haben, wie rechts-terroristische Strukturen bagatellisiert und Zeugen geschont würden. »Da sind zu viele mit einem dreisten Grinsen rausgegangen.«

Julia Jüttner, Wolf Wiedmann-Schmidt
Mail: julia.juettner@spiegel.de

Aus rechtlichen Gründen wurde dieser Artikel nachträglich bearbeitet.

Viel Ehre, wenig Geld

Forschung In wenigen Tagen werden Deutschlands künftige Exzellenzuniversitäten gekürt. Viele Wissenschaftler halten die Förderprogramme für Etikettenschwindel.

Wenn die Gutachter kommen, müssen sogar die Toiletten vorzeigbar sein. Wo früher Kritzeleien die Wände bedeckten, strahlte es zum Stichtag in Reinweiß: An der Technischen Universität Braunschweig, die sich wie viele andere Hochschulen um den Titel »Exzellenzuniversität« bewirbt, hätten die Verantwortlichen wohl nichts dem Zufall überlassen wollen, so erzählen es Mitarbeiter vor Ort.

In Tübingen erhielten Wissenschaftler von ihrer Fachbereichsleitung eine E-Mail: Darin wurden sie »angesichts der sehr hohen Bedeutung der Exzellenzbewerbung für die gesamte Universität« gebeten, Gutachtern gegenüber ein »freundlich-offenes

und positives Verhalten« zu zeigen. Ein Tübinger Forscher berichtet von einem »Drehbuch«, in dem von der Raumtemperatur bis zum Umgang mit »Störern (z. B. protestierende Studenten)« alle Eventualitäten bedacht worden seien.

Ob sich die Anstrengungen gelohnt haben, wird sich am 19. Juli zeigen. Dann verkündet die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zusammen mit Wissenschaftsrat und Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), wer künftig zum erlesenen Kreis der deutschen Exzellenzuniversitäten zählen wird.

In der dritten Runde der »Exzellenzstrategie«, früher »Exzellenzinitiative«, schüt-

ten Bund und Länder 533 Millionen Euro jährlich an Deutschlands beste Universitäten aus. 385 Millionen davon entfallen auf die sogenannten Exzellenzcluster: 57 herausragende Forschungsprojekte, die bereits im vergangenen Herbst gekürt wurden (siehe Grafik). Hochschulen, an denen es zwei oder mehr dieser Cluster gibt, dürfen sich um die Exzellenz-Krone bewerben. Die Sieger erhalten jeweils noch einmal bis zu 15 Millionen Euro zusätzlich im Jahr.

Wichtiger als das Geld ist für viele Hochschulen das Prestige, das der Titel »Exzellenzuniversität« bringt. »Das Siegel hat internationale Strahlkraft«, sagt Wolfgang Herrmann, Präsident der Technischen Universität München, dienstältester und mächtigster Hochschulchef Deutschlands. Herrmann wird wohl auch diesmal wieder Grund zur Freude haben. Die beiden Münchner Universitäten dürften im Wettbewerb als gesetzt gelten, ebenso die Universität Bonn, die über sechs erfolgreiche Cluster verfügt.

Manche Verlierer stehen ebenfalls schon fest. Die Universität Bremen, Exzellenz-Standort seit 2012, wird ihren Titel abgeben müssen. Mit fünf Cluster-Anträgen war die Hochschule optimistisch in den Wettbewerb gestartet, doch nur ein Projekt bekam den Zuschlag – zu wenig, um sich wieder für den Ehrentitel bewerben zu dürfen.

Die Exzellenzstrategie soll die deutsche Wissenschaft im globalen Wettbewerb stärken. Doch sie wird diesem Anspruch immer weniger gerecht. Studierende und Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren und sogar Hochschullektoren tun sich schwer, den Sinn des Programms zu erkennen. »Der Exzellenzwettbewerb hat seinen Namen nicht verdient«, sagt eine Professorin, die an einer der Hochschulen forscht, deren Leitung sich im Wettbewerb gute Chancen ausrechnet.

Viele äußern sich nur anonym, sie haben Angst, ihrer Karriere zu schaden, wenn sie offen über ihren Unmut sprechen. Noch immer sind mehr als 90 Prozent aller Nachwuchswissenschaftler befristet angestellt, über ihr berufliches Schicksal entscheiden oft Kleinigkeiten.

Einer, der freimütig redet, ist der Biochemiker Günter Roth. Er ist assoziierter Forscher an einem ehemaligen Exzellenzcluster der Universität Freiburg. Das Zentrum für Biosystemanalyse, an dem er arbeitet, wird aus Landesmitteln finanziert und soll in die Exzellenz hineingenommen werden. Im März verfasste er einen Brandbrief unter der Überschrift »Rethink Excellence«, in dem er das Bundesforschungsministerium und die DFG aufforderte, vor allem die Finanzierung der Cluster zu überdenken.



MARTIN LENGEMANN / WELT

Ministerin Karliczek: Masse statt Klasse

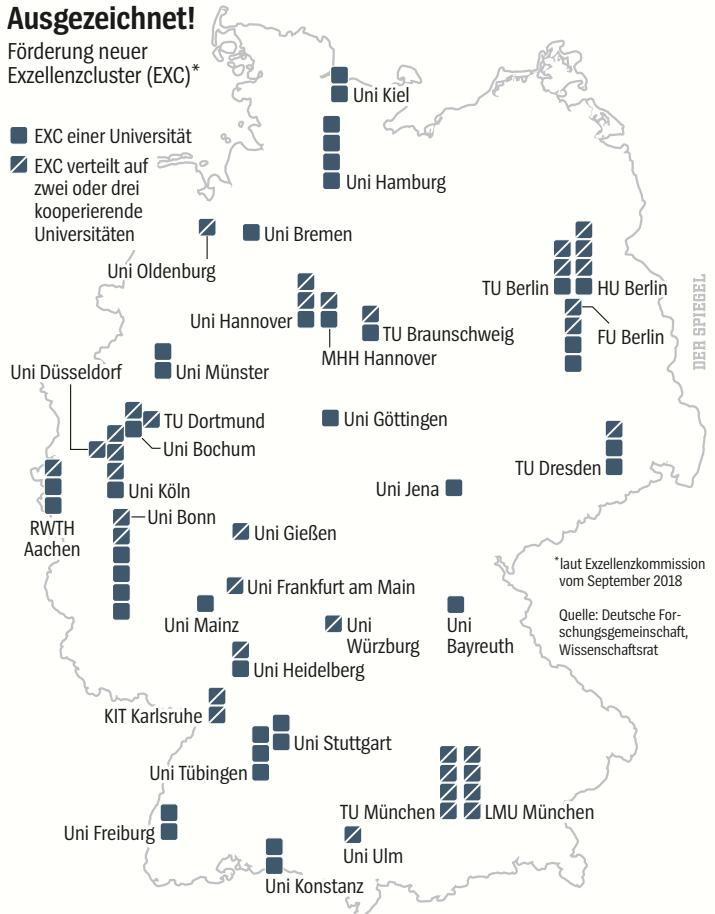
Ursprünglich sollten nämlich deutlich weniger als die letztlich prämierten 57 Cluster gefördert werden. 43 waren es in der vorangegangenen Runde, ähnlich viele sollten es wieder sein.

Umso mehr staunten die Anwesenden, als Anja Karliczek auf einer Pressekonferenz im Bonner Wissenschaftszentrum eine deutlich längere Liste präsentierte. Was sie nicht sagte: Die Gesamtsumme, die Bund und Länder verteilen würden, soll dieselbe bleiben. Für jedes einzelne Projekt bedeutet das deutlich weniger Geld – Masse statt Klasse. Karliczek persönlich soll sich wohl dafür starkgemacht haben, weiteren Anträgen stattzugeben.

»Die Exzellenzgutachter haben bei den Anträgen nicht bedacht, dass die Forschungsprojekte nun deutlich schmäler finanziert werden – die Anträge, an denen monatelang gearbeitet wurde, sind das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen«, kritisiert Roth. »Das führt den ganzen Wettbewerb ad absurdum. Mit der Entscheidung, mehr Cluster zu prämieren, macht die Politik exzellente Forschung zunichte.« Auf sein Schreiben, das er im Internet veröffentlichte, erhielt er nach eigenen Angaben Zuspruch von Dutzenden deutschen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland.

Auch die Ministerpräsidenten der Länder protestierten gegen Karliczecks Entscheidung: Sie erwarteten, »dass im Hinblick auf die Ergebnisse des Auswahlverfahrens im Rahmen der Exzellenzstrategie die Gesamtsumme der Fördermittel entsprechend der größeren Anzahl der geförderten Cluster erhöht wird, damit alle Universitäten ihre Forschungsprojekte so durchführen können, wie sie im Begutachtungsprozess dargestellt und beurteilt wurden«, heißt es in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz aus dem Oktober. Doch die Klagen liefen ins Leere.

Was die Kürzungen für die einzelne Hochschule bedeuten, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Große, finanzstarke Universitäten werden die Einschnitte vermutlich verkraften. Doch kleine Standorte wie Bremen könnte Karliczecks Entscheidung vor ernsthafte Probleme stellen. Der Bremer Rektor Bernd Scholz-Reiter ist stolz darauf, dass seine Meereswissenschaftler vom Zentrum für Marine Umweltwissenschaften sich mit ihrem Antrag im harten



Cluster-Wettbewerb behaupten konnten – einerseits. Andererseits wird der Hochschulchef nun wohl eine schwierige Entscheidung treffen müssen: entweder sein Cluster verkleinern, um den Preis, nur zweitklassige Forschung betreiben zu können – oder anderswo Gelder abzwacken. Das klamme Bundesland Bremen verfügt, anders als Bayern oder Baden-Württemberg, nur über begrenzte Möglichkeiten, der ohnehin nicht besonders üppig finanzierten Hochschule auszuholen.

Karliczek selbst sieht das naturgemäß weniger kritisch. Die Erfahrung der vergangenen Exzellenzinitiative zeige, dass auch mit einer um 20 bis 25 Prozent geringeren Fördersumme exzellente Forschung möglich sei, sagt sie auf Nachfrage. Die Entscheidung, mehr Projekte mit Geld zu bedenken, sei »nach einem intensiven Verhandlungsprozess zwischen Wissenschaft, Ländern und dem Bund« gefallen. Die Bewilligung von Anträgen sei immer nur mit der klaren Unterstützung der Wissenschaft möglich gewesen.

Dabei gibt es auch heute schon deutliche Beispiele dafür, dass das Exzellenz-Geld kaum ausreicht, um Spitzenforschung auf internationalem Niveau zu betreiben. 2016 kam die Expertenkommission um den Schweizer Wissenschaftsmanager Dieter Imboden in einem Gutachten zu dem Schluss, dass die Zuwendungen aus der

Exzellenz nur rund vier Prozent der Summe ausmachten, die der Bund jährlich für Forschung und Entwicklung ausgab. Die Kommission wagte ein Gedankenexperiment: Würden der RWTH Aachen, einer der herausragenden technischen Universitäten des Landes, »die gesamten Jahresausgaben der Exzellenzinitiative zusätzlich zur Verfügung stehen, gliche ihr Budget in etwa dem der ETH Zürich, die weniger als die Hälfte der Studierenden hat.«

In einem brütend heißen Büro im oberen Stockwerk eines Gebäudes, das den Charme der Sechzigerjahre versprüht, sitzt eine blonde Frau mittleren Alters auf einem Drehstuhl, den sie über den fleckigen Teppichboden rollt. Sie will reden, aber nur anonym.

Der Bau gehört einer potenziellen Exzellenzuniversität irgendwo im Norden Deutschlands. Auf dem Boden stapeln sich Papier und Bücher bis auf Hüfthöhe, die Seiten kräuseln sich zwi-

schen den Buchdeckeln. »Wasserschaden«, sagt die Professorin, die ein Institut leitet. Ein Heizkörper sei geplatzt und habe den ganzen Raum unter Wasser gesetzt. »Das ist schon mehr als ein Jahr her – aber ich bekomme keine Unterstützung, den Schaden zu beseitigen.« Damit ihr das Papier nicht unter den Händen wegschimmelt, habe eine Mitarbeiterin von zu Hause einen Luftentfeuchter mitgebracht, erzählt sie und seufzt. »Und hier soll exzellente Forschung entstehen.«

Einen Raum wie diesen bekomme kein Exzellenz-Gutachter zu Gesicht. »Da betreiben alle Hochglanzpolitik«, sagt die Professorin.

In der Exzellenzstrategie sieht sie einen »Etikettenschwindel«: Die Arbeitsbedingungen an vielen Hochschulen seien so desolat, dass sie sich nicht ernsthaft an einem Hochleistungswettbewerb beteiligen könnten. »Ich arbeite seit vielen Jahren mit chinesischen Partnern zusammen – und ich schäme mich für meine Hochschule«, sagt die Institutschefin.

Auch das Exzellenz-Geld habe daran nichts geändert. »Wir haben international längst den Anschluss verloren – wir sind für Forscher aus den USA, China oder der Schweiz keine ebenbürtigen Partner.«

Miriam Olbrisch

Mail: miriam.olbrisch@spiegel.de, Twitter: @olbi

Der Alpträummann

Strafjustiz Ein 47-Jähriger soll seine Mutter getötet und einbetoniert haben. Im Prozess gerät das Verbrechen fast zur Nebensache – neun ehemalige Lebensgefährtinnen berichten, wie er sie belog und betrog.



THOMAS KÜGLER / HARZ KURIER

Elternhaus in Herzberg, Opfer Heidemarie H.: Die Spürhunde schlügen an

Als Holger S. vor dem verwaisten Einfamilienhaus stand, sah er seine Befürchtungen bestätigt – und sein Misstrauen, sein Gefühl, dass mit seinem Schwiegersohn irgend etwas nicht stimmte. Der 53-Jährige war zum Elternhaus seines Schwiegersohns in Herzberg am Harz gereist. An der Tür des Hauses fand er einen Zettel. »Das Haus steht zurzeit leer, wenn Sie Fragen haben«, darunter die Mobilfunknummer seines Schwiegersohns Sven. So schildert S. diese Szene später dem Gericht.

S. sagt, er sei in den Garten gegangen, über den ungemähten Rasen, die verwilderten Blumenbeete. Er habe durch die Fenster ins Haus geschaut, bei den Nachbarn geklingelt und nach Sven gefragt. Der Nachbarssohn? Der Taugenichts? Der habe inzwischen mindestens vier Kinder und sei verurteilt wegen Bigamie. Im Gefängnis habe er auch schon gesessen, wegen Betrug. Nur Kummer habe er seinen Eltern bereitet.

In diesem Moment, sagt Holger S. als Zeuge vor dem Göttinger Landgericht, habe er alles für möglich gehalten. Auf seine Frage nach Svens Eltern, Heidemarie und Alfred H., hätten die Nachbarn erzählt, der Vater sei an Demenz erkrankt

und lebe in einem Pflegeheim, die Mutter habe man seit Monaten nicht gesehen. Die einen sagten, sie sei zum Vater ins Heim gezogen; andere behaupteten, der Sohn habe die Mutter mit nach Schweden genommen, wo er mit seiner Frau eine neue Existenz aufbauen wolle.

Dass Variante zwei nicht stimmte, wusste Holger S. sofort. Denn er ist der Vater von Svens Ehefrau. Wenn Heidemarie H. in Schweden gewesen wäre, hätte ihm seine Tochter das berichtet. Er ging zur Polizei und meldete Heidemarie H. als vermisst.

Die Beamten ließen Tage später die Haustür der Familie H. aufbrechen.

Sie entdeckten dunkelrote Flecken auf den Sofakissen, an der Zimmerdecke und auf dem Teppich im Wintergarten. Leichenspürhunde schlügen an einer Blumenbank an, einen Meter lang, einen Meter breit, einen halben Meter tief. Die Polizisten fanden dort Heidemarie H., einbetoniert und eingewickelt in eine Folie, festgebunden mit Kabeln und einem Seil.

Das ist mehr als ein Jahr her. Jetzt sitzt Sven H. als Angeklagter vor der 6. Großen



POLIZEI

Strafkammer, ein Mann, der über Jahrzehnte eine Spur der Verwüstung hinterlassen hat. Er soll im September 2017 seine Mutter Heidemarie mit einem Schürhaken erschlagen und ihren Leichnam im Oktober in den Blumenkasten einzementiert haben. Sven H. habe Schulden in fünfstelliger Höhe gehabt. Er habe vom Geld seiner Eltern gelebt. Als sich die Mutter geweigert habe, ihm weiterhin den Lebensunterhalt zu finanzieren, habe er sie getötet. So sieht es die Staatsanwaltschaft, die ihn wegen Mordes aus Habgier angeklagt hat.

Sven H. behauptet, sein demenzkranke Vater habe die Mutter in einem Wutanfall erschlagen. Gemeinsam mit seiner damaligen Verlobten habe er geplant, die

tote Mutter einzementieren, aus Angst, man würde ihm aufgrund seines Vorstrafenregisters nicht glauben. Und auch, um dem kranken Vater eine Haftstrafe zu ersparen.

25 Tage hat das Gericht verhandelt, während dieser Zeit ist der grausame Tod der Mutter in den Hintergrund gerückt. Denn es marschierten neun Frauen auf, die zwar die Tote kaum kannten, aber von ihren alpträumhaften Erlebnissen mit deren Sohn berichteten. Einem Mann, der sich offenbar mit Tricks und Lügen durchs Leben mogelte, der keinen Beruf erlernte, aber die Kunst beherrscht, Frauen binnen kürzester Zeit so für sich einzunehmen, dass sie mit ihm vor den Traualtar traten. Und die er bald darauf finanziell ausnahm.

Der vom Gericht bestellte psychiatrische Sachverständige soll feststellen, ob Sven H. das Unrecht seines Handelns einsehen konnte und ob er die Voraussetzung erfüllt, in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht zu werden.

Seine Verteidiger haben Sven H. »nicht empfohlen«, mit dem Psychiater zu sprechen. »Hat Sven H., wie er beteuert, die Tat nicht begangen, ist sein Lebenswandel ebenso irrelevant wie seine Psychoverfassung«, sagt Rechtsanwalt Steffen Stern.

So folgt der Gutachter nun während des Prozesses den Ausführungen der Lebenspartnerinnen, um sich ein Bild zu machen.

Sven H. wird im September 1971 in Göttingen geboren, er bleibt das einzige Kind seiner Eltern, macht Abitur und leistet Zivildienst in Behindertenwerkstätten. Er ist ein charismatischer Typ mit Schlag bei Frauen. Mit Lebensgefährtin Nummer eins zieht er nach Göttingen. Dort studiert er Jura. Seine Eltern unterstützen ihn finanziell. Sven H. bestellt Ware, die er annimmt, behauptet aber, sie nie erhalten zu haben. Nach zwei Jahren scheitert die Beziehung.

Im Gericht tritt Lebensgefährtin Nummer zwei auf. Mit ihr gründet Sven H. eine Familie, heiratet sie im Mai 1997. »Ab da hatte ich die Probleme am Hals!«, ruft Sarah H. in den Saal. Sie ist 48 Jahre alt, eine lebhafte Frau, die ihre Vernehmung nutzt, um all die Ungerechtigkeiten in Worte zu fassen, die ihr im Leben widerfahren sind. Sie redet, fast ohne Luft zu holen. Sven H. macht sich Notizen, manchmal grinst er.

Sarah H. ruft: »Er wollte alles! Nach seinem Gusto! Von meinem Geld!« Er habe ihr den armen Studenten vorgegaukelt; von den 800 Euro, die ihm seine Eltern pro Monat überwiesen, und den 10 000 Euro, die sie beiden zur Hochzeit schenkten, habe sie erst nach der Trennung erfahren. Er habe alle möglichen Waren bestellt, die sie am Ende habe bezahlen müssen. Sven H. habe die Summen der Tierarztrechnungen für ihre Pferde manipuliert und ihr auf diese Weise hohe Beträge abgeknöpft. Nach der Scheidung habe sie noch für ihn Unterhalt zahlen müssen.

Sarah H. erzählt, dass Svens Mutter sich für ihren Sohn geschämt habe. Er habe auch sie hinters Licht geführt und Sofortkredite unterschreiben lassen. Der Vater habe im Stadtpark Pfandflaschen gesammelt für ein wenig Kleingeld.

Über eine Singlebörsé fand der frisch geschiedene Sven H. 1999 Lebensgefährtin Nummer drei, eine alleinerziehende Mutter einer zehnjährigen Tochter. Sie zog zu ihm nach Herzberg, er habe ihre Unterschrift gefälscht und damit 5000 Euro von ihrem Konto abgehoben. Sie blieb trotzdem, eine gemeinsame Tochter wurde geboren.

Sven H. drängte die Lebensgefährtin dazu, ein Spielzeuggeschäft zu eröffnen – auf ihren Namen, mit ihm als Chef. Es dauerte nicht lange, bis sie mit 100 000 Euro Schulden Privatinsolvenz anmelden und in ein Frauenhaus ziehen musste.

Im Juni 2003 lernte Sven H. im Internet Lebensgefährtin Nummer vier kennen, nach vier Wochen machte er ihr einen Heiratsantrag. Im Oktober 2003 wurde geheiratet. Nach der Hochzeitsreise bemerkte die Frau, dass ihr frisch Angetrauter mit ihrer gefälschten Unterschrift Kredite beantragt hatte. Trotzdem dauerte die Beziehung noch zwei Jahre.

Über eine Partnervermittlung im Internet fand Sven H. Tage später Lebensge-



Marathonläufer Sven H.: Theatralisch um Verzeihung gebeten

fährtin Nummer fünf, Bankkauffrau und Mutter eines Kindes. Nach zwei Wochen zog er in ihre Zweizimmerwohnung nach Bayern. Wieder ging alles rasend schnell: Im September 2005 heiratete das Paar, obwohl Sven H. noch verheiratet war. Innerhalb von gut einem Jahr brachte sie zwei gemeinsame Söhne zur Welt.

Vor Gericht erscheint eine zarte Frau mit schulterlangen blonden Haaren. »Ich hatte keinen Verdacht, dass er nicht ehrlich zu mir ist«, sagt Lebensgefährtin Nummer fünf. Sie habe Sven H. geglaubt, dass er Häuser verkaufe und gut verdiene. Bis eines Tages die Polizei klingelte und Sven H. wegen des Verdachts des Betrugs und der Bigamie abführte.

In Schließfächern am Münchner Hauptbahnhof habe sie damals zwei Säcke voller Mahnbescheide gefunden, die an sie adressiert und von Sven H. abgefangen worden waren. Weil Sven H. eine Haftstrafe wegen Betrug nicht absitzen wollte, floh er nach

Südafrika. Die Lebensgefährtin folgte ihm mit ihren drei Kindern.

In Südafrika machte Sven H. weiter wie gehabt. Er betrog, seine Familie lebte auf der Flucht. »Es war die Hölle«, sagt Nummer fünf. Einmal sei er für Tage mit den Söhnen abgehauen, ständig seien sie umgezogen, bis er verhaftet worden sei. Auch sie musste für zehn Monate ins Gefängnis. Noch aus dem Knast heraus schaffte er es, sie einzulullen. Am Ende hatte sie 250 000 Euro Schulden und musste Privatinsolvenz anmelden.

Sven H. wurde 2010 nach Deutschland ausgeliefert, im Gefängnis trainierte er auf einer 138 Meter langen Runde für seinen ersten Marathon, einen Knast-Marathon. Lokalzeitungen berichteten über ihn.

In Freiheit kontaktierte er im November 2013 über eine Laufgruppe bei Facebook Lebensgefährtin Nummer sechs. Er stellte sich ihr als Lektor vor und zog nach wenigen Treffen zu ihr nach Luxem-

burg. Er schaffte sich einen Hund an, wollte Hundefutter vermarkten und habe die Freundin zum Abschluss von Leasingverträgen für zwei Autos gedrängt. Er habe sie überredet, ein Haus in Belgien zu mieten, an der Grenze wurde Sven H. verhaftet. Die Frau trennte sich und musste wegen 100 000 Euro Schulden ebenfalls Privatinsolvenz beantragen.

Bei einem Hundetreffen im Südharz begegnete Sven H. im Februar 2016 Lebensgefährtin Nummer sieben aus Leipzig. Er gab sich als Literaturwissenschaftler aus und übernachtete vier bis fünf Tage pro Woche bei ihr. Die 28-Jährige trennte sich von ihm, als er ihre Unterschrift in einem Mietvertrag fälschte.

Sven H. suchte Trost bei Lebensgefährtin Nummer acht. An Ostern 2017, nach wenigen Wochen Beziehung, hielt er um ihre Hand an. Die Sparkassenbetriebswirtin plante eine Traumhochzeit mit ihrem »Traummann«, wie sie sagte. Sie habe Sven H. geglaubt, dass er ein Vermögen von 1,5 Millionen Euro besitze, auch wenn er immer nur für 10 oder 15 Euro tankte.

In den Saal B 25 des Göttinger Landgerichts kommt Lebensgefährtin Nummer neun, die Tochter von Holger S. Sie ist eine resolute Frau, 26 Jahre alt, hat eine Kladde voller WhatsApp-Nachrichten vor sich und ist entschlossen, die Behauptung zu widerlegen, sie sei in den Plan zur Be seitigung eines Leichnams eingeweiht gewesen.

Sie schildert, wie sie Sven H. im Juli 2017 auf einer Hundewanderung im Niedersächsischen Bergland begegnete. Sein Umgang mit seinen Huskys habe ihr imponiert. Sie wurden sofort ein Paar, ihr 41-Quadratmeter-Apartment wurde ihr gemeinsames Zuhause. Er habe ihr gesagt, er arbeite als freier Übersetzer für Bedienungsanleitungen und sei mehrfacher Millionär, weil er Apple-Aktien besitze. Außerdem habe er zu Unrecht in Südafrika in Haft gesessen und dafür eine »sehr hohe Entschädigungssumme« erhalten. Da er von Besuchen bei seinen Eltern immer mit »einem dicken Bündel Geldscheine« zurückkehrte, glaubte sie ihm, er horte in einem Schuhkarton in seinem alten Kinderzimmer das Geld aus Südafrika.

Sie beendete ihr Masterstudium in Betriebswirtschaftslehre und ließ sich von ihm aushalten. Dass auf den EC-Karten, mit denen er das gemeinsame Leben finanzierte, die Namen seiner Eltern standen, irritierte sie offenbar nicht. Auch nicht die vom Vater unterschriebenen Blankoschecks in seinem Handschuhfach. »Ich habe vertraut, geliebt, nicht weiter nach-



HEIDI NIEMANN / RUD

Betrüger Sven H. (M.), Verteidiger Wiesemann, Stern 2018

»Es gibt weder DNA noch andere unmittelbare Beweise«

gefragt«, sagt sie vor Gericht. »Sven war immer der Bezahler.«

Im August verlobten sich die beiden, im September löste sie ihre Wohnung auf, im Oktober wanderte sie mit Sven H. und neun Huskys nach Dänemark aus, wo sie per Brief standesamtlich heirateten. So jedenfalls gaukelte es Sven H. ihr vor. Sie trug nun einen Ehering und plante eine Märchenhochzeit. In Wahrheit wurde keine Eheschließung registriert.

Die Geschäftsidee, mit den Hunden Wanderungen zu veranstalten, fand bei Touristen keinen Anklang. Das Paar zog im Dezember weiter nach Schweden. In

Der Gutachter spricht von »parasitärem Lebenswandel« und »Mangel an Empathie«.

Lappland kauften sie einen alten Bahnhof und boten Hundeschlittenfahrten an. Ein Team der Doku-Soap »Goodbye Deutschland! Die Auswanderer« begleitete sie dabei. Auch ihre Pläne für eine pompöse Hochzeitsfeier zelebrierten sie für einen Privatsender vor der Kamera.

Lebensgefährtin Nummer neun wusste nicht, dass ihr vermeintlicher Ehemann vier Kinder hat, mehrfach geschieden ist und vorbestraft wegen Urkundenfälschung, Betrug, Doppelehe und falscher Versicherung an Eides statt. Und sie wusste nicht, dass ihr Vater nach dem ersten Kennenlernen begonnen hatte, in Svens Vergangenheit zu forschen.

In einer südafrikanischen Zeitung fand Holger S. Artikel, wonach Sven H. zu Recht im Gefängnis gesessen hatte. Das Studio, in dem Sven H. eine neue Küche bestellt und angeblich bezahlt hatte, teilte mit: Kunde nicht zahlungsfähig. Bevor die Polizei begann, nach Heidemarie H. zu su-

chen, plante S., seine Tochter aus Lappland zurückzuholen, und reiste los. Er sagt: »Wer weiß, ob sie noch leben würde, wenn ich nicht da hochgefahren wäre?«

Am 21. Mai 2018 wurde Sven H. in Schweden festgenommen. Der Prozess muss für ihn wie ein Film sein: sein Leben als Erwachsener im Zeitraffer, zusammengefasst aus der Sicht der Lebenspartnerinnen. Der psychiatrische Sachverständige hört aufmerksam zu, wie sie Sven H. und seine Metamorphosen beschreiben, die sich in jeder Beziehung wiederholten: Er war zunächst charmant, einfühlsam, erfüllte den Frauen jeden Wunsch. Er war redegewandt, meist in der Lage, wenig glaubhaft

klingende Behauptungen glaubhaft darzustellen.

Doch mit der Zeit wurde er ungehalten, verlor die Contenance. Er bat theatralisch um Verzeihung, erlitt angebliche Nervenzusammenbrüche und erfand Schicksalsschläge wie den Unfalltod einer Schwester, manchmal auch einen früheren sexuellen Missbrauch durch den Vater. Oder wie es eine der Frauen ausdrückt: »Jedes Mal, wenn wir uns gestritten hatten, tischte er Traumata aus der Kindheit auf.«

Der psychiatrische Sachverständige kommt zu der Einschätzung, dass bei Sven H. eine »dissoziale Persönlichkeitsstörung« vorliege. Es gebe bei ihm einen »Mangel an Empathie und Einfühlungsvermögen«. Der Gutachter spricht von »parasitärem Lebenswandel«, weil Sven H. die finanzielle Abhängigkeit von anderen nicht zu stören scheine und Arbeit für ihn keine Option sei.

Die Schwurgerichtskammer verurteilt Sven H. nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Die These der Staatsanwaltschaft, wonach der Angeklagte die Mutter, von langer Hand geplant, aus Habgier tötete, widerspreche den Indizien. »Bei einem reinen Indizienprozess ist ein Schuld nachweis stets schwierig, es gibt weder DNA noch andere unmittelbare Beweise, auch bezüglich des Tatwerkzeugs bestehen Unklarheiten«, sagt der zweite Verteidiger Olaf Wiesemann. »Auf die schriftliche Urteilsbegründung sind wir sehr gespannt.«

Zurück aus Lappland, reinigte Holger S. den Wagen seines Schwiegersohns, mit dem seine Tochter heim nach Deutschland gefahren war. Unter der Rückbank fand er das Portemonnaie von Heidemarie H. Daneben lag eine alte Rechnung über Eheringe, die offenbar Sven H. gekauft hatte. Sie waren nicht für Holger S. Tochter bestimmt gewesen. Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de

Bloß kein Dudelsack

Kommunen Wie viele Regeln braucht Straßenmusik? In München müssen Künstler zuerst auf dem Amt vorspielen – das geht anderen Städten zu weit.

Wenig lenkt hier von der Musik ab, ganz anders als auf der Straße: Der Boden ist gefliest, die Holzstühle erinnern an ein Gemeindezentrum. An einer Wand steht der Spruch eines einheimischen Autors: »Einem echten Münchener kommt das Loben schwer über die Lippen.«

Eva Gaal, schwarzer Hut, geblümtes Kleid, packt ihre Geige aus und spielt hintereinander drei Stücke an. Etwas von Beethoven, dann Vivaldis »Frühling«, sie endet mit »La Bohème« von Charles Aznavour. Nach fünf Minuten sagt Ralph Herbert auf Französisch: »Ich sehe, dass Sie Ihr Instrument beherrschen.«

Dann gehen der Stadtmitarbeiter und die Musiklehrerin aus dem französischen Grenoble nach vorn zum Empfangstresen der München-Information, den Papierkram erledigen. Gaal zeigt ihren Ausweis vor, sie wird in die Kartei aufgenommen. Gleich draußen weitermusizieren an diesem Freitagmittag? Nein, erklärt Herbert, erst für Sonntag sei noch etwas frei.

Wer als Straßenmusiker in der Fußgängerzone der bayerischen Hauptstadt auftreten will, muss einige Formalitäten beachten. Eine Münchner Spezialität ist dabei das Casting für Erstbewerber im Rathaus am Marienplatz. Dort prüft das Team der Stadt-Information die Kandidaten.

Zwar haben viele Großstädte Vorgaben für Straßenmusiker erlassen. In Stuttgart, Mannheim und Dortmund muss beispielsweise nach einer halben Stunde Musik eine halbe Stunde lang Ruhe sein. Teilweise halten die Verwaltungen ein Merkblatt bereit, in Stuttgart sogar in fünf Sprachen. Dortmund lässt per Pegelmessgerät die Lautstärke messen, Hamburg hat eine Sperrzone auf dem Rathausmarkt eingerichtet.

Doch eine Genehmigung vom künstlerischen Wert abhängig zu machen? Das trauen sich im Zeitalter der allgegenwärtigen Ich-Entfaltung nur die Bayern.

Die Erfurter Stadtverwaltung erwog zwar im vorigen Monat, das Münchener Modell zu übernehmen, doch dann war der Widerstand groß. Die grüne Stadtfraktionsvorsitzende Astrid Rothe-Beinlich fühlte sich »an die Einstufungen von Kulturschaffenden aus zum Glück vergangenen Zeiten« erinnert und warnte: »Stadtverwaltung vergrätzt Musiker*innen.« Man habe »die Sache auf Eis gelegt«, so ein Stadtsprecher.

In Frankfurt am Main setzt sich die Junge Union bislang erfolglos dafür ein, dass Straßenmusiker vorspielen müssen, ehe sie die zentrale Einkaufsstraße Zeil be-

tungshandeln«, sagt Herbert, stellvertretender Leiter der Münchener Stadt-Information. Man lehne nur wenige Interessenten ab, doch wirke das Verfahren: »Bei uns ist die Qualität der Darbietungen schon besser als anderswo.« Den Straßenmusiker-TÜV gibt es seit mehr als zehn Jahren, eingeführt hat ihn Herberts Vorgänger. Mittlerweile befinden sich rund 250 getestete Musiker in der Kartei, zur Hälfte Deutsche, die anderen aus dem übrigen Europa, etwa 50 gehören zur Stammkundschaft. Geige, Gitarre und Flöte sind häufige Instrumente. Verboden sind Dudelsack, Schlagzeug und Verstärker.

Zum Preis von zehn Euro vergibt die Stadt an die Musiker täglich fünf Genehmigungen für den Vormittag und fünf für den Nachmittag. Lizenzen erhalten zudem zwei Straßenmaler und drei lebende Statuen. Selbst Details sind fixiert: »Während des Glockenspiels am Marienplatz ist die Darbietung für 15 Minuten zu unterbrechen.«

Früher hätten die Straßenkünstler mehr untereinander geregelt, erzählt Stefan Gerstenberg, der seit 22 Jahren in München auftritt, zu meist mit einer Pantomimeshow. Doch besonders seit der EU-Osterweiterung sei der Konkurrenzkampf größer geworden. Der Akkordeonspieler Ivan Hajek, ebenfalls in München etabliert, beklagt, dass die Passanten nur noch kurz stehen blieben, um mit dem Smartphone zu filmen. Zahlende Zuhörer gebe es immer weniger.

So stehen Gerstenberg und Hajek um kurz vor acht Uhr vor der gläsernen Eingangstür der Stadt-Information, um sich die Tagesgenehmigung abzuholen – trotz bestandener Prüfung immer wieder aufs Neue. Zur Zeit des Oktoberfests übernachten die Musiker sogar in Schlafsäcken vor dem Eingang.

»Das Warten ist besonders im Winter schlimm«, kritisiert Olga Kholodnaya, Geigerin und Vorsitzende eines Bündnisses, zu dem sich Münchner Straßenmusiker zusammengetan haben. Die Stadt solle lieber Monats- oder Jahrgenehmigungen vergeben, findet Kholodnaya. Im Gegenzug würde sie ein strengeres Casting akzeptieren, wie es etwa der Betreiber der Pariser Metro praktiziere. »Dort spielen nur gute Leute.«

Jan Friedmann



Geigerin Kholodnaya auf Marienplatz: Strengeres Casting

schallen dürfen. Ein solcher Check könne eine Reizüberflutung verhindern und »für Abwechslung sorgen«, argumentiert Martin-Benedikt Schäfer, der Kreisvorsitzende der Jungen Union. »Gerade talentierte Nachwuchsmusiker hätten so eine Chance, einen guten Standplatz zu bekommen.«

In Hamburg-Mitte warb die CDU-Fraktion dafür, wie in München eine »Erlaubnis nach vorheriger Qualitätsprüfung« einzuführen. Das Bezirksamt lehnte ab: »Im Bezirk Hamburg-Mitte steht weder eine solche Stadt-Informationsstelle noch eine vergleichbar belastbare Leitungsstelle zur Verfügung. Haushaltssmittel stehen hierfür ebenfalls nicht zur Verfügung.«

Dabei ist der Aufwand überschaubar. Es handle sich um »allgemeines Verwal-

Video

Klingt das gut genug für Münchens Straßen?

spiegel.de/sp282019straßenmusik
oder in der App DER SPIEGEL



Gesellschaft

Die Zustimmung für den philippinischen Präsidenten wächst, obwohl so viele Menschen sterben. ► S. 52



Natürlich kann man sich fragen: Warum heiraten zwei Menschen überhaupt? Warum wollen sie den Rest des Lebens miteinander verbringen, nicht nur an guten, sondern auch an sehr vielen schlechten Tagen? Warum entscheiden sie sich freiwillig für die Monogamie? Nun, mit unromantischem Hinterfragen war dem Hochzeitswunsch noch nie beizukommen. Fakt ist: Die Deutschen scheinen wieder gern bereit, sich auf die Ehe einzulassen. 2018 heirateten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 416 600 Paare – etwa so viele wie zuletzt im Jahr 2000. Verglichen mit der deutschen Ehehäufigkeit im Jahr 1950 ist das natürlich eine bescheidene Zahl. Damals heirateten 750 452 Paare. Anschließend ging es jedoch jahrzehntelang stetig bergab. Die Ehe galt vielen als altbackene, aus der Zeit gefallene

Institution. Bis 2007 sanft ein Umschwung einsetzte: In jenem Jahr gaben sich 368 922 Paare das Jawort, 2015 waren es schon 400 115. Manche Experten sagen, es gebe einen zunehmenden Wunsch nach Beständigkeit und Geborgenheit in unsicheren Zeiten. Romantischer wäre es zu sagen: Die Ehe, von Gott geschaffen, überlebt alle Widrigkeiten der Moderne, die freie Liebe ebenso wie den Sozialismus oder Tinder. Die deutsche Ehe hält derzeit im Durchschnitt 15 Jahre, dreieinhalb Jahre länger als noch 1990. Förderlich könnte sein, dass die Heiratswilligen eher wenig jugendlich sind: Im Jahr 2017 lag das durchschnittliche Heiratsalter der Männer bei 34,2 Jahren, die Frauen waren 31,7 Jahre alt. Anders gesagt: Sie wissen immerhin, was sie tun. jochen.gutsch@spiegel.de

Gesundheit

Wie mögen die Deutschen ihren Aufguss, Herr Hetzel?

Marcel Hetzel, 25, deutscher Meister im Sauna-Aufgießen, über Traditionspflege

SPIEGEL: Herr Hetzel, Sie wurden gerade in Biberach an der Riß zum Deutschen Aufguss-Meister gekürt ...

Hetzel: ... Wahnsinn, ja, ich habe das noch gar nicht richtig realisiert.

SPIEGEL: Worauf kommt es an?

Hetzel: Ein wichtiger Aspekt ist die richtige Wedeltechnik. Klassisch gibt es da das sogenannte Abschlagen, bei dem man durch schnelle Handtuchbewegungen von oben nach unten die Hitze punktgenau an den Gast bringt. Moderne Techniken verbinden Effizienz mit Ästhetik und Show.

SPIEGEL: Wie lernt man das?

Hetzel: Während der Ausbildung zum Saunameister. Ein mehrtägiger Kurs, am Ende wird das Wissen der Meisteranwärter in einer schriftlichen Prüfung abgefragt: Was passiert im Körper, wenn er starker Hitze ausgesetzt wird? Wie und in welcher Reihenfolge kühle ich die Steine richtig ab? Wie hoch ist die Brandgefahr ätherischer Öle?

SPIEGEL: Die Russen schlagen sich den Körper mit Birkenzweigen ab, die Türken



verhandeln Verträge im Hamam. Wie sauniert der Deutsche am liebsten?

Hetzel: Typisch deutsch ist immer noch der Klassiker: ein Ölaufguss, Klappe halten, kein Tamtam. Alle schwitzen still und schauen an die Wand. Aber das ändert sich gerade.

SPIEGEL: Wohin geht der Trend?

Hetzel: Zur Event-Sauna mit Showeinlagen. Bei der Meisterschaft habe ich den Ausbruch des Vesuvs nacherzählt. Ein Aufguss als Naturkatastrophe, mit Lichteffekten und Musik. Außerdem ist Natürlichkeit angesagt. Früher gab es Konzentrat-Aufgüsse wie »Piña Colada«, reine Chemiebomben. Jetzt sind ätherische Öle en vogue, das ist viel gesünder.

SPIEGEL: Am Wochenende wurden bei Biberach 34 Grad Celsius gemessen. Wer geht bei dieser Hitze in die Sauna?

Hetzel: Unterschätzen Sie das nicht! Sauna-freaks gehen das ganze Jahr über. MAP

Sprung ins Wasser

Wie eine US-Amerikanerin drei Naturkatastrophen überlebte

Am 4. Mai 2019 erfüllte sich Olivia Rogers aus Carl Junction im US-Bundesstaat Missouri einen Traum: Sie kaufte sich einen Jeep Wrangler, schwarz. Sie hatte neben der Schule für dieses Auto gearbeitet und lange gespart; irgendwann hatte sie die 27 000 Dollar zusammen, die ein fünf Jahre alter Jeep Wrangler nun mal kostet.

Olivia Rogers hatte schon sehr früh eine auffällige Begeisterung für Autos gezeigt. Es gibt ein Foto, aufgenommen vor 16 Jahren, das sie im Pyjama zeigt. Zwei Jahre alt ist sie auf dem Bild: Sie sitzt in einem Spielzeuggeländewagen, die Hände umklammern das kleine Lenkrad, sie blickt direkt in die Kamera.

Mittlerweile ist Olivia Rogers 18 Jahre alt und hat ihren High-school-Abschluss mit Auszeichnung bestanden. Nachdem sie den Jeep endlich gekauft hatte, postete sie drei Fotos auf ihrer Facebook-Seite: das Kinderbild mit dem Spielzeugjeep – und zwei aktuelle. Sie steht darauf in löchriger Jeans vor dem schwarzen Wagen, der sie um wenige Zentimeter überragt. Dazu schrieb sie: »Finally got my big girl Jeep«, auf Deutsch: »Endlich habe ich meinen Jeep für große Mädchen.«

Sie sei religiös, sagt Rogers am Telefon. Sie habe eine christliche Schule besucht, einmal in der Woche gehe sie zum Gottesdienst in die Hope-City-Kirche, so erzählt sie es; im Wohnzimmer des Hauses ihrer Mutter hängt ein Bild mit den englischen Worten »Glaube«, »Hoffnung«, »Liebe«. Missouri, im Mittleren Westen der USA gelegen, wird immer wieder von Naturkatastrophen heimgesucht. Vielleicht hilft es, den Kontakt zu Gott nicht abreißen zu lassen.

Acht Jahre ist es her, dass Olivia Rogers zum ersten Mal Grund hatte, ihrem Gott zu danken. Damals raste ein Tornado der Stärke fünf der »Enhanced Fujita«-Skala (EF) durch Joplin, einen Nachbarort von Carl Junction, in dem sie damals lebte. EF5 ist dabei die höchste Kategorie; der Wind kann Geschwindigkeiten von mehr als 500 Stundenkilometern erreichen.

Rogers erinnert sich, wie Sirenen aufheulten, wie sie mit ihrem Vater ins Bad rannte. Und sie erinnert sich daran, wie laut es war, als der Tornado ihr Haus schließlich erreichte. »Es klang, als würde uns ein Zug überrollen«, sagt sie.

Als der Tornado weiterzog, war vom Haus nicht mehr als ein Haufen Bretter übrig geblieben. Olivia Rogers und ihr Vater aber hatten überlebt. »Mein Vater«, sagt sie, »hatte die ganze Zeit über laut für uns gebetet.«

Ende Mai, Rogers hatte sich gegen elf Uhr abends mit ihrem Jeep auf den Heimweg von ihrem Schülerjob bei einem Nachrichtensender gemacht, folgte die nächste Prüfung. Es regnete heftig. Sie selbst hatte Kollegen gewarnt, als sie zu ihrem Auto lief: »Fahrt vorsichtig, das Wasser auf der Straße ist gefährlich.«

Olivia Rogers fuhr die Schifferdecker Avenue entlang, über eine Brücke, es war nicht mehr weit bis nach Hause, als der Regen so stark wurde, dass sie die einzelnen Tropfen nicht mehr unterscheiden konnte – das Wasser bildete einen Strom auf der Windschutzscheibe.

»Plötzlich stand mein Wagen im Wasser«, sagt sie, »und begann abzutreiben.« Sie kletterte aus dem Fenster, wurde von dem Fluss, der über das Ufer getreten war, mitgerissen und trieb zum Wagen eines Arbeitskollegen, der sich mit ihr auf den Heimweg gemacht hatte; er war ein paar Meter hinter ihr stehen geblieben. Die beiden kletterten aufs Dach seines Wagens, von dort aus telefonierte der Mann mit dem Notruf. Rogers war so verzweifelt, dass sie ihre Mutter anrief und sich von ihr verabschiedete. Sie glaubte, Gott hätte beschlossen, sie zu sich zu holen, sagt sie. »Ich liebe dich«, rief sie ins Telefon.

Irgendwann sprangen beide ins Wasser. Vier Kilometer etwa trieb Rogers, immer wieder wurde sie unter Wasser gedrückt, schließlich bekam sie einen Stamm zu fassen. Sie rettete sich auf eine Insel, die sich aus entwurzelten Bäumen gebildet hatte. Stunden später, die Sonne war schon aufgegangen, entdeckte sie ein Mann. Er rief den Notruf. Rogers wurde ins Krankenhaus gebracht, unterkühlt und mit 15 Dornen in den Füßen.

Erneut dankte sie Gott; sie konnte nicht wissen, dass eine weitere Prüfung noch vor ihr lag. Es war die zweite Nacht nach der Entlassung aus dem Krankenhaus, als eine Tornado-Warnung auf ihrem Handy aufblinkte, Stärke EF3. Auch diesmal heulten Sirenen, der Himmel verdunkelte sich. Mit ihrer Mutter verließ sie das Haus und fuhr zu einem Freund, der einen Schutzbunker besaß, schwer genug, um nicht fortgewirbelt zu werden, wenn der Sturm den Ort erreichte.

Gemeinsam mit sieben anderen Menschen und drei Hunden wartete Olivia Rogers, in einem Raum, gerade mal so groß wie eine Garage. Sie betete. »Diesmal blieb alles still«, sagt sie. »Man hörte keinen Ton.«

Ihr Haus blieb verschont, anders als acht Jahre zuvor. Rund 65 Kilometer entfernt, in Golden City, starben bei einem zweiten Sturm am selben Tag drei Menschen.

Man kann Rogers' dreifache Rettung als statistische Laune abtun – sie hat einfach Riesenglück gehabt. Man kann daraus aber auch eine Ermutigung lesen. »Seit diesem Moment bin ich mir sicher, dass Gott besonders über mich wacht«, sagt Rogers. »Wie hätte ich sonst überlebt?«

Ihren Jeep barg ein Abschleppunternehmen zwei Wochen später – das Blech eingedrückt, Totalschaden. Olivia Rogers fährt jetzt einen Nissan Altima. Auch da habe sie Glück gehabt, sagt sie. »Die Versicherung hat bereits gezahlt.«

Cathrin Schmiegel



Rogers mit ihrem Jeep Wrangler

Joplin teen safe after water rescue

Von der Website Newstalkzrg.com

Zwei Stunden vor Mitternacht erreicht Bruder Ciriaco Jun Santiago das Bestattungsinstitut, die Nacht klebt wie ein nasses Laken an seinem Körper. Es sind noch immer mehr als 30 Grad Celsius. Schweißtropfen laufen von Santiagos Stirn über den Nasenrücken und tropfen auf den Asphalt.

Es sind die Toten des Drogenkriegs, die Santiago, den Missionar, hinaus in die Nacht treiben. Er ist hier, um nach ihnen zu sehen. Santiago betritt das Büro. Ein kauziger kleiner Mann im Feinrippunterhemd sitzt am Schreibtisch, er erstellt Brichte über das Sterben.

Ein paar Sekunden lang hält Santiago sein Gesicht vor den Wandventilator, der die stickige Luft des Büros verquirlt. »Was gibt's Neues?«

Orly Fernandez, der Bestattungsunternehmer, zeigt schweigend auf eine weiße Tafel. Drei Namen stehen darauf:

Jerito Garganta, 34.

Angelito Lizada, 29.

Noel Pineda, 47.

Sie alle wurden erschossen, sie alle sind Opfer eines Schattenkriegs, den Präsident Rodrigo Duterte seit drei Jahren mit großer Brutalität im Land führen lässt. Polizisten, Bürgerwehren und Killerkommandos jagen Menschen, die angeblich mit Drogen handeln, sie konsumieren oder einfach nur verkehrt im Weg stehen. Die philippinische Polizei gibt an, dass mehr als 6600 Drogendealer und Konsumenten seit 2016 bei Einsätzen gestorben seien. Die unabhängige Menschenrechtskommission der Philippinen schätzt: 27 000.

Santiago ist ein Chronist dieser Toten. Er ist ein 47-jähriger Mann mit sanfter Stimme, stechenden Augen und schwarzen Locken, die auf seine Schultern fallen. Um seinen Hals baumelt eine Kamera.

Seit Dezember 2016 dokumentiert der Missionar von der Ordensgemeinschaft Kongregation des Heiligsten Erlösers den Drogenkrieg in Malabon, einer Gemeinde Manilas, in dem 350 000 Menschen leben. Er fotografiert Tatorte und Leichen, dokumentiert Zeugenaussagen, versteckt Zeugen, kümmert sich um Hinterbliebene.

Das Bestattungsinstitut ist zum Hauptquartier von Santiagos Mission geworden. Er verbringt hier viele Nächte. Der Missionar und der Bestattungsunternehmer bilden ein ungewöhnliches Duo.

Fernandez ist ein begeisterter Unterstützer von Duterte, aber er informiert Santiago, den Kirchenmann, über Tatorte, er hilft ihm, die Familien der Opfer aufzufindig-

zu machen. Santiago hilft den Angehörigen, die zu arm sind, um sich Fernandez' Einbalsamierungen leisten zu können. Mehr als 370 Beerdigungen habe er schon bezahlt. Er finanziert die Hilfe aus seiner Kollekte, aus den Spenden von Hunderttausenden Gläubigen. Santiago berichtet, dass unzählige Leichen in anonymen Massengräbern verscharrt werden, weil die Familien die Kosten nicht aufbringen können.

Die meisten Philippiner, so scheint es, haben sich mit den brutalen Zuständen unter Duterte arrangiert. Die Zustimmung für den Präsidenten wächst, obwohl so viele Menschen sterben. Trotz der Aberausenden Toten mögen ihn nach drei Amts Jahren satte 80 Prozent. Die Zwischenwahlen im Mai waren ein Triumph Dutertes. Die von ihm unterstützten Kan-

sidenten und seiner Anhänger zu spüren. Drei Priester wurden seit Dezember 2017 ermordet. Im Juni vergangenen Jahres erschossen zwei maskierte Männer den Pfarrer Richmond Nilo in seiner Kirche, als er den Gottesdienst beginnen wollte. Hohe Würdenträger erhalten Morddrohungen, weil sie Duterte kritisierten. Bischöfe und andere Würdenträger forderten den Präsidenten vergangenes Jahr auf, die Hetze gegen die Kirche einzustellen, denn sie führe zu Verbrechen gegen Priester.

Doch Duterte sagte: »Diese Bischöfe, die ihr da habt – bringt sie um. Das sind nutzlose Idioten. Die kritisieren nur rum.« Er lästert regelmäßig über Gott und nennt den Papst einen »Hurensohn«.

Santiago sagt, die Kirche habe viel zu lang geschwiegen. Obwohl auch er angefeindet wird, will er etwas verändern. »Ich wollte mehr tun, als nur Beerdigungen zu finanzieren. Ich musste raus auf die Straße zu den Menschen«, erzählt er. Deshalb bat er seine Vorgesetzten um Erlaubnis, den Drogenkrieg zu dokumentieren.

Es ist weit nach Mitternacht, als Santiago beschließt, die Totenwachen der drei Opferfamilien zu besuchen, von denen er in Fernandez' Leichenhalle erfahren hat. Das Navigationssystem lotst ihn durch menschenleere Straßen der Hauptstadt. Wenn die Nacht über Malabon hereinbricht, ziehen sich die meisten Menschen aus Angst in ihre Wohnung zurück.

»Das erste Mordopfer, das ich gesehen habe, hieß Michael«, erzählt Santiago. Hunderte folgten. An Michael, sagt er, könne er sich heute noch erinnern, so wie an die Worte des Polizisten, der ihn erschossen

hatte: Es sei eine bedauerliche Verwechslung gewesen.

Seither zieht Santiago mit seinen Fotos durch die Kirchen Manilas, konfrontiert die Gläubigen mit den verstörenden Bildern der Toten, er will die Gleichgültigkeit durchdringen und die Leute zwingen, sich mit dem täglichen Morden zu beschäftigen.

In einem Slumviertel in der Hafengegend parkt Santiago den Wagen unter einer defekten Straßenlaterne, die Lichtblitze in die Nacht wirft. Ein schmaler Durchgang führt in ein dunkles Labyrinth aus Wellblechhäusern und unverputzten Betonbauten. Die Hitze der Nacht liegt über den Dächern des Viertels Barangay 28. Ein paar Anwohner sitzen noch vor ihren Hütten und weisen Santiago in die Richtung des Hauses der Familie Garganta. Am Ende einer Gasse, zwischen Kloakenpfüt-

Erlöse uns von dem Bösen

Philippinen Im Drogenkrieg von Präsident

Duterte sterben Tausende. Nun stellen sich in der mächtigen katholischen Kirche viele gegen ihn. Doch die Geistlichen müssen selbst um ihr Leben fürchten.

Von Carsten Stormer und Carlo Gabuco (Fotos)

didaten zogen in den Senat ein, die Opposition gewann nicht einen einzigen Sitz hinzu.

Die philippinische Demokratie ist angezählt: Die Regierung würde gern die Verfassung ändern, die Todesstrafe wiedereinführen und die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre senken. Duterte hat sein Land aus dem Internationalen Strafgerichtshof verabschiedet, im Süden des Inselreichs herrscht weiterhin Kriegsrecht.

Nur eine Minderheit kritisiert bisher Dutertes Krieg: Studenten, linke Aktivisten, Opfer der Marcos-Diktatur, prominente Schauspieler und Sänger. Doch zunehmend stellt sich auch die mächtigste Institution des Landes gegen den Präsidenten: die katholische Kirche.

Wenn Geistliche öffentlich Widerspruch wagen, bekommen sie den Zorn des Prä-



Priester Villanueva am Sarg des Erschossenen Garganta, Missionar Santiago in Malabon: Verstörende Bilder von Toten

zen und Küchenabfällen, liegt der einbalsamierte Leichnam von Jerito Garganta, aufgebahrt in einem weißen Holzsarg. Betrunkene Männer spielen johlend Karten und trinken Bier aus Plastikbechern.

Die Schwester des Toten, eine schwere Frau mit verweinten Augen, stemmt sich müde aus ihrem Plastikstuhl, als Santiago sie besucht. »Zwei Jahre saß Jerito wegen Drogenhandel in Untersuchungshaft, dann wurde die Klage fallen gelassen«, sagt Leah Garganta und wischt sich eine Träne von der Wange. Nach Ostern sei er aus dem Gefängnis entlassen worden. Kaum zwei Wochen später war er tot, erschossen von zwei maskierten Unbekannten am Eingang seines Viertels.

Schluchzend erzählt die Schwester von den Kosten für die Beerdigung, 35 000 Peso, rund 600 Euro. Zu viel für die Familie. Sie hätten alle zusammengelegt, Angehörige, Nachbarn, Freunde. Doch es reiche noch immer nicht. In einem Nebenzimmer schlafen Jeritos vier Kinder.

»Wir hinterlassen eine Generation wütender Waisen«, sagt Santiago. »Die Familien der Getöteten haben gar keine Gelegenheit zu trauern. Sie sind damit beschäftigt, Geld zusammenzukratzen.«

Santiago erklärt Leah Garganta, dass sie bei seiner Kirche einen Antrag auf Hilfe stellen könne. Er hebt seine Kamera und fotografiert. Als sich der Missionar verabschieden möchte, zupft Leah Garganta an seinem T-Shirt und bittet ihn um einen Gefallen. Ob nicht ein Priester vorbeikommen könne, um ein paar Gebete für ihren Bruder zu sprechen?

Santiago verspricht, jemanden zu schicken, der sich wie er um Opfer des Drogenkriegs kümmert. »Ich sage Pater Flavie Bescheid.«

Am kommenden Tag steht Priester Flavie Villanueva in einem fensterlosen Raum tief im Keller der San-Roque-Kirche von Quezon City. 15 Witwen in grünen T-Shirts, 9 Waisenkinder und 2 Nonnen sind dort zu einem privaten Gottesdienst zusammengekommen.

Villanueva, ein kleiner Mann mit kurz rasierten Haaren und schelmischem Lächeln, 49 Jahre alt, trägt ein rotes T-Shirt, auf dem steht, er wünsche sich zu Weihnachten einen neuen Präsidenten. Am Handgelenk ein Armband mit dem Schrift-

zug: »Stop the killings, start the healing.« Er zieht sich eine weiße Soutane über und begrüßt die Anwesenden mit »Gott segne euch.«

»Amen«, ruft es im Chor zurück.

»Dieser Gottesdienst ist mehr als eine Predigt«, sagt der Priester. Er sei Teil eines Heilungsprozesses für Angehörige von Mordopfern. Eine Art spirituelle Reinigung für Traumatisierte. Hunderte hat Pater Flavie seit Beginn des Drogenkriegs in sein Programm aufgenommen, das er Paghilom – Heilung – nennt. Heilen möchte er die 62-jährige Mila David. Polizisten erschossen ihren Mann in dessen Bett. Seitdem erscheint er ihr nachts in

»Vier«, sagt die Frau leise. »Das ist ein Fortschritt«, antwortet der Priester.

Nach dem Gottesdienst zeigt er Bilder einer Überwachungskamera. Darauf ist ein maskierter Mann mit Baseballkappe und Rucksack zu sehen, der an die verschlossene Tür seines Büros klopft, auf und ab geht und dann verschwindet.

Seitdem er Morddrohungen und unerwünschten Besuch bekommt, hat er einen Leibwächter. »Ich nehme die Drohungen nicht mehr allzu ernst«, sagt er. »Solange diese schlimmen Dinge in meinem Land geschehen, werde ich den Mund aufmachen. Ich bin bereit zu sterben, wenn Gott mich zu sich rufen möchte«, sagt



Staatschef Duterte: »Diese Bischöfe, die ihr da habt – bringt sie um«

Träumen. Oder die 38-jährige Lourdes, die im Gefängnis davon erfahren hat, dass ihr Mann erschossen wurde, und sich nun fragt, wie sie ihre sechs Kinder durchbringen soll.

Er preist den Mut der Anwesenden, er wettert gegen den Präsidenten. Dabei laufen ihm Tränen übers Gesicht, seine Stimme bricht. »Wieso«, fragt er, »haben die Philippiner ihre Menschlichkeit verkauft?« Er geht zu einer älteren Frau, streicht ihr über die Wange. »Möchtest du noch immer als Selbstmordattentäterin deinen Mann rächen?« Der Saal lacht. Die Frau kichert verschämt und schüttelt den Kopf. »Sag uns, auf einer Skala von eins bis zehn, wie wütend bist du heute?«

Villanueva. »Natürlich habe ich Angst um mein Leben. Wenn neben mir ein Motorrad hält, zucke ich zusammen. Deswegen erhebe ich meine Stimme und trete für die Wahrheit ein. Das ist die beste Verteidigung.«

Der Priester weiß, was Drogen anrichten können. Bevor er zum Glauben fand, verbrachte er 15 Jahre im Rausch; Marihuana, Speed, Kokain, Alkohol, Pillen zum Runterkommen. Manchmal alles in einer Nacht. Je mehr Drogen er einwarf, desto leerer fühlte er sich. Erst in Gott habe er die Kraft für den Entzug gefunden.

Deswegen habe er bei der Präsidentschaftswahl 2016 seine Stimme Duterte gegeben. Nach dem Motto: Erlöse uns von dem Bösen. »Ich habe wirklich geglaubt,

dass er das Drogenproblem lösen kann. Ich gebe zu, ich habe mich geirrt.«

Am folgenden Nachmittag stieht sich Pater Flavie aus dem Büro. »Mein Leibwächter würde mich nicht gehen lassen. Zu riskant«, flüstert er und kichert. Es gehe ihm nicht darum, mutig zu sein, »sondern als Hirte das Richtige zu tun«, sagt er. Es mache ihm Sorgen, dass »wir uns so an eine Kultur des Todes gewöhnt haben, dass das Töten eines Geistlichen keine Rolle mehr spielt. Das haben die Morde an den drei Priestern gezeigt. Wir hofften, dass dies ein Weckruf für die Kirche sei, endlich ihr Schweigen zu brechen.«

Nachbarn bleiben den Totenfeiern fern. Es kam schon vor, dass Besucher von Totenfeiern erschossen wurden«, sagt er. Wer Mitgefühl für die Opfer, für tote Drogendealer, Abhängige zeige, werde in Sippenhaft genommen, als Drogensympathisant geschmäht, bedroht oder ausgegrenzt.

An einer viel befahrenen Verkehrsader Manilas steht die riesige Redemptoristen-Kirche von Baclaran. Es ist die Kirche von Bruder Ciriaco Jun Santiago. Sie ist zu einer Zufluchtsstätte für Menschen geworden, die nichts mehr zu verlieren haben. Angeschossene Dealer, eingeschüchterte Zeugen, Verzweifelte, die auf Todeslisten stehen. Sie alle finden hier Asyl.

Er will nicht, dass sein Foto gezeigt wird, aus Angst, dass seiner Familie etwas zustoßen könnte.

Lazarus will gegen die Polizisten aussagen, die ihn, wie er behauptet, töten wollten. Er ist zudem bereit, als Zeuge bei einem möglichen Prozess gegen den Präsidenten vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag aufzutreten. Im Februar 2018 hatte die Chefklägerin Fatou Bensouda Vorermittlungen gegen Präsident Duterte eingeleitet, wegen mutmaßlicher Verbrechen in Folge des Drogenkriegs. Seitdem sammelt Santiago bei seinen nächtlichen Streifzügen durch Manila auch Aussagen von Opfern, Angehörigen und Augenzeugen. Lazarus ist sein wichtigster Mann.

»Wir verstecken Lazarus an einem geheimen Ort und sorgen für seine Sicherheit«, sagt Santiago. Die Polizisten, die auf ihn schossen, seien weiterhin im Dienst. Lazarus versinkt fast in dem Sessel und knetet nervös die Finger, während er spricht.

»Ich bin so wütend. Ich bin fast gestorben. Dann hat man mich in ein Gefängnis gesteckt. Mein Leben ist ruiniert. Meinen Ältesten habe ich seit mehr als zwei Jahren nicht mehr gesehen. Meine Frau sagt den Kindern, dass ich im Ausland arbeite«, sagt Lazarus.

Dann erzählt er seine Geschichte von der Nacht des 13. September 2016, als ihn die Polizei willkürlich aufgegriffen, verhört und anschließend zusammen mit einem weiteren Mann in eine unbeleuchtete Gasse nahe der Bucht von Manila gefahren habe. »Einer hat die Pistole auf meine Brust gepresst und abgedrückt. Ich taumelte rückwärts, und sie schossen weiter. Ich fiel gegen ein Auto. Der Alarm ging los. Ich stellte mich tot, habe mich nicht bewegt, nicht geatmet.«

An einem Samstag im Mai dieses Jahres betritt der Mann die Kirche, den sie auf den Philippinen Lazarus nennen, den Auferstandenen. Er geht mit schnellen Schritten und tief ins Gesicht gezogener Baseballkappe.

Santiago begrüßt ihn herzlich, führt ihn an einem Wächter und zwei Sicherheitsschleusen vorbei zu einer Treppe, die zu den Privatgemächern führt. Dort bittet er den Besucher, auf einem abgenutzten Sessel unter einem Kruzifix Platz zu nehmen.

Lazarus ist ein schüchterner Mann, 30 Jahre alt, mit leiser Stimme, sein richtiger Name lautet Francisco Santiago. Er ist einer der wenigen Philippiner, die ein mutmaßliches Tötungskommando der Polizei überlebt haben. Seither versteckt er sich.



Angehörige bei der Beerdigung des Opfers Garganta: »Wir hinterlassen eine Generation wütender Waisen«

Eine halbe Stunde später erreicht Villanueva das Armenviertel Barangay 28. In einer weißen Soutane und umringt von weinenden Familienangehörigen, steht er vor dem Sarg von Jerito Garganta. Der Priester blickt durch das gläserne Sichtfenster auf das wächserne Gesicht des Toten, murmelt mit geschlossenen Augen und gefalteten Händen ein Gebet. Er segnet den Leichnam und sprengt Weihwasser auf den Sarg.

Einen Häuserblock entfernt trauert die Familie des 29-jährigen Angelito Lizada, der einen Tag nach Jerito Garganta getötet wurde. Auch ihn segnet Villanueva. Danach geht er nachdenklich durch die engen Gassen des Viertels, der Saum seiner Soutane schleift im Schmutz. »An vielen Opferfamilien haftet ein Stigma. Freunde und

An einem Samstag im Mai dieses Jahres betritt der Mann die Kirche, den sie auf den Philippinen Lazarus nennen, den Auferstandenen. Er geht mit schnellen Schritten und tief ins Gesicht gezogener Baseballkappe.

Santiago begrüßt ihn herzlich, führt ihn an einem Wächter und zwei Sicherheitsschleusen vorbei zu einer Treppe, die zu den Privatgemächern führt. Dort bittet er den Besucher, auf einem abgenutzten Sessel unter einem Kruzifix Platz zu nehmen.

Lazarus ist ein schüchterner Mann, 30 Jahre alt, mit leiser Stimme, sein richtiger Name lautet Francisco Santiago. Er ist einer der wenigen Philippiner, die ein mutmaßliches Tötungskommando der Polizei überlebt haben. Seither versteckt er sich.

Er bittet um eine Pause, geht hinaus in den Kreuzgang und lehnt sich an die Balustrade. Seine Hände zittern, während er



Geistlicher Villanueva, Gläubige beim Gottesdienst: »Ich bin bereit zu sterben, wenn Gott mich zu sich rufen möchte«

sich eine Zigarette anzündet. Er lässt sich in den durchgesessenen Sessel fallen, berichtet, wie er vor Schmerzen schreien wollte. Aber sein Leben hing davon ab, sagt er, dass es ihm gelang, sich tot zu stellen. »Ich habe gehört, wie einer der Polizisten eine Waffe neben meinem Kopf platzierte und etwas in meine Hosentasche steckte. Ich habe so lange gewartet, bis ich es nicht mehr ausgehalten habe.«

In der Zwischenzeit waren die Medien eingetroffen, darunter auch der Autor und der Fotograf dieser Geschichte. Er habe das Klicken der Kameras gehört, sein linker Fuß habe gezuckt, und dann habe er einen Reporter gehört, der rief: »Mein Gott, er lebt!« Lazarus sagt, er habe all seinen Mut zusammengenommen und sich aufgerichtet. Erst dann sah er den anderen Mann auf der gegenüberliegenden Straßenseite liegen. Er war tot.

»Hilfe. Bitte helft mir«, fleht Lazarus in diesem Moment.

»Geht nicht zu ihm. Er hat eine Waffe«, schreit einer der Polizisten.

Lazarus lehnt gegen einen grauen Honda, hebt die Hände wie jemand, der sich ergeben möchte, und stöhnt: »Sir, Gnade, ich flehe Sie an. Ich bin unbewaffnet.«

Zwei Beamte, die Hand am Holster ihrer Dienstwaffe, gehen langsam auf den blut-

überströmten Mann am Boden zu. Einer kickt die Waffe beiseite. Andere drängen die Journalisten vom Tatort weg. Der Schwerverletzte wird in einen Polizeiwagen verfrachtet, der mit Blaulicht davonfährt.

»Ich dachte, die bringen mich jetzt im Auto um«, sagt Lazarus heute. Stattdessen wurde er in ein Krankenhaus gebracht und landete wenige Tage später im Stadtgefängnis von Manila. Fast zwei Jahre saß

Santiago verabschiedet sich von seinem wichtigsten Zeugen und erinnert ihn daran, sich morgens und abends per SMS zu melden. »Gott hat ihm eine zweite Chance gegeben«, sagt der Missionar später.

Der folgende Sonntag beginnt für Santiago auf dem Gemeindefriedhof von Caloocan. Schweigend folgt er dem Trauerzug durch ein Labyrinth aus Mauergräbern. Nischen voller übereinandergestapelter Särge.

»Warum hast du mir das angetan? Du hast mir doch versprochen, mit den Drogen aufzuhören«, klagt die Witwe des Getöteten und bricht weinend über dem Sarg zusammen. Dann wird Jerito Garganta, Ehemann, Vater von vier traumatisierten Kindern, in ein bescheidenes Mauergrab geschoben.

Santiago fotografiert und erzählt, dass seine Kirche Kosten übernommen habe; 10 000 Peso, umgerechnet 173 Euro. Nachdem das Grab versiegelt ist und die letzten Trauergäste den Friedhof verlassen haben, steht Santiago zwischen Gräbern und scrollt durch seine Fotos. In seiner Tasche vibriert sein Telefon. Sein Kronzeuge Lazarus hat eine Textnachricht geschickt.

»Alles in Ordnung«, schreibt er.

»Ich mache das für die Opfer, die sich nicht mehr verteidigen können.«

er wegen illegalen Waffenbesitzes in Untersuchungshaft. Erst im August 2018 wies ein Richter die Anklage zurück und ordnete Lazarus' Freilassung an; die Polizisten hatten sich in Widersprüche verheddert. Seitdem träumt Lazarus von Gerechtigkeit.

»Ich habe keine Angst davor, als Zeuge auszusagen. Ich mache das für die Opfer, die weniger Glück hatten, die gestorben sind und sich nicht mehr verteidigen können«, sagt er.

€150,- Belohnung!

SICHERN SIE SICH IHREN GUTSCHEIN FÜR EINEN NEUEN SPIEGEL-LESER.



€150,- DriversChoice-Tankgutschein

Benzingeld für Sie: Der Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 8500 Tankstellen gültig. Gute Fahrt!



€150,- BestChoice-Universalgutschein

Machen Sie sich eine Freude! Über 200 Händler mit über 25.000 Filialen oder Online-Shops stehen zur Auswahl.

Ja, ich möchte eine Prämie für einen neuen Leser!



- ✓ Wertvolle Wunschprämie für den Werber.
- ✓ Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- ✓ Der neue Abonnent liest den SPIEGEL zwei Jahre für zzt. € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf, danach jederzeit kündbar.
- ✓ Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Einfach jetzt anfordern:

💻 abo.spiegel.de/150

📞 040 3007-2700
(SP19-102)



ANTHONY MICALLEF / LAIF

Brautmodengeschäft in Istanbul: »Keine Nachrichten bei Facebook, keine Telefonate, keine anderen Spuren«

»Eltern als Gefahr«

Zwangsehen Viele Mädchen und junge Frauen fürchten sich vor den Sommerferien – sie rechnen damit, im Urlaub gegen ihren Willen verheiratet zu werden.



JOHANNA HÄUSLER

Die Zahl der Frauen, denen eine Zwangsverheiratung droht, lässt sich nur schätzen: Die Dunkelziffer dürfte hoch sein, und die jüngste bundesweite Studie ist bereits acht Jahre alt. Mitarbeiter von Fachberatungsstellen sprechen von mehreren Tausend Fällen jährlich. Wie immer während der Sommerzeit suchen in diesen Wochen besonders viele Frauen und Mädchen Hilfe – sie fürchten, während einer Urlaubsreise im Heimatland der Eltern eine Ehe eingehen zu müssen. Oft stammen sie aus türkischen oder arabischen Familien, aber auch aus Afghanis-

tan, Pakistan, Indien, dem Kosovo oder aus afrikanischen Staaten. Beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ist das »Hilfetelefon – Gewalt gegen Frauen« eingerichtet worden, an dem rund um die Uhr Beraterinnen ansprechbar sind. Die Erziehungswissenschaftlerin Lysann Susanne Häusler, 55, ist die zuständige Fachbereichsleiterin für das Thema Zwangsverheiratungen.

SPIEGEL: Frau Häusler, mit welchen Fragen rufen Frauen und Mädchen jetzt in der Ferienzeit bei Ihnen an?

Häusler: Sie haben häufig keine konkreten Fragen, erzählen aber, dass sie sich plötzlich ihrer Freiheiten beraubt fühlen. Mit einem Mal müssen sie mehr im Haus-

halt helfen oder dürfen ihre Freundinnen seltener treffen. Es ist ein typisches Muster im Vorfeld einer Zwangsverheiratung: Nach und nach verlagern die Eltern den Handlungsspielraum ihrer Töchter von außen nach innen. Die jungen Frauen fühlen sich von dieser neuen Strenge oft sehr unsicher. Aber nur wenige sagen uns offen, dass sie eine Zwangsheirat fürchten.

SPIEGEL: Warum ist das so?

Häusler: In der Regel lieben diese Frauen ihre Eltern und Geschwister; es fällt ihnen schwer, sie plötzlich als eine Gefahrenquelle wahrzunehmen. Und das Thema ist wie in anderen Fällen von familiärer Gewalt mit Scham besetzt. Wenn die Situation es erlaubt, fragen wir daher, welche Heiratstraditionen in der Familie herrschen und welche Rolle Drohungen oder Strafen spielen. So lässt sich besser einschätzen, ob Gewalt im Namen der Ehre zum Selbstverständnis der Familie gehört.

SPIEGEL: Welche Antworten erhalten Sie?

Häusler: Ein Mädchen erzählte, dass eine Tante vor zwanzig Jahren ermordet worden sei. Es wirkte davon nicht beunruhigt: Das sei ja schon so lange her. In solchen Momenten läuten bei uns Alarmglocken.

Wir wollen keine Angst schüren, aber eine allzu ausgeprägte Gutgläubigkeit kann gefährlich sein. Wir ermuntern die Anruferinnen in solchen Fällen, möglichst rasch persönlich eine Beratungsstelle aufzusuchen oder sich an einen Vertrauenslehrer zu wenden. In manchen Bundesländern haben die Ferien ja noch nicht begonnen.

SPIEGEL: Von welchen anderen Fällen können Sie berichten?

Häusler: Eine 16-Jährige rief an, weil die Eltern ihr von einem Tag auf den anderen verboten hatten, weiterhin nachmittags Sport zu treiben. Das war der Auslöser. Ihre Freundinnen rieten ihr nun, das Verbot zu ignorieren, aber sie fühlte sich, als verlöre sie den Boden unter den Füßen. So hat sie es ausgedrückt. Oft stammen die jungen Frauen ja aus Familien, die in dritter Generation in Deutschland leben: Sie wissen, was Freiheit bedeutet.

SPIEGEL: Und diese 16-Jährige?

Häusler: Sie hat dann weinend erzählt, dass schon ihre ältere Schwester sich den Mann nicht selbst aussuchen durfte und ihr selbst vielleicht genau dasselbe Schicksal drohe. Am Ende hat sie der Beraterin versprochen, sich an ihrem Wohnort Hilfe zu suchen.

SPIEGEL: Die Frauen legen den Hörer auf, und es ist nicht sichergestellt, dass sie die notwendige Hilfe erhalten. Muss das so sein?

Häusler: Solange nicht nachweislich Gefahr im Verzug ist, können Jugendamt oder Polizei nicht einschreiten. Doch in so einem Telefonat lässt sich immerhin ein Fenster öffnen, um den Blick auf die Si-

»Wehren sie sich, werden manche eingesperrt, körperliche Gewalt ist denkbar.«

tuation zu schärfen. Da hilft die Anonymität des Gesprächs, manche Frauen leben so abgeschirmt, dass sie üblicherweise nicht mit Fremden sprechen. Ich erinnere mich an eine junge afghanische Frau, die weder Zugang zu einem Telefon noch zu einem Internetanschluss hatte. Beides befand sich im Arbeitszimmer des Vaters, und der schloss in der Regel die Tür ab. Sie hat dann in einem verstohlenen Moment heimlich telefoniert.

SPIEGEL: Erleben Sie es oft, dass Frauen nur auf Umwegen an ein Telefon gelangen?

Häusler: Es kommt immer wieder vor. Und wir erleben häufig, dass Frauen das Telefonat mit dem Hinweis beginnen, sie müssten bald wieder auflegen, weil sie nur ein paar Minuten lang allein seien.

SPIEGEL: Wie reagieren Sie, wenn sich ein Mädchen erst im letzten Moment vor

der gefürchteten Abreise in die Ferien bei Ihnen meldet?

Häusler: So war es vor wenigen Tagen. Da rief ein Berufsschullehrer an und sagte, bei ihm sitze eine 19-jährige Schülerin, die den Raum nicht verlassen wolle, bis ihr Problem gelöst sei. Sie müsse die Sommerferien in der Türkei verbringen, alles sei vorbereitet, sie sei dort einem Mann versprochen. Diese Schülerin wusste schon länger, dass ihr eine Heirat bevorsteht. Manche Familien handhaben das Thema relativ offen, dann zeigen Eltern Fotos von ein paar Männern und fragen die Tochter, wer ihr gefalle. Aber es ist auch möglich, dass die Eltern den künftigen Mann ebenfalls nicht kennen, weil der Großvater oder ein anderes Familienoberhaupt im Heimatland alles regelt.

SPIEGEL: Und wie konnten Sie der Schülerin helfen?

Häusler: Die Beraterin hat sich mit ihr und dem Lehrer zu einer Konferenzschaltung zusammengeschlossen. Die Betroffene hat sich am Ende entschieden, Schutz in einem Frauenhaus zu suchen. Das klingt nach einer naheliegenden Lösung, ist aber ein folgenreicher, schwieriger Entschluss. Dieser Schritt kann eine junge Frau erst einmal in große Einsamkeit führen. Die Mädchen müssen den Kontakt zu ihrer Familie abbrechen: Die Geschwister, das gemeinsame Essen, die Lebendigkeit, die diese Großfamilien mit sich bringen – all das fällt weg. Manche Frauen halten das nicht aus und kehren nach ein paar Monaten oder manchmal auch Jahren zurück in die Familie. Diese 19-Jährige schien allerdings sehr gefestigt.

SPIEGEL: Wie lässt sich das in einem Telefonat beurteilen?

Häusler: Zum einen bestätigte der Lehrer den Eindruck. Zum anderen hatte dieses Mädchen klare Pläne für die Zukunft. Es ist oft so, dass junge Frauen, die ein Ziel vor Augen haben und zum Beispiel studieren wollen, sich leichter von der Familie lossagen. Trotzdem leiden sie natürlich unter ihrer Entscheidung, diese Fälle sind nie frei von Ambivalenz. Auch diese 19-Jährige wusste genau, was ihr Entschluss bedeutet: keine Nachrichten bei Facebook oder WhatsApp, keine Telefone, keine anderen Spuren, die darauf hindeuten könnten, wo sie sich jetzt aufhält. Das oberste Ziel ist nun ihre Sicherheit.

SPIEGEL: Was wäre voraussichtlich geschehen, wenn sie die Reise angetreten hätte?

Häusler: Die Erfahrungen lassen sich so zusammenfassen: Viele Mädchen müssen ihren Pass, ihr Handy, ihr Rückflugticket oder ihr Geld am Ankunftsplatz abgeben. Wehren sie sich gegen die Heirat, werden manche eingesperrt. Der seelische Druck, dem sie ausgesetzt sind, ist immer enorm. Körperliche Gewalt ist denkbar. Und wenn

SPIEGEL GESCHICHTE

SAMSTAG, 6. 7., 20.15 – 22.00 UHR | SKY

Kampf um den Mond

21. Juli 1969: Neil Armstrong betritt als erster Mensch den Mond. Nach mehr als 20 Jahren eines erbitterten Konkurrenzkampfs zwischen den USA und der Sowjetunion gelingt »Apollo 11« das größte Abenteuer des 20. Jahrhunderts.

ARTE RE:

MONTAG, 8. 7., 19.40 – 20.15 UHR | ARTE

Wohin mit den IS-Kämpfern? – Die Kurden und ihre Gefangenen aus Europa

Unter der Kontrolle der kurdischen Selbstverwaltung in Rojava im Nordosten Syriens leben Tausende frühere IS-Kämpfer und ihre Familien, viele von ihnen stammen aus Europa. Ihre Heimatländer zögern, sie zurückzunehmen. Die Rojava-Kurden sorgen sich um die Stabilität der Region und warnen vor verheerenden Folgen.

SPIEGEL TV

MONTAG, 8. 7., 23.25 – 0.00 UHR | RTL

Clan-Kriminalität – Anklage gegen Mitglieder einer arabischen Familie, die sich als falsche Polizisten ausgegeben haben; **Kein Bier für Nazis** – Der Ort Themar rüstet sich gegen das nächste Rechtsrockkonzert.

SPIEGEL TV WISSEN

FREITAG, 12. 7., 21.45 – 22.35 UHR | SKY UND BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

5 Brüder, 6 Marathons, ein Ziel

Der Film begleitet fünf Brüder bei ihrem Versuch, einen der härtesten Wettkämpfe der Welt zu bestehen. Der »Marathon des Sables« in der marokkanischen Sahara fordert nicht nur



Brüder White in Marokko

ihre körperliche Fitness heraus, auch die Beziehung der Brüder wird im Wüstensand zur Zerreißprobe.

Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



Der SPIEGEL jede Woche frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 4% günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte bequem den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP19-215)

sie vor den Ferien niemanden in ihre Ängste eingeweiht haben und die Eltern sie ordnungsgemäß von der Schule abmelden, geraten sie in Deutschland wahrscheinlich in Vergessenheit.

SPIEGEL: Wie kann man Mädchen aufklären, damit sie solche Gefahren überblicken, ohne dass ihre Familie unter einen Generalverdacht gestellt wird?

Häusler: Das ist im Grunde nur in der Schule möglich. Sie ist für einige Mädchen der einzige Ort, an dem sie mit der Außenwelt in Kontakt kommen. Es wäre sicher hilfreich, wenn man vor den Ferien in den Klassen einen Film zeigen würde: Die einen fliegen nach Mallorca, die anderen wandern in Frankreich, die Nächsten werden zwangsverheiratet. Das mag zynisch klingen. Aber es könnte Mädchen und auch Jungen, die ja möglicherweise die künftigen Ehemänner zwangsverheirateter Frauen sind, für ihren Lebensweg sensibilisieren.

SPIEGEL: Was schlagen Sie außerdem vor?

Häusler: Lehrer und Schulsozialarbeiter sollten darin weitergebildet werden, mit Schülern und Eltern über eine mögliche Zwangsverheiratung zu sprechen. In der vergangenen Woche rief eine Lehrerin an, die sich keinen Rat wusste, weil eine 17-Jährige in ihrem Unterricht zunehmend traurig und in sich gekehrt wirkte. Auch eine Arztin meldete sich bei uns, weil ihre Auszubildende seit Tagen weine und davon rede, verreisen zu müssen und ihre Ausbildung nach den Ferien vielleicht nicht beenden zu können.

SPIEGEL: Halten Sie es tatsächlich für möglich, dass Lehrer und Ausbilder Zwangsehen verhindern, wenn sie nur die richtigen Worte finden?

Häusler: Nein, aber solche Gespräche können helfen, die Not der Frauen besser einzuschätzen und sie zu unterstützen. Dass sich eine zur Verheiratung entschlossene Familie vom Gegenteil überzeugen lässt, ist unwahrscheinlich. Die Rolle der Familie ist oft zwiespältig.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Häusler: Manchmal schlagen sich Geschwister auf die Seite des Mädchens, können aber am Ende dem Familiendruck nicht standhalten. Manchmal meinen Mütter, es sei Zeit, endlich mit der Tradition zu brechen. Ich kenne eine Frau, die im Alter von 16 Jahren nach Schweden gebracht worden ist, um dort einen 40-Jährigen zu heiraten. Diese Frau hat sich jetzt beraten lassen, wie sie ihren Töchtern ein ähnliches Schicksal ersparen könnte. Aber viele Mütter halten die Tradition gerade deshalb für legitim, weil sie ihr eigenes Leben sonst infrage stellen müssten. Es ist schwer vorhersehbar, wie sich Angehörige verhalten. Deshalb ist der Kontakt zu Außenstehenden so wichtig.

Interview: Katja Thimm

Single Speed

Leitkultur Alexander Osang über deutsche Langsamkeit

Ich habe Elektroräder lange Jahre für Fahrzeuge gehalten, die ältere Leute benutzen. Oder Männer mit kaputten Sportlerknien wie mein Schwager aus Steglitz. Oder Faulpelze. Bis ich der Letzte war, der kein Elektrorad fuhr.

Vor ein paar Tagen brach meine Frau zum Hebräisch-Unterricht auf. Ich konnte sie nicht begleiten, weil ich in die Jerusalemer Berge musste, um an der Eröffnungsfeier einer internationalen Konferenz teilzunehmen, auf der darüber beraten wurde, wie man die Feinde Israels abwehrt. Wir arbeiteten gewissermaßen an derselben Sache, aber meine Frau würde das Rad nehmen. Wir haben unsere Fahrräder aus Berlin mitgebracht. Es sind gute deutsche Fahrräder, wir hatten sie schon mit in New York. Meines ist ein Eigenbau vom Fahrradkonsum aus der Danziger Straße, meine Frau kaufte ihres bei Ostrad in der Winsstraße. Es ist so schwer wie ein Smart. Ich war gerade dabei, es für sie auf die Straße zu schleppen. Sie sagte: »Lass ma. Ich hab mir einen Roller bestellt.«

Ich stellte das Rad ab und begleitete sie zu einem Parkplatz am Meer, wo der Roller stand, den sie mit der App wach küsste. Dann verschwand sie im Abendlicht. Vom Meer wehte ein leichter Wind. Ich hatte das Gefühl, dass mich meine Frau verließ. Auf einem kleinen grünen Elektroroller. Es war ihr Erster.

Eine halbe Stunde später stieg ich in unser Auto und fuhr nach Jerusalem. Es ist ein Geländewagen, und wir haben ihn nur übergangsweise. Weil Autos in Israel sehr teuer sind, ist das Mieten günstiger. Hat man mir erzählt. Es gibt einen arabischen Laden in Ostjerusalem, der Autos vermietet, mit denen man auch ins Westjordanland fahren kann. Da habe ich zunächst einen Prius gemietet. Der Fotograf, mit dem ich in Israel zusammenarbeite, schaute meinen Prius belustigt an. Er sagte, damit kämen wir in der Westbank nicht weit. Er empfahl einen Geländewagen. Ich war skeptisch. Ich bin vor 16 Jahren mal in einem riesigen amerikanischen Geländewagen von Hertz-Kuwait in den Irakkrieg gerollt und wurde von Kindern am Straßenrand sofort mit Steinen beworfen. Der französische Fotograf, mit dem ich damals unterwegs war, zwang mich, den GMC-Truck auf einem Parkplatz in Basra stehen zu lassen und zu ihm, zwei nervösen, kettenrauchenden Irakkern sowie mit vier gut gefüllten Benzinkanistern in einen uralten Kleinwagen zu steigen. Ich fragte die Mietwagenfirma in Ostjerusalem, ob sie auch Hybridgeländewagen hätten. Klar, sagte der Mann. Dauere aber ein bisschen. Das ist ein Dreivierteljahr her. Seitdem fahren wir den Übergangsjeep.

Ein Mann, der einen Hybrid-SUV fährt, ist wie ein Mann, der Gürtel und Hosenträger trägt. Im Film »Spiel mir das

Lied vom Tod« wird einer dafür erschossen. Weil man, wie Henry Fonda richtig sagt, jemandem, der Hosenträger und Gürtel trägt, nicht trauen kann.

Es gibt deutsche Journalisten, die die deutsche Autoindustrie dafür kritisieren, dass sie die Umstellung auf die Elektromobilität verschlafen hat, obwohl die Journalisten fast alle für Unternehmen arbeiten, die die Zukunft verschlafen haben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Zeitungen zusammen mit den Autos verschwinden. Jedenfalls wundert mich der erbitterte Streit um die Elektroroller nicht. Es geht, wie oft in deutschen Diskussionen, um alles. Besonders bei den Befürwortern der E-Roller, die die Zukunft der Städte, der Mobilität, der Menschheit ins Spiel bringen.

Ich weiß nicht, wie die Zukunft der Mobilität aussieht, kann aber die Übergangszeit schildern, denn ich lebe in Tel Aviv, einem Zukunftslabor für verschiedene Dinge.

Ich fühle mich im Ungewissen ausgesprochen wohl, trage aber zum ersten Mal im Leben einen Helm, wenn ich mit dem Fahrrad unterwegs bin. Ich besitze ein Rad, mit dem man, so die Auskunft des Betreibers vom Fahrradkonsum aus der Danziger Straße, auch im Anzug fahren kann. Ich habe kaum Gelegenheit, im Anzug Fahrrad zu fahren. Aber es klang gut damals, zeitgemäß. Es ist ein Single-Speed-Rad. Auch das Konzept habe ich eigentlich nie wirklich verstanden, vor allem nicht wenn es bergauf geht. Besonders schwerfällig aber bin ich hier in Tel Aviv. Ich fühle mich auf meinem

Single-Speed-Rad wie ein Mann, der mit einem Pony auf der Autobahn reitet. Die Radwege sind voll mit E-Rollern und Elektrofahrrädern. Sie umsummen mich wie ein Bienenschwarm. Ich höre die näher kommenden Fahrer am Handy reden, ich höre sie lachen. Oft stehen zwei Leute auf einem Roller, manchmal drei. Paare küssen sich im Fahrtwind. Die großen Räder brummen wie Hornissen im Bienenschwarm. Es gibt Elektroräder mit Reifen, so breit wie die von Batmans Motorrad. Wie immer haben die größten Idioten die breitesten Reifen. Sie glauben dennoch, dass sie bessere Menschen sei-

en. Es gibt auch den Kleintransporter, bei dem ein großer Anhänger am Elektrorad hängt. Ab und zu mischen sich versprengte Segway-Lemminge in den Strom. Es gibt nichts, was mich mehr an den Untergang der Menschheit erinnert, als eine Touristengruppe auf Segways. Parallel dazu gibt es in Tel Aviv weiterhin viele Autos und Busse, die sich bewegen wie Formel-1-Boliden. Und sehr viele Baustellen. Es werden eine U-Bahn und eine Straßenbahn gebaut, weil der öffentliche Nahverkehr natürlich auch die Zukunft ist. Und weil die Gleise auf uraltem umkämpftem Grund gelegt werden, ist jede Baustelle zugleich auch eine Ausgrabungsstätte, überwacht von der staatlichen israelischen Archäologiebehörde.

Dennoch geht alles schnell, entschieden und seltsam unkompliziert. Ab und zu fällt jemand vom Rad. Ab und zu stirbt jemand. Aber die meisten Radwegbenutzer tragen keinen Schutzanzug wie Batman. Sie tragen kurze Hose, sie zeigen ihren Oberkörper. Dazwischen strapple ich mit meinem guten deutschen Single-Speed-Rad, als würde ich einen Anzug tragen. Ich bin ein Zeitreisender.

Eines steht fest: Ich komme nicht aus der Zukunft. ■



Segway-Fahrerin bei Tel Aviv

ALEXANDER OSANG / DER SPIEGEL

Wirtschaft

»Ich verlier meine Villa am Bodensee.« ▶ S. 64



MOHSEN ASSANI MOGHADDAM / DPA

Verteidigung

Externe Berater für die »Gorch Fock«

Ministerium gibt bis zu 300 000 Euro für die Expertise einer Hamburger Agentur aus.

● Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will weitere Pannen bei der Instandsetzung des Segelschulschiffs »Gorch Fock« durch externe Berater verhindern. Am 24. Juni genehmigte sie, dass Spezialisten von der Hamburger Agentur »Marine Service« die Bauleitung des Marinearsenals bei den weiteren Arbeiten an der »Gorch Fock« beraten sollen. Die Firma ist laut ihrer Website eines der weltweit führenden maritimen Beratungsunternehmen.

Für die Expertise von außen sind gemäß der vertraulichen Vorlage aus dem Ministerium bis Ende 2019 bis zu 300 000 Euro vorgesehen. Das Geld kommt demnach nicht aus dem Budget für die »Gorch Fock«-Arbeiten, sondern dem Etat für Materialerhaltung der Marine. Von der Leyen hat trotz der Pannenserie Ende Juni entschieden, die Arbeiten

am Dreimaster fortzusetzen. Allerdings ordnete sie an, dass der Kostenrahmen von 135 Millionen Euro nicht überschritten werden darf. Laut der Vorlage liegt das Budget für die Instandsetzung zwar rund ein Drittel über dem seriösen Angebot einer Firma, die für 100 Millionen Euro ein neues Segelschulschiff bauen würde. Die Beamten weisen allerdings darauf hin, dass die Bundeswehr beim Abbruch der Arbeiten die bereits investierten 80 Millionen Euro verlieren würde. Das Projekt sei technisch »beherrschbar« und könne bis Ende 2020 abgeschlossen werden, schreiben sie.

Nicht erwähnt werden neue Probleme. So streitet man sich mit einem Unterauftragnehmer, der seit Wochen die Herausgabe der drei neu angefertigten Masten verweigert. Man suche intensiv nach einer Lösung, heißt es im Ministerium. MGB

Bundesagentur für Arbeit

Feuer unterm Dach

● Der Machtkampf um Valerie Holsboer, einzige Vorstandsfrau der Bundesagentur für Arbeit (BA), lässt die Behörde nicht zur Ruhe kommen. Einmal im Jahr veranstaltet die BA ein Presseseminar, zu dem ein Kaminabend »mit Hintergrundgesprächen mit Verwaltungsrat und Vorstand« der Behörde gehört. Doch Anfang der Woche wurde der Termin am 9. Juli kurzfristig abgesagt und auf Dezember verschoben. Offensichtlich wollte man

einen möglichen Eklat verhindern. Denn bei der BA brennt derzeit das Feuer nicht im Kamin, sondern unterm Dach. Grund ist die geplante Absetzung von Holsboer, um die seit Wochen ein Machtkampf tobtt. Betrieben wird die vorzeitige Abberufung ausgerechnet von der Arbeitgeberseite, die Holsboer 2017 für das Amt vorgeschlagen hatte. Nun halten sie die Vorstandsfrau für überfordert und führungsschwach, was wiederum deren Befürworter bestreiten. Als Grund vermuten sie, dass Holsboer den Arbeitgebern gegenüber aus deren Sicht nicht

willfährig genug gewesen sei. Eigentlich sollte der Antrag auf Abberufung auf der Tagesordnung der BA-Verwaltungsratssitzung am 12. Juli stehen, doch da fehlt er. Allerdings kann die Sache noch in der Sitzung aufgerufen werden. In dem Gremium sitzen Vertreter von Arbeitgebern, Gewerkschaften und der öffentlichen Hand. Wenn Letztere sich neutral verhalten, werden in geheimer Wahl für die Abberufung alle Stimmen der Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter benötigt. Ausgang offen, Fortsetzung folgt. MAD

Wohnen

»Wir plädieren für einen Mietenstopp«

Bernhard Daldrup, 63, ist wohnungspolitischer Sprecher der SPD.

SPIEGEL: Herr Daldrup, in Berlin soll es einen Mietendeckel geben – eine Idee auch für den Bund?

Daldrup: Eins zu eins ist der Vorschlag kein Modell für den Bund. Aber die Bundes-SPD plädiert für einen Mietenstopp – der allerdings anders als in Berlin einen Inflationsausgleich zulassen würde und nur in angespannten Wohnungsmärkten gilt. Wir brauchen mehr Zeit zum Bau neuer Wohnungen.

SPIEGEL: Vertreiben solche Maßnahmen nicht Investoren, die man haben will: Eigentümer, die ein, zwei Wohnungen als Altersvorsorge besitzen und nun sagen, das ist mir zu riskant?

Daldrup: Große Wohnungsgesellschaften tragen die größte Verantwortung für die Lage, kleine Eigentümer befinden sich in deren Sog. Hätten sich die schwarzen Schafe unter den Großen an die Regeln der Mietpreisbremse gehalten, wäre es nicht so weit gekommen. Ich habe viel mit Vermietern zu tun, und man kann mit den meisten auf einen Nenner kommen.



SVEN SIMON

Daldrup

Andererseits muss man sich fragen, was so viele Mieter auf die Barrikaden bringt. Das zeigt doch, dass ein Teil der Vermieter sich nicht korrekt verhält.

SPIEGEL: Es sind oft große Fonds oder Aktiengesellschaften, die nur auf die Rendite gucken. Und die können sich im Zweifel Anwaltsarmeen leisten, um gegen den Mietendeckel in Berlin zu klagen.

Daldrup: Ob die Vorschläge aus Berlin rechtlich Bestand haben, ist umstritten – das werden wohl Gerichte klären. Ich plädiere für einen konstruktiven Dialog mit Vermietern – eine Art New Housing

Deal: Darin muss die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in sozialer Verantwortung fest verabredet werden.

SPIEGEL: Das wurde in einer sogenannten Baulandkommission versucht, die gerade ihre Vorschläge vorgelegt hat: Empfehlungen, die oft nicht konkret sind.

Daldrup: Die Kommission hat in sehr kurzer Zeit konkrete Vorschläge entwickelt. Wir erwarten von Horst Seehofer, dass er noch in diesem Jahr die Novelle des Baugesetzbuches vorlegt. Mit dem Baugebot und der Stärkung von Vorkaufsrechten erhalten Kommunen mehr Einfluss als bisher. Aber das Problem ist komplex. Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Bodenpolitik. ASE

Digitalisierung

Bär will Förderung für Videospiele retten

● Die Staatsministerin für Digitalisierung Dorothee Bär (CSU) will die Finanzhilfen für die deutsche Videospielbranche retten. Es sei »essenziell, dass die Fördergelder für das Jahr 2020 gesichert werden«. Erst im vergangenen November hatte der Bundestag Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro für das Jahr 2019 beschlossen. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2020 aber war die Förderung nicht mehr enthalten. Die Frage nach den Gründen für die Streichung ließ der für Verkehr und digitale Infrastruktur verantwortliche Minister Andreas Scheuer (CSU) unbeantwortet. Der Branchenverband Game hatte die Entscheidung scharf kritisiert. Unter der Streichung leide die Planungssicherheit für Unternehmen. Carsten Fichtelmann, Geschäftsführer des Hamburger Entwicklers Daedalic, sprach von einer »Katastrophe bibli-schen Ausmaßes«. Die Förderung solle nun im parlamentarischen Verfahren nachträglich festgeschrieben werden, fordert Bär. 50 Millionen Euro müssten in jedem Fall zur Verfügung stehen, aber die Summe sei »ausbaufähig«. Es sei gut, »dass die Branche ihre Stimme so deutlich und stark erhoben hat«. RAI

Deutsche Bank

Tag der Entscheidung im Kirch-Prozess

● Einer der spektakulärsten Justizfälle in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, der Rechtsstreit zwischen der Deutschen Bank und dem inzwischen verstorbenen Medienhändler Leo Kirch, geht in die nächste Runde. Im April 2016 hatte das Landgericht München I den früheren Bankchef Jürgen Fitschen, seine Vorgänger Josef Ackermann und Rolf Breuer sowie zwei weitere Manager vom Vorwurf freigesprochen, in einem vorherigen Zivilprozess gelogen zu haben, um Kirchs Milliardenklagen gegen das Kreditinstitut abzuwenden. Die Staatsanwaltschaft, aber auch die Bundesanwaltschaft legten Revision gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof ein. Am 22. Oktober um 11 Uhr soll in dem Fall mit dem Aktenzeichen 1 StR 219/17 in Karlsruhe nun die mündliche Verhandlung stattfinden. Sollten die obersten Richter die Freisprüche aufheben, wird das Verfahren zurückverwiesen – und der Kirch-Prozess wieder aufgerollt. DID

Healthineers

Streit um Mitbestimmung

● Ein prominenter Ex-Aufsichtsrat von Siemens, der ehemalige IG-Metall-Funktionär Heinz Hawreliuk, 72, wirft dem Konzern vor, bei der Tochter Healthineers gegen geltendes Mitbestimmungsrecht zu verstößen. Siemens hat die Medizintechnik im März 2018 an die Börse gebracht und bei ihr einen neu-köpfigen Aufsichtsrat nur aus Kapitalvertretern eingerichtet. Das sei unzulässig, schrieb Hawreliuk Anfang Juni in einem Brief an Healthineers-Chef Bernd Mon-tag. Es genüge nicht, nur in Untergesell-schaften ein paritätisch zusammengesetztes Kontrollgremium einzurichten, rügte der frühere Leiter der Mitbestimmungs-abteilung der IG Metall. Dasselbe gelte auch für die beherrschende Obergesell-schaft Healthineers AG, schließlich fielen dort die strategischen Entscheidungen. Als Siemens bis zum Monatsende nicht reagierte, legte Hawreliuk nach. Er fühlt sich seiner alten Firma auch als Rentner noch verbunden. Anfang Juli beantragte er beim Registergericht in München, die Konzernführung zur Einhaltung des Mit-



Computertomograf von Healthineers

bestimmungsgesetzes aus dem Jahr 1976 zu zwingen. Die Behörde wird den Vor-gang nun nach eigener Auskunft an das zuständige Landgericht verweisen. Ein Healthineers-Sprecher argumentiert, die Vorschrift greife bei dem Unternehmen nicht, da in der börsennotierten Dachge-sellschaft nur 500 anstatt der mindestens erforderlichen 2000 Angestellten arbeite-nen. Das sei auch im Bundesanzeiger unwidersprochen so veröffentlicht wor-den. Außerdem würde Healthineers noch immer von der Mutter beherrscht, die 85 Prozent der Anteile und einen paritä-tisch besetzten Aufsichtsrat besitzt. DID

Der Skandal im Skandal

Dieselaffäre Erst betrogen, dann gelogen: Audi-Manager haben Behörden und Kunden selbst dann noch getäuscht, als der Abgasskandal längst aufgeflogen war. Jetzt müssen sie und ihr Ex-Chef Rupert Stadler sich vor Gericht verantworten. Rekonstruktion eines Versagens.

Rupert Stadler wird gelegentlich an einem der Seen gesichtet, die nahe Ingolstadt liegen. Der Mann, der mehr als ein Jahrzehnt lang Audi gesteuert hat, joggt dort. Wenn er auf ehemalige Kollegen trifft, läuft Stadler an ihnen vorbei, als würde er sie nicht kennen. Kein Wort, kein Nicken. Stadler sei scheu geworden, berichten Vertraute.

Der ehemalige Autoboss hat einen guten Grund, sich so zu verhalten. Er befolgt eine Anordnung des Oberlandesgerichts München: Stadler hat sich »jeder unmittelbaren oder mittelbaren Kontaktaufnahme« zu enthalten – nicht nur »zu sämtlichen Mitbeschuldigten und Zeugen aus dem Ermittlungsverfahren« gegen ihn und andere Verantwortliche von Audi, sondern auch »zu sämtlichen als Zeugen in Betracht kommenden, ehemaligen und aktuellen Mitarbeitern der Firma Audi AG und des VW-Konzerns«.

Das muss ihm schwerfallen in Ingolstadt, wo gefühlt jeder etwas mit Audi zu tun hat. Aber Stadler scheint sich an die Auflagen zu halten, vermutlich auch deshalb, weil ein schuldhafter Verstoß »die sofortige Wiederinvollzugsetzung des Haftbefehls zur Folge« hätte. Er müsste dann wieder, wie schon von Juni bis Oktober 2018, in eine Zelle der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen ziehen. Die Kaution von drei Millionen Euro, die Stadler über eine Bürgschaft der Sparkasse Ingolstadt Eichstätt hinterlegt hat, würde verfallen.

Acht Monate lebt Stadler schon mit dieser Kontaktsperrre. Erst jetzt kommt Bewegung in den Fall. Aber es ist keine, die dem Ex-Audi-Boss gefallen dürfte. Die Staatsanwaltschaft München II wird noch in diesem Sommer Anklage gegen ihn und drei weitere hochrangige Audi-Manager erheben. Es geht um Betrug und Falschbeurkundung. Insgesamt ermitteln die Staatsanwälte gegen 27 Audi-Manager, die im Laufe der nächsten Monate angeklagt werden könnten. Sie alle sollen am Abgasbetrug mit Dieselfahrzeugen und an seiner Vertuschung beteiligt gewesen sein.

Der Fall Stadler ist ein besonderer. Bei der Anklage gegen ihn geht es nicht nur darum, dass Audi verbotene Software für die Abgasreinigung eingesetzt hat. Es geht

um den Vorwurf, dass der Audi-Chef auch dann noch falsch agiert haben soll, als der eigentliche Betrug durch die US-Behörden längst aufgedeckt war. Statt aufzuklären und den Betrug abzustellen, soll Stadler mit dafür gesorgt haben, dass Audi weiter Autos mit Betrugsssoftware herstellte und an ahnungslose Kunden verkauft. Auf den Betrug folgten Vertuschung und Versagen.

Es ist ein Skandal im Skandal.

Stadler und Audi-Vorstand Bernd Martens hätten spätestens seit dem 16. Dezember 2015 effektiv untersuchen lassen müssen, ob auch die in Europa verkauften Modelle verbotene Abschalteinrichtun-

gen enthalten, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft. Das sei unterblieben. Stattdessen hätten Stadler und Martens die Autos weiter produzieren und ausliefern lassen.

Ein komplettes Jahr sei nach Bekanntwerden des Betrugs in den USA verstrichen, bevor eine Taskforce die Untersuchung der europäischen Modelle überhaupt begonnen habe. Interne Unterlagen der Großkanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, die für Audi den Fall aufklären soll, belegen: Damit die Betrugsssoftware nicht auffliegt, täuschten Audi-Manager noch bis ins Jahr 2016 hinein die US-Umweltbehörde EPA und bis 2017 das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) und das Bundesverkehrsministerium. Sie verschwieg nicht nur wichtige Informationen, sie manipulierten auch Daten und Unterlagen.

Als ein Modell mit Drei-Liter-Audi-Motor bei Dutzenden Tests die Grenzwerte regelmäßig überschritt, schickten sie dem KBA nur die Ergebnisse von drei erfolgreichen Fahrten. Ein internes Schaubild, das Hinweise auf verbotene Abschalteinrichtungen enthält, versahen sie mit dem roten Aufdruck: »Keine Kommunikation an KBA!!«

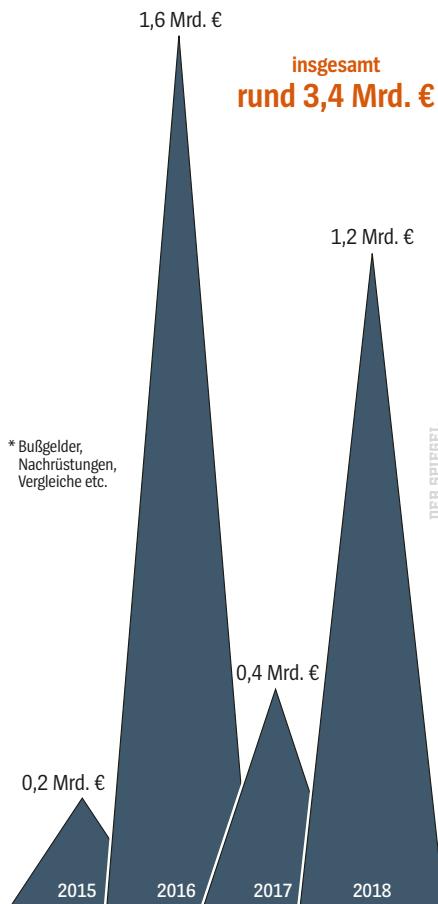
Erst mehr als zwei Jahre später, 2018, war offenbar Schluss mit dem Betrug in Europa: Das Kraftfahrt-Bundesamt ordnete für fast alle Dieselmodelle von Audi Nachbesserungen und Rückrufe an. Betroffen waren die Modelle A4, A5, A6, A7, A8, Q5 und Q7.

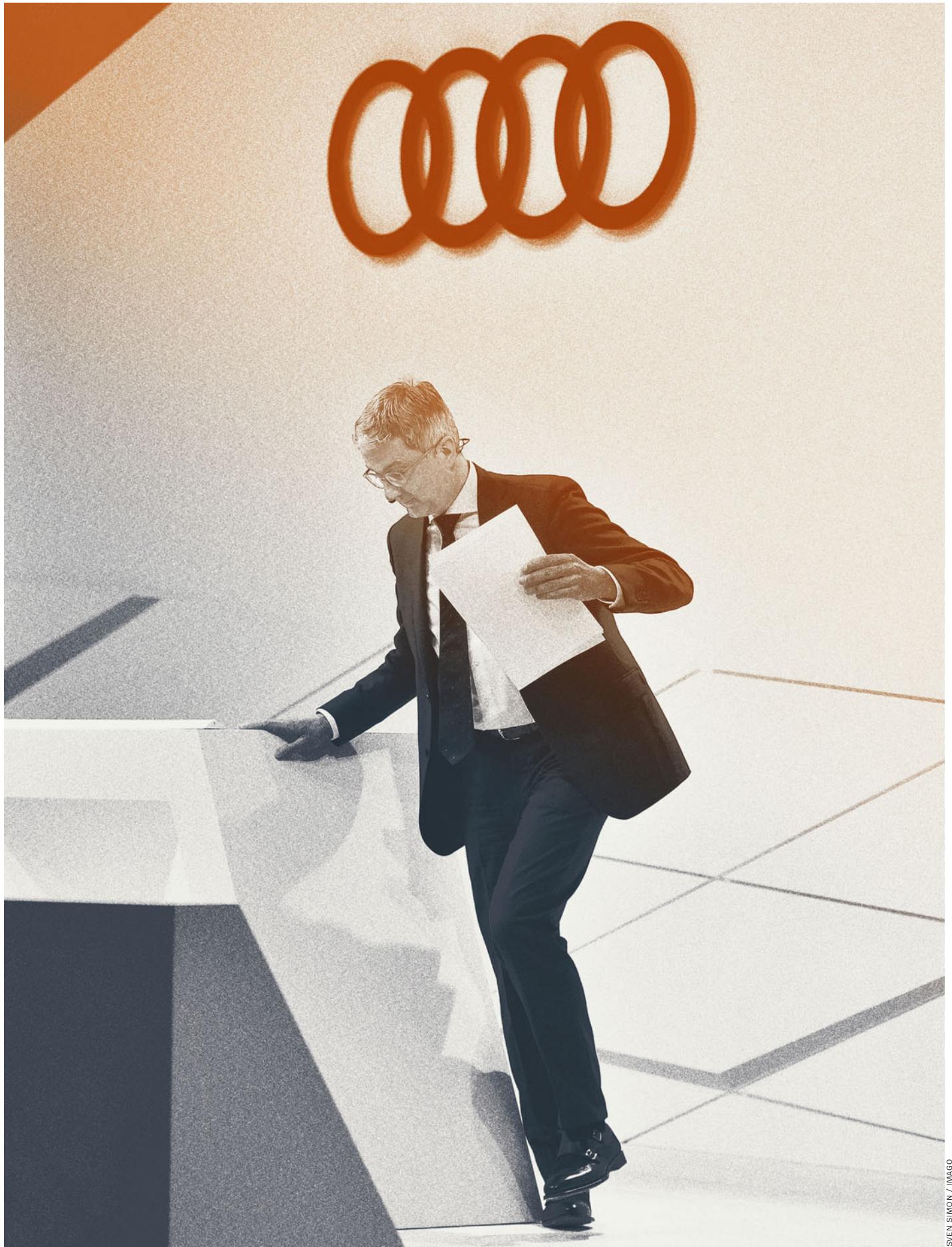
Der SPIEGEL konnte mehr als hundert Ordner Ermittlungsakten einsehen. Sie geben einen Einblick in dieses bislang weitgehend unbekannte Kapitel der Dieselaffäre. Sie zeigen die kleinen und großen Beträgereien, aber auch, wie bei den Beteiligten die Nerven blank lagen. Ein Manager warf mit Aktenordnern. Ein Vorstand drohte: »Wenn jetzt wieder einer um die Ecke kommt, dass ihm irgendwas querhängt, dem trete ich die Eier ab.«

Die Vorgeschichte: Audi-Techniker hatten seit 2005 Softwareprogramme entwickelt, die dafür sorgen, dass Fahrzeuge nur auf dem Prüfstand die Abgasgrenzwerte einhielten. Die Motoren wurden in Modellen von VW, Audi und Porsche ein-

Teurer Betrug

Was Audi der Dieselskandal bislang kostet*





Audi-Boss Stadler 2017: Vom Verkehrsminister »persönlich sehr enttäuscht«



Motorenexperte Weiß stößt auf weitere verdächtige Funktionen. Er stellt eine Präsentation zusammen, die er den US-Behörden vorlegen will, um mit ihnen zu klären, was zulässig und was möglicherweise verboten ist. Das Papier geht an eine inzwischen eingerichtete Clearing-Stelle in Wolfsburg. Diese entscheidet am 27. Oktober 2015, dass der Audi-Manager keine Freigabe erhält, die Unterlagen in den USA zu präsentieren.

Der VW-Konzern mauert, die US-Umweltbehörde handelt. Am 2. November 2015 verkündet sie, dass Audis Drei-Liter-Dieselmotoren ebenfalls eine verbotene Software enthalten. Audi-Manager in den USA warnen Stadler: Wenn Audi nicht sofort dagegenhalte, könne der Absatz in den USA einbrechen. Der VW-Konzern gibt schließlich das von Stadler gewünschte Statement heraus: Bei den V6-Dieselmotoren sei »keine Software installiert, um die Ab-

gaswerte in unzulässiger Weise zu verändern«.

Das war das Gegenteil von klug. Selbst wenn Audi recht gehabt hätte, musste die US-Umweltbehörde das Dementi als Angriff auf die eigene Glaubwürdigkeit empfinden. Und Audi hatte nicht einmal recht. Schon in der Audi-Vorstandssitzung am 16. November 2015, zwei Wochen später, erläutert Motorenexperte Weiß anhand von Charts, dass der Sechs-Zylinder-Dieselmotor von Audi eben doch eine verbotene Abschalteinrichtung enthält.

Was dann folgt, beschreiben mehrere beteiligte Manager als Mischung aus Chaos, Wut und Verzweiflung. Ein Vorstand schildert die Reaktion des Audi-Chefs: »Ich sah Herrn Stadler, wie er kreidebleich wurde und in sich zusammensackte.« Der Audi-Chef habe gesagt: »Was macht ihr mit mir, ihr schickt mich vor die WeltPresse, dass wir kein Problem haben, und jetzt haben wir anscheinend doch ein Problem.« Stadler sorgt sich um seine Glaubwürdigkeit. Ein anderer Vorstand brüllt: »Ich verlier meine Villa am Bodensee!«

Am 19. November haben Audi-Manager einen Termin bei der US-Umweltbehörde EPA. Motorenexperte Weiß will die AdBlue-Deckelung und weitere problematische Softwarefunktionen erläutern. Stadler und der Porsche-Manager Michael Steiner, der von VW als Chefaufklärer eingesetzt wird, fliegen ebenfalls in die USA. Am Tag vor dem EPA-Gespräch gehen sie in einem Hotel in Ann Arbor, einer Kleinstadt nahe Detroit, die geplante Präsentation durch. Von mehr als zehn Schaubildern, die kritische Motorfunktionen erläutern, bleibt nur eines übrig. Es wird mehr

VW-Chef Müller 2017: »Da kumman jetzt ausm Aufsichtsrat die Fragen«

gesetzt. Doch dann deckte die US-Umweltbehörde den Betrug auf.

Am 18. September 2015 gibt sie bekannt, dass Volkswagen in den USA Fahrzeuge mit einer verbotenen Abschalteinrichtung verkauft hat. Es handelt sich um knapp eine halbe Million Autos mit einem Zwei-Liter-Dieselmotor. Die Affäre beginnt.

VW-Boss Martin Winterkorn bestellt mehrere Dutzend Manager zur Krisensitzung nach Wolfsburg. Sie sollen klären, wie viele Dieselmotoren insgesamt mit der Betrugssoftware ausgerüstet sind. Für Audi nimmt Ulrich Weiß teil, der Leiter der Dieselmotorenentwicklung. Der Süddeutsche, der vier Jahre zuvor von Daimler nach Ingolstadt gewechselt ist, will eigentlich neue Motoren entwickeln. Jetzt erhält er den Auftrag, die alten Audi-Antriebe auf mögliche Abgasmanipulationen hin zu untersuchen. Seine Mitarbeiter beruhigen ihn zunächst. Es geht vor allem um die sogenannte Akustikfunktion, die bei den überführten VW-Motoren erkennt, dass ein Fahrzeug auf dem Prüfstand steht und nur dann dafür sorgt, dass die Abgasreinigung hochgefahren wird. Diese Akustikfunktion wurde zwar von Audi entwickelt, sie sei aber in Audi-Motoren schon seit einigen Jahren deaktiviert worden, erfährt Weiß. Er informiert den Audi-Vorstand.

Allgemeine Erleichterung. Es sieht so aus, als sei der Abgasbetrug nur ein Thema von Volkswagen. Da hätten die in »Süd-Sibirien«, wie die Ingolstädter gern über Wolfsburg lästern, wohl Mist gebaut. Am 23. September 2015 muss VW-Chef Winterkorn zurücktreten. Matthias Müller, der bislang Porsche führt, wird sein Nachfolger an der Konzernspitze.

2015: Audi täuscht die Behörden in den USA und Deutschland.

»Ich verlier meine Villa am Bodensee!«

Audi-Kunden in Europa sind verunsichert. Sie fürchten, dass auch in den hier verkauften Modellen verbotene Software enthalten sein könnte. Audi will sie mit dem Versprechen beruhigen, dass alle V6- und V8-TDI-Motoren »die gesetzlichen Anforderungen und Umweltnormen erfüllen«. So steht es in einem Entwurf. Die Worte »gesetzliche Anforderungen« hat jemand leuchtend gelb markiert. Dann interveniert ein Audi-Experte namens Eckard: »Eckard möchte die gelbe Formulierung weglassen wegen Defeat device in V6/V8«. Als Defeat Device wird die verbotene Abschalteinrichtung bezeichnet. Der Audi-Manager muss also wissen, dass die Modelle verbotene Abschalteinrichtungen enthalten. Die Mitteilung wird geändert und von Stadler am 24. September freigegeben. Audi versichert seinen Kunden nun nur noch, die Umweltnormen einzuhalten.

Viele Techniker bei Audi wissen, warum man mit Zusicherungen vorsichtig sein sollte. Seit Jahren wird intern über die Dosierung von AdBlue diskutiert. Der Harnstoff gilt als Wunderwaffe. Wird eine ausreichende Menge eingespritzt, lässt sich der Stickoxidausstoß erheblich verringern. Dazu wären aber große Harnstofftanks nötig. Die Konzernspitze hatte diese jedoch verweigert, zu teuer, zu platzraubend. Deshalb sorgt eine Software dafür, dass die AdBlue-Einspritzung verringert wird, sobald das Auto den Prüfstand verlässt.

verschwiegen als offenbart, sagen später mehrere Zeugen. Veranlasst hätten Stadler und Steiner die Kürzungen. Stadler äußert sich nicht. Steiner will nur missverständliche Aussagen entfernt und zur Aufklärung beigetragen haben.

Motorenexperte Weiß sagt, er sei angewiesen worden, sich an die freigegebene Präsentation zu halten. Auf Nachfragen der EPA-Mitarbeiter verspricht Weiß immerhin, die Antworten nachzureichen. Dazu aber kommt es nicht. Wenige Tage später wird Weiß beurlaubt.

Auch die deutschen Behörden verlangen Auskunft. Am 25. November stimmen sich Audi-Manager darüber ab, was sie dem KBA und dem Bundesverkehrsministerium am nächsten Tag offenbaren wollen. Eine Präsentation enthält einen Hinweis auf eine verbotene Abschalteinrichtung. Demnach erkennt die Software, wenn das Auto nach dem Start nur eine Strecke von 20 bis 40 Metern zurücklegt. Das entspricht dem Weg von den Wartehallen auf den Testgeländen zum Rollenprüfstand. Dann wird die sogenannte Warmlauffunktion gestartet, mit der das Auto den Abgas-test besteht.

Audi könnte dies jetzt aufdecken. Es wäre die Chance für einen Neuanfang, verbunden mit der Botschaft: Audi hat verstanden.

Doch Audi hat nichts verstanden. Die Manager tricksen weiter. Der Hinweis wird entfernt. Und sie sind damit, vorerst zumindest, erfolgreich. Nach der Besprechung am 26. November mailt der zuständige Manager Florian H. an Rupert Stadler und VW-Konzernchef Müller: »Das heutige Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium und dem KBA ist positiv verlaufen.« Damit seien »keine weiteren Aktivitäten erforderlich«.

Tatsächlich hat Audi mit dieser Täuschungsaktion dafür gesorgt, dass nun eine Zeitbombe tickt. Das KBA und das Verkehrsministerium sind noch gutgläubig. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) tritt wie der Cheflobbyist der deutschen Autohersteller auf. Und die dem Ministerium untergeordnete Behörde KBA geht vorsichtig zu Werke. Eigentlich will man der deutschen Autoindustrie nicht schaden. Doch jedem Manager muss klar sein: Sollte die Täuschung auffliegen, werden die Kontrolleure besonders unnachgiebig vorgehen.

Stadler erfährt in der Folge von weiteren Beträgereien. Am 7. Dezember 2015 wird er per Mail von Steiner informiert: Bei der Analyse der US-Modelle des 3.0 V6 TDI sei eine weitere Testerkennungs-Software entdeckt worden. Es sei ein »aus meiner Sicht noch eindeutige-

res DD«. DD steht für Defeat Device, die verbotene Abschaltvorrichtung. »Leider ist das erst so spät entdeckt worden.«

Am 16. Dezember 2015 wird das KBA erneut getäuscht. Audi-Manager Florian H. und Experten von Porsche sind ins Kraftfahrt-Bundesamt geladen. Der Porsche Macan, der von einem Audi-Dieselmotor angetrieben wird, ist bei Tests auffällig geworden. Die Stickoxidwerte auf der Straße sind zehn- bis zwölffach so hoch wie auf dem Prüfstand. Das KBA vermutet eine unzulässige Motorsteuerung.

Die Manager legen nur die für sie passenden Messungen vor und versuchen zu erklären, was kaum noch zu erklären ist. Die Experten des KBA melden Zweifel an. Doch sie fordern keinen Rückruf des Modells. Noch immer sind sie nachsichtig. Sie verlangen lediglich, dass der Autohersteller das Abgasverhalten des Macan verbessert. Ein Audi-Manager informiert seine Kollegen per Mail: »Das KBA hat uns nur ein blaues Auge verpasst.«

2016: Audi schottet sich ab. »Ich hab nix mit Bescheiß- Software zu tun.« – »Behalt die Nerven!«

Die ersten Attacken sind abgewehrt. In Ingolstadt sprechen sich die Manager gegenseitig Mut zu. Die Pressestelle analysiert die Berichterstattung: »Audi gelingt aktuell die mediale Trendwende. Die Kritik an Rupert Stadler verstummt.«

Stadler, Sohn eines Landwirts, hat eine Musterkarriere im VW-Konzern absolviert. Nach einem Betriebswirtschaftsstudium fing Stadler Anfang der Neunzigerjahre bei Audi an. Der damalige Audi-Boss

Ferdinand Piëch förderte ihn. Nachdem Piëch zum VW-Konzernchef aufgestiegen war, holte er Stadler als Assistenten nach Wolfsburg. Das war das Sprungbrett. Stadler, ehrgeizig und stets loyal zu Piëch, wusste es zu nutzen. 2003 steigt er auf zum Finanzvorstand bei Audi, 2007 zum Vorstandschef in Ingolstadt.

Sein Problem: Bei Audi schätzen sie nur Techniker, Leute wie Piëch oder Winterkorn. Stadler gilt als Leichtgewicht. »Unser lieber Rupert« nennen Audi-Manager ihn. Stadler verhält sich wie der ewige Musterschüler, auch als er längst graue Haare hat. Der Vorstandschef ist vor allem darauf bedacht, keine Fehler zu machen. Bei öffentlichen Auftritten vermeidet er jeden Satz, der eine Kontroverse auslösen könnte. Er gibt Plättitüden von sich: »Wir haben den Fuß auf dem Gas.« »Wir sitzen im Driver Seat.« »Wir sind auf der Überholspur.«

Seit September 2015 ist jedoch Führung gefragt und der Mut, Beträgereien aufzudecken und Unangenehmes anzusprechen. Stadler aber versucht sich im Weiter-so.

Andere Manager, die im Zuge der Dieselaffäre beurlaubt wurden, kämpfen um ihre Reputation. Wolfgang Hatz, zuletzt Entwicklungsvorstand bei Porsche, sucht Hilfe bei VW-Boss Müller. Die Ehefrau von Hatz nimmt die Telefonate offenbar heimlich auf. Später werden die Mitschnitte von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und von Beamten abgeschrieben. Sie geben den Dialekt von Müller und Hatz dabei buchstabentreu wieder. Auszüge der Gespräche.

Müller: »I moan, du host die jüngste Entwicklung um Audi und die Sechszylinderthematik mitgriagt, oder?«

Hatz: »Ja, hab ich bissl mitgriegt.«



Verkehrsminister Dobrindt 2016: »Die Fahrzeuge können in diesem Zustand nicht bleiben«



KAI PFAFFENBACH / REUTERS

Porsche-Vorstand Hatz 2015: »Ja, hab ich bissl mitgriegt«

Müller: »Da kumman jetzt ausm Aufsichtsrat die Fragen, und inwieweit hattn dies der Herr Hatz zu verantworten. I moan, es is natürlich scho irritierend ... du host am Anfang gsogt, dass do definitiv nix dro is«

Hatz: »Des isch eigentlich keine illegale Software, so wie VW des gmacht hat.«

Frau Hatz souffliert ihrem Mann: »Und was ist sei Meinung?«

Müller: »I moan, i wui da nix vormacha, mia kennan nicht gegen den Aufsichtsrat von VW entscheiden. Machs guat erst-moi.«

Später ruft Hatz den VW-Boss noch einmal an.

Hatz: »Na i hoff, dass i di ned nerv, aber des hat mi jetzt scho bissl geschockt.«

Müller: »I konn da bloß oans song, i ver-suach di do wirklich rauszuhauen. Aber soboid dei Name auftaucht, dann wird's halt schwierig. Behalt die Nerven!«

Hatz: »Ja, ja, ich bhalt die Nerven. Also ich hab nix mit Bescheiß-Software zu tun.«

Müller: »Guad. In diesem Sinne. Ciao, Servus.«

VW-Konzernchef Müller hatte nach seinem Amtsantritt versprochen, der Dieselschwindel werde schonungslos aufgeklärt. Aufsichtsratsvorsitzender Hans Dieter Pötsch hatte gesagt: »Alles kommt auf den Tisch, nichts wird unter den Teppich gekehrt.« Für die interne Aufklärung des US-Skandals wurde von Volkswagen die US-Kanzlei Jones Day verpflichtet. Sie befragt Manager, sichtet Protokolle und Unterlagen und meldet ihre Erkenntnisse an das US-Justizministerium.

Im VW-Konzernvorstand ist zu dieser Zeit Christine Hohmann-Dennhardt für

die Compliance, also die Einhaltung von Recht und Gesetz, verantwortlich. Die frühere Verfassungsrichterin sitzt zugleich in einem Arbeitskreis des Audi-Aufsichtsrats zur »Dieselthematik«. Dort fragt sie nach »den Zielen der Ermittlungen durch Jones Day«. So hält es das Protokoll der Sitzung vom 21. Juni 2016 fest. Und weiter: Frau Hohmann-Dennhardt »bittet, dabei das Aufklärungs- und Unternehmensinteresse abzuwägen.«

Abwägen sollen die Ermittler also. Schadet die Wahrheit dem Unternehmensinteresse? Dann sollte sie wohl besser nicht auf den Tisch kommen. Intern formuliert die Vorstandsfrau Hohmann-Dennhardt das Gegenteil dessen, was Konzernchef Müller und Aufsichtsratsvorsitzender Pötsch öffentlich versprochen hatten.

Frau Hohmann-Dennhardt sagt, das Protokoll gebe ihren Beitrag in der Sitzung nicht korrekt wieder. Im Unternehmensinteresse sei eine zügige Aufklärung gewesen. Das habe sie auch vertreten.

2017: Staatsanwaltschaft, Kraftfahrt-Bundesamt und Presse decken Beträgereien auf. Ein Ex-Vorstand muss Fesseln tragen.

Am 15. März 2017 will Stadler die Bilanz vorstellen, einen Ausblick auf neue Modelle und Technik geben. Dafür aber interessiert sich kaum jemand, denn kurz zuvor sind Beamte des Bayerischen Landeskriminalamts und der Staatsanwaltschaft München in der Konzernzentrale angerückt und haben Akten, Rechner und Handys beschlagnahmt. Die Vorwürfe der

Ermittler beschränken sich noch auf den US-Markt. Audi-Mitarbeiter, so heißt es im Durchsuchungsbeschluss, haben in den USA falsche Angaben über die Dieseltechnologie gemacht. Es bestehe der Verdacht des Betruges und der strafbaren Werbung.

Die Staatsanwaltschaft München II arbeitet sich inzwischen immer tiefer in die Technologie der Abgasreinigung ein. Der leitende Ermittler Dominik Kieninger zählt nicht zu den Strafverfolgern, die gern vor Kameras auftreten. Kollegen und Anwälte beschreiben ihn als akribisch, mitunter detailversessen. In Vernehmungen soll er schon mal aufbrausend sein. Auf jeden Fall sei Kieninger ein Staatsanwalt, der vor großen Namen nicht zurückschreckt.

Am 1. Juni gibt auch Verkehrsminister Dobrindt seine Zurückhaltung auf. Vom Kraftfahrt-Bundesamt hat er erfahren, dass 24 000 Audi-Fahrzeuge über eine unzulässige Abschalteinrichtung verfügen. Auf Alexander Dobrindt, der bis dahin als Beschützer der deutschen Autoindustrie auftrat, muss dies wie eine Attacke auf seine eigene Glaubwürdigkeit wirken. Entsprechend reagiert er. Der Verkehrsminister tritt vor die Kameras und erklärt, dass Audi betrogen habe. Dieselmodelle enthielten »eine sogenannte Lenkwinkelerkennung«, berichtet Dobrindt. Bleibt das Lenkrad gerade, wie beim Test, funktionierten die Katalysatoren einwandfrei. Werde es dagegen eingeschlagen, und zwar um mehr als 15 Grad, dann stoßen die Autos mehr Stickoxide aus als erlaubt. Es sei klar, sagt Dobrindt, »dass die Fahrzeuge in diesem Zustand nicht bleiben können.«

Der Auftritt ist eine Art Wendepunkt im Verhältnis der Politik zur Autoindustrie. Bisher haben Verkehrsbehörden und Manager sich meist auf einen Kompromiss geeinigt, wenn eine Abgasmanipulation auffiel. Die Politik bittet um Problemlösung, die Autohersteller versprechen eine »freiwillige Servicemaßnahme«. Diesmal verhängt die Behörde einen Rückruf, und der Minister weist darauf hin, dass er seine Erkenntnisse »den Staatsanwaltschaften zur Verfügung stellen« werde.

Audi-Chef Stadler verliert die Fassung und begeht den nächsten Fehler. Nur wenige Stunden später greift er den Minister an. Der Autoboss sagt, er sei von Dobrindt »persönlich sehr enttäuscht.«

Die Attacken auf Audi erfolgen jetzt in immer kürzeren Abständen. Am 8. Juni 2017 testet die Deutsche Umwelthilfe einen Audi A8 4.2 TDI. Danach stößt der Wagen im normalen Straßenverkehr bis zu 20-mal so viele Stickoxide aus wie zu-

gelassen. Die Umwelthilfe sieht darin einen Hinweis auf eine verbotene Abschaltvorrichtung.

Der Vorwurf trifft Audi an einer empfindlichen Stelle. Der A8 ist das Flaggschiff des Herstellers, das Ministern und Staatssekretären als Dienstfahrzeug dient. Das KBA untersucht das Modell genauer. Nach den Tests steht für die Behörde fest: Die Motorsteuerung sorgt dafür, dass die Grenzwerte auf dem Prüfstand »garantiert eingehalten« werden. Im realen Verkehr dagegen ist die Abgasreinigung »fast immer abgeschaltet oder gar nicht erst aktiviert«.

Und wieder spielt Audi auf Zeit. »Es fehlen Informationen zu entscheidungsrelevanten Tatsachen«, schreibt der Autohersteller dem KBA in seiner Erwiderung. Audi sei »nicht bekannt, welche Tests durch das KBA durchgeführt wurden«.

Die Frage nach Details der Tests ist ein Hinaltemanöver, das die Intelligenz der KBA-Experten infrage stellt. Die Behörde antwortet: Die Testergebnisse »werden als bekannt bei Audi unterstellt, da die Prüfungen auf Prüfständen von Audi in Neckarsulm erfolgten«. Das KBA ordnet den Rückruf des A8 an.

Nur zwei Tage nach dem Test der Deutschen Umwelthilfe veröffentlicht der SPIEGEL eine Geschichte über Betrügereien beim Porsche Cayenne. Der TÜV-Nord führt im Auftrag des Nachrichten-Magazins einen Zulassungstest durch. Dabei wird das Fahrzeug zum Prüfstand geschoben und hochgebockt. Die Sensoren, die sonst erkennen, wenn das Auto sich im Test befindet, signalisieren offenbar, es fahre auf der Straße. Die Abgasreinigung läuft im Schongang. Der Cayenne überschreitet die Grenzwerte deutlich (SPIEGEL 24/2017).

Der Test sorgt im Aufsichtsrat des VW-Konzerns für Aufregung. VW-Chef Müller und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), der das Land im VW-Aufsichtsrat vertritt, sind sauer auf Stadler. Auch das Kraftfahrt-Bundesamt ist verärgert. Es bestellt Audi und Porsche zum Rapport. Wie kann es sein, dass zuerst die Deutsche Umwelthilfe und dann der SPIEGEL Abgasmanipulationen aufdecken, die der Hersteller der Motoren, Audi, angeblich nicht kennt, fragt auch Staatsanwalt Kieninger in München.

Nach mehreren Gesprächen über mögliche Abschalteinrichtungen beim Porsche Cayenne fordert das KBA Porsche am 15. Juni 2017 auf, das »Nichtvorhandensein unzulässiger Abschalteinrichtungen schriftlich zu bestätigen«. Vier Tage später folgt die Mahnung, die »angeforderte Erklärung« bis »spätestens 10.45 Uhr« abzugeben. Porsche und Audi bleiben stumm. Immerhin forciert der Audi-Vorstand nun die interne Aufklärung. Fast zwei Jahre nach der Aufdeckung des Betrugs in den USA soll eine Taskforce die

Die Abgasaffäre bei der VW-Tochter Audi

• 2007

Audi präsentiert in den USA eine neue umweltfreundliche Dieseltechnologie für Pkw. An Bord: ein AdBlue-System.

• 2009

Mit dem Q7 bringt Audi seinen ersten angeblich sauberen Diesel mit Drei-Liter-Motor in den USA und Europa auf den Markt.

• 2014

Eine Studie eines US-Forschungsinstituts und der Universität West Virginia deckt erhöhte Emissionswerte bei einigen Volkswagen-Modellen in den USA auf.

• September 2015

Nach Veröffentlichungen der US-Umweltbehörde EPA räumt VW den Betrug ein. Bei Audi wird der Fall als VW-Problem heruntergespielt.

• November 2015

Die US-Umweltbehörde EPA entdeckt auch in Audis Drei-Liter-Dieselmotoren eine Betrugssoftware. Audi dementiert, gesteht schließlich aber die Manipulation ein. Gleichzeitig täuscht Audi auch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA).

• Januar 2016

Das US-Justizministerium reicht Schadensersatzklage gegen Volkswagen, Audi und Porsche in Höhe von 46 Milliarden Dollar ein.

• April 2016

Verkehrsminister Alexander Dobrindt veröffentlicht Abgasmessungen: Fast alle deutschen Autohersteller wenden zweifelhafte Methoden an, um die Schadstoffgrenzwerte einzuhalten. Audi, Daimler, Opel, Porsche und VW müssen daraufhin rund 630 000 Autos nachbessern.

• März 2017

Razzia bei Audi: Die Vorwürfe der Ermittler beschränken sich auf falsche Angaben über die Dieseltechnologie in den USA.

• Juni 2017

Bundesverkehrsminister Dobrindt macht publik, dass auch bei den Audi-Modellen A7 und A8 illegale Software eingesetzt wurde, und ordnet einen Rückruf an.

• Juli 2017

Es wird bekannt, dass sich deutsche Autobauer offenbar über die Größe der AdBlue-Tanks abgesprochen haben.

• Juli 2017

Erste Verhaftung bei Audi

• Mai 2018

Eine neue Betrugsssoftware in den Modellen Audi A6 und A7 wird bekannt, die Fahrzeugauslieferung wird gestoppt.

• Juni 2018

Verhaftung des Vorstandsvorsitzenden Rupert Stadler

• Januar 2019

In den USA werden vier Ex-Audi-Führungskräfte wegen Betrug angeklagt.

in Europa verkauften Dieselmotoren gründlich prüfen. Sie war erst wenige Monate zuvor eingesetzt worden.

Staatsanwalt Kieninger setzt bei seinen Ermittlungen zunächst bei den Technikern an, die mutmaßlich an den Manipulationen beteiligt gewesen sind. Am 7. Juli 2017 lässt er den Audi-Motorenentwickler Giovanni Pamio verhaften. Mehr als vier Monate sitzt er in Untersuchungshaft, wird Dutzende Male vernommen. Pamio beschuldigt seine Vorgesetzten. Diese seien über den Betrug informiert gewesen. Die Aussagen führen den Staatsanwalt eine Managementetage höher.

Im Audi-Aufsichtsrat drängt zu dieser Zeit der ehemalige IG-Metall-Chef Berthold Huber auf eine Ablösung Stadlers. Als Vorstandsvorsitzender sei der verantwortlich für den Betrug, ganz gleich, was er gewusst habe. Stadler sucht Unterstützung bei den Vertretern der Kapitalseite. Am 17. Juli will er sich mit VW-Chef Müller, Wolfgang Porsche und Hans Michel Piëch treffen.

Auf einem Notizblock analysiert Rupert Stadler seine Lage. »Situation R.S.« steht auf dem Zettel. Drei Möglichkeiten sieht Stadler für sich: »verlasse Konzern, neue Aufgabe im Konzern, Turnaround Audi (schwierigste Option)«.

Inzwischen hat das KBA seine Messungen mit dem Porsche Cayenne beendet. Es ordnet am 28. Juli 2017 den Rückruf aller Cayenne Diesel V6 TDI an, weil sich in der Motor- und Getriebesteuerung unzulässige Abschaltvorrichtungen befinden. Doch damit ist das Thema nicht erledigt. Der Motor ist in vielen anderen Audi- und VW-Modellen verbaut. Die Untersuchungen gehen weiter. Auch bei Audi wird inzwischen mit Hochdruck nach Betrugsssoftware gesucht. Der Leiter der Task-Force-Europa entdeckt zahlreiche verdächtige Funktionen in der Motorsteuerung, insgesamt vier Betrugskategorien. Er kann sie sich zunächst jedoch noch nicht umfassend erklären.

Am 27. September 2017 wird Wolfgang Hatz verhaftet. Es ist ein Schock für das Management. Bislang landeten nur Mitarbeiter der unteren Ebenen in Gefängnissen, Oliver Schmidt in den USA und Giovanni Pamio in München. Weil der beurlaubte Porsche-Vorstand Hatz sich mit Beteiligten am Dieselbetrug getroffen und besprochen hat, sieht die Staatsanwaltschaft Verdunkelungsgefahr.

Bis zur Freilassung von Hatz werden neun Monate vergehen. Es ist eine harte Zeit für ihn. Hatz erleidet währenddessen einen Bandscheibenvorfall und wird ins Klinikum rechts der Isar eingeliefert. Zeitweise wird er ans Bett fixiert. Man befürchtet offenbar Suizidgefahr. Der Beamte, der Hatz bewacht, meldet der Behörde, der Gefangene habe sich lautstark beschwert: »An meinem schlechten Gesundheitszu-

stand sind die Vollidioten der JVA München schuld.«

Hatz' Anwalt sagt dazu: Die »Annahme der Äußerung ist unzutreffend«, genauso die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft gegenüber seinem Mandanten.

2018 bis 2019: Der Audi-Boss wird verhaftet.

Der VW-Konzern zahlt Stadler 6,9 Millionen Euro.

Eine wichtige Vernehmung im Dieselskandal findet am 23. April 2018 statt. Der ehemalige Leiter der Task-Force-Europa erscheint bei Staatsanwalt Kieninger. Er sagt, dass eine systematische und verschärzte Überprüfung der europäischen Fahrzeuge erst Mitte 2017 begonnen habe, nach den Tests von Deutscher Umwelthilfe und SPIEGEL. Er schildert, wie er mit einigen Kollegen die Software mit einem selbst programmierten Excel-Tool durchsucht habe. Dass sein Auftrag nicht umfasst habe, verantwortliche Mitarbeiter für die Betrügereien zu finden. Dass er und sein Team in nahezu jedem Audi-Dieselmotor zweifelhafte und unzulässige Funktionen fanden. Dass er die diversen Abschaltvorrichtungen dann ab Ende 2017 dem KBA offenlegte. Rund 850 000 Autos seien in

der EU als auffällig angezeigt worden, weltweit rund 1,1 Millionen. Selbst in Modellen, die erst nach dem Auffliegen der Dieselfäfe in Serie gingen, wurde offenbar noch Betrugssoftware eingesetzt.

Im Cayenne mit Acht-Zylinder-Dieselmotor fand die Task Force am 25. September 2017 zwei unzulässige Abschalteinrichtungen. Sie sollten sicherstellen, dass das Auto den deutschen Zulassungstest besteht. Für dessen Dauer sollte ausreichend Harnstoff eingespritzt werden. In E-Mails tauschten sich Audi- und Porsche-Techniker offen darüber aus.

Der Leiter der Taskforce sagt auch aus, er habe die Information an Vorstand und Rechtsabteilung weitergeleitet. Doch es sei keine Reaktion erfolgt.

Staatsanwalt Kieninger verliert die Fassung. Das sei nach all den Vorkommnissen doch ein Skandal, sagt er. Da müsse doch etwas geschehen sein. Jemand müsse in dieser Situation doch den roten Knopf gedrückt haben.

Auch Verantwortliche beim KBA sind entsetzt über die fortgesetzten Trickserien von Audi. Die Behörde zweifelt daran, dass Audi überhaupt noch »den Anforderungen an einen Hersteller genügt«. Audi muss laut einer internen Präsentation vom 21. Mai 2018 einen Fragebogen des KBA

zur Herstellereignung bis zum 28. Mai beantworten.

Staatsanwalt Kieninger hat das Ermittlungsverfahren vom US-Markt zu diesem Zeitpunkt auf Europa ausgeweitet. Nun lässt Kieninger sich eine Telefonüberwachung für alle Mobil- und Festnetzanschlüsse des Audi-Chefs genehmigen. Aus einem abgehörten Gespräch schließt er, dass Stadler einen Mitarbeiter beurlauben will, der den Ermittlungsbehörden Hinweise gegeben hatte. Das wäre ein Signal, dass jeder bestraft wird, der mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeitet. Wegen Verdunkelungsgefahr wird der Vorstandsvorsitzende von Audi am 18. Juni 2018 frühmorgens verhaftet.

Stadler bestreitet die ihm vorgeworfene Verdunkelungsabsicht. Dem Amtsgericht München aber reichen die Indizien, um ihn als Untersuchungsgefangenen in die Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen zu schicken. Stadler darf dort kein Handy benutzen und keinen Computer. Er wird wie alle Gefangenen um 6.30 Uhr geweckt, hat Anspruch auf eine Stunde Hofgang und kann sich ab 16.30 Uhr mit anderen Insassen treffen. Um 20.30 Uhr wird Stadler wieder in seiner Zelle eingeschlossen. Sie misst rund zehn Quadratmeter, enthält ein Bett, einen Stuhl, einen Schrank und

**AIDA
fernweh
SPECIAL**

Aktionswochen
inklusive
200€*
Bordguthaben

Nur bis
29.07.

**Buchen Sie jetzt in Ihrem Reisebüro, im AIDA Kundencenter
unter +49 (0) 381/20 27 07 07 oder auf www.aida.de**

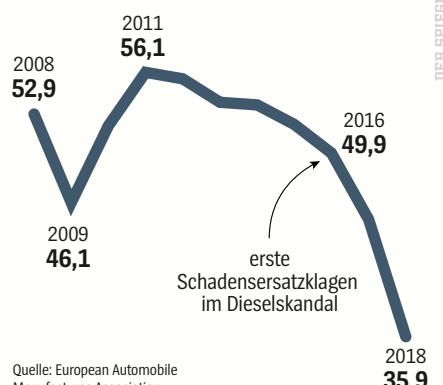
* Das Bordguthaben gilt pro Kabine bei Belegung mit zwei Erwachsenen im 1. und 2. Bett, ist nicht übertragbar und nicht mit anderen AIDA Aktionen kombinierbar. Es wird nur auf Neubuchungen zum AIDA PREMIUM oder AIDA VARIO Tarif im Buchungszeitraum 05.–29.07.2019 für ausgewählte Reisen gewährt. Das Kontingent ist limitiert.

AIDA Cruises • German Branch of Costa Crociere S. p. A. • Am Strand 3d • 18055 Rostock



Ende einer Technologie?

Neuzulassungen von Diesel-Pkw in der EU-15; Anteil in Prozent



eine Toilette. Duschen ist nur in einem Gemeinschaftsraum möglich.

Die Staatsanwaltschaft führt mittlerweile 27 Techniker und Manager von Audi als Beschuldigte. Einem Großteil von ihnen wird vorgeworfen, dass sie Fahrzeuge entwickelt haben, die den geltenden Abgasvorschriften in den USA und Europa nicht entsprechen. Es geht um »Betrug in Tat-einheit mit strafbarer Werbung«.

Die Beschuldigungen gegen Stadler und Einkaufsvorstand Martens basieren auf an-

deren Sachverhalten. Sie sollen nach der Aufdeckung des Dieselskandals in den USA lange keine systematische Untersuchung der EU-Modelle durchgeführt haben, obwohl es Hinweise auf illegale Funktionen gegeben habe.

Mehrere Hunderttausend Fahrzeuge, die nicht den Zulassungsbestimmungen genügten, seien in Europa verkauft worden. Die Kunden, die Audi vertrauten, hätten hohe Wertminderungen hinnehmen müssen. Stadler und Martens hätten sich des Betrugs und der »Falschbeurkundung« bei der Typgenehmigung der Fahrzeuge schuldig gemacht.

Wenn die Staatsanwaltschaft demnächst Anklage erhebt, muss ein Gericht prüfen, ob es das Verfahren eröffnet. Die Beschuldigten gelten bis zu einem rechtskräftigen Urteil als unschuldig.

Die Frage aber bleibt: Warum hat Stadler nicht sofort klären lassen, ob die Autos für Europa verbotene Technik enthalten? Er wusste seit Ende 2015, dass sie Abschalteinrichtungen besitzen, die in den USA verboten sind.

Daraus ergab sich zwingend die Frage, wie es in Europa aussieht. Fürchtete der Audi-Chef, er hätte die Produktion stoppen müssen, wenn verbotene Software in den EU-Autos entdeckt worden wäre?

Oder glaubte er, mit den Beträgereien durchzukommen?

Martens wollte sich auf Anfrage des SPIEGEL nicht äußern.

Auch Stadler schweigt zu alldem. Er meidet weiter den Kontakt zu Audi-Mitarbeitern. Er macht Sport, fährt viel Fahrrad und läuft, so erzählen Vertraute. Der Aufhebungsvertrag, den der VW-Konzern mit dem ehemaligen Vorstandschef von Audi geschlossen hat, sieht eine Abfindung von 6,9 Millionen Euro vor. Sie ist allerdings »an den Verlauf und den Ausgang des Strafverfahrens geknüpft«.

Im Oktober 2018 verhängt die Staatsanwaltschaft München ein Bußgeld von 800 Millionen Euro gegen Audi. Insgesamt muss Audi bislang für die Folgen des Dieselskandals 3,4 Milliarden Euro aufwenden.

Frank Dohmen, Simon Hage,
Dietmar Hawranek

Mail: frank.dohmen@spiegel.de



Video

Wer hat wann was gewusst?

spiegel.de/sp282019audi
oder in der App DER SPIEGEL

Mehr im Blick



Schneller am Ziel.

Mit Asset Finance und Asset Services.

Erfolgreiche und vielfältige Investitionslösungen für jedes Objekt. Wir erfassen alle Dimensionen:
mehr-im-blick.com

Finanzgruppe

Deutsche Leasing

Aktiv sein, Prämie wählen!

JETZT LESEN WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Stand-up-Paddle-Board

Zum Aufblasen. Komplettset mit Alupaddel, Tragetasche, Gepäckgurt, Luftpumpe etc.
Länge: ca. 320 cm. Zuzahlung: € 189,-.



€ 100,- Prämie

Erfüllen Sie sich oder Ihren Lieben einen Wunsch, oder legen Sie Ihre Prämie für eine größere Anschaffung zurück!



Teasi ONE⁴ Outdoor-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 3-D-Kompass, Reiseführer, Tripcomputer, Gratiskarten und 8,8-cm-Display. Spritzwassergeschützt. Ohne Zuzahlung.



Gartenliege Ipanema

Mit bequemer Wendeauflage in Grün/Beige oder Rot/Beige. Aus Eukalyptusholz, nach FSC® Standard zertifiziert. Aufstellmaße: ca. 178 x 54 x 70 cm. Ohne Zuzahlung.



Wählen Sie Ihre Lieblingsfarbe:



BLIZZ Singlespeed Bike

Mit diesem puristischen Eyecatcher des Hamburger Bike-Start-ups sind Sie blizz-schnell unterwegs! Die Features: stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed-Gear, Felgenbremsen und robuste Thickslick-Reifen. Nur 11 kg. 4 Rahmengrößen zur Wahl. Zuzahlung: € 199,-.

Sie erhalten einen persönlichen Gutschein, den Sie auf bonvelo.de für ein Rad nach Ihren Wünschen einlösen können. Neben der vormontierten Lieferung im Versandkarton ist auch die Abholung im Showroom Hamburg möglich.

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 5,30 nur € 5,10 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- Stand-up-Board (5782) Zlg. € 189,-
- Teasi ONE⁴ (5776)
- Gartenliege grün/beige (5698)
- Gartenliege rot/beige (5777)
- bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike (5784) Zlg. € 199,- € 100,- Prämie (2160). Mein Konto für die Überweisung:

DE
IBAN

Anschrift des Werbers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ / Ort

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

Frau
 Herr
Name, Vorname

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ / Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

- Ja, ich möchte zusätzlich das Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf.

SD19-015

- Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Onlineprodukten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnement liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 5,10 pro Ausgabe statt € 5,30 im Einzelkauf, das Digital-Upgrade zusätzlich für € 0,70 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich automatisch und ist dann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Ich zahle bequem per **SEPA-Lastschrift*** vierteljährlich € 66,30, Digital-Upgrade halbjährlich € 18,20

DE
IBAN

Datum

X
Unterschrift des neuen Lesers

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SP19-101-WT127

040 3007-2700

abo.spiegel.de/p19

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,70 für das Digital-Upgrade gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,60 für das E-Paper, Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht: www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Abgang des Sanftmütigen

BMW Vorstandschef Harald Krüger wollte dem Autokonzern einen neuen Führungsstil verpassen. Doch mit seinem moderaten Aufreten konnte er sich nicht durchsetzen, seine Amtszeit geht wohl zu Ende.



THOMAS DASHUBER / AGENTUR FOCUS

BMW-Chef Krüger: »Ich habe gezeigt, dass ich mich um die Zukunft kümmere«

Ende Juni offenbarte Harald Krüger unfreiwillig, woran er womöglich gescheitert ist. In der Münchener BMW-Welt, bei Touristen beliebter als das Schloss Neuschwanstein, war alles angerichtet für die große Autoshow »Next-Gen«.

BMW führte mit routinierter Choreografie neue Modelle vor. Eine Moderatorin gab Krüger die Stichworte, mit denen er dann Journalisten, Influencern und anderen Meinungsmachern seinen »Traum« von zukünftiger Mobilität nahebringen wollte.

Doch Krügers Auftritt wirkte schlapp, inhaltlich hatte er außer einer leicht beschleunigten Elektrooffensive kaum Neues zu bieten. Von jener Siegermentalität, nach der sie sich bei BMW so sehnen, war wenig zu spüren. Als der Chef nach seiner eigenen Zukunft gefragt wurde, sagte er bloß: »Ich habe doch heute gezeigt, dass ich mich um die Zukunft kümmere.«

Krügers Tage bei BMW dürften inzwischen gezählt sein. Die Kritik hat in den vergangenen Monaten zugenommen. Selbst ehemalige Fürsprecher haben sich vom BMW-Chef abgewandt. Manager und Aufsichtsräte sehnen sich nach einer führungsstarken Persönlichkeit, die eine klare strategische Richtung vorgibt. Übernächste Woche befasst sich der Aufsichtsrat mit der Frage, wer BMW in Zukunft führen soll.

Aus Krügers Umfeld ist zu hören, dass der Vorstandschef einer drohenden Absetzung zuvorkommen will: Sollte sich die Stimmung nicht überraschend zu seinen Gunsten wenden, wolle der 53-Jährige freiwillig zurücktreten.

BMW erklärt dazu nur: Krüger sei Vorstandschef, »sein Vertrag läuft bis zum Frühjahr 2020«. Es sei Teil der Firmenkultur, »dass sich das Unternehmen nicht an Personalspekulationen beteiligt«.

Ursprünglich war Harald Krüger angekommen, um die Führungskultur bei BMW zu verändern. Der Aufsichtsrat und die Vertreter der Eigentümerfamilie, Susanne Klatten und Stefan Quandt, hatten sich bewusst für einen Manager entschieden, der bescheiden auftrat, gern mit anderen redete und selten laut wurde. Auch die Arbeitnehmervertreter unterstützten Krüger, sie lobten seine Fähigkeit, alle Mitarbeiter in seine Entscheidungen einzubinden.

Krüger verkörperte den Antityp zu all den Alphatieren in der Autoindustrie und auch zu seinem Gegenkandidaten, dem damaligen Entwicklungschef Herbert Diess. Der fiel bei BMW als zupackender Manager mit Hang zu Alleingängen auf, nicht unbedingt als Menschenfreund. Heute führt Diess den VW-Konzern.

Doch schon bald kamen bei BMW Zweifel auf, ob Krüger dem Job gewachsen sei. Bei seinem ersten Auftritt auf der Automobilmesse IAA im September 2015 erlitt

er einen Kreislaufkollaps. Reden vor Publikum schienen ihn zu belasten (SPIEGEL 19/2017). Bei künftigen Auftritten saß Krüger meist auf einem Stuhl oder stand an einem Stehpult, oft im Dialog mit einem Gesprächspartner. Solche Formate fallen ihm leichter.

Die Auftrittsschwäche allein hätten ihm die Kollegen und Aufsichtsräte wohl verziehen. Hinzu kam jedoch der Vorwurf, Krüger lasse Diskussionen zu lange laufen. Er entscheide zögerlich, könne oder wolle sich nicht gegen andere Vorstände durchsetzen. Außerdem gebe er keine klare Richtung vor.

Krügers Strategie gilt in weiten Teilen der Branche als mutlos. Einst war BMW Vorreiter bei der E-Mobilität, 2013 brachte der Konzern den modernen Elektrokleinwagen i3 auf den Markt. Doch der technische Vorsprung schwindet, die Konkurrenz hat mittlerweile aufgeholt.

Während Tesla und VW aggressiv auf E-Mobilität setzen und zuletzt auch Daimler zumindest kommunikativ in diese Richtung schwenkte, betont BMW die Technologieoffenheit. Der Konzern will sich nicht festlegen, glaubt weiterhin an die Zukunft

Zugleich setzte nach Reithofers Abtritt eine gewisse Reformmüdigkeit ein. Dass BMW seinen Vorsprung in der E-Mobilität verspielt hat, ist nicht allein Krügers schuld. Es war eine Entscheidung des gesamten Vorstands, der Gewinneinbußen befürchtete. Schließlich brachten der i3 und das Hybridauto i8 dem Konzern große Verluste ein, und das Ziel von acht bis zehn Prozent Umsatzrendite gilt bei BMW als sakrosankt.

Krüger steckte in einem Dilemma. Stillstand konnte er sich nicht erlauben. Doch tiefer gehende Kurskorrekturen wären im Umfeld seines Mentors Reithofer womöglich als Majestätsbeleidigung aufgefasst worden. Seinen Zukunftsplan nannte Krüger Number One Next, angelehnt an Reithofers Strategie Number One. Es war eine Fortschreibung ohne jede Überraschung, ohne erkennbare eigene Akzente.

Nach einiger Zeit fing Reithofer offenkundig an, mit seinem Nachfolger zu hadern. Vor allem, als BMW die Spitzenposition im Premiumbereich an den Erzrivalen Mercedes verlor, der 2016 erstmals wieder mehr Autos verkaufen konnte. Vor mehreren Hundert Topmanagern hielt der

zu zählen scheint: Die Suche nach einem Nachfolger gestaltete sich über Monate hinweg schwierig. Ex-Einkaufsvorstand Markus Duesmann, intern als Kronprinz gehandelt, hat voriges Jahr bei BMW gekündigt. Er wechselt voraussichtlich im Oktober zum VW-Konzern, dort soll er Chef der Premiummarke Audi werden.

Zwar gibt es im BMW-Vorstand noch immer genügend Manager mit reichlich Fachkompetenz und großem Ego. Doch streng genommen erfüllt keiner der Kandidaten die Kriterien, die bei BMW für Chefanwärter gelten.

Entwicklungschef Klaus Fröhlich, 59, hat bei BMW den Ruf eines brillanten Ingenieurs. Gemeinsam mit dem heutigen Daimler-Chef Ola Källenius hat er die strategische Allianz mit dem Stuttgarter Rivalen ausgelotet. Fröhlichs Manko: Bei BMW gilt eine Altersgrenze von 60 Jahren. Der Aufsichtsrat müsste für Fröhlich eine Sondergenehmigung erlassen, damit er nicht bloß ein Mann des Übergangs wird.

Hinzu kommt, dass Fröhlichs forsches Auftreten ihm nicht nur Freunde eingebracht hat. Mal wollte er Forschung und Entwicklung für das autonome Fahren in eine eigene Firma ausgliedern, was am Widerstand des Betriebsrats scheiterte. Mal erklärte er Managern bei Apple in Kalifornien, dass ihre Autopläne Murks seien. Bei BMW geht sogar die Erzählung um, Fröhlich sei es gewesen, der mit seinen Bedenken das iCar gestoppt habe.

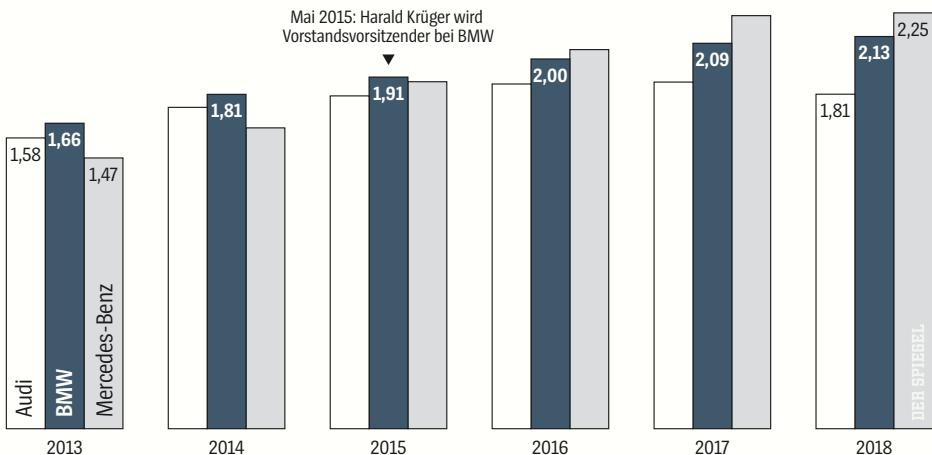
Fröhlichs Gegenkandidat gilt als umgänglicher, er genießt vor allem im Betriebsrat Sympathien: Oliver Zipse, 55, war früher Chefstrategie, heute verantwortet er das globale Produktionsnetz. Allerdings ist er, im Gegensatz zu Fröhlich, nach außen bisher eher blass geblieben, im Vorstand ist er umstritten. Außerdem hat Zipse – genau wie Fröhlich – bisher nur ein Ressort geleitet. Von seinen Chefs erwartet BMW gewöhnlich, dass sie zwei verschiedene Vorstandsposten innehaben, ehe sie an die Spitze rücken.

Um den 18. und den 19. Juli herum soll der Aufsichtsrat eine Lösung für die verfahrene Lage finden. Ein offener Konflikt ist nicht zu erwarten. »Es wird in jedem Fall eine einvernehmliche Regelung geben, wie es dem BMW-Weg entspricht«, heißt es aus dem Unternehmen. Zu einer Kampfabstimmung werde es nicht kommen.

Und für Krüger wird es ein Managerleben nach BMW geben. Es heißt, er könne sich eine Zweitkarriere in diversen Aufsichtsräten vorstellen. Seine Qualitäten als Moderator, der hinter den Kulissen Konsens herstellt, könnten dort gefragt sein als zuletzt an der BMW-Spitze. Die große Bühne könnte er dann anderen überlassen.

Simon Hage, Martin Hesse
Mail: simon.hage@spiegel.de

Nur noch Zweiter Pkw-Absatz der Premiummarken in Millionen



von Hybrid-, Wasserstoff-, Diesel- und Benzinantrieben.

Manager, die Krüger freundlich gesinnt sind, sehen ihn als Opfer der komplizierten Machtverhältnisse bei BMW. Er steht noch immer im Schatten seines Vorgängers Norbert Reithofer, der 2015 direkt an die Spitze des Aufsichtsrats wechselte. Reithofer hatte den i3 gegen alle internen Widerstände durchgesetzt. Er gilt bei BMW als tatkräftiger Visionär.

Bis heute gibt es im Konzern eine große Fraktion, die der Ära Reithofer nachtraut. Manche Führungskraft im Münchener BMW-Hochhaus, die eine schnelle Entscheidung haben wollten, ging auch nach dem Chefwechsel nicht in den 22. Stock zu Krüger, sondern in den 21. Stock zu Reithofer.

Aufsichtsratschef im Frühjahr 2017 eine Brandrede: »Setzen Sie alles daran, BMW wieder an die Spitze zu bringen.« Doch die Bayern blieben mit ihrer Kernmarke die Nummer zwei, bis heute.

Dazu kam die politische Weltlage. Vom Brexit ist BMW genauso betroffen wie von einem drohenden Handelskrieg. Die Konjunktur trübt sich ein. Zugleich muss BMW schleunigst auf alternative Antriebe umstellen, um die verschärften CO₂-Ziele erfüllen zu können, ansonsten drohen hohe Strafen der EU.

Für diese schlechten Rahmenbedingungen kann man Krüger zwar nicht verantwortlich machen. Seine Kritiker aber meinen, in einer solchen Zeit erkenne man eben, ob einer zum Krisenmanager tauge. Das Einzige, was intern noch für Krüger



MAXIM DONDYUK / DER SPIEGEL

Rentnerin Schkoda heute, als Zwangsarbeiterin um 1943*: »Russische Schweine« habe man ihnen zugerufen

Eine letzte Zeugin

NS-Wirtschaft Bei Bahlsen seien Zwangsarbeiter gut behandelt worden. Diese Erzählung hielt sich im Kekskonzern über 70 Jahre lang. Nun berichtet eine Betroffene, wie sie die Zeit dort erlebt hat.

Ewgenija Schkoda war 18 Jahre alt, als Polizisten sie in Kiew festnahmen. Die Männer hatten sich an den Ausgängen der Süßwarenfabrik postiert, in der sie arbeitete. Es war im Mai 1943, die Ukraine war von der Wehrmacht besetzt und galt als Rohstoffkolonie für das Deutsche Reich. Die Angst, dorthin deportiert zu werden, war groß. »Zwei Mädchen sprangen aus dem zweiten Stock, um zu fliehen, eine hat nicht überlebt«, sagt die heute 94-jährige Ukrainerin.

Zusammen mit anderen jungen Frauen, manche waren erst 14 Jahre alt, wurde sie in Viehwaggons zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Wie über eine

Million ihrer Landsleute. Am Bahnhof in Hannover mussten sich die Frauen nackt ausziehen, wurden auf Läuse und Krankheiten untersucht.

Dann kamen sie zu Bahlsen, dem Kekskonzern. Dem Unternehmen, das sich bis vor wenigen Wochen einredete, Zwangsarbeiter doch »gut behandelt« zu haben, wie Firmenerbin Verena Bahlsen, 26, in einem Interview in der »Bild«-Zeitung behauptet hat. Die nachfolgende Entschuldigung half wenig, sogar die »New York Times« berichtete über die historische Amnesie.

Die Frauen seien gut behandelt und genauso bezahlt worden wie die Deutschen. Mit dieser nach dem Krieg geborenen Erzählung stahl sich schon Firmenpatriarch Werner Bahlsen aus der Verantwortung. Und nichts schien diese Legende in den fol-

genden Jahrzehnten ins Wanken zu bringen – nicht die etlichen Studien über Zwangsarbeiter, die seit den Achtzigerjahren erschienen waren. Nicht die Lohnlisten, die im Firmenarchiv lagen und die die Sklavenarbeit sauber und ordentlich dokumentierten: Nach Abzügen für Verpflegung und die zugigen Barackenunterkünfte blieben den Arbeiterrinnen 5 bis 7 Reichsmark pro Woche, deutsche Arbeiter bekamen durchschnittlich 44 Reichsmark ausgezahlt. Vom Lohn behielt die Firma nicht nur Steuern und Sozialabgaben ein, von denen die Frauen nie profitierten. War ein Fleck auf der Schürze, wurden 50 Pfennig als »Kittelstrafe« fällig. »Ein paar Haarspangen haben wir uns kaufen können«, sagt Schkoda, »wenn wir unser Ostarbeiterzeichen an der Kleidung gut verstecken, kamen wir manchmal sogar ins Kino.«

* Links: in ihrer Wohnung in Kiew; rechts: vor einer Bahlsen-Barackenunterkunft in Hannover.

Vielleicht hat sich die Legende der barmherzigen Bahlsens bis jetzt gehalten, weil kaum einer ihr noch entgegentreten kann. Weil die Zeitzeugen aussterben. Und wahrscheinlich ist Ewgenija Schkoda eine der letzten Zeuginnen, die Bahlsens zu Firmenchroniken gebundene Märchen geraderücken können.

An einem Junimorgen vor zwei Wochen sitzt sie im roten Kleid mit zwei Nachbarinnen auf einer Bank vor einem Plattenbau im Osten Kiews. Die Zweizimmerwohnung im siebten Stock bewohnt sie mit ihrem Sohn, dessen Frau und dem Enkel. Sie müssen zusammenlegen: Ihre eigene Rente als Friseurin von umgerechnet 90 Euro reicht gerade mal für die Miete, die letzten großen Anschaffungen scheinen lange her. Der robuste Kühlenschrank der Marke Dnjepr stammt aus der Breischnew-Zeit, nicht viel jünger scheint die Vitrinenwand im Wohnzimmer: Medaillen und Pokale ihres lange verstorbenen Mannes stehen darin, er war über Jahre der beste Mittelgewichtsboxer der Ukraine.

Mitte Mai war ihr Sohn an seinem Grab, auch für sie, die Mutter, denn das Gehen fällt ihr schwer. Es war das Wochenende, als Verena Bahlsen bei einer hippen Digitalkonferenz in Hamburg sagte, wie gern sie Kapitalistin sei. Wie toll ihre Vorfahren die Firma gebaut hätten, was Wirtschaft für ein »Hammer-Vehikel« sei, in »was für einer geilen Welt« sie lebe.

Ewgenija Schkodas Welt ist die zwischen ihrer Wohnung und dem kleinen Vorgarten des Plattenbaus. Ihr Radius ist klein geworden. Sie bewundert Deutschland. Trotz der Niederlage 1945 gehöre das Land zu den Gewinnern – »nicht wir«. Schon damals, erinnert sie sich, habe es dort Fahrradwege gegeben. Und Hitlerjungen, die den Zwangsarbeiterinnen, als sie zum Lager geführt wurden, »russische Schweine« zugerufen hätten. Die Worte spricht sie fast akzentfrei. Einmal hätten sie Geld zusammengelegt für Fotos, die ein holländischer Arbeiter vor den Baracken gemacht habe. Sie bewahrt sie in einem Album auf: »Die Bilder täuschen etwas, denn die Mäntel und Taschen, die wir trugen, waren alle ausgeborgt.«

Um Entschädigung hat Schkoda nie gebeten. »Sowjetische Menschen würden keine Hilfe von Deutschen brauchen, hieß es bei uns, das hatte Stalin ja gesagt.« Heute lächelt sie darüber, bis zu Stalins Tod aber hielt sie ihre Arbeit bei Bahlsen, beim deutschen Feind, geheim. Doch wer sie hätte entzögeln wollen, hätte sie finden können. Ihr Name steht auf Lohn- und Meldelisten, die bis heute existieren. 60 Jahre hat es gedauert, bis sich eine Frau vom Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter meldete.

Die deutsche Industrie hatte sich im Jahr 2000 zur Gründung dieses Fonds durchgerungen, nach jahrelangem, beschä-

mendem Zögern. Aus dem Fonds seien ihr 1000 Euro und eine Augenoperation bezahlt worden, sagt Schkoda. Dafür ist sie sehr dankbar. Auch Bahlsen hat in den Fonds eingezahlt. Vom Unternehmen selbst habe sie nie etwas gehört.

Wirtschaftliche Gründe kann dieses Schweigen kaum gehabt haben. Bahlsens Geschäft blühte – selbst als die Welt versank. Kekse galten als kriegswichtig, zudem wurde die Wehrmacht mit stürmer Notverpflegung versorgt. 83 000 Mark Nettogehalt gab Werner Bahlsen allein für das Jahr 1942 an. So steht es in seiner Entnazifizierungsakte. Weit über 300 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene hielten den Laden mit am Laufen, und nach 1945 ging es fast reibungslos weiter: Bereits 1948 erzielte Bahlsen rund 14 Millionen Mark Umsatz.

In Firmenchroniken wimmelt es von überbordender Fürsorge, von frühen Teilzeitarbeitsmodellen und sozialem Wohnungsbau für die Angestellten. Doch es gab offenbar schon früh eine andere, gnadenlose Seite bei Bahlsen. Frauen seien



FRANZISCHOF / LAIF

Firmenerbin Bahlsen
»Was für eine geile Welt«

bereits Mitte der Dreißigerjahre zu so schwerer Arbeit und so rücksichtslosem Akkordtempo genötigt worden, dass es zu Zusammenbrüchen und Ohnmachtsanfällen kam. Nachzulesen ist dies bei Uwe Lehmannsiek, der 1992 eine Magisterarbeit zur Firmengeschichte schrieb, für die er Teile des Firmenarchivs nutzte. Um die Kriegsproduktion nicht durch Krankheitsausfälle zu gefährden, verabreichte das Unternehmen den Arbeitern Vitamintabletten. Mit der SS dachte man zudem darüber nach, eine mit Aufputschmitteln gestreckte Fruchtpaste für Soldaten zu entwickeln.

Die drei Bahlsen-Brüder Hans, Werner und Klaus seien »lebende Wahrzeichen für den echt nationalsozialistischen Geist«, lobte Hannovers Regierungspräsident bereits 1939. Doch von diesem Geist seines Vaters will der heutige Firmenpatriarch Werner Michael Bahlsen nichts gewusst haben. Er hat sich mit Ausreden vom Vater (»nicht beim Militär gewesen«) abspeisen lassen. Dabei hätte ein Blick in dessen Entnazifizierungsakte einigen Aufschluss gegeben: Wie seine Brüder war Werner nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern förderte

bis 1935 auch die SS. Die Einstufung als »entlastet« diente der Familie offenbar als Unschuldsbeweis.

Der »Bild am Sonntag« berichtete Werner Bahlsen, sein Vater sei 1942 beauftragt worden, »eine Fabrik in der Ukraine zu übernehmen, die vollkommen verlassen war.«

Das war die nächste Legende. Die Fabrik, die Bahlsen sich unter den Nagel reißen durfte, hieß einst »Karl Marx«. Sie ist heute noch in Betrieb. Verlassen war sie damals keineswegs. Jahrzehntelang wurden dort zuvor schon Süßwaren produziert, erinnert sich Ewgenija Schkoda, die 1943 in der Fabrik zu arbeiten begann. 1500 Menschen arbeiteten dort zu jener Zeit.

Die Deportationen leitete der Firmenchef auch persönlich. Bereits im Jahr 2000 dokumentierte die »Frankfurter Rundschau« den Bericht der Zwangsarbeiterin Ekaterina S. Darin heißt es: »Im August 1942 nach Schichtende sahen wir, dass das Gebäude von Soldaten mit Schäferhunden umzingelt war. Niemand wurde durchs Tor gelassen. Aus unseren Reihen wurden die jüngsten, kräftigsten aussortiert – 260 Personen. Leiter dieser schändlichen Operation war unser Chef selbst – Werner Bahlsen. Ein schreckliches Weinen und Schreien begann.«

Bei Bahlsen selbst klingt das etwas anders. In einem Brief an die SS beteuert er im August 1942: »Zum größten Teil sind die Ukrainerinnen gerne abgefahren.«

In der Magisterarbeit von Lehmannsiek klingt an, dass Werner Bahlsen an weiteren Ausplünderungen in der Ukraine beteiligt gewesen sein könnte. Das vermutet auch der Historiker Manfred Grieger, der für Bahlsen nun die NS-Geschichte des Unternehmens aufarbeiten soll – und an den die Familie eine Anfrage des SPIEGEL weiterreichte. »Das Schlimmere lauert dort, im Osten«, sagt Grieger. »Wie rabiat hat man sich die Rohstoffe gesichert, wie viele der Produktionsanlagen sind vor Kriegsende nach Deutschland geschafft worden?« Solche Fragen will er beantworten.

Grieger, lange Jahre Historiker bei VW, hält die Äußerungen Verena Bahlsens zur Zwangsarbeit für »erschütternd naiv«. Es sei allerdings nicht ihr allein vorzuwerfen, »wenn Opa erzählt und ihm alle glauben«. Seit Jahrzehnten hätte man es besser wissen können, »aber offenbar war das Geschichtsinteresse bereits nach Lektüre der verklärenden Firmenchroniken erschöpft«.

Wenn Werner Bahlsen etwa an die SS schrieb, die Ukrainerinnen sollten nicht nur die Abfallblätter des Gemüses zu essen bekommen, »dann hört sich das erst mal nett an«, sagt Grieger. Bahlsen bekräftigte auch, er wolle die Ukrainerinnen ja nicht bezahlen wie die Deutschen, aber immerhin so wie die Polinnen. »Diese Fürsorge war sehr funktional und diente der Erhöhung der Produktivität.« Bahlsen, so wird

zum Ende dieses fünfseitigen Briefes von 1942 klar, fürchtete um den Arbeitseifer der Ukrainerinnen. Schließlich seien sie das »körperlich beste Material«, das dem zuständigen Amtsarzt je vorgeführt worden sei.

In der Rassenhierarchie der Nazis jedoch standen die sogenannten Ostarbeiter weit unten. Sie galten als »primitiv«, und nach Ansicht der Machthaber waren sie auch so unterzubringen, in einfachen, geschlossenen Lagern, wie die sowjetischen Kriegsgefangenen. Etliche Ukrainer überlebten den Arbeitseinsatz in Deutschland nicht. Allein in Hannover starben mehrere Hundert Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die als »unerwünschte Elemente« galten und entsprechend schlecht ernährt wurden.

In der Baracke von Bahlsen, wo sie mit etwa 40 Frauen in Stockbetten mit strohgefüllten Matratzen schlief, habe es immerhin einen Ofen gegeben, sagt Ewgenija Schkoda. Durch die kalten Winternächte aber bildeten sich Furunkel an ihren Armen, die weggeschnitten werden mussten.

Noch am selben Tag musste sie wieder arbeiten, am Band bei Bahlsen. Aber sie war langsamer als sonst, der kranke Arm machte nicht richtig mit. »Als die deutsche Vorarbeiterin das merkte, beschimpfte sie mich und riss an meiner Kleidung«, sagt Schkoda. Sie wehrte die Deutsche ab, kam zur Strafe mehrere Monate als Sägerin in eine Metallfabrik. Kurz nach dem Ende des Krieges traf sie die Vorarbeiterin wieder. Sie hatte sich bei einer Essensausgabe der Amerikaner zwischen die Ausländerinnen gemischt. Schkoda verhinderte, dass die Deutsche bedient wurde – »das war ausgleichende Gerechtigkeit«.

Kekse und Schokolade, sagt die alte Dame, das sei inzwischen auch in der Ukraine ein großes Geschäft. Die Kiewer Fabrik, die Bahlsen damals übernahm und aus der sie nach Hannover deportiert wurde, gehört heute zum Firmengeschlecht des Ex-Präsidenten Petro Poroschenko. Schokolade hat ihn reich gemacht, die Vergangenheit lässt er lieber ruhen: An Bahlsen und die Besetzungszeit erinnert im gerade renovierten Eingangstrakt nichts.

Im Jahr 1999 haben einige Zwangsarbeiterinnen Bahlsen in Deutschland auf Entschädigung verklagt. Die Ansprüche seien verjährt, sagten die Richter, die Kosten mussten die Klägerinnen tragen. Bahsens Anwälte hatten noch ein Argument, ein erstaunliches: Es habe sich um kein »echtes Arbeitsverhältnis« gehandelt, weil die Frauen ja nie einen Arbeitsvertrag unterschrieben hätten.

In der Bahlsen-Zentrale in Hannover empfing das Unternehmen im Jahr 2000 drei Zwangsarbeiterinnen. Ihnen wurden Kekse serviert. Nils Klawitter

Mail: nils.klawitter@spiegel.de

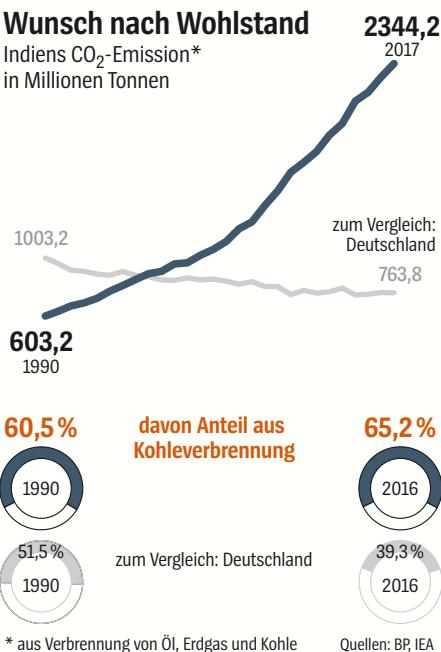
Energiewende XXL

Umwelt In Indien entscheidet sich, ob die globale Klimakatastrophe verhindert werden kann. Zwar steuert die Regierung auf Ökostrom um, doch der Energiebedarf wird sich noch verdoppeln.

Im Süden Indiens liegt ein Dorf, in dem das Geld vom Himmel fällt. Thirumani heißt es. Drei Bauern sitzen auf dem Marktplatz im Schatten eines mächtigen Baums und paffen Zigaretten. Warum sollten sie auch arbeiten und in der Hitze schwitzen? Auf ihren Feldern wachsen schon lange keine Mangos und Erdnüsse mehr. Die Sonne nährt sie auch so. Heute stehen dort Solarmodule; kilometerlange Reihen dunkler Rechtecke, in denen sich der Himmel spiegelt.

Wenn hier auf etwas Verlass ist, dann darauf, dass die Sonne scheint. Gut drei Stunden von der Stadt Bangalore entfernt ist der Himmel meist wolkenlos, das Klima trocken und heiß. Dürren haben das Land ausgezehrt und seine Bewohner auch. Es gab daher kaum Widerstand, als der Bundesstaat Karnataka anbot, das Land für rund 280 Euro pro Hektar und Jahr zu pachten. Das ist weit mehr, als Feldarbeit in dieser Region einbringt, und leichter allemal. Derzeit entsteht hier der Pavagada-Solar-Park, mit einer Kapazität von zwei Gigawatt einer der größten seiner Art.

In Thirumani lässt sich besichtigen, wie rasant Indien in eine neue Zeit vorstößt. Während der amerikanische Präsident mit dem Pariser Klimavertrag bricht und Deutschland seine Ziele wohl kläglich verfehlt wird, will Indien zum grünen Pionier werden.



Ausgerechnet Indien.

Es ist noch nicht lange her, da galt das Land als Risiko für den Planeten, als Kohlemonster, als Erpresser der Weltgemeinschaft, weil es im Gegenzug für Klimaschutz Finanzhilfen aus reichen Ländern forderte. Hunderte neue Kohlekraftwerke entstanden. Indien, das stellten seine Politiker immer wieder klar, werde niemals den Fortschritt für den Klimaschutz opfern. Man beanspruchte ein »Recht auf Wachstum«. Heute soll beides kein Widerspruch mehr sein.

Indien baut derzeit einige der größten Solarparks der Welt, der Bau vieler Kohlekraftwerke wurde abgesagt, und die Regierung verkündet immer neue, immer aberwitzigere Ziele: Schon in drei Jahren soll die Stromerzeugungskapazität aus regenerativen Quellen auf 227 Gigawatt gesteigert werden; das wäre nahezu eine Verdopplung der derzeitigen Kapazität, die heute schon der gesamten deutschen Stromkapazität entspricht.

Dieses Ziel wird Indien wahrscheinlich nicht erreichen. Doch immerhin: Laut dem Forschungskonsortium Climate Action Tracker dürfte nicht fossiler Strom bis zum Jahr 2030 mehr als 40 Prozent der nationalen Stromkapazitäten ausmachen. Seine entsprechenden Zusagen zum Pariser Klimaschutzabkommen wird Indien nach jetziger Lage sogar vor Ablauf der Frist erreichen.

Das sind erst einmal gute Nachrichten, für Indien und für den Planeten. Denn egal, wie sehr sich Deutschland ins Zeug legt, ob es weiter Kohle verfeuert oder nicht, es wird im Rahmen des großen Ganzen wenig ins Gewicht fallen. Indien hingegen wird maßgeblich mitentscheiden, wie warm es auf der Welt werden wird. Wie schnell die Pole schmelzen werden, wie hoch das Wasser steigen wird.

Das Land ist für sieben Prozent aller weltweiten Treibhausgase verantwortlich, damit ist es der drittgrößte Klimaschädling, auch wenn sein Pro-Kopf-Ausstoß gering ist. Aber dabei wird es nicht bleiben, mehr als 1,3 Milliarden Menschen leben in Indien. Und Hunderte Millionen Bewohner sehen das gute Leben noch vor sich: ein Auto, ein Kühlschrank, eine Waschmaschine – Strom, wann immer man auf den Knopf drückt.

Und damit hört es nicht auf: Indien ist eine Nation, die zu großen Teilen noch gebaut werden muss. Straßen, Schienen-



ZACHARIE RABEHI / AGENCE LE JOURNAL / DER SPIEGEL

Tagebau im ostindischen Jharia: »Das Land schreit nach dieser Art von Kohle«

netze, Fabriken, ganze Stadtteile. Der Energieverbrauch wird sich binnen der nächsten zwei Jahrzehnte mindestens verdoppeln, eher mehr als das.

Indiens Ökostrommarkt wächst schneller, als es selbst Optimisten noch vor ein paar Jahren erwartet hatten. Aber immer noch nicht schnell genug, um die enorme Nachfrage nach Energie zu sättigen. Die CO₂-Emissionen werden trotz aller Solarrekorde weiter ansteigen. Das Land hat sich zwar verpflichtet, den CO₂-Ausstoß zu begrenzen – aber nur im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum. Die gleiche Menge Bruttoinlandsprodukt soll 2030 mit mindestens einem Drittel weniger Treibhausgasemissionen verbunden sein, als es heute der Fall ist. Und die regenerativen Energien dürften laut einer BP-Prognose 2040 nur knapp ein Fünftel des Primärenergieverbrauchs decken.

Kalyanji Prasad verwaltet Indiens größtes Kohlefeld, den Lodna-Tagebau in Jharia. Hier lagert jene Art Steinkohle, die benötigt wird, um Stahl herzustellen – genau das, was eine Nation, die baut und wächst, braucht: »Das Land schreit nach dieser Art von Kohle«, sagt Prasad.

Die Fahrt nach Jharia geht durch ein Unwetter. Über das Kohlefeld zucken Blitze, am Boden glüht die Erde wie ein Vulkan. Wo die Baggerschaufeln das Gestein entzweireißen, stoßen Flammen hervor. Arbeiter schießen Wasser auf die heiße Glut. Gewaltiger Dampf steigt empor und umhüllt Mensch wie Maschine.

Prasad war es, der vorschlug, am Abend zum Kohlefeld zu fahren. Im Dunkeln sei

die Zerstörungskraft des Feuers besonders gut zu sehen – und seine Arbeit besser zu verstehen.

Die Luft riecht nach Schwefel, aus den Ritzen im Boden steigt Qualm empor. Vor mehr als hundert Jahren ist hier ein Feuer ausgebrochen, das bis heute im Untergrund lodert, der sogenannte Kohlebrand. Wer Schuld hatte, lässt sich heute nicht mehr ergründen, nur, dass der unwissenschaftliche Abbau die Ursache gewesen sein dürfte. Kohle kann sich selbst entzünden, wenn sie mit Sauerstoff in Berührung kommt und heiß wird. Jeder Versuch, das unterirdische Feuer zu löschen, war bisher vergebens.

Die Flammen fressen, was ihnen in den Weg kommt. Die Eisenbahn fährt schon lange nicht mehr, viele Dörfer wurden zerstört, noch mehr werden im wahrsten Sinne des Wortes untergehen. Als Erstes fühle man die Hitze, die aus dem Boden strömt, sagen Bewohner. Eines Tages ist dann das Gras vor der Hütte versengt. Dann entsteht ein Riss im Fundament, erst ein kleiner, dann ein großer, und bald stürzt das ganze Haus ein. Der Kohlebrand bedroht Hunderttausende Bewohner.

Viele wollen deshalb, dass die Kohle verschwindet – und mit ihr der Ruß, der Gestank, das Feuer, die Folgen für Mensch und Natur. Und doch gibt es kein Loskommen. Der Abbau ist billig, er verspricht Jobs, ein Einkommen. Jharia ist von der Kohle abhängig. Genauso wie der Rest des Landes.

2017 verbrannte Indien rund 28 Millionen Tonnen Kohle mehr als im Jahr zuvor, das war ein Anstieg von 4,5 Prozent. An

der Kohle hängen knapp 54 Prozent der Stromerzeugungskapazität (erneuerbare Energien: 35 Prozent, Sonstige: 9 Prozent).

Ein schneller Ausstieg ist derzeit ausgeschlossen. Das liegt unter anderem daran, dass erneuerbare Energiequellen wie Sonne und Wind über den Tag hinweg schwanken, nur ein modernes Netz kann das abfangen – das aber existiert in Indien nicht. In Batterien, die etwa den Solarstrom für die Nacht speichern können, hat der Staat bislang kaum investiert. Vor allem aber hängen Hunderttausende Jobs an der Kohleindustrie. Allein Coal India beschäftigt mehr als 300 000 Menschen. Minenchef Prasad sagt: »Wenn wir auch nur für einen Tag die Arbeit einstellen, dann spürt das ganze Land den Stich.«

Es ist nicht einfach, ein Land von fossilen Brennstoffen zu lösen, das merkt auch Deutschland dieser Tage. Indiens Weg hat gerade erst begonnen. Aber wie lange wird das Land brauchen?

Die Schätzungen gehen weit auseinander. Laut einer Metastudie des indischen Centre for Policy Research werden die Emissionen bis mindestens 2030 weiter ansteigen. Gegenüber dem Niveau von 2012 sollen sie sich verdoppeln. Die internationale Energiebehörde geht sogar davon aus, dass die Emissionen bis über 2040 hinaus noch steigen.

Und dennoch: »Wir erleben einen außergewöhnlichen Wandel«, sagt Rahul Tongia, Energieexperte des indischen Brookings-Instituts. »Indien hat beschlossen, seinen unfairen Anteil zu leisten.« Unfair, weil viele Inder bis heute der Meinung sind,



ZACHARIE RABEHI / AGENCE LE JOURNAL / DER SPIEGEL

Schneider Majhi mit solarbetriebener Nähmaschine: Grüner Unternehmer

dass vor allem die reicherer Länder, die viele Jahrzehnte lang die Luft verpesten durften, in der Bringschuld sind und nicht sie. Trotzdem investiert Indien in regenerative Energien wie nie zuvor. Aber weniger, weil es das Klima schützen will: Ökostrom ist ein gutes Geschäft.

Zum ersten Mal in der Geschichte liegt der Preis für Solar- und Windkraft oft unter dem von Kohle. Seitdem boomt die Branche. Die indische Eisenbahn, die immerhin für zwei Prozent des nationalen Energieverbrauchs verantwortlich ist, will bis 2025 ein Viertel ihres Bedarfs durch Erneuerbare decken. Der Kochi-Flughafen in Kerala ist der erste Flughafen, der allein mit Solarstrom auskommt.

Der Ausbau des Energiesektors wird viele Hundert Milliarden Dollar kosten. Geld, das Indien nicht hat. Es ist daher auf Investoren angewiesen. Die aber, so Tongia, wollten ihr Geld nicht in Kohle, sondern in grünen Energien anlegen. Im vergangenen Jahr wurde erstmals mehr Geld in erneuerbare Energien investiert als in fossile.

Der Regierung kommt das sehr gelegen. Es erlaubt Premier Narendra Modi, zwei Themen anzugehen, die ihm beide gleichermaßen am Herzen liegen: Indiens ärmste Bürger mit Strom zu versorgen und sich international als Klimaretter zu profilieren.

Der Klimawandel bedroht Indien mehr als andere Teile der Erde: Das Land hat lange Küsten und viel Landwirtschaft, extreme Dürre oder Überschwemmungen wirken sich hier besonders stark aus. Die Luftverschmutzung gehört zu den größten Problemen des Landes. Neu-Delhi hat Peking schon lange als Hauptstadt mit der dreckigsten Luft abgelöst.

Man müsse aber auch verstehen, welche Aufgabe vor Indien liegt, sagt Energieexperte Tongia. »Was dieses Land leisten muss.«

Er sitzt in der Lobby eines Apartmentkomplexes in Bangalore. Da beginnt es zu schütten, der Regen prasselt auf den Pool und die Tennisplätze.

Dann flimmert das Licht. Irgendwo springen Notstromgeneratoren an. Die Luft riecht nach Diesel.

Wenn das hier, in Indiens drittgrößter Stadt, in dieser Luxusanlage, passiert – wie sieht es dann abseits der Städte aus?

Mehr als die Hälfte aller Inder leben auf dem Land. Hunderte Millionen Menschen kochen noch immer mit festen Brennstoffen, zum Beispiel mit Holz oder Kohle. Und auch wenn die Zahl der Inder, die in extremer Armut leben, dramatisch zurückgeht, müssen noch immer knapp 50 Millionen von ihnen mit weniger als 1,90 Dollar am Tag auskommen.

Es ist das Dilemma des indischen Staats: Er muss das Stromnetz an die Anforderungen einer modernen Stromwirtschaft anpassen und zugleich die Preise so niedrig halten, dass sich auch die Ärmsten Strom leisten können. Er muss seine Bürger von Elektromobilität überzeugen und bei vielen überhaupt erst einmal einen Stromanschluss verlegen.

Wer von den Städten aufs Land fährt, bemerkt eine Veränderung sofort: Es ist seltsam still. Kein Traktor knattert, keine Maschine brummt, nur die Krähen sind zu hören. Ein Bauer beugt sich mit seiner Sichel über den Acker, ein Fahrrad lehnt am Baum. Dahinter säumt dunkler Wald die Berge, die einzige Energiequelle, auf die hier immer Verlass ist, ist die eigene Muskelkraft.

Die Strommasten werfen lange Schatten. Aber wenn die Bewohner den Schalter drücken, passiert viel zu oft – nichts. Nur an wenigen Tagen in der Woche fließt Strom und nie für mehr als ein paar Stunden am Stück. Wenn die Sonne untergeht, dann bleibt es in großen

Teilen Kalahandis im Bundesstaat Odisha dunkel.

Dann kann man sich nur noch voranstasten oder eine Kerosinlampe entzünden. Aber Kerosin ist teuer. Und der Rauch hat die Hauswände schwarz werden lassen und die Lungen der Bewohner auch.

Wer hier wohnt, der schert sich nicht um Treibhausgase. Der will elektrisches Licht, ein Moped, moderne Medizin, und das möglichst schnell. Die Folgen des Klimawandels wirken in Kalahandi abstrakt, die Armut ist real.

Für viele Inder ist Elektrizität noch immer ein flüchtiger Luxus. Das liegt auch daran, dass die staatlichen Energieversorger so hoch verschuldet sind, dass sie, um Kosten zu sparen, gerade auf dem Land oft den Strom abschalten.

Es gibt daher in Indien immer mehr Menschen, die sagen, Kraftwerke allein würden die Probleme nicht lösen. Was es brauchte, seien völlig neue Ideen.

So wie die von Selco. Selco ist keine Wohlfahrtsorganisation, es ist eine Firma, die Solaranlagen installiert.

Pujari Majhi ist einer ihrer mehr als eine Million Kunden.

Majhi ist Schneider. Auf dem Tisch vor ihm steht die industrielle Revolution: eine Nähmaschine, und zwar eine ohne Fußantrieb. Zum Laufen gebracht wird sie von dem Strom, den ein Solarpanel auf dem Dach seines Hauses erzeugt, gespeichert in einer Batterie, die unter dem Tisch steht.

Für diese Anschaffung hat Majhi einen Kredit von umgerechnet 340 Euro aufgenommen, binnen zweieinhalb Jahren will er seine Schulden abbezahlt haben. Er kann jetzt bis in die Abendstunden arbeiten, weil das Licht einer Lampe brennt. Sein Knie schmerzt nicht mehr vom stundenlangen Treten des Pedals. Sein Einkommen ist um 40 Prozent gestiegen. Und eine Stromrechnung muss er auch nicht bezahlen.

Dank Selco gibt es in Kalahandi nun eine Kopiermaschine und Hebammen, die solarbetriebene Stirnlampen nutzen können. Schneider Majhi hat eine zweite Nähmaschine gekauft und eine Mitarbeiterin eingestellt.

Selco verkauft mehr als nur Sonnenschein in Batterien. Es macht aus armen Menschen grüne Unternehmer. Die Firma bietet eine kluge Lösung für ein großes Problem: Wie schließt man schnell und günstig Millionen von Menschen ans Netz an? Eine dezentralisierte Stromwirtschaft könnte Indien die Zeit verschaffen, die es braucht, um die Energiewende zu bewältigen.

Einen Vorteil hat das Land schon jetzt: Es hat eine Regierung, die den Klimawandel nicht für ein Märchen hält.

Laura Höflinger

Mail: laura.hoeflinger@spiegel.de

Angriff auf die Mitte

Analyse Obwohl Konzerne Zigtausende Jobs streichen, droht keine Massenarbeitslosigkeit. Doch Konjunkturschwäche und Digitalisierung zwingen auch Akademiker und Angestellte zum Umdenken.

Es ist noch nicht so lange her, vielleicht ein gutes Jahrzehnt, da hätte jede einzelne der folgenden Meldungen Angst und Schrecken im Land verbreitet: Die Deutsche Bank plant den Abbau von bis zu 20 000 Stellen. Ford mehr als 5000 allein in Deutschland, Volkswagen 4000, BASF etwa 3000. Der Bayer-Konzern will bis Ende 2021 seine Belegschaft um zehn Prozent reduzieren – 12 000 Arbeitsplätze weniger binnen nur gut zwei Jahren, 4500 davon in Deutschland. In vielen großen Unternehmen ist von Personalabbau die Rede.

Als die Meldungen in den vergangenen Monaten erschienen, blieb der öffentliche Aufschrei zunächst aus. Der kam erst, als Anfang der Woche die neuen Arbeitslosenzahlen vorgestellt wurden. Nun lauteten die Schlagzeilen: »Trendwende am Arbeitsmarkt«, »Die Jobangst ist wieder da«, »Ende der goldenen Jahre«.

Ist es tatsächlich so schlimm?

Lange hat der deutsche Arbeitsmarkt der weltweit schwächeren Konjunktur, dem Brexit, Trumps Handelskriegen und den Strafzöllen getrotzt und ist von Rekord zu Rekord geeilt. Im Juni aber haben diese Ereignisse erste Spuren hinterlassen, ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr so deutlich gesunken wie zuvor. Auch die Kurzarbeit zieht wieder an, Signal für eine schwächernde Konjunktur. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet für die kommenden Monate erstmals seit Jahren saisonbereinigt wieder mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Entlassungen drohen vor allem in der Industrie. Doch eine neue Ära der Massenarbeitslosigkeit steht nicht bevor.

Die Beschäftigung wird weiter steigen, wenn auch zunächst nicht mehr so stark wie bisher. Bisher gibt es etwa 1,4 Millionen offene Stellen, knapp 800 000 sind bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet, vor allem im Dienstleistungsbereich. Das IAB glaubt, dass der Gesamtarbeitsmarkt stabil bleibt. Wenn sich, wie von den Ökonomen erwartet, im kommenden Jahr die Konjunktur erholt, wird die Arbeitslosigkeit wieder sinken.

Also alles gut, umdrehen und weiterschlafen?

Im Gegenteil, es gilt aufzuwachen. Die schwächernde Konjunktur legt offen, was durch die Erfolgsmeldungen lange überdeckt wurde – in welch tief greifendem Strukturwandel sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt seit Jahren befinden. Es sind mehrere Trends, die gleichzeitig wirken.

Da ist der Umbruch in deutschen Schlüsselindustrien, allen voran der Energie- und der Automobilbranche. Wenn die Zahl der Elektroautos steigt, sinkt der Bedarf an Arbeitskräften an den Bändern, weil ein Elektroantrieb aus viel weniger Einzelteilen als ein Verbrennungsmotor besteht.

Die Digitalisierung betrifft alle Branchen. Sie verändert Geschäftsmodelle und Arbeitsprozesse, nicht nur in der Pro-

duktion, sondern auch in den Büros. Alte Jobs verschwinden, zugleich entstehen neue. Und die, die bleiben, werden sich verändern.

Volkswagen etwa wird nicht nur Arbeitsplätze abbauen, sondern neue Stellen rund um die E-Mobilität schaffen. Bei Siemens steht einem geplanten Stellenabbau von rund 10 000 Jobs die Hoffnung auf gut 20 000 neue gegenüber. Aber es werden eben andere als die heutigen sein, die meisten werden von den Arbeitnehmern neue und andere Qualifikationen verlangen. Wer da nicht mithält, kann leicht zu den Verlierern gehören.

Zudem wirkt der demografische Wandel. Die Babyboomer nähern sich der Rente. 2018 verließen mehr als 300 000 Menschen aus Altersgründen den Arbeitsmarkt, und diese Zahl wird weiter steigen. Perspektivisch wird deshalb der Fachkräftemangel noch zunehmen, unabhängig davon, wie sich die Arbeitslosigkeit entwickelt.

Was ist zu tun?

Es ist Zeit zum Handeln. Der Wandel vollzieht sich nicht gottgegeben, er lässt sich gestalten. Zu viele Unternehmen haben die Trends verschlafen. Sie müssen mehr investieren, nicht nur in Technologien und neue Produkte, sondern auch in ihre Mitarbeiter.

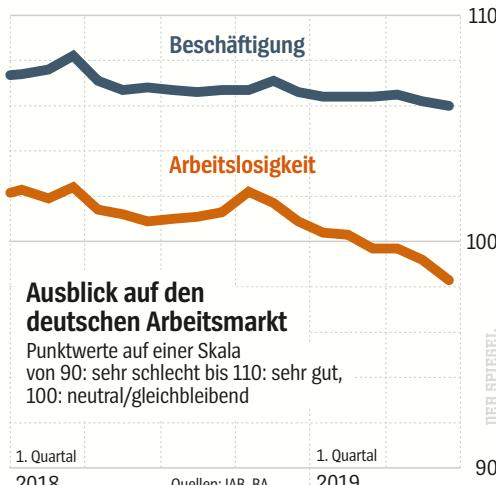
Die Politik redet seit Jahren über lebenslanges Lernen und Digitalstrategien, nur geschehen ist nicht allzu viel. Der Umbau zu einer modernen Bildungsrepublik ist überfällig.

Für den Einzelnen können die Folgen dieses Wandels dramatisch sein. Die Zweiteilung des Arbeitsmarkts wird weiter voranschreiten: Für gut ausgebildete Fachkräfte werden die Chancen auf adäquate Arbeit und hohe Löhne weiterhin gut bleiben, für Geringqualifizierte wird es noch schwieriger.

Die Digitalisierung ist für viele bedrohlich, weil sie die Mitte der Arbeitsgesellschaft angreift. Sie konfrontiert auch Angestellte und Akademiker damit, dass sie ersetztbar sind, dass ihre einmal erworbenen Fähigkeiten unwichtig werden. Es betrifft Menschen, die vorher nie einen Gedanken daran verschwendet haben – etwa in Banken oder Versicherungen. Da werden viele Jobs wegfallen, Gehälter werden unter Druck kommen.

Daraus folgt, dass Qualifizierung neu gedacht werden muss: Können aus Industriearbeitern auch Pflegefachkräfte werden? Lässt sich eine Buchhalterin, die mit Zahlen umgehen kann, zu einer Datenanalystin umschulen? Radikale Veränderungen im Laufe eines Berufslebens könnten zum Normalfall werden.

Man kann die Dinge auch einfach laufen lassen, vielleicht geht es gut. Doch die Gefahr ist groß, dass dann das schlimmste Szenario eintritt: drängender Fachkräftemangel und zu gleich hohe Arbeitslosigkeit. Markus Dettmer



Ausland

»Vor zwei Wochen ist in der Türkei ein Tor aufgegangen. Wir müssen nun durch dieses Tor durch.« ► S. 90



CORINNA KERN / REUTERS

Seit Tagen protestieren äthiopischstämmige Juden in Israel gegen Polizeigewalt. Auslöser ist der Tod von Solomon Tekah, einem jungen Israeli äthiopischen Ursprungs, der von einem Polizisten erschossen wurde. Der Beamte spricht von Notwehr, Tekahs Familie glaubt an Vorsatz. In Israel leben rund 150 000 Juden mit äthiopischen Wurzeln. Viele klagen über Rassismus – auch vonseiten der Polizei.

Analyse

Millionen für Assad

Warum es so schwierig ist, zum Ende des Krieges in Syrien Aufbauhilfe zu leisten

Seit wenigen Wochen steht ein Luxushotel in Damaskus auf der US-Sanktionsliste, das einstige Four Seasons. Der Grund: Das Hotel gehört einem syrischen Tycoon, Samer Foz, der das Regime von Baschar al-Assad großzügig finanziert. Im Gegenzug für seine Unterstützung erhält er Grundstücke, die das Regime während des Krieges konfisziert hat. Die Vertreter der Uno wohnen trotz der fragwürdigen Besitzverhältnisse regelmäßig in dem Hotel. Für ihre Aufenthalte dort in den Jahren 2014 und 2015 betrugen die Kosten rund 9,5 Millionen Dollar.

Schon vor Jahren hatte die Uno mit der Überweisung von Millionenbeträgen an das syrische Regime für Aufsehen gesorgt: So zahlte sie Hunderttausende Dollar an eine Hilfsorganisation, die von Asma al-Assad gegründet worden war, der Frau des Präsidenten. Mehr als fünf Millionen Dollar gingen an eine Blutbank, die direkt dem syrischen Verteidigungsministerium untersteht.

Nicht nur die Uno, auch alle anderen Helfer stehen in Syrien vor demselben Dilemma: Wie soll man Bedürftige unterstützen, wenn die Regierung die Konditionen dafür diktiert? Dieselbe Regierung also, die eine der Kriegsparteien und damit für das Leid im Land wesentlich verantwortlich ist. Diese Frage stellt sich nun umso drängender, da der Krieg in Syrien, außer in Idlib, seinem Ende entgegengeht. Viele europäische Regierungen würden gern mehr tun – auch damit viele Menschen in ihre Heimat zurückkehren können. Doch zwei neue Berichte der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und des britischen Thinktanks Chatham House warnen nun, dass das syrische Regime immer noch systematisch Hilfsgelder umlenkt. Dabei gäbe es eine Lösung, so die Experten. Die Hilfsorganisationen müssten zusammenarbeiten und dem syrischen Regime gemeinsam abgestimmte Bedingungen für Hilfen stellen. Stattdessen aber konkurrierten die Helfer untereinander um den besten Zugang nach Syrien. Raniah Saloum

Simbabwe

Pässe erst wieder ab 2022

● In Simbabwe werden immer mehr Güter knapp. Neben Strom, Benzin und Brot fehlt es in dem afrikanischen Staat an Pässen, Münzen und sogar Banknoten. Das Auswärtige Amt warnte angesichts der Lage vor »großer Unsicherheit«: US-Dollar könnten aktuell nicht in die Landeswährung getauscht, an Automaten wahrscheinlich nicht abgehoben werden. Es gebe schlicht nicht genug Bargeld.

Simbabwes Regierung hat gerade erst eine neue Währung eingeführt. Der Simbabwe-Dollar, der nach einer Hyperinflation 2009 faktisch abgeschafft wor-

den war, ist seit Ende Juni wieder das alleinige Zahlungsmittel. Zuvor wurden viele Waren in US-Dollar bezahlt – unter anderem spezielles Papier und Tinte, die für den Druck von Pässen benutzt werden. Beides muss der verarmte Staat importieren, beides kann Simbabwe momentan offenbar nicht bezahlen.

Medienberichten zufolge werden einige Passanwärter deshalb bis 2022 vertröstet. Um die Devisenknappe zu überwinden, drängt Simbabwe nun darauf, seine Elfenbein- und Nashornbestände verkaufen zu dürfen. Sie sollen 600 Millionen US-Dollar wert sein, das Washingtoner Arten-



schutzübereinkommen verbietet den internationalen Handel allerdings. Das Land erwägt deshalb, aus dem Vertrag auszusteigen.

Simbabwe, einst die »Kornkammer Afrikas«, wurde fast vier Jahrzehnte lang von dem zunehmend autoritären Robert Mugabe regiert. Das Militär drängte ihn 2017 aus dem Amt; im vergangenen Jahr wurde Emmerson Mnangagwa als gewählter Präsident vereidigt. Unter Mnangagwa erlebt das Land seither einen weiteren Verfall der Wirtschaft. Zuletzt gab es in Simbabwe nur noch für wenige Stunden am Tag Strom. ARV

Kolumbien

Mehr Gewalt nach Friedensabkommen

● Wer sich in Kolumbien für Menschenrechte oder eine gerechtere Landverteilung einsetzt, lebt gefährlich – daran hat auch die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der Regierung und der Farc-Guerilla vor zweieinhalb Jahren nichts geändert. In den Jahren 2017 und 2018 sind Angaben der kolumbianischen Menschenrechtsorganisation Somos Defensores zufolge mindestens 260 Aktivisten ermordet worden, unter ihnen viele Frauen. Ende Juni erschossen Paramilitärs die 34-jährige María del Pilar Hurtado Montaño vor den Augen eines ihrer Kinder; die Hintergründe sind unklar. Die junge Frau soll sich für die Landverteilung an Kleinbauern eingesetzt haben, die aus Angst vor bewaffneten Gruppen ihre Ländereien verlassen haben.

Ausgerechnet das Friedensabkommen hat indirekt zur Zunahme der Gewalt auf dem Land beigetragen: Früher beherrschte die Farc weite Regionen im Landesinneren und sorgte damit für relative Ruhe. Der Abzug der Guerilla ließ in vielen Regionen ein Machtvakuum entstehen; die Regierung hat es nicht geschafft, diese Gegenden unter ihre Kontrolle zu bringen. Jetzt kämpfen rechtsgerichtete Paramilitärs, Drogenbanden und andere bewaffnete Gruppen um die Vorherrschaft in den einstigen Guerillagebieten und gehen dabei gnadenlos gegen Kleinbauern und Gewerkschaftler vor, die ihren Interessen entgegenstehen. Der Friedensvertrag war damals umstritten: Bei einer Volksabstimmung wurde er knapp abgelehnt; der Kongress stimmte einer überarbeiteten Version zu. JGL

Afghanistan

Ermutigende Übereinkunft



ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

Die Versuche der Bundesregierung, im afghanischen Friedensprozess zu vermitteln, zeigen erste Erfolge. Der afghanische Außenminister Salahuddin Rabbani, 48, über die neue Rolle Deutschlands und die Rückkehr der Taliban.

SPIEGEL: Nach sieben Verhandlungenrunden zwischen USA und Taliban sollen am Sonntag in Katar erstmals Vertreter der afghanischen Regierung und der Taliban aufeinandertreffen. Wie kam es dazu?

Rabbani: Bisher wollten die Taliban nur mit den Amerikanern sprechen, sie erkennen die afghanische Regierung nicht an. Jetzt kommen rund 60 Taliban und afghanische Regierungsvertreter zusammen.

SPIEGEL: Woher dieser Sinneswandel?

Rabbani: Die Regierungsvertreter aus Kabul treten nicht als offizielle Repräsentanten auf, sondern als Privatpersonen – ein Kompromiss, mit dem beide Seiten leben können. Vermittelt wurde dieser maßgeblich durch die Deutschen, konkret durch den deutschen Sonderbeauftragten für die Region, Markus Potzel.

SPIEGEL: Woran scheiterten die Gespräche bisher?

Rabbani: Die dringlichste Forderung der

Taliban ist der Abzug der internationalen Truppen. Für uns dagegen steht im Vordergrund, dass die afghanische Regierung Teil des Verhandlungsteams wird. Wir denken, ein dauerhafter Frieden kann nur im Gespräch zwischen den Afghamen gefunden werden.

SPIEGEL: Wird Afghanistan nach einem möglichen Friedensschluss eine Republik oder ein Emirat?

Rabbani: Fragen Sie die Taliban.

SPIEGEL: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Taliban ihre Vorstellungen nicht gewaltsam durchsetzen?

Rabbani: Die Verhandlungen umfassen mehrere Punkte: das Ende des Terrorismus auf afghanischem Boden, einen Waffenstillstand und den Dialog mit allen zivilen Gruppen im Land, auch Frauen, Studenten, Politikern. Nur dann kann es zum Abzug der internationalen Truppen kommen.

SPIEGEL: Hat der Frieden eine Chance?

Rabbani: Vielleicht gelingt es, bis September einen Schritt weiterzukommen. Es sind Tadschikistan, Usbekistan, Pakistan, China, Indien und Russland beteiligt. Es gibt eine regionale Übereinkunft, dass dieser Konflikt enden muss. Das ist ermutigend. SUK



MOHAMMAD ISMAIL / REUTERS

Afghanischer Soldat an Anschlagsort in Kabul



Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA: »Verstopfte Pipelines«

Im Niemandsland

Mexiko Ein neues Einwanderungsprogramm der US-Regierung führt dazu, dass Flüchtlinge jahrelang in Grenzorten ausharren müssen, bis sie eine Chance auf Asyl in den USA bekommen. Die US-Behörden sind überfordert – doch dahinter steckt Strategie. Von Juan Moreno

Nicht weit vom Grenzübergang San Ysidro, zwischen Tijuana, Mexiko, und San Diego, USA, gibt es am Ende eines Zauns einen weiteren, eher unscheinbaren Durchgang. Vor einer Schranke steht ein bewaffneter Wachmann. Es ist der Eingang für Flüchtlinge, die in den USA Asyl beantragen wollen.

Tag für Tag stehen vor diesem Tor Hunderte Menschen. Honduraner, Guatemalteken, Venezolaner, Kubaner, Inder, zuletzt auffallend viele Afrikaner. Fast alle haben eine nicht selten lebensgefährliche

Reise hinter sich, um hier anstehen zu können. Und so verschieden die Menschen in dieser Schlange sein mögen, so ähnlich ist ihr Wunsch: endlich die USA erreichen. Sie sind nah dran. Man kann von fast jedem höheren Gebäude in Tijuana die Vereinigten Staaten sehen. Es sieht aus, als wäre es nur noch ein kleiner Schritt.

Und so ahnen viele der ankommenden Flüchtlinge nicht, was ihnen in den nächsten Wochen, Monaten, womöglich Jahren bevorsteht. Der Durchgang, das vermeintliche Tor zum American Dream, hat US-Präsident Donald Trump mittlerweile in

eine Art Drehtür verwandelt. Man tritt als Asylbewerber ein, glaubt sich am Ziel und wird umgehend wieder zurück nach Mexiko geschickt.

Donald Trump steht schon lange für seine Einwanderungspolitik in der Kritik. In verschiedenen Erstaufnahmelagern für Einwanderer sollen die Lebensbedingungen katastrophal sein, vor allem im Lager in Clint, Texas.

Anfang der Woche besuchte eine Delegation der Demokraten rund um ihren jungen Politstar Alexandria Ocasio-Cortez die Einrichtung. »Entsetzlich« sei die Si-

tuation, sagt Ocasio-Cortez. Ein Delegationsmitglied twitterte, dass Flüchtlinge gesagt worden sei, sie müssten »aus der Toilette« trinken, was die Grenzschutzbehörde umgehend dementierte.

Ungeachtet der humanitären Krise, die sich an der südlichen Grenze der USA abspielt, scheint die Trump-Regierung die Lage nicht entspannen zu wollen. Wem die Zustände nicht passten, solle eben nicht kommen, twitterte der Präsident.

So haben die USA das Asylrecht faktisch ausgehebelt. Unbegleitete Kinder, alleinerziehende Frauen und Familien leben in Mexiko in überfüllten Unterkünften, die nie für so viele Menschen ausgelegt waren. Mit Aussichten, die frustrierend sind. Selbst Asylbewerber, die einen begründeten Asylantrag stellen könnten, haben vorerst keine Chance, in nächster Zeit in den USA vor einen Richter treten zu können. Trump hat das Einwanderungsland USA grundlegend verändert.

»Ich kann nicht glauben, dass ich so nah dran bin und nicht reindarf«, sagt Bless, ein junger, muskulöser Mann. Er stammt aus Kamerun. Bless steht wie gut 60, 70 andere Afrikaner vor dem Durchgang in Tijuana, jedoch nicht in der Schlange. Er kommt aus Yaoundé, der Hauptstadt Kameruns und möchte in den USA studieren. Eine seiner Cousinen ist bereits dort.

Vor etwa vier Monaten ist Bless von Kamerun nach Ecuador geflogen und den Rest der Strecke durch Zentralamerika bis nach Tijuana größtenteils gelaufen, so, wie es inzwischen Tausende Afrikaner versuchen, in der Hoffnung, so in die USA zu gelangen. 15 000 Dollar habe er bis jetzt ausgegeben, sagt er. Seit 2017 bekämpfen sich englischsprachige Separatisten und die Regierung in seiner Heimat, zwei Regionen möchten einen eigenen Staat gründen. Bless sagt, dass er deswegen geflohen sei, wie viele seiner Landsleute hier an der Grenze. Er rechnet sich gute Chancen aus, Asyl gewährt zu bekommen. Dafür müsste er aber erst mal die Gelegenheit bekommen, einem Asylentscheider seine Lage zu erklären.

Wie lange wartet er hier schon?

»Vier Wochen.«

Was Bless nicht weiß: Die USA haben einen neuen Plan, der es Leuten wie ihm schwer macht, ihren Asylantrag zu stellen. Seit knapp einem halben Jahr greift außerdem eine Direktive, genannt »Remain in Mexico«, die die damalige Heimatschutzministerin Kirstjen Nielsen im Dezember vorigen Jahres angekündigt hatte. Seit sie gelten, haben ankommende Asylbewerber, von Ausnahmen abgesehen, keinen Anspruch mehr, während ihres Asylverfahrens in den USA zu bleiben. Sie müssen in Mexiko warten.

»Remain in Mexico« scheint äußerst effektiv zu sein. Über 15 000 Asylbewerber

sollen mittlerweile zurück nach Mexiko geschickt worden sein.

Donald Trump erhofft sich offenbar, so die Flüchtlingskrise an der mexikanischen Grenze in den Griff zu bekommen. Mitte Juni startete Trump in Florida seinen Präsidentschaftswahlkampf für das Jahr 2020. Migration wird wieder ein zentrales Thema seiner Kampagne sein.

Es ist nicht leicht zu sagen, ob die Flüchtlingszahlen Trump wirklich beunruhigen – oder insgeheim freuen. Seit er an der Macht ist, kommen offenbar wieder mehr Einwanderer in die USA, das sagen zumindest die Statistiken der US-Grenzbehörde. Von Oktober 2018 bis einschließlich Mai 2019 wurden 593 507 Menschen an der südwestlichen US-Grenze von der Border Patrol aufgegriffen. Allein am 24. Mai dieses Jahres waren es 5800 – die höchste jemals registrierte Zahl an einem Tag.

Betritt man als neu ankommender Flüchtling den Durchgang an der Grenze zu den USA, steht man direkt vor einem klapprigen, weißen Tisch. An ihm sitzen, etwas überraschend, nicht zwei mexikanische oder US-amerikanische Grenzbeamte, auch niemand von der Einwanderungsbehörde. Dort sitzen zwei Flüchtlinge. Diese Woche waren das ein junger Mann und eine junge Frau, beide aus Honduras, beide wollten ihren Namen nicht nennen. Diese Helfer der mexikanischen Einwanderungsbehörden übernehmen, zumindest hier in Tijuana, die Formalitäten: Zuerst wird der Name jedes Neuankömmlings notiert und eine Nummer vergeben. Je zehn Flüchtlinge teilen sich eine Nummer. Der Stand lag in dieser Woche bei 3500.

Um kurz nach acht Uhr werden die Nummern von einem der Helfer vorgelesen, samt dazugehöriger Namen. Vor einigen Wochen waren es noch fünf Nummern. Ihre Träger durften durch die Tür, in die USA und dort vor einem Richter sprechen, der ihren Fall aufnahm. Doch die vorgelesenen Zahlen wurden weniger. Erst waren es 40 Namen, dann 30, 20.

Am Dienstag war es nur eine einzige Nummer, von den zehn dazugehörigen Namen, die aufgerufen wurden, durften am Ende vier Flüchtlinge tatsächlich in die USA. Die anderen sechs wurden abgewiesen. Die glücklichen vier kamen nach San Diego, Kalifornien. Einen Anwalt hatte keiner von ihnen.

Das Schlimmste aber wird ihnen nicht bewusst sein. Es wird sehr lange dauern, bis sie erfahren, ob ihr Antrag angenommen oder abgelehnt wurde. Derzeit stehen die USA vor fast einer Million abzuarbeitender Asylverfahren. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt zwei Jahre.

Bless, der junge Afrikaner in Tijuana, ein freundlicher Mann mit exzellentem Englisch, wusste von alldem bis vor Kurzem nichts. Aber er kann rechnen. Wenn an der Grenze von Tijuana derzeit die neu vergebene Nummer bei etwa 3500 liegt und die aufgerufene bei 2800, dann sind das 700 Nummern, die noch fehlen. Bei zehn Flüchtlingen pro Nummer also 7000 Menschen, die durch den Durchgang müssen. Wenn heute vier hineingelassen wurden, bedeutet dies, dass ein Asylbewerber, der in Tijuana ankommt, fast fünf Jahre warten müsste, bevor er einen Antrag in den USA stellen kann, der dann womög-



Geburtstagsgesellschaft vor dem Grenzzaun in Tijuana: Nur noch ein kleiner Schritt



Asylsuchender Bless aus Kamerun: Vier, fünf Jahre des Wartens

lich zwei Jahre braucht, um abschließend bearbeitet zu werden.

Anders gesagt: Formal bleibt das Asylrecht in den USA unangetastet. Tatsächlich wurde es für Flüchtlinge an der südlichen Grenze so gut wie ausgehebelt.

Es gibt scharfe Kritiker des »Remain in Mexico«-Programms. Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Beto O'Rourke nannte es »unmenschlich«, es führe zu Leid und sogar zum Tod. O'Rourke bezog sich auf das Schicksal von Óscar Martínez und seiner knapp zweijährigen Tochter Valeria. Die beiden ertranken Anfang vergangener Woche im Rio Grande. Sie hatten versucht, von der mexikanischen Grenzstadt Matamoros nach Brownsville in Texas zu gelangen. Das Foto der beiden leblosen Körper ging um die Welt.

Die Gefahr einer Politik, die Menschen über Jahre in Mexiko warten lässt, ist offensichtlich: Viele, die legal in die USA einreisen wollten, werden am Ende doch versuchen, auf illegalem Weg über die Grenze zu kommen. Wer dies von Anfang an plant, nutzt einen sogenannten Kojoten, einen Schmuggler, der Migranten für mehrere Tausend Dollar mehr oder wenig sicher über die Grenze bringt.

Wer, frustriert von der Warterei, sich erst später entscheidet, illegal die Grenze zu überqueren, unterschätzt vielleicht die Kraft des Rio Grande. Etliche werden von mexikanischen Kartellen aufgehalten. Entführungen mit anschließender Erpressung sind an der Tagesordnung.

Und: Die wartenden Asylbewerber werden in ein gefährliches Land zurückgeschickt. Mexikos Mordrate steigt von Jahr zu Jahr. Tijuana gilt als gewalttätigste Stadt der Welt.

Nicht nur Trumps politische Gegner wehren sich deshalb gegen das neue Programm. Die Gewerkschaft der »asylum officers« kritisiert es ebenfalls und hat eine Klage unterstützt. Laut der Gewerkschafter stünden die Asylbeamten vor dem Ge-wissenskonflikt, eine Politik umzusetzen, die im Gegensatz zum »moralischen Ge-füge unserer Nation« stehe.

»Früher waren wir eine Durchgangsstation auf dem Weg in die USA, heute bleiben die Menschen notgedrungen in Mexiko«, sagt Albert Rivera, ein Pfarrer aus Tijuana, der seit einigen Monaten ein Flüchtlingsheim im Süden der Stadt betreibt. Die Lage sei katastrophal. Er könne kaum noch Leute aufnehmen. Am meis-ten tun ihm die unbegleiteten Minderjäh-rigen leid, die die mexikanischen Behörden gar nicht ausreisen ließen, weil »sie auf Wunsch der USA darauf bestehen, dass ein Erziehungsberchtigter anwesend ist«. Also würden diese Kinder in der Stadt bleiben.

»Mit den Karawanen im Herbst kamen fast 9000 unbegleitete Minderjährige nach Mexiko, allein 6000 nach Tijuana«, sagt Rivera. Die meisten von ihnen seien mittlerweile in der Stadt untergetaucht, weil die Flüchtlingsunterkünfte überfüllt seien. Etliche nehmen Crystal Meth, die wohl meistkonsumierte Droge der Stadt, die pro Dosis zwei Euro kostet.

Rivera, ein ruhiger Mann mit kurz ge-schorenen Haaren, macht auch den vor ei-nigen Monaten ins Amt gekommenen Prä-sidenten Andrés Manuel López Obrador verantwortlich für das, was in seiner Stadt geschieht. Donald Trump hatte ihm mit Strafzöllen auf mexikanische Importe ge-droht, sollte er nicht sicherstellen, dass die

Zahl der Flüchtlinge deutlich abneh-me. López Obrador galt als moder-ner lateinamerikanischer Linker. Ein Großteil seiner Agenda war innenpolitisch geprägt. Er wollte die Infrastruktur verbessern, die Sozialausgaben erhöhen und die gras-sierende Korruption und Gesetzlo-sigkeit im Land bekämpfen. Das al-les kostet Geld.

Und so entschied sich López Obrador, die mexikanischen Ein-satzkräfte an die Grenzen zu schick-en. Erst wurden 6500 National-gardisten an die südliche Grenze zu Guatemala verlegt, später über 15 000 Mann an die Nordgrenze geschickt. Insgesamt 25 000 Mexi-kaner sichern nun die Grenzen und helfen, ein Problem zu bekämpfen, das gar nicht Mexikos ist.

Ob diese Strategie langfristig Er-folg haben wird, ist fraglich. Gera-de die drei Herkunftsänder, auf die Trump es besonders abgesehen hat – Guatemala, El Salvador und Honduras –, sind von Korruption und Ge-walt geprägt. Und von großer Armut.

Rivera, der Pastor aus Tijuana, hält die Entscheidung seines Präsidenten für falsch. »Ich denke, es wäre besser gewesen, wenn wir gleich auf Trumps ursprünglichen Vor-schlag eingegangen wären. Mexiko baut die Mauer und zahlt für sie. Das hätten dann unsere Arbeiter gemacht.«

Der US-Präsident hingegen scheint zu-frieden zu sein. Die angedrohten Strafzölle sind vorerst vom Tisch. Der mexikanische Peso notierte umgehend stärker. Auch Ken Cuccinelli, kommissarischer Leiter der US-Staatsbürgerschafts- und Einwanderungs-behörden, sagt, »Remain in Mexico« ent-schärfe das Problem der »verstopften Pipe-line«. Weniger Menschen schaffen es in die USA. Im Juni wurden in Mexiko knapp 30 000 »undocumented migrants« aufge-griffen, doppelt so viele wie im Juni 2018. Die Abschiebungen aus Mexiko stiegen um 183 Prozent.

Die »Verstopfung« ist natürlich nicht weg, sie wurde nur nach Mexiko verlagert und ist damit erst mal nicht mehr Trumps Problem. Die hier wartenden Flüchtlinge leben nun in einem juristischen No Man's Land. Am 4. Juli 2019, dem Unabhän-gigkeitstag der USA, an dem die Bürger ihre Freiheit feiern, trat kein einziger Asylbe-werber von Tijuana durch das Eingangstor. Der Zugang zu den USA blieb allen Flüch-tlingen verwehrt.

Video
An der Grenze

spiegel.de/sp282019mexiko
oder in der App DER SPIEGEL



Die Abtrünnige

Vereinigte Arabische Emirate Prinzessin Haya von Jordanien, Ehefrau des Emirs von Dubai, ist ins Ausland geflohen. Zuvor hatten zwei Töchter versucht, dem Multimilliardär zu entkommen.

Jedes Jahr im Juni findet auf der Ascot-Pferderennbahn, etwa eine Stunde westlich von London, ein ganz besonderes Treffen statt, die Royal-Ascot-Rennwoche. Es ist die Woche, in der die Frauen Hüte tragen, die wie zerzauste Vogelnester aussehen, und die Männer hohe Zylinder und Frack. Jeden Morgen fährt die britische Königin Elizabeth II. in einer Kutsche vor, um den Renntag zu eröffnen – dieses Mal zusammen mit dem niederländischen Königspaar Willem-Alexander und Máxima.

Zu dem Adeligen-Klassentreffen kommen normalerweise auch Mohammed bin Rashid Al Maktoum, der Emir von Dubai und Premierminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), und seine Frau, Prinzessin Haya, Halbschwester des Königs von Jordanien. Pferde sind ihre Leidenschaft: Der Emir war einst Weltmeister im Distanzreiten, die Prinzessin startete für Jordanien im Springen bei den Olympischen Spielen und war acht Jahre lang Präsidentin des Weltreiterverbands.

In Ascot traten dieses Jahr wieder gleich mehrere Dutzend Rennpferde aus dem Stall des Emirs an, der in der Vergangen-

heit auch mit Dopingskandalen für Aufsehen gesorgt hatte. Der Multimilliardär kam dieses Mal aber allein nach Ascot. Denn Prinzessin Haya ist seit Mai verschwunden.

Auf Twitter, wo sie sehr aktiv war, schweigt sie sogar schon seit Februar. Prompt verbreitete eine emiratische Website, die Prinzessin habe sich mit ihren zwei Kindern und mehr als 30 Millionen Euro nach Europa abgesetzt und in Deutschland Asyl beantragt. Bisher gibt es dafür keine Bestätigung. In London soll aber bereits ein Scheidungsverfahren des Emirs und der Prinzessin laufen, berichteten britische Medien. Dort soll sie jetzt auch irgendwo sein – sie hat in Kensington Palace Gardens, einer der exklusivsten Adressen Londons, ein Haus im Wert von rund 95 Millionen Euro.

Das Familiendrama in einem der mächtigsten Herrscherhäuser der arabischen Welt wirft ein Schlaglicht auf die Situation vieler Frauen im Nahen Osten. Paradoxerweise scheinen ausgerechnet jene zu leiden, die aus den reichsten arabischen Familien stammen.

Auffällig häufig versuchen Frauen aus den scheinbar modernen Golfstaaten, ihren Vätern oder Ehemännern zu entkommen, denn nirgendwo sonst ist der Kontrast größer: In den Vereinigten Arabischen Emiraten sind Frauen im Durchschnitt gebildeter als Männer; sie haben die Mittel zu reisen und zu erleben, wie anderswo Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen. Zugleich gehört die emiratische Gesellschaft zu den konservativsten im Nahen Osten. Männer dürfen ihre Frauen verprügeln, auch Vergewaltigung in der Ehe ist zulässig. Eine Frau habe ihrem Mann zu gehorchen, so das emiratische Recht.

Auch Prinzessin Haya schien in diesen Widersprüchen gefangen. Die 45-jährige gebürtige Jordanierin verbrachte einen Großteil ihres Lebens in Europa: In Großbritannien ging sie ins Internat, danach studierte sie Philosophie, Politik und Wirtschaft an der Eliteuniversität Oxford. Sie war keine drei Jahre alt, als ihre Mutter starb, Königin Alia, und sie war 24 beim Tod ihres Vaters, König Hussein von Jordanien. Mit 29 heiratete sie den knapp 25 Jahre älteren Emir. Danach verbrachte sie weiterhin als Uno-Sonderbotschafterin und Präsidentin des Weltreiterverbandes viel Zeit in Europa. Auch nach Deutschland kam sie immer wieder zum Reiten.

Überraschend verkündete Prinzessin Haya 2014, auf eine weitere Amtszeit als Verbandspräsidentin zu verzichten. Schon damals wurde gemunkelt, der Emir


ALI HAIDER / EPA / REX

Prinzessin Haya, Ehemann Emir Mohammed bei einem Pferderennen 2016 in Dubai: Eine Frau hat ihrem Mann zu gehorchen

habe nicht länger geduldet, dass seine Frau so viel Zeit fern des Palastes verbringe. Innenpolitisch kann es schlecht ankommen, wenn die Ehefrau des Herrschers scheinbar gegen die traditionellen Werte verstößt. Zwei Töchter des Emirs haben bereits vergebens versucht, ihrem Vater zu entkommen – mit erschütternden Konsequenzen. Dabei spielte auch Prinzessin Haya eine unrühmliche Rolle.

Der Emir von Dubai soll sechs Frauen geheiratet und rund 30 Kinder gezeugt haben. Prinzessin Haya von Jordanien heiratete er 2004, von ihr hat er eine elfjährige Tochter und einen siebenjährigen Sohn. Die Söhne des Emirs steigen üblicherweise in der Hierarchie des Staates auf – er selbst ist Premierminister und Vizepräsident der VAE. Für die Töchter dagegen ist ein Leben in der Familie vorgesehen, bis sie heiraten und in die Obhut ihres Mannes übergehen.

Shamsa, eine Tochter des Emirs, setzte sich 2000 als Teenager während des bis dahin jährlichen Sommerurlaubs der Familie in Longcross, England, ab. Während des Urlaubs standen die Kinder unter permanenter Überwachung durch Sicherheitsleute des Emirs, rekonstruierte die britische Zeitung »The Guardian«.

Shamsa entkam trotzdem – zumindest vorübergehend. Die Gefolgsmänner ihres Vaters entführten sie im Privatjet zurück nach Dubai. Bis heute sei sie von der Außenwelt abgeschnitten und werde mit Medikamenten gefügig gehalten, erzählte vergangenes Jahr ihre Schwester Latifa.

Durch Latifa wurden die Vorgänge im Hause des Emirs erst einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Denn obwohl Scotland

Einsicht und Reue gezeigt habe, erzählte Latifa später. Zurück am Hof, führte Latifa erneut ein Leben im Luxus, aber ohne Freiheit. Sie freundete sich mit der Finnin Tiina Jauhainen an, die sie in Capoeira unterrichtete, einer brasilianischen Kampftanzart. Jahrelang planten die beiden Frauen Latifas Flucht. Vergangenes Jahr schafften sie es auf einer Jacht bis nahe der Küste Goas. Latifa wollte über Indien in die USA und dort Asyl beantragen, doch die indische Küstenwache griff das Schiff auf.

Latifas gescheiterter Fluchtversuch wurde weltweit bekannt, da sie zuvor ein Video gedreht hatte. Außenpolitisch ist das Familiendrama für die VAE blamabel. International stellen sich die Emirate gern als offen und liberal dar – ausgerechnet der Emir hat sich für die Bekämpfung häuslicher Gewalt und den Schutz von Minderjährigen ausgesprochen.

Die VAE sahen sich daher gezwungen, ein Lebenszeichen Latifas zu veröffentlichen: Im Dezember ließ der Palast Bilder verbreiten, auf denen sie müde und teilnahmslos wirkt, wie betäubt. Latifa wolle im Kreise ihrer Familie ihren Geburtstag feiern, ließ der Palast dazu twitttern.

»Alles Unsinn«, sagt Jauhainen. Latifa habe sich mit ihrer algerischen Mutter, mit der sie im Palast lebt, zerstritten und

»Es gibt definitiv Grund, nach einer Flucht aus Dubai um das eigene Leben zu fürchten.«

Yard damals ermittelte, kam es zu keiner Anklage. Wie es Shamsa heute geht, ist unbekannt. Sie wurde nie wieder öffentlich gesehen.

Latifa, 33, versuchte vergangenes Jahr die Flucht. Sie wollte ins Ausland, Medizin studieren, doch seit dem Fluchtversuch ihrer Schwester durfte sie die VAE nicht mehr verlassen. Schon einmal, 2002 habe sie vergebens versucht zu fliehen. Drei Jahre lang sei sie geschlagen worden, bis sie



1888

Eine reife Leistung: Das **Vulkanisationsverfahren** macht luftgefüllte Gummireifen möglich und so das Fahrradfahren bequemer.

1982

Flüssigkristalle bringen dem Computer das Fahrradfahren bei: im Display des ersten digitalen Tachometers.



1992

Macht Gegenwind zum lauen Lüftchen: Der **Nickel-Cadmium-Akku** im ersten Pedelec gibt Radlern Extraschub.

Die Chemie macht das Rad zum

nie ihren Geburtstag gefeiert. Auf den Bildern ebenfalls zu sehen war die einstige Uno-Menschenrechtsbeauftragte Mary Robinson, eine gute Freundin Prinzessin Hayas.

Die Prinzessin habe sie nach Dubai eingeladen, um bei einem »Familiendilemma« zu helfen, erzählte Robinson der BBC später. Robinson sagte, Latifa sei psychisch labil und benötige den Schutz ihrer Familie. Dafür wurden Robinson und Prinzessin Haya international von Menschenrechtsaktivisten heftig kritisiert. Die beiden Frauen schienen die Misshandlung Latifas im Auftrag des Emirs zu decken.

Handelte Prinzessin Haya damals aus Angst? Wie steht es um ihre eigene Sicherheit? Eigentlich sollte einer Frau wie ihr kaum jemand etwas anhaben können: Sie ist Halbschwester des Königs von Jordanien, Uno-Botschafterin, ein Vorbild, befreundet mit vielen Mächtigen. Doch mehrere ihrer Freunde äußern besorgt, die Prinzessin sei in Gefahr, wollen aber nicht zitiert werden, um sie nicht zu gefährden. Auch Mary Robinson, die Ex-Uno-Beauftragte und Ex-Präsidentin Irlands, will sich derzeit »aus Respekt vor der Privatsphäre von Prinzessin Haya« lieber nicht äußern.

»Es gibt definitiv Grund, nach einer Flucht aus Dubai um das eigene Leben zu fürchten, wenn die persönlichen Entscheidungen gegen die Wünsche eines so mächtigen Mannes wie Al Maktoum verstossen«, sagt Hiba Zayadin, VAE-Expertin bei der Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch«.

Die Macht des Emirs reicht weit. Im Reitsport ist er dank seiner Milliarden einer der bedeutendsten Finanziers. Und

»Ich hoffe, dass Prinzessin Haya sich bald sicher genug fühlt, um auch für Latifa zu sprechen.«

auch in der Politik ist der Einfluss der VAE groß.

Die VAE gelten als Drahtzieher der rabiaten Außenpolitik des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman. Sie versuchen, den Nahen Osten umzukrempeln. Zwischen 2008 und 2017 genehmigte Großbritannien Waffenexporte in die VAE im Wert von über acht Milliarden Euro. Auch aus Deutschland werden weiterhin Rüstungsgüter geliefert, ob-

wohl die VAE direkt am Jemenkrieg beteiligt sind.

Trotz seiner Macht mag die Fitnessstrainerin Tiina Jauhainen nicht vor dem Emir kuschen. Dabei wurde sie wegen ihrer Beihilfe zur Flucht Latifas mehr als zwei Wochen in einem Dubaier Gefängnis festgehalten. Um wieder freizukommen, habe sie eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnet müssen, erzählt sie, doch an diese wolle sie sich nicht halten. »Ich hoffe, dass Prinzessin Haya sich bald sicher und stark genug fühlt, um auch für Latifa zu sprechen, die noch immer in der Hölle ist«, sagt sie.

Der Emir werde »alles versuchen«, um die Prinzessin nach Dubai zurückzubringen, glaubt ein deutscher Geschäftsmann, der seit 25 Jahren in der Golfregion lebt. Ein solcher Ehrverlust sei vor den Augen der Welt für den Patriarchen nicht hinnehmbar.

Der Emir schreibt gern Gedichte, jedes sei das Ergebnis »persönlicher Erfahrungen«, schreibt er auf seiner offiziellen Website dazu. In einem kürzlich veröffentlichten Gedicht geht es um eine namentlich nicht genannte »Verräterin«, die ihn belogen habe. Über diese heißt es: »Du lebstest, und du starbst.«

Susanne Koelbl, Raniah Salloum

2015

Hält die Hände am Lenker:
Der Fahrradhelm mit integrierter
Funktechnologie macht das
Smartphone auch unterwegs
nutzbar – dank Mikrochips
aus hochreinem Silizium.



2018

Gibt richtig Kette ohne Kette:
Der Prototyp mit hocheffizientem
Antriebssystem durch Kugellager
aus technischer Keramik gewinnt
einen EUROBIKE AWARD.

Mit der Chemie als Tandempartner wird das Fahrradfahren dank neuer Werkstoffe und Verfahren immer komfortabler und sicherer. Das Ziel: eine gesunde und nachhaltige Mobilität, die Spaß bringt.

**Entdecken Sie mehr
unter www.ihre-chemie.de.**

Renner.

**Ihre Chemie.
Freuen Sie sich auf die Zukunft.**

»Die letzten Jahre waren die intensivsten in unserem Familienleben«

SPIEGEL-Gespräch Der türkische Regierungskritiker Can Dündar spricht mit seiner Frau Dilek nach 35 Monaten der Trennung über Kommunikation und Liebe, die auf Facetime reduziert ist. Und erklärt, warum mit dem Sieg des Oppositionskandidaten İmamoğlu das Ende der Ära Erdogan angebrochen ist.

Can Dündar, 58, war Chefredakteur der türkischen Tageszeitung »Cumhuriyet«. Nachdem er Recherchen über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an syrische Extremisten veröffentlicht hatte, wurde er festgenommen, wegen Spionage angeklagt und im Mai 2016 wegen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen verurteilt.

Dündar legte Revision ein.

Im Sommer desselben Jahres reiste er gemeinsam mit seiner Frau nach Spanien. Nach dem Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 beschloss er auf Anraten seiner Anwälte, in Europa zu bleiben, und ging nach Berlin. Seine Frau Dilek Dündar, 59, flog nach Istanbul zurück in dem Glauben, immer wieder zu ihrem Mann fahren zu können. Einen Tag nach ihrer Einreise wurde ihr Reisepass von den Behörden für ungültig erklärt, ohne dass sie etwas davon erfuhr.

Von da an war sie eine Gefangene im eigenen Land, konnte weder zu ihrem Mann noch zu ihrem Sohn. Man legte ihr nahe, sich scheiden zu lassen. Die türkischen Behörden drohten, ihr das Haus in Istanbul zu entziehen. Fast drei Jahre lang ging das so.

Vor über drei Wochen gelang Dilek Dündar die Flucht. Im Berliner Hauptstadtbüro des SPIEGEL sprechen Can und Dilek Dündar zum ersten Mal ausführlich über die Jahre, die hinter ihnen liegen, über Zukunftspläne und ihre Zuversicht nach dem Sieg des Oppositionskandidaten Ekrem İmamoğlu bei der Oberbürgermeisterwahl in Istanbul.

SPIEGEL: Frau Dündar, Sie sind seit 26 Tagen bei Ihrem Mann in Berlin. Wie ist es, nach so langer Zeit wieder zusammen zu sein?

Dilek Dündar: Es ist überwältigend, sehr emotional und einfach wunderbar. Gleichzeitig ist es so, als ob wir uns nie verlassen hätten, das ist das Komische, als hätte es diese Zeit der Trennung nie gegeben.

Can Dündar: Bisher kannten wir so etwas nur aus Filmen, aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: getrennte Familien, die nach Jahren wieder zusammenfinden. Es fällt mir immer noch schwer zu glauben, dass wir das nun selbst erleben.

SPIEGEL: Wo haben Sie sich zum ersten Mal wiedergesehen?

Can Dündar: Den genauen Ort und das Land können wir aus verschiedenen Gründen nicht nennen. Meine Frau ist ja illegal geflohen, und wir wollen weder unsere Unterstützer noch andere, die in Zukunft denselben Weg wählen, gefährden. Aber so viel kann ich sagen: Es war in einem kleinen Café. Dort hat sie auf mich gewartet, nur mit Handgepäck.

Dilek Dündar: Es war wie im Film, er kam von der einen Seite auf mich zugerannt, ich lief ihm entgegen, irgendwo in der Mitte haben wir uns getroffen und nur noch festgehalten, ganz lange festgehalten.

SPIEGEL: Wie oft hatten Sie sich diesen Moment zuvor vorgestellt?

Can Dündar: An jedem einzelnen Tag dieser drei Jahre. Wir haben alles versucht, um ihn herbeizuführen: legale Wege, politische und diplomatische Lösungen, bis zum Schluss leider nur noch der illegale Weg blieb, um das Land zu verlassen.

SPIEGEL: Wann haben Sie den Entschluss zu fliehen gefasst, Frau Dündar? Nach einer langen Phase des Stillhaltens hatten Sie im Februar in einem Video beklagt, Sie würden als Geisel für Ihren Mann festgehalten. War Ihre Entscheidung da schon gefallen?

Dilek Dündar: Sie fiel kurz danach, irgendwann im Frühjahr, nachdem ich zwei Jahre lang versucht hatte, auf legalem Weg meinen Pass wiederzubekommen. Ich hatte auf eine Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts gewartet, vergebens. Dann habe ich das Video aufgenommen, um auf mein Schicksal aufmerksam zu machen. Es wurde über eine Million Mal aufgerufen. Es passierte trotzdem nichts.

Can Dündar: Das war unser letzter Versuch, wir hatten Dileks Erklärung in mehrere Sprachen übersetzen lassen in der Hoffnung, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte reagieren würde.

Dilek Dündar: Ich hatte auf einmal das Gefühl, mir rennt die Zeit weg. Meinen Sohn, der in London lebt, hatte ich seit dreieinhalb Jahren nicht mehr gesehen. Ich hatte Angst, dass ich ihn am Flughafen nicht mehr erkennen würde. Also habe ich entschieden, mein Land auf illegalen Wegen zu verlassen.

SPIEGEL: Wussten Sie von den Plänen Ihrer Frau?

Can Dündar: Wir konnten darüber nicht am Telefon reden, weil wir ja abgehört wurden. Also mussten wir wieder Kommunikationstechniken des 19. Jahrhunderts anwenden, um der Überwachung zu entgehen. Das bedeutete, einem Boten etwas mitzuteilen, der es jemand anderem sagte, und irgendwann hat es den jeweils anderen erreicht. Das Wort Reise kam nie vor, wir haben Codewörter benutzt.

Dilek Dündar: Ich habe niemandem etwas erzählt, ich konnte mich noch nicht einmal von meinen Eltern verabschieden, die in Ankara leben, nicht von meinen Freunden. Ich habe eine Tasche gepackt, drei Kleider, eine Haarbürste, das war's. Es war Ferienzeit, das hatte ich so gelegt, damit ich nicht auffalle. Ich habe allen gesagt, ich würde ein paar Tage zu Freunden fahren. Dann bin ich auf ein Boot gestiegen. Das Erstaunliche ist, dass ich fast mechanisch gehandelt habe, vollkommen emotionslos, obwohl ich wusste, wie viele Menschen bei solchen Überfahrten gestorben sind.

SPIEGEL: Wie groß waren Ihre Schuldgefühle, dass Sie Ihre Frau in diese Situation gebracht hatten?

Can Dündar: Na ja, ich denke nicht, dass ich hier der Schuldige bin. Ich habe über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes nach Syrien geschrieben. Ich bin Journalist. Wenn du einen Journalisten in



GENE GLOVER / DER SPIEGEL

Exilanten Dündar in Berlin: »Es war wie im Film, er kam auf mich zugerannt, ich lief ihm entgegen«



BURAK KARA / GETTY IMAGES

Anhänger des Oppositionskandidaten İmamoğlu in Istanbul: »Es führt kein Weg an Neuwahlen vorbei«

der Türkei heiratest, dann weißt du, worauf du dich einlässt. Aber ich hatte große Angst um sie, das Risiko, dass Grenzpolizisten sie erkennen, war groß. Dileks Flucht war in jeder Hinsicht gefährlich. Und eine so große Entscheidung. Sie hat ihr ganzes Leben in eine kleine Tasche ge packt, ihr Land, ihre Freunde, ihre Familie hinter sich gelassen. Sie konnte nichts mitnehmen aus unserem Haus in Istanbul, keine Fotos, keine Erinnerungen, nichts.

Dilek Dündar: Der Drang, sich aus dieser Situation zu befreien, war größer als alles andere. Ich wollte nicht mehr Spielmasse in den Händen Erdogans sein, Material, mit dem er meinen Mann manipulieren konnte. Solange ich noch in der Türkei war, war auch Can nicht frei. Er musste immer überlegen, was er schrieb, was er in Interviews sagte, weil das zu Repressionen gegen mich hätte führen können.

SPIEGEL: Waren Sie einander fremd, als Sie sich dann endlich wieder gegenüberstanden?

Can Dündar: Ehrlich gesagt waren wir uns nie näher. Die letzten drei Jahre waren, so absurd das klingen mag, die intensivsten in unserem ein Vierteljahrhundert alten Familienleben. Unser Sohn ist jetzt 24, wir alle haben regelmäßig auf Skype oder Facetime miteinander gesprochen. Wir haben so viel miteinander geteilt und gesprochen.

SPIEGEL: Täglich?

Can Dündar: Nein, nicht täglich, aber wenn einer von uns eine gebrochene Stimme hatte oder sonst nicht gut klang, haben wir sofort Skype-Meetings anberaumt, um ihn oder sie wieder aufzurichten.

Dilek Dündar: Es gab trotzdem schlimme Momente. Als mein Sohn in London seine Abschlussfeier an der Universität hatte, konnte ich nicht dabei sein. Can hat alles gefilmt, sodass ich auf Facetime zuschauen konnte. Das war sehr hart, es hat mir so wehgetan, nicht dabei sein zu können.

Can Dündar: Sagt Ihnen der Begriff »Facetime-Funerals« etwas?

SPIEGEL: Nein.

Can Dündar: Es bedeutet, dass Angehörige der Beerdigung ihrer Liebsten auf Facetime beiwohnen, weil sie selbst nicht in die Türkei reisen können. Mein Sohn hat mir davon erzählt. Ein Angehöriger dreht die Beerdigung, und Tausende Kilometer entfernt schauen andere in Echtzeit auf ihrem Handy oder Laptop zu. Das ist furchterlich, aber es ist ein Konzept unseres Jahrhunderts. Uns hat Facetime ständige Kommunikation erlaubt.

Dilek Dündar: Und Facetime-Liebe.

SPIEGEL: Es gab Bemühungen der deutschen Regierung, Ihnen, Frau Dündar, die Ausreise zu ermöglichen. Was haben Sie beide davon mitbekommen?

Can Dündar: Vor zwei Jahren habe ich die Kanzlerin hier in Berlin auf einer Abendveranstaltung getroffen. Sie kam zu mir und fragte mich: »Wie geht es Ihrer Frau?« Ich war total überrascht. Ich treffe zum ersten Mal Angela Merkel, und sie fragt mich nach meiner Frau. Sie fragte mich dann, was sie tun könne. Ich habe ihr vorgeschlagen, sie solle doch mit Erdogan bei ihrem nächsten Treffen darüber reden, dann wollte ich einen Witz machen und sagte: »Er ist doch Ihr Freund.«

SPIEGEL: Fand sie das lustig?

Can Dündar: Sie hat gelacht und geantwortet: »Er ist nicht mein Freund, aber ich werde mit ihm reden.« Das hat sie dann auch tatsächlich getan. Ich bekam danach einen Anruf von einem ihrer Berater, der mir erzählte, die Situation meiner Frau sei ein Tagesordnungspunkt der Kanzlerin mit dem türkischen Präsidenten gewesen.

SPIEGEL: Gab es noch weitere Gespräche?

Can Dündar: Ich weiß, dass es bei seinem Deutschlandbesuch noch einmal Thema gewesen ist. Seine Antwort war sehr zynisch: Er soll seinen Gesprächspartnern gesagt haben, wenn es euch so wichtig ist, die Familie wieder zusammenzuführen, dann schickt ihn doch zurück in die Türkei. All diese Versuche liefen ins Leere.

SPIEGEL: Sie wurden in der Türkei zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, nachdem Sie über türkische Waffenlieferungen an Extremisten in Syrien berichtet hatten. Es gibt noch weitere anhängige Gerichtsverfahren gegen Sie.

Can Dündar: Ich habe ein wenig den Überblick verloren, aber ich glaube, es sind sechs oder sieben Verfahren. Es gibt das wegen der Waffenexporte, dann ein anderes, weil ich angeblich auch die Gezi-Proteste angestachelt haben soll. Und noch ein anderes, weil ich Erdogan und seinen Sohn Bilal beleidigt haben soll, in einer meiner Kolumnen über ihren Korruptionsfall.

SPIEGEL: Haben Sie trotzdem Hoffnung, dass Sie eines Tages in die Türkei zurückgehen können?

Dilek Dündar: Natürlich, diese Hoffnung darf man nie aufgeben. Wir hoffen, im nächsten Jahr wieder hinzufahren.

SPIEGEL: Wie bitte?

Dilek Dündar: Nach der Wahl in Istanbul ist das realistischer geworden als zuvor. Vor zwei Wochen ist da in der Türkei ein Tor aufgegangen. Ekrem İmamoğlu hat es geöffnet. Wir müssen nun durch dieses Tor durch, hinter dem noch viele Hindernisse stehen. Aber dieses Tor wird jetzt nicht mehr zugehen. Wir können diese Hindernisse überwinden, wir wollen wieder Demokratie in unserem Land.

SPIEGEL: Sind Sie ähnlich zuversichtlich wie Ihre Frau – nach allem, was Ihnen widerfahren ist?

Can Dündar: Wir waren immer optimistisch, selbst in den dunkelsten Momenten. Hoffnung ist einer der Wege zu überleben in der Türkei. Aber heute gibt es dafür mehr Anlass denn je.

SPIEGEL: Sie halten das Ergebnis der wegen angeblicher Fälschungen wiederholten Bürgermeisterwahl für den Anfang vom Ende der Ära Erdogan?

Can Dündar: Sicher, weil die türkischen Wähler bei dieser Wahl erstens gezeigt haben, wie sehr sie sich Demokratie zurückwünschen. Zweitens haben sich die türkischen Oppositionsparteien zum ersten Mal in 18 Jahren zu einer demokratischen Allianz gegen Erdogan zusammengeschlossen. Drittens: Selbst Erdogan kann nicht gegen die schlechten Wirtschaftsdaten an. Es wird für ihn hart werden, das Land unter den derzeitig miserablen wirtschaftlichen Bedingungen zu regieren. Und auch außenpolitisch wird es schwierig werden für ihn.

SPIEGEL: Sie meinen, weil er an Autorität verloren hat?

Can Dündar: Ja, es gab lange Zeit zwei Gewissheiten in der Türkei: Die erste lautete, Erdogan verliert nie eine Wahl. Die zweite: Es gibt keine politische Alternative zu ihm. Die Wahl in Istanbul hat diese Gewissheiten zerstört. Und die Welt hat dabei zugeschaut. Was immer er jetzt macht oder sagt, niemand kann diese Wahlergebnisse vergessen. Er hat Macht und Glaubwürdigkeit verloren.

SPIEGEL: Wie wird es jetzt weitergehen?

Can Dündar: Ich glaube, es führt kein Weg an vorgezogenen Neuwahlen vorbei. Ich rechne schon im nächsten Jahr damit.

SPIEGEL: Aber wer soll die Neuwahlen ausrufen? Erdogans Amtszeit geht noch bis 2023. Und seine Partei kann kein Interesse daran haben, sie frühzeitig zu beenden.

Can Dündar: Ich habe vergessen, einen weiteren Punkt zu erwähnen. Es ist auch das erste Mal, dass Erdogan innerhalb seiner eigenen Partei, der AKP, herausgefördert wird. Ich bin überzeugt, dass dies zu einer Spaltung der Partei führen wird.

SPIEGEL: Das würde bedeuten, dass der in Jahren aufgebaute, gewaltige Machtapparat Erdogans in Rekordzeit zusammengebrochen wäre. Könnte es sein, dass Sie ein wenig zu optimistisch sind, weil Sie einen solchen Ausgang herbeisehnen?

Can Dündar: Das glaube ich nicht. Autorität beruht immer auch auf der Anziehungs- kraft, dem Magneten der Macht. Erdogan war ein solcher Magnet, es gab keine Alternative zu ihm. Aber nun können die Leute dabei zusehen, wie er an Macht verliert. Sie werden sich neue Magneten suchen. Die demokratische Allianz, in der sich Liberales wie Nationalisten, Kurden wie Sozialdemokraten zusammengeschlossen haben, wird die neue aufsteigende Macht sein. Vor allem aber wird Ekrem İmamoğlu der neue Magnet sein. Wir haben gesehen, wie viele innerhalb weniger Tage ihre Meinung geändert haben, wie sie anfangen, İmamoğlu zu loben und Erdogan zu kritisieren. Das wird jetzt so weitergehen, es gibt kein Zurück mehr.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich den Erfolg von Ekrem İmamoğlu?

Can Dündar: Die meisten Leute hatten einfach genug von Erdogan, sie wollen ihn nicht mehr. Und dann ist da auf einmal jemand Neues. Erdogan bezog seine Macht daraus, dass er den Status quo, das alte System infrage stellte, nun steht er plötzlich für das alte System. Er, der immer darauf gesetzt hat, die neue Figur in der türkischen Politik zu sein, und damit Erfolg hatte.

SPIEGEL: Das heißt, İmamoğlu hat nur das Glück, zur rechten Zeit zu kommen?

Can Dündar: Nicht nur, aber schauen Sie sich die beiden an. Der eine spaltet das Land, der andere umarmt die ganze Türkei. Der eine steht für das »Weiter so«, der andere für demokratischen Aufbruch. İmamoğlu hat viele Vorteile: Er ist jung, er ist gut vorbereitet, er hat Charisma. In seiner

Familie verbindet sich die traditionelle mit der modernen Türkei. Seine Mutter trägt Kopftuch, seine Frau ist modern. Und, er lächelt, das ist vielleicht das Wichtigste nach all diesen Jahren unter Erdogan voller Hass und Wut. Zum ersten Mal seit langer Zeit gibt es jemanden, der den Türken sagt: Ihr sollt jetzt wieder lächeln.

SPIEGEL: Trotzdem, was ist in diesen drei Monaten, die zwischen der ersten Bürgermeisterwahl und der Neuwahl liegen, geschehen? Im März waren es knapp 14 000 Stimmen mehr für İmamoğlu, nun sind es rund 800 000.

Dilek Dündar: Es war ein zu durchsichtiges Manöver, wie Erdogan diese Wahl angefochten hat. Das hat die Leute abgestoßen. Sie sagten sich: »Wir haben unsere Stimmen abgegeben, und jetzt akzeptiert er sie nicht. Dann lasst uns mal sehen, wie die Nachwahl ausgeht.« Sie haben sich mit dem Opfer solidarisiert. Und das Opfer war İmamoğlu.

Can Dündar: Die Wähler haben mit ihrer Stimme die ignorante Regierung bestraft.

SPIEGEL: Was haben Sie beide jetzt vor, werden Sie in Deutschland bleiben?

Can Dündar: Das Erstaunliche ist, dass meine Frau Berlin sehr mag.

Dilek Dündar: Ja, es ist so ruhig und friedlich, nicht so chaotisch wie London oder Istanbul. Und die Deutschen sind so freundlich. So viele umarmen mich, schenken mir Blumen, weinen und freuen sich mit mir. Nichtregierungsorganisationen haben mir geholfen. Und dann kam unser Sohn aus London und sagte: »Ich liebe diese Stadt.« Ursprünglich wollten wir zu ihm nach London ziehen, jetzt kommt er wahrscheinlich zu uns nach Berlin. Dann müssen wir nur noch Deutsch lernen.

SPIEGEL: Und haben Sie schon Zukunftsprojekte hier?

Can Dündar: Ich glaube, den meisten Deutschen ist nicht bewusst, dass Berlin die neue Heimat für viele im Exil geworden ist. Türkische Intellektuelle leben mittlerweile hier. Deshalb planen wir, gemeinsam mit anderen über die Zukunft unseres Landes nachzudenken, vielleicht eine Art Thinktank zu gründen, um eine Roadmap für die Ära nach Erdogan zu erstellen.

Schon jetzt tauschen wir Ideen aus, versuchen, etwas Neues zu entwickeln, nicht nur mit Türken. Und vielleicht gehen all diese Leute in sagen wir fünf Jahren zurück in ihre Länder und werden dort verantwortungsvolle Posten übernehmen. Und wir werden uns an diese Tage damals in Berlin erinnern, als wir so hart gearbeitet haben, um für Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen.

SPIEGEL: Frau Dündar, Herr Dündar, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



GENE GLOVER / DER SPIEGEL

Ehepaar Dündar (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*

»Wir waren uns nie näher«

* Mit den Redakteuren Britta Sandberg und Maximilian Popp in Berlin.

Sei wie Wasser

Analyse Was die Welt von der Protestbewegung in Hongkong über den Umgang mit China lernen kann – und was nicht

Bei Wochen lang waren die Protestierenden von Hongkong dem Rat eines großen Sohnes ihrer Stadt gefolgt: »Sei formlos, gestaltlos, wie Wasser«, hatte Bruce Lee gesagt, der 1973 verstorbene Kampfkünstler, Schauspieler und Philosoph. »Sei Wasser, mein Freund.«

Und so zogen Hunderttausende scheinbar gestaltlos, wie ein über die Ufer trentender Strom, durch die Straßen der Stadt, um ihren Widerstand gegen die immer enger werdende Umarmung Pekings zu bekunden. Manche von ihnen setzten mit kleineren Provokationen Nadelstiche. Die Polizei schlug grob zurück. Aber die Demonstranten hatten Erfolg: Mitte Juni suspendierte die Stadtregierung ein Gesetz, das es erlaubt hätte, Menschen aus Hongkong an die chinesische Justiz auszuliefern.

Am 1. Juli, dem Jahrestag der Rückgabe der britischen Kronkolonie an China, änderte eine Gruppe von ein paar Hundert Demonstranten ihre Taktik. Sie bauten einen Metallwagen zum Rammbock um und schmetterten ihn gegen eine Glaswand des Parlamentsgebäudes. Dann besetzten und verwüsteten sie den Sitzungssaal. Das war kein Nadelstich eines Kampfsportlers, sondern der Faustschlag eines Boxers.

In Hongkong zeichnet sich seither eine Spaltung der Protestbewegung ab. Selbst scharfe Peking-Kritiker verurteilen den Einsatz von Vandalismus und Gewalt. Teilnehmer des Parlamentssturms verteidigen ihr Vorgehen. Die von früheren Protestbewegungen angewandte Taktik des zivilen Ungehorsams habe sich als wirkungslos erwiesen. Nur die gezielte Provokation führe zu Ergebnissen.

Die Frage, welche Strategie gegenüber einem zunehmend offensiv auftretenden China zum Erfolg führt, geht über den Fall von Hongkong hinaus. Sie stellt sich auch für die von Peking beanspruchte Inselrepublik Taiwan und Chinas Nachbarstaaten, die unter dem wachsenden wirtschaftlichen Gewicht Pekings ächzen. Ja, sie betrifft sogar den Westen, den China politisch und ökonomisch herausfordert.

Als Wirtschaftsmacht hat sich China in den vergangenen Monaten beweglicher gezeigt, als viele das für möglich hielten. Peking hat die auftrumpfende Rhetorik gedrosselt, mit der es über Jahre seinen Ehrgeiz in die Welt hinausposaunte. Auf dem Seidenstraßengipfel im April deutete Staatschef Xi Jinping an, dass er Kritik an Chinas umstrittener Schuldpolitik in vielen Entwicklungsländern zur Kenntnis nehme und zu Korrekturen bereit sei. Auf einem Wirtschaftsforum sagte Premier Li Keqiang diese Woche, Peking werde die von den USA und der Europäischen Union seit Langem geforderte Öffnung seines Finanzsektors ein Jahr vorziehen.

Der Grund für diese plötzliche Beweglichkeit dürften die harten Bandagen sein, mit denen US-Präsident Donald Trump gegen China vorgeht: die Eröffnung des Handelskriegs vor gut einem Jahr, die Ankündigung weiterer massiver Strafzölle im Mai, die Ächtung chinesischer Konzerne – diplomatische Attacken, die eher dem Faustschlag der Hongkonger Demonstranten gleichen.

Nicht alle teilen diesen Ansatz. Vergangene Woche warnen 100 amerikanische China-Experten aus Politik, Militär und Wissenschaft den US-Präsidenten in einem offenen Brief davor, die Gemäßigten im Pekinger Apparat weiter zu antagonisieren. Bislang aber deutet vieles darauf hin, dass Peking auf Druck reagiert und nicht blind ist im Einsatz seiner Mittel.

Der Handelskrieg allerdings, wie auch Pekings geopolitische Konflikte im Südchinesischen Meer, sind Streitfälle, in die viele Länder und Institutionen eingebunden sind: die Welthandelsorganisation, die Uno, internationale Gerichte. Anders ist es in Hongkong, wo Peking sich jede Einmischung verbietet, weil es die Auseinandersetzung als eine innerchinesische Angelegenheit betrachtet. Das macht die Situation dort so gefährlich. Denn damit sind Peking, die Hongkonger Stadtregierung und die Opposition an die starren Regeln gebunden, die im autoritären China gelten. Dieses System kennt keine runden Tische, keine vermittelnden Instanzen, die zu einer schrittweisen Lösung politischer Krisen führen könnten. Konflikte können vorübergehend ignoriert und zeitweise vertagt werden wie der um Taiwan. Aber wenn Peking seine Herrschaft herausfordert sieht, darf es nur einen Sieger geben: die Führung der Kommunistischen Partei.

Am Tag nach dem Sturm auf das Parlament gaben Chinas Staatsmedien

bekannt, dass die in Hongkong stationierten und bislang kaum in Erscheinung getretenen Truppen der Volksbefreiungsarmee vergangene Woche eine Übung abgehalten haben. Das ist ein schlechtes Zeichen. Es bedeutet nicht, dass eine militärische Intervention bevorsteht. Aber es deutet an, dass Peking diese Option nicht grundsätzlich ausschließt.

Unter den Oppositionellen in Hongkong befördern solche Drohgebärden das Gefühl der Ohnmacht. Sie stärken die Radikalen, nicht die Besonnenen. Deren Vorsatz, weiterhin friedlich für Rechtsstaat und Demokratie auf die Straße zu gehen, bleibt in diesem Konflikt die klügere Strategie. Die Staaten des Westens sollten sie unterstützen und klar zu erkennen geben, dass sie nicht allein gegen China stehen. Anders als in internationalen Konflikten mit China ist der Einfluss des Westens in Hongkong sehr gering. Er sollte ihn trotzdem nutzen. Bernhard Zand



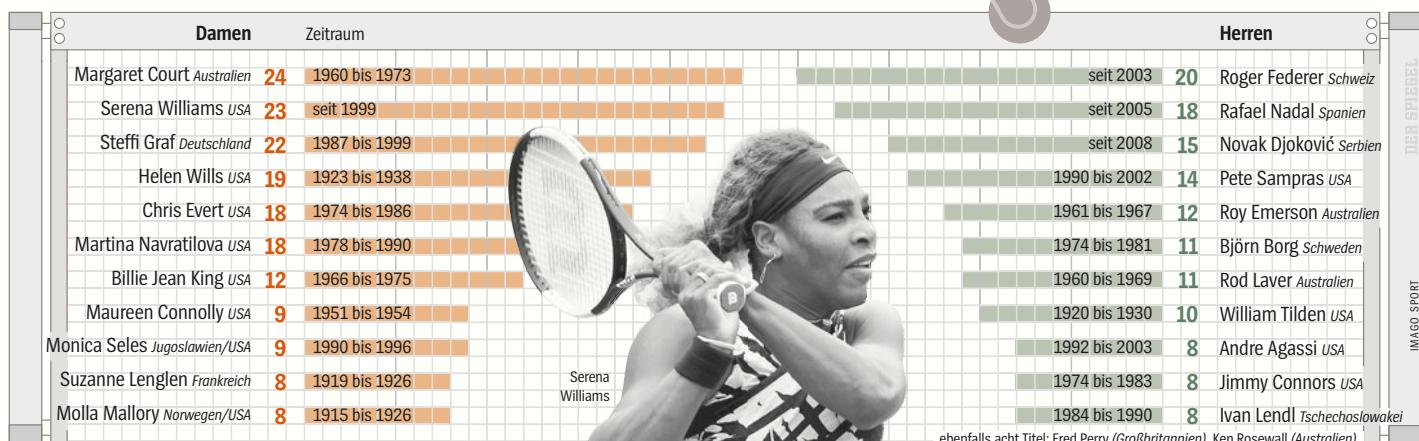
Demonstrierende im Hongkonger Parlament

KYODO / DDP IMAGES

Sport

Die Zustände in Afrika sind für den selbst erklärten Saubermann zu einer Belastung geworden. ► S. 98

Tennisspielerinnen und -spieler mit den meisten Grand-Slam-Einzeltiteln



Während Serena Williams, 37, den Uraltrekord der Australierin Margaret Court jagt, gibt es in der Rangliste der Tennisspieler, die die meisten Grand-Slam-Siege errungen haben, eine außergewöhnliche Konstellation: Seit mehr als einem Jahrzehnt teilen Roger Federer, 37, Rafael Nadal, 33, und Novak Djoković, 32, die Titel

weitgehend unter sich auf. Bei den vier Grand-Slam-Turnieren in Australien, Frankreich, England und den USA konnten seit 2006 insgesamt nur vier Spieler in die Phalanx der großen drei eindringen. Der vorerst letzte war der Schweizer Stan Wawrinka vor drei Jahren bei den US Open mit dem Finalsieg gegen Djoković.

Magische Momente

»Ich dachte, die Welt vergisst mich«

Celia Šašić, 31, über die Ehrung zu Europas Fußballerin des Jahres 2015



SPIEGEL: Frau Šašić, hätten Sie gern bei der WM in Frankreich mitgespielt?

Šašić: Vergessen Sie's.

Ich habe – außer ein paar Benefizspielen – in den letzten vier Jahren kaum Sport getrieben. Ich wäre nicht fit genug.

SPIEGEL: Am 16. Juli 2015 zogen Sie einen Schlussstrich unter Ihre Karriere. Haben Sie es bereut?

Šašić: Absolut nicht. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, wurde damals immer größer. Nach elf Jahren in der Bundesliga stellte ich mir immer häufiger die Frage, ob ich dem Sport weiter die oberste Priorität einräumen will.

SPIEGEL: Männer müssen sich darüber weniger Gedanken machen.

Šašić: Das liegt in der Natur der Sache, und sie verdienen natürlich mehr Geld.

SPIEGEL: Sechs Wochen nach Ihrem Rücktritt wurden Sie als Europas Fußballerin des Jahres und

gleichzeitig Lionel Messi als Fußballer des Jahres geehrt. Wie haben Sie den Tag in Erinnerung?

Šašić: Es war großartig. Nach dem Rücktritt dachte ich: Okay, ich bin jetzt raus. Die Welt vergisst mich – es war schön und tschüss. Dann kamen diese Ehrungen, die ich besonders genießen konnte, weil ich im Anschluss ja keine Erwartungen mehr erfüllen musste. Schade war nur, dass Messi kein Englisch spricht.



Šašić 2013 im EM-Finale gegen Norwegen

SPIEGEL: Ihr Facebook-Profilfoto zeigt Sie mit Messi. Sind Sie ein Fan?

Šašić: Er ist ein Spieler mit einem gegebenen Talent. Das mit dem Profilfoto ist aber auch der Tatsache geschuldet, dass ich in den sozialen Netzwerken nicht sonderlich aktiv bin.

SPIEGEL: Sie waren 2015 Torschützenkönigin der Bundesliga, der Champions League, der WM. Was bedeutet Ihnen Erfolg?

Šašić: Das Glücksgefühl des Moments ist natürlich fantastisch, aber es war nie ein Anreiz, möglichst viele Titel auf meine Autogrammkarte zu drucken. Wäre es danach gegangen, hätte ich nicht neun Jahre lang für Bad Neuenahr gespielt. Freunde, Familie, Heimat – das war mir wichtiger.

SPIEGEL: Im Jahr nach Ihrem Karriereende wurde Deutschland in Rio Olympiasieger. Dieses Gold hätten Sie doch sicher gern mitgenommen.

Šašić: Ich habe alle Spiele zu Hause verfolgt. Meine Tochter Mila auf dem Arm und dazu die Siege meiner Mannschaft – das fühlte sich an wie doppeltes Glück. Die Bundestrainerin Silvia Neid schrieb mir damals, es sei schade, dass wir das Kapitel Nationalmannschaft nicht gemeinsam mit diesem Erfolg beendet hätten. Das stimmt zwar, aber es gibt nichts Größeres als Babyglück. PK

Fische fangen

Poker Seitdem ein Rheinländer fast neun Millionen Dollar bei der WM gewonnen hat, zieht es deutsche Spieler nach Las Vegas. Die meisten zahlen drauf – nur einer kassierte bisher in diesem Jahr richtig ab. Was ist sein Geheimnis?



Ein Ass und eine Drei. Ein Blatt, mit dem man im Poker kaum gewinnen kann. Vor allem sollte man bei diesen Karten nicht bluffen. Nicht, wenn man sich bei der Weltmeisterschaft in Las Vegas mit den Besten misst.

Ismael Bojang, 30, hatte die Karten in diesen Tagen, er erzählt von ihnen, als wären sie alte Freunde. Und dass er mit ihnen doch bluffte. Er erhöhte den Einsatz. Drei andere Spieler gingen mit. Bojang legte weiter nach, immer wissend, dass er nichts in der Hand hatte. Der Rest stieg aus. Der Hamburger gewann in diesem Spiel mit List und Pokerface 1,5 Millionen Chips.

Poker ist kein klassisches Glücksspiel, sondern ein Denksport, vergleichbar mit Schach. Eine kleine Gruppe von Könnern gewinnt dank mathematischer Formeln und Psychologie auf lange Sicht immer mehr, als sie verliert. Der Rest bezahlt – im Pokerjargon heißen die schwachen Spieler »Fische«.

Bei der 50. World Series of Poker (WSOP) in Las Vegas träumen auch viele Deutsche vom großen Geld. Vor acht Jahren gewann hier der Rheinländer Pius Heinz fast neun Millionen Dollar. »Wir haben danach definitiv mehr Deutsche gesehen«, sagt Seth Palansky, seit zwölf Jahren WSOP-Sprecher. Insgesamt treten dieses Jahr Spieler aus fast hundert Nationen an.

Seit etwa sechs Stunden sitzt Bojang, dunkelblauer Camp-David-Hoody und Sandalen, an einem Freitag Anfang Juni in Las Vegas am ovalen Spieltisch, mit ihm acht weitere Zocker. Zwei von ihnen tragen Basecaps, drei Sonnenbrillen. Sie schauen versonnen ins Nichts, spielen an ihren Handys. Es geht darum, seine eigenen Emotionen zu verummen, für die Gegner unlesbar zu sein.

»Ich bin manchmal sehr unsicher am Tisch«, sagt Bojang. Aber das merkt man nicht. Er spricht seine Gegner an, witzelt mit ihnen, macht Small Talk. Auch das kann die mürbemachen, die nicht so abgezockt sind – es ist Teil des Spiels.

Bei der WSOP werden von Ende Mai bis Mitte Juli 90 Turniere gespielt und damit ebenso viele Meister gekürt. Die 90 Sieger bekommen ein Armband aus Gold – Insignie der Pokerkönige. Die Startgelder variieren zwischen 500 und 100 000 Dollar. Beim Hauptwettbewerb werden in diesem Jahr bis zu 8000 Teilnehmer erwartet, die jeweils 10 000 Dollar einzahlen. Der Sieger bekommt mehr als acht Millionen Dollar – fast so viel, wie Heinz als bisher einziger Deutscher gewonnen hat.

Das Turnier, bei dem Ismael Bojang gerade mitspielt, heißt »Millionaire-Maker« – weil der Sieger garantiert eine Million Dollar bekommt. In den Veranstaltungsräumen des Hotels Rio, seit 2004 Austragungsort der WSOP, stehen 519 Pokertische. Wenn dann bis zu 5200 Spieler

gleichzeitig ihre Chips durch die Finger gleiten lassen, mit ihnen Türme bauen, die sie gleich wieder einreißen, klingt es, als fielen viele Reihen Dominosteine im selben Moment um.

Bojang fährt sich mit der Hand über das Gesicht. Er lächelt. Die Räume haben keine Fenster, das Licht ist funzelig wie in der Kajüte eines alten Segelschiffs. Auf den weiträumigen Fluren bieten Masseurinnen ihre Knetkünste an. An einer Bar kann man Sauerstoff aus Schlüuchen inhalieren.

»Ich habe früher versucht, möglichst viele Turniere zu spielen. Nur so kannst du den psychologischen Teil im Poker lernen«, sagt Bojang. Das logische Denken habe er seit je gut beherrscht.

Schon vor seinem Abitur am Gymnasium Heidelberg im Hamburger Norden sei er 2006 durchs Sportfernsehen von dem Kartenspiel fasziniert gewesen, erzählt er, er habe später online gezockt – mit Spielgeld. Dann kamen die Liveturniere. »Mit dem ersten echten Geld ging ich ins Casino.« Sein Studium der Volkswirtschaft brach er 2011 ab, um Profispiel zu werden.

Bojang gefiel der Lifestyle, das Reisen, Zocken, Feiern. Das Leben sollte eine Party sein. Gestern auf den Bahamas, heute

Pokerspieler sprechen vom »read«, der Fähigkeit, die Mitspieler zu lesen.

in Prag, morgen in Las Vegas. Bislang hat er mit Poker laut der einschlägigen Plattform »The Hendon Mob« rund 3,5 Millionen Dollar verdient. Wie viel er eingesetzt hat, was also hängen blieb, weiß er allein. »Ausgesorgt habe ich noch nicht«, antwortet er, und es klingt ein wenig, als wolle er sich rechtfertigen.

Der Hamburger wäre fast Fußballer geworden. Als Torhüter trainierte er mit der Junioren-Nationalmannschaft Gambias. Sein Vater stammt aus dem westafrikanischen Land. Bojang machte ein Spiel gegen eine Auswahl aus Mali. Dann wechselte der Coach, und Bojang war draußen. Er müsse wieder besser in Form kommen, sagt Bojang und schaut an sich herunter.

Aber Pokerspieler müssen keine Athleten sein. Wichtiger sind logisches und mathematisches Denken, um diese Fragen zu beantworten: Wenn diese Karten auf dem Tisch liegen und ich jene auf der Hand halte, mit welcher Wahrscheinlichkeit werden dann die nächstfolgenden aufgedeckt? Wie kann ich eine Siegerkombination generieren aus den Karten auf meiner Hand und den aufgedeckten auf dem Spieltisch?

Das kann jeder lernen – und dann trotzdem verlieren. Psychologie und Menschenkenntnis seien entscheidend, erklärt Bojang. Pokerspieler sprechen vom »read«, der Fähigkeit, die Mitspieler zu lesen, um herauszufinden, ob sie ein gutes Blatt haben oder nur bluffen. Ihre Regungen. Ihr Lächeln, das Zucken der Augenbrauen, das Zittern der Hände, die Körperspannung. Man nennt diese verräterischen Anzeichen »tells«.

Bei alldem selbst schwer ausrechenbar zu sein, mal aggressiv, mal zurückhaltend zu spielen – das ist die Kunst, so gewann Heinz 2011.

Ismael Bojang sei »fundamental wissbegierig«, immer bestrebt dazuzulernen, sagt der deutsche Pokercoach Jan Heitmann, der auch Workshops für Wirtschaftsbosse gibt. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis Bojang ein Bracelet gewinne, so Heitmann Mitte Juni.

Am nächsten Tag sitzt Bojang im roten Shirt mit der Aufschrift »Hooligan« unter grellen Strahlern im Keller eines Wohnhauses in einem Neubaugebiet von Las Vegas. Er ist Teilnehmer einer professionellen Pokerliga. Das Konzept: Wie im Fußball treten Teams gegeneinander an, es gibt eine Tabelle, und pro Session treffen vier Spieler aufeinander. Die Ligaspiele werden im November im Streamingportal Twitch gezeigt. Mehr darf man darüber noch nicht berichten, die Macher fürchten Plagiaturen.

Bojang hat vergangene Nacht bis fünf Uhr morgens gefeiert. Sie waren im Omnia, dem Klub im Caesars Palace, haben gezecht wie Matrosen auf Landgang. Aber am Table knipst der Hamburger wieder das Pokerface an. Die Spieler reden am Spieltisch, als wären sie beim Kaffeeklatsch. Bojang hält sich zurück. Aber er gewinnt ordentlich Chips.

Poker hat traditionell einen eher zweifelhaften Ruf. Lange wurde das Kartenspiel mit einer halbseidenen Gesellschaft gleichgesetzt. Legendär sind die Mafia-Pokerrunden des »Mob« in den ersten Hotels von Las Vegas.

In Deutschland ist zudem nicht klar geregelt, ob der Gewinn zu versteuern ist. Und ob ein Spieler wie ein Unternehmer Verluste steuerlich geltend machen kann. Pius Heinz zog, wie viele deutsche Kartenspieler, nach Wien, wo der Fiskus die Hand von Erlösen aus Glücksspiel lässt. Auch Bojang lebte aus diesem Grund zwischen 2016 und 2019 im irischen Dublin.

Manche Pokerprofis tragen eine Patek Philippe am Handgelenk, fahren im Lamborghini vor. Ihm sei Luxus dagegen unwichtig, sagt Bojang. »Ich komme aus der unteren Mittelschicht, meine Mutter war alleinerziehend mit drei Kindern.«

Das Pokerspiel zieht auch viele Promis an, Stefan Raab etwa oder Boris Becker, vor allem aber Fußballer. Max Kruse, der



Profispiel Bojang im Juni in Las Vegas: »Ich bin manchmal sehr unsicher am Tisch«

in diesem Jahr ebenfalls in Las Vegas spielte und insgesamt mehr verloren als gewonnen hat, hat durch das Pokern sogar seine Fußballkarriere beschädigt: Nachdem er 2015 in einem Berliner Taxi nach dem Pokern 75 000 Euro vergessen hatte, strich ihn Bundestrainer Joachim Löw nach einem weiteren Vorfall aus dem Kader der Nationalelf.

Es ist wieder Abend geworden. Die Wüstenhitze von Las Vegas klingt ab. Bojang und zwei deutsche Pokerspieler erzählen von außergewöhnlichen Karten am Spieltisch und hohen Preisgeldern, einer zeigt Fotos seiner Villa. Der Traum vom ganz großen Pot – jeder Spieler hat ihn. Pius Heinz soll sein Geld gut angelegt haben, so erzählt man es sich in der Szene, er sei unter anderem Mitinhaber einer Firma, die Smoothies herstellt, und lebe sehr zurückgezogen, er pokere nur noch wenig. Auf eine Interviewanfrage reagiert er nicht.

Dass Poker Menschen arm machen und in die Spielsucht treiben kann, verdrängen die meisten. »Poker ist kein Spiel, bei dem du gegen das Casino spielst wie etwa Roulette oder Black Jack. Deine eigene Fähigkeit ist ein viel größerer Faktor als bei anderen Spielen«, sagt etwa Palansky, der WSOP-Sprecher.

Der Glücksspielforscher Ingo Fiedler von der Universität Hamburg hält das für Irrsinn. »Geschicklichkeit schützt nicht vor Sucht«, sagt er. »Das erlangte Können und der Suchtfaktor sind unabhängig voneinander. Und die allermeisten verlieren ohnehin auf die Dauer mehr, als sie gewinnen.« Fiedler war Autor einer Studie, die 2011 publiziert wurde: Damals spielten sechs Millionen Menschen Poker um Echtgeld im Internet und verloren jährlich 3,6 Milliarden Dollar. Deutschland war der zweitgrößte Markt für Onlinepoker: Fast 600 000 Spieler verloren pro Jahr

378 Millionen Dollar an ausländische Anbieter. In Deutschland ist Internetglücksspiel eigentlich verboten. Inzwischen ist der Markt geschrumpft.

Bojang sagt, dass man in der Spielercommunity aufeinander aufpasse, was Spielsucht angehe. Es sei schon vorgekommen, dass man einen Spieler in den Flieger nach Hause gesetzt habe.

Und dann geschieht es tatsächlich: Bojang, der bislang nie einen ersten Platz verbuchen konnte, gewinnt bei der WSOP sein erstes Bracelet. Im 40. Turnier (Einsatz: 1500 Dollar) wird in der Variante Omaha gespielt, bei der jedem Spieler zu Anfang gleich vier Karten ausgegeben werden. Er setzt sich an einem stark besetzten Finaltisch durch, sein Lohn: fast 300 000 Dollar. Er hatte dieses Event als sein letztes bei der WSOP in diesem Jahr geplant.

Den Sieg habe er mit einer nächtlichen Swimmingpoolparty im Hotel Encore mit seinen Freunden gefeiert, erzählt er nach seiner Rückkehr nach Deutschland.

Ismael Bojang will weiterpokern, das habe ihm auch seine Freundin geraten, sagt er. Trotzdem ist er kürzlich zurück nach Hamburg gezogen. Er will ein stetiges Leben führen. Einen echten Job lernen, als Finanzberater durchstarten. »Ich eigne mir gerade das nötige Fachwissen an, um in dem Bereich Karriere zu machen. Die Finanzbranche hat ja einen ähnlich schlechten Ruf wie Poker.«

Bojang steht auf und zeigt sein Pokerface. Christoph Wöhrlé

Sauberfrau

Korruption Fifa-Präsident Infantino braucht zum Macht-erhalt die afrikanischen Funktionäre. Seine Generalsekretärin soll sie einordnen.

Fatma Samoura, 56, hatte jahrelang für die Vereinten Nationen in Entwicklungsländern gearbeitet. Als der neu gewählte Fifa-Präsident Gianni Infantino die Tochter einer Lehrerin und eines Soldaten vor drei Jahren zur Generalsekretärin des mächtigsten Sportverbands der Welt berief, bekam er viel Lob: Die Frau war krisenerprobt, ohne belastende Vorgeschichte als Fußballfunktionärin, und dann sogar noch eine farbige Frau – Samouras Nominierung galt als Symbol des Aufbruchs im skandalumtosten Fußballverband nach der Ära des langjährigen Präsidenten Sepp Blatter.

Fifa-Kritiker sahen in ihr hingegen ein Feigenblatt für einen zunehmend skrupellos durchregierenden Präsidenten Infantino. Interne Dokumente der Fifa zeigen jedoch, dass Samoura keineswegs nur die Vorzeigefrau war, die bei Kongressen auf dem Podium saß. Sie musste schon häufiger ihr bei der Uno erworbene diplomatische Geschick einsetzen, um Verbandskonflikte zu lösen.

Ab August soll Fatma Samoura nun eine schier unlösbare Aufgabe erledigen: Den afrikanischen Fußballverband CAF auf Kurs bringen. Die Organisation versinkt in einem Sumpf aus Korruptionsvorwürfen und Intrigen.

Der CAF-Präsident Ahmad Ahmad, dem der Verband zu entgleiten scheint, ist für Infantino, den selbst erklärten Saubermann des Weltfußballs, zu einer Belastung geworden. Selbst der Afrika-Cup, dessen Achtelfinalbegegnungen am Wochenende in Ägypten stattfinden, wird vom Fehlverhalten der Fußballbosse überschattet.

Samoura wird für mindestens sechs Monate praktisch die Arbeit der CAF-Administration überwachen. Unter der Aufsicht der Senegalesin sollen Governance- und Ethikteams deren Arbeitsweise untersuchen. Eine Betriebsprüfung soll aufarbeiten, was der Verband mit Fifa-Geldern angestellt hat.

Einen solchen Eingriff hat es bisher noch nicht gegeben. Selbst der Fifa-Präsident bezeichnet es als »ungewöhnlich«, dass eine Fifa-Führungsperson die Geschiäcke eines Kontinentalverbands unmittelbar kontrolliert und mitlenkt. Aleksander Ceferin, der Chef des europäischen Kontinentalverbands Uefa, meldete rechtliche

Video

Ismail Bojang über seine Pokertaktik

spiegel.de/sp282019poker
oder in der App DER SPIEGEL



Zweifel an – und ging damit auf Konfrontationskurs zu Infantino. Die Fifa erklärt auf Anfrage, sie sei »vollkommen überzeugt«, dass das Modell im Einklang mit den Statuten sei.

Unter Sportfunktionären gibt es eine ungeschriebene Regel: Wer Präsident der Fifa sein will, braucht die Stimmen Afrikas. Infantino orientiert sich seit Jahren daran. Einen Verband, dessen Administration ver sagt, kann er nicht gebrauchen.

Kann Samoura Ordnung in die CAF bringen? Interne Fifa-Unterlagen, die der SPIEGEL von der Enthüllungsplattform Football Leaks erhalten hat, zeigen, dass die Generalsekretärin unbeachtet von der Öffentlichkeit schon in der Vergangenheit viel damit beschäftigt war, Reibereien in afrikanischen Verbänden zu schlichten.

So bat im November 2016 ein CAF-Mitarbeiter Samoura um Hilfe, um Spannungen in Äquatorialguinea zu lösen. Einige Wochen später schrieb sie dem Sportminister des Tschad und warnte vor politischer Einflussnahme auf den Sportverband. Die Dokumentenauszüge erwecken den Eindruck einer gut vernetzten Generalsekretärin mit einem Blick für aufkeimende Konflikte. »Wir haben eine ernste politische Krise in Äthiopien«, schrieb Samoura in einer Fifa-internen Mail im Februar 2018 anlässlich einer Funktionärs wahl. Die Generalversammlung könne »schnell außer Kontrolle geraten«, wenn die Fifa keine erfahrenen Governance Experten vor Ort hätte. Tatsächlich brauchte es schließlich viele Monate, bis die Abstimmung ordnungsgemäß über die Runden ging.

Die Fifa weiß, wie turbulent Wahlen in den Mitgliedstaaten werden können. Wenige Monate zuvor berichtete Samoura von der Wahlversammlung des Fußballverbands Malis. Trotz der Anwesenheit einer Fifa/CAF-Delegation hätten wegen Streitigkeiten keine Wahlen durchgeführt werden können. »Die Situation eskalierte so sehr, dass die Fifa/CAF Delegation die Versammlung nach vergeblichen Schlichtungsversuchen verlassen musste.« Die Fifa setzte daraufhin ein sogenanntes Normalisierungskomitee ein, das den Verband wieder befrieden sollte.

Auf eine SPIEGEL-Anfrage antwortete die Fifa, dass sie die Angelegenheiten ihrer 211 Mitgliedsverbände andauernd überwache und unterstütze. »Natürlich gibt es angesichts so vieler Länder regelmäßig Probleme, die das Engagement und die Intervention der Fifa erfordern«, teilte ein Sprecher mit. Man habe es oft mit komplexen Situationen zu tun.

Beim Umgang mit Krisenlagen braucht es Führungspersonal, das die

kulturellen Besonderheiten einschätzen kann. Tief verwurzelte Traditionen spielen in Afrika bis heute eine große Rolle. In manchen Ländern ist bei Entscheidungen die Stammeszugehörigkeit wichtiger als die Lösung eines Problems. »Es gibt auf allen Kontinenten Länder, in denen die Korruption hoch ist«, sagt aber die Antikorruptionsexpertin Sylvia Schenk von Transparency International, »das kann man nicht pauschal Afrika zuschreiben.«

Die jüngste Affäre um den afrikanischen Spitzenfunktionär Ahmad bestätigt allerdings viele Klischees und offenbart die Schwäche der Fußballbranche, in der so viel Geld und Prestige zu holen ist. Dem CAF-Präsidenten wird vorgeworfen, Verbands gelder verschwendet und einer französischen Firma Millionenaufträge besorgt zu haben, dessen Chef mit einem engen Vertrauten Ahmads befreundet ist. Geld flüsse über ein leer stehendes Büro in der Steueroase Dubai, die der SPIEGEL und das französische Investigativportal Mediapart enthüllt haben (SPIEGEL 26/2019), werfen zusätzliche Fragen auf.

Zudem wird dem Präsidenten sexuelle Belästigung vorgeworfen. Ahmad streitet jegliches Fehlverhalten ab. Doch die Anschuldigungen lassen seine Machtbasis bröckeln – und damit schwindet auch sein Nutzen für Fifa-Chef Infantino.

Infantino hat die afrikanischen Verbände mit einem freundlichen Kurs auf seine Seite gezogen: Mehr afrikanische Teilneh-

mer bei Weltmeisterschaften, mehr Entwicklungsgelder – es ist die klassische Machtklaviatur, auf der schon sein Vorgänger Blatter zu spielen wusste.

Doch mit Blatters Fifa will Infantino angeblich nichts mehr zu tun haben. »Toxisch, fast kriminell« sei der Verband früher gewesen, rief der Fifa-Boss kürzlich bei seiner Wiederwahl in Paris. Unter ihm sei nun alles im Reinen: offen, transparent, integer. Einen Tag später wurde Ahmad in Paris in Gewahrsam genommen und ver hört. Zudem wurde gegen ihn ein Verfahren der Fifa-Ethikkommission eröffnet.

Aber wie ernst meint es die Fifa mit ihrer Aufräumaktion? Und wie durchschlags kräftig kann Samoura tatsächlich agieren?

Vorgänge rund um den Fußballverband von Liberia bieten Anlass für Zweifel. Im Februar 2017, das zeigen Football-Leaks Dokumente, meldete sich eine Whistleblowerin bei der Fifa. Sie warf unter anderem dem liberianischen Verbandspräsidenten Musa Bility vor, Fifa-Gelder veruntreut zu haben. Bility wies die Vorwürfe als »falsch, unbegründet, bösartig« zurück.

Die Fifa beauftragte eine britische Firma für Risikomanagement damit, die Vorwürfe zu prüfen. In einem Report hielten die Ermittler fest, dass viele Vorwürfe der Whistleblowerin »berechtigt« seien. Sie fanden gefälschte Dokumente und erfuhren in Interviews mit Angestellten der Finanzabteilung, dass man sich nicht wirklich an die eigenen Regeln gehalten habe.

Die Wirtschaftsprüfer beklagten zudem, dass Fifa-Zuschüsse in großem Umfang in bar abgehoben worden seien und es praktisch unmöglich sei aufzuklären, wo sie geblieben sind. Gegenüber den Ermittlern räumte Bility ein, dass er Gelder anders verwendet habe, als von der Fifa verlangt.

Weder Bility noch die Fifa gingen auf eine SPIEGEL-Anfrage ein, in welchem Maße der Funktionär oder der liberianische Verband sanktioniert wurden. Immer wenn die Fifa Beschwerden wegen möglichen Fehlverhaltens bekommme, so ein Sprecher, leite sie die Informationen an die zuständigen Stellen weiter.

Bility ist seit einigen Monaten nicht mehr Präsident des Verbands. Offiziell hat er seinen Chefposten in Harmonie an seinen Nachfolger weitergegeben. Die Whistleblowerin sagte gegenüber dem SPIEGEL, sie habe Fatma Samoura viele Mails geschrieben, aber niemals eine Antwort bekommen. Bility sitzt weiterhin im Exekutivkomitee der CAF.

Rafael Buschmann,
Christoph Winterbach



Fifa-Managerin Samoura
»Wir haben eine ernste politische Krise«

Wissenschaft+Technik

Knacks – da bricht ein Startknopf ab, mit dem das Triebwerk für den Rückflug aktiviert wird. ► S. 102



NEWCASTLE UNIVERSITY / DDP IMAGES

Eine für Insekten angefertigte 3-D-Brille haben Neurowissenschaftler der Universität von Newcastle der Gottesanbeterin mit Bienenwachs vor die Augen geklebt. Damit musste sich das Tier in einem Miniaturkino 3-D-Filme ansehen, die computeranimierte Beute zeigten. Das ungewöhnliche Experiment hatte einen seriösen Hintergrund: Während der Film lief, maßen die Forscher die Aktivität der Nervenzellen im Gehirn der Gottesanbeterin, um mehr über die komplexe Funktionsweise des winzigen Denkorgans herauszufinden.

E-Zigaretten

Gehirnzellen unter Stress

● Der Dampf nikotinhaltiger E-Zigaretten kann möglicherweise die Hirnentwicklung beeinträchtigen, insbesondere bei Jugendlichen und ungeborenen Kindern. Das hat ein Wissenschaftlerteam der University of California in Riverside herausgefunden. Der Hintergrund: Aus neuronalen Stammzellen bilden sich in jungen Gehirnen fortlaufend neue Nervenzellen, sie sind entscheidend für eine gesunde Entwicklung. In ihrem Experiment setzten die amerikanischen Forscher Stammzellen aus Mäusegehirnen dem Dampf von E-Zigaretten aus. Dabei stellten sie fest, dass die Zellen mit einer messbaren Stressreaktion reagierten, ausgelöst durch das Nikotin im Dampf. »Obwohl sie ursprünglich als sicherere Alternative zu echten Zigaretten eingeführt wurden«, warnt die Forscherin Atena Zahedi, die Erstautorin der Studie, »sind E-Zigaretten nicht harmlos. Sogar eine kurze Dampfexposition kann Zellen derart unter Stress setzen, dass bei Daueranwendung der Zelltod eintreten oder Krankheiten entstehen könnten.« VH



PHOTOGRAPH BY CHOICE / GETTY IMAGES

rikanischen Forscher Stammzellen aus Mäusegehirnen dem Dampf von E-Zigaretten aus. Dabei stellten sie fest, dass die Zellen mit einer messbaren Stressreaktion reagierten, ausgelöst durch das Nikotin im Dampf. »Obwohl sie ursprünglich als sicherere Alternative zu echten Zigaretten eingeführt wurden«, warnt die Forscherin Atena Zahedi, die Erstautorin der Studie, »sind E-Zigaretten nicht harmlos. Sogar eine kurze Dampfexposition kann Zellen derart unter Stress setzen, dass bei Daueranwendung der Zelltod eintreten oder Krankheiten entstehen könnten.« VH

Fußnote

8 739 939

Lebensjahre gingen Amerikanern durch tödliche Krebserkrankungen im Jahr 2015 verloren. Das berichtet die American Cancer Society, welche die Daten von Tumorpatienten im Alter von 16 bis 84 Jahren ausgewertet hat. Die meisten Lebensjahre werden dabei durch Lungenkrebs vernichtet. Durch den vorzeitigen Tod entgingen den Betroffenen zudem Gehälter und weitere Einnahmen in Höhe von 94,4 Milliarden Dollar.

»Ich habe miterlebt, wie ein ganzer Strand verschwunden ist«



PRIVAT

Ökologin Aurora Torres, 32, vom Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung Halle-Jena-Leipzig über den unkontrollierten Abbau von Sand für den weltweiten Straßen- und Städtebau

SPIEGEL: Kaum ein Rohstoff scheint auf der Erde so unerschöpflich zu sein wie Sand. Warum fordern Forscher jetzt in »Nature« dazu auf, die Förderung zu reglementieren?

Torres: Der massenhafte Abbau von Sand ist ein völlig unterschätztes Thema. Die Menschheit nutzt diese Ressource inzwischen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Weil Sand für die Herstellung von Beton benötigt wird und weil wegen der wachsenden Weltbevölkerung überall die Städte expandieren, werden enorme Mengen davon benötigt.

SPIEGEL: Wo wird denn am meisten Sand abgebaut?

Torres: Die Gewinnung findet in fast jedem Land der Welt statt, am stärksten aber

in sich schnell entwickelnden Regionen wie Indien oder China. Sand ist von Natur aus anfällig für Raubbau – weil er so leicht zugänglich ist und weil man kein großes Equipment braucht. In einigen armen Regionen der Welt gehen die Menschen morgens zum Strand oder zum Flussufer, um Sand in ihre Eimer zu schaufeln und mit dem Verkauf auf der nächsten Baustelle ein wenig Geld zu verdienen. Mir ist das ganze Ausmaß des Problems vor etwa fünf Jahren klar geworden, als ich miterlebt habe, wie in Jamaika ein ganzer Strand verschwunden ist, um daraus Beton herzustellen.

SPIEGEL: Warum ist es schlimm, wenn irgendwo ein Strand verschwindet?

Torres: Flüsse und Meeresstrände sind dynamische Systeme. Massenhafter Sand-

abbau kann den Verlauf von Flüssen ändern und den Uferbereich erodieren. Der Trinkwasserspiegel kann absinken, Brunnen versiegen, das Ökosystem ändert sich. Einige Krokodil- und Schildkrötenarten, die ihre Eier im Sand vergraben, sind durch den Sandabbau gefährdet. In Küstennähe kann das Trinkwasser versalzen, sogar die Auswirkungen des Tsunamis von 2004 waren auf Sri Lanka durch die Veränderung der Küstenlinie deutlich schlimmer, als sie es sonst gewesen wären. Aber es gibt nicht nur ökologische Folgen, das friedliche Miteinander der Menschen gerät in Gefahr. Denn es bilden sich sogar kriminelle Strukturen, Sand-Mafias, die den Abbau kontrollieren.

SPIEGEL: Was lässt sich dagegen tun?

Torres: Das ist ganz schwierig, vor allem wenn die Preise weiter steigen. Ich weiß, dass solche Veränderungen Zeit brauchen. Aber es gibt zum Sandabbau immerhin schon Empfehlungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, ihnen sollten wir folgen. Die wichtigste Maßnahme ist natürlich, den weltweiten Sandverbrauch zu senken. Zum Beispiel sollten wir Sand recyceln und Ersatzmaterialien verwenden, etwa zerriebene Kieselsteine, Bruchstein oder Plastik. Es darf kein unkontrollierter Raubbau mehr betrieben werden. VH



IMAGO

Sandabbau in Bangladesch

Analyse

Das Schweigen der Ärzte

Eine neue Studie zeigt, wo im Krankenhaus eine tödliche Gefahr liegt.

Sie müssen ins Krankenhaus und machen sich Sorgen, ob Ihre Operation glücken wird? Sie fragen sich, ob der Chefarzt eine Koryphäe und der Anästhesist erfahren genug ist? Verständlich – doch als Patient sollten Sie auch die weniger offensichtlichen Risiken im Blick behalten: etwa den Blasen- und zentralen Venenkatheter, der bei einer großen OP oft gelegt werden muss. Diese Kunststoffschläuche, die tief in den menschlichen Körper ragen, sind Einfallstore für Keime. Jede vierte Krankenhausinfektion geht auf medizinisches Material wie Katheter zurück.

Dass sich Bakterien im Laufe der Zeit entlang der Kunststoffschläuche ausbreiten und so irgendwann in die Blase oder die Blutbahn geraten, lässt sich nur schwer vermeiden. Umso wichtiger ist es, die Katheter so schnell wie möglich wieder zu entfernen; dies kann im Extremfall über Leben und Tod entscheiden.

Wissenschaftler der University of Michigan Ann Arbor haben jetzt untersucht, wie gut Ärzte und Pfleger bei dieser Aufgabe

zusammenarbeiten. Ihr erschreckender Befund: Viele Katheter verbleiben länger als erforderlich im Körper, weil die Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegepersonal nicht funktioniert.

In der elektronischen Patientenakte beispielsweise, mit der auch wichtige Informationen ausgetauscht werden sollen, waren die Informationen über Katheter hinter so vielen Untermenüs versteckt, dass manche Krankenschwestern kaum wussten, wie sie dorthin gelangen sollten. Wollten die Pfleger noch einmal nachfragen, waren die Mediziner oft nicht zu erreichen. Für einen ausführlichen Austausch war ohnehin kaum Zeit. Mitunter trauten sich die Pfleger nicht einmal, die Ärzte auf das Thema anzusprechen.

Das Problem mit den Kathetern zeigt exemplarisch, wie wichtig eine bessere Kommunikation zwischen dem Krankenhauspersonal für die Sicherheit der Patienten ist. Am Ende ist jeder Operateur nur so gut wie das Team, das hinter ihm steht. Veronika Hackenbroch



»Apollo«-Astronaut Aldrin beim Verlassen der Landefähre am 20. Juli 1969: Undichter Urinbeutel

Die Zukunft war gestern

Raumfahrt Vor 50 Jahren betraten erstmals Menschen einen fremden Himmelskörper. Wenig bekannt ist bis heute, wie sehr Pleiten, Pech und Pannen die Mondlandung begleiteten. Das »Apollo«-Programm glich einem chaotischen Start-up – mit einer vorbildlichen Fehlerkultur.

Lautlos stürzt die Landefähre »Eagle«, die aussieht wie aus Sperrmüll zusammengeschraubt, der bleichen Kraterlandschaft entgegen. Nur noch zehn Kilometer sind es bis zur Mondoberfläche, da schreckt ein Computeralarm die beiden Astronauten auf, die nebeneinanderstehen; Sitze hätten zu viel gewogen.

»1202« liest Buzz Aldrin auf der Konsole vor sich. Der Doktor der Naturwissenschaften, der jeden seiner Fernsehauftritte genießt, hat keine Ahnung, was diese Fehlermeldung bedeutet. Auch sein Kollege Neil Armstrong, der maulfaule, öffentlichkeitsscheue Kommandant, ist ratlos. Muss er die Mission abbrechen? Fällt die Mondlandung aus wegen eines dummen Computerfehlers?

Per Funk bittet Armstrong das Kontrollzentrum im texanischen Houston um Hilfe. Er muss nicht lange auf eine Antwort warten. »We're Go on that alarm«, antwortet die Bodenstation lakonisch: Kümmt euch nicht darum, dass euer Computer spinnt, macht einfach weiter.

Es ist nicht die einzige Panne an diesem historischen Tag. Auch bei der Funkverbindung kommt es immer wieder zu nervigen Aussetzern. Doch Armstrong bringt nichts aus der Ruhe. Noch 120 Meter bis zur Landung – prompt wird das nächste Problem offenbar.

Der Computer hat die »Eagle« zu weit geflogen, die Fähre droht an einem Krater aufzusetzen, zwischen schroffen Felsbrocken. Dann wird auch noch der Treibstoff knapp. »Noch 60 Sekunden«, warnt die Zentrale. Im letzten Moment erspäht Armstrong einen sicheren Landeplatz, Mondstaub wirbelt auf, der Pilot verliert fast die Orientierung, das Fluggerät schlingert hin und her, dann setzt es auf.

»The ›Eagle‹ has landed«, meldet Armstrong knapp. Der Rest ist Geschichte. Zum ersten Mal betreten an diesem 20. Juli 1969 Menschen einen fremden Himmelskörper. Mehr als eine halbe Milliarde Erdenbürger verfolgt das Weltereignis in Schwarz-Weiß. Die Erinnerung an die Mondlandung wird sich tief ins kollektive Gedächtnis des Homo sapiens einbrennen.

Zum 50. Jahrestag feiert die amerikanische Weltraumagentur Nasa ihren größten Triumph – und damit vor allem sich selbst.

Fortschrittsfreunde und Nostalgiker schwelgen in Erinnerungen an vergangene Zukünfte, an furchtlose Helden und den Sieg der technischen Perfektion. Amerika erinnert sich an eine einfachere, übersichtlichere Welt, als eine geeinte Nation noch dazu in der Lage schien, gemeinsam etwas außerirdisch Großes zu schaffen.

Der Erfolg von gestern beflogt die Visionäre von heute. Schon bald sollen wieder Amerikaner auf dem Erdtrabanten stehen; doch diesmal sollen sie kommen, um zu bleiben und eine dauerhaft bemannte Station zu errichten. In diesem Ziel sind sich US-Präsident Donald Trump und der Amazon-Chef Jeff Bezos, die sich sonst auf den Tod nicht austehen können, aus-



NASA / AKG IMAGES

Aldrins Fußabdruck auf dem Mond
Je länger her, desto beliebter

nahmsweise einig. Und natürlich fordert auch Astronaut Buzz Aldrin eine Rückkehr zum Mond; mit Ende achtzig röhrt er noch unermüdlich die Werbetrommel für die bemannte Raumfahrt.

Wie es damals war, als er und seine Kollegen zu einem der größten Abenteuer der Menschheit aufbrachen, zeigt der Dokumentarfilm »Apollo 11«, der am 7. Juli in die deutschen Kinos kommt, eine mitreißende Collage mit teils nie zuvor gezeigten Aufnahmen. »Witness the last time we were one«, wirbt der Trailer pathetisch: Erleben Sie das letzte Mal, als wir geeint waren.

Doch so überwältigend die Bilder auch sind, spannend wie ein Thriller, ganz nah dran an den Helden – die zentrale Botschaft des Films ist eine Legende. Denn in

Wahrheit waren die Amerikaner mitnichten geeint in dem Ziel, Menschen zum Mond zu schießen. Dies ist eine der Erkenntnisse, die bei dieser Recherche gewonnen wurden. Für diese Geschichte traf der Autor »Apollo«-Experten an der Smithsonian Institution in Washington, interviewte einen Programmierer der Landessoftware, sprach mit Historikern und Soziologen und erkundete, was aus der Startrampe Nummer 39A am Kennedy Space Center geworden ist.

»Die öffentliche Unterstützung für ›Apollo‹ ist ein Mythos«, sagt Roger Launius, der früher als Chefhistoriker für die Nasa gearbeitet und am jüngst erschienenen opulenten Bildband »The Nasa Archives« beim Taschen-Verlag mitgewirkt hat.

Seit US-Präsident John F. Kennedy 1961 in seiner berühmten Rede das Ziel der Mondlandung verkündet hatte, so berichtet Launius, sprach sich in Umfragen Jahr für Jahr eine klare Mehrheit der Amerikaner gegen das »Apollo«-Programm aus. In den Sechzigerjahren hätten es die meisten Amerikaner besser gefunden, wenn das Geld für Bildung oder Armutsbekämpfung verwendet worden wäre. Nach dem Ende der Mondmissionen 1972 begann die Verklärung: Je länger sie zurückliegen, desto beliebter werden sie.

Eine Legende ist auch der Glaube, das »Apollo«-Programm sei ein perfekt organisiertes Mammutprojekt gewesen, präzise geplant und gesteuert bis in die Details, mit militärischer Strenge durchgezogen. Alles Quatsch. In Wahrheit glich die Mondlandung eher einem gigantischen Start-up-Unternehmen, chaotisch, anarchisch, experimentierfreudig, begleitet von (teilweise lebensgefährlichen) Pleiten, Pech und Pannen.

Der Computerfehler während des Landemanövers ist dafür ein Paradebeispiel. Hunderte Fachleute sind an diesem schwülwarmen Sommertag über das Kontrollzentrum im texanischen Houston per Konferenzschaltung vernetzt, um ihr geballtes Wissen zu bündeln – eine Art Schwarmintelligenz, per Funk mit den Himmelsstürmern verbunden.

Als plötzlich die Fehlermeldung »1202« auftritt und an Bord der Landefähre für Ratlosigkeit sorgt, gibt ein junger Inge-

nieur namens Steve Bales sekundenschnell Entwarnung: kein Problem, weitermachen. Ohne die schnelle Intervention wäre die Mondlandung vielleicht abgeblasen worden. Bales war damals 26 Jahre alt.

Später ehrte der damalige Präsident Richard Nixon ihn für die Verdienste seines Teams. Bales seinerseits gab den Dank weiter an seinen Kollegen John »Jack« Garman, der diese harmlose Fehlermeldung schon aus Simulationen kannte. Garman war bei der Landung 24 Jahre alt, nicht ungewöhnlich beim »Apollo«-Start-up.

Auch die Berechnung der Flugbahn basierte auf ungewöhnlichen Vorarbeiten. Diese wichtige Aufgabe wurde in den Fünfzigern von Mathematikerinnen und »Computers« geleistet – so nannte man Mitarbeiter, die Berechnungen anstellten. Sie suchten nach eleganten Flugbahnen am Himmel, aber hineinden mussten sie, wenn sie die falsche Hautfarbe hatten, wegen der Rassentrennung teils weite Fußwege zur Toilette in Kauf nehmen. Erst später übernahmen nach und nach elektronische Computer die Arbeit der menschlichen »Computers«.

Software und Hardware waren engstens verhakelt: Einsen und Nullen der Steuerprogramme mussten mühsam von Hand in lange Stränge aus Magnetringen und Draht zusammengeflochten werden, und zwar von fingerfertigen Arbeiterinnen, die gern als »Little Old Ladies« geneckt wurden. Einmal streikten die kleinen alten Damen. Ihre Vorrbeiter versuchten, die Programme selbst zu knüpfen – und scheiterten kläglich.

Insgesamt waren 400 000 Menschen am Großprojekt Mondlandung beteiligt. Über 20 000 Firmen, Universitäten und Institute übers ganze Land verteilt arbeiteten der

Nasa zu. Die Kosten beliefen sich nach heutigem Wert auf mehr als 150 Milliarden Dollar, der Bau des Panamakanals kostete weniger als ein Zehntel.

Einer der 400 000 war der Programmierer Don Eyles. Er schrieb den wichtigen Code für die Steuerung des Landemanövers. »Die Mondlandung fühlte sich für mich an wie die Geburt meines Babys«, sagt Eyles in der Rückschau. Nach der Mondlandung entdeckte ihn die Musikzeitschrift »Rolling Stone« und machte ihn zu einem der heimlichen Stars von »Apollo«. Als »weird-looking freak« wurde er in einem Artikel beschrieben, und das nicht nur wegen seiner langen Haare oder weil er gern kiffte.

Ins »Apollo«-Programm war Eyles durch Zufall geraten. Im Sommer 1966 war er 23 Jahre jung, pleite und auf Jobsuche. Am MIT brauchten sie händeringend Mitarbeiter, um die Software für das »Apollo«-Raumschiff zu programmieren. Eyles hatte davon zwar wenig Ahnung, aber ein Mathestudium hinter sich, und so fuchste er sich in nächtelangen Sitzungen ein. An Wochenenden ging er gern auf Konzerte oder auf Demos gegen den Vietnamkrieg.

Eyles sah sich gleichermaßen als Ingenieur und Künstler, sein Code liest sich teilweise wie Poesie. Eine Programmroutine zum Zünden von Triebwerken nannte er »BURNBABY«, weil während Rassenunruhen der Slogan gerufen worden war: »Burn, Baby, burn!«

Einmal raunzte ein Nasa-Manager den Freak an, dass er gefälligst seine Haare schneiden solle. Eyles dachte nicht daran: »Ich akzeptierte keine Befehle, sondern Anregungen«, erinnert er sich. Und: »Ich hatte keine Ahnung, wer damals eigentlich mein Chef war.« Er sah sich eher als Teil eines Organismus als einer Organisation.

Die Astronauten hingegen waren von ihrer Herkunft her meist militärisch geprägte Testpiloten, aus Sicht der superschlauen Nerds nur mittelmäßig begabt und schon gar nicht besonders kreativ; darum versuchten die Programmierer, ihre Software »idiot proof« zu machen, idiotensicher. Das galt auch für Landessoftware.

Für Außenstehende sah es komisch aus: Immer wenn der Computer überlastet wurde, crashte er – und fuhr dann einfach wieder hoch. Die Freak-Software spuckte in dem Fall zwar eine Fehlermeldung aus, machte aber nach dem Neustart mit den wichtigsten Aufgaben einfach weiter, wo sie aufgehört hatte. War was?

Womöglich rettete dieses narrensichere Programm den Astronauten das Leben; denn nur im Handbetrieb, ganz ohne Computerhilfe, hätte sich die Landefähre kaum manövrieren lassen. Das »verkabelte Fliegen«, das auf eine gemeinsame Steuerung durch Pilot und Computer setzte, war eine Revolution. Heute ist das Prinzip des »Fly By Wire« Standard in der Fliegerei.

Aus heutiger Sicht erscheint es fast wie ein Wunder, dass sich die breitbeinigen Astronauten, die konservativ-spießigen Nasa-Manager, die Mathematikerinnen, Arbeiterinnen und kiffenden Programmierer irgendwie zusammenrauften und auf das große gemeinsame Ziel hinarbeiteten.

Es waren letztlich konzentriert-lockere Nasa-Manager wie Bill Tindall, die den Laden zusammenhielten. Die bissigen, schohnungslosen Zwischenberichte des Ingenieurs waren so lustig geschrieben, dass die bunte Truppe jedes »Tindallgram« verschlang wie einen Schundroman.

»Ich komme gerade wieder vom MIT zurück mit meiner wöchentlichen Dosis neuer Magengeschwüre«, so begann ein typi-



CBS / GETTY IMAGES

Flugreisende bei der Übertragung der Mondlandung*: Die Mehrheit war dagegen



AMERICAN SCHOOL / BRIDGEMAN IMAGES

Armstrongs Raumanzug: Vom BH inspiriert



NASA / REUTERS

Astronauten Armstrong, Collins, Aldrin nach ihrer Rückkehr: Absturz mit dem »fliegenden Bettgestell«

sches »Tindallgram«. Noch kurz vor der Mondlandung schrieb er: »Ich habe totalen Scheiß gebaut beim letzten Meeting ...«

Im Grunde lässt sich das Erfolgsrezept des »Apollo«-Projektes in einem einfachen Satz zusammenfassen: testen, testen, testen – und immer mit dem Schlimmsten rechnen. Über 400 Stunden lang übten die Astronauten die Mission in Simulatoren. Sie verursachten dabei einen Crash nach dem anderen, immer wieder, bis es einigermaßen klappte.

Die Ingenieure an der Konsole quälten Armstrong und Aldrin mit immer neuen Fehlfunktionen, Pannen und Notfällen. Die Simulationsanlagen waren so wild zusammengeschustert, dass sie auch als »The Great Train Wreck« bekannt wurden – das große Zugunglück. Erfolg durch Scheitern.

Armstrong musste zur Vorbereitung aber auch ein reales Landegerät fliegen, draußen über einem Feld. Man nannte es »fliegendes Bettgestell«. Dieses Fliewatüüt sollte die geringe Schwerkraft des Mondes simulieren; die Flugeigenschaften ähnelten den Bewegungen eines Wildpferdes beim Rodeo. Einmal verlor Armstrong dabei die Kontrolle, raste auf den Boden zu. Im letzten Augenblick schoss er mit dem Schleudersitz in den Himmel, das Bettgestell ging in Flammen auf. Dumm gelaufen, aber besser auf der Erde als im Weltall.

* Auf dem John-F.-Kennedy-Flughafen in New York.

Zoff gab es auch bei der Entwicklung des Raumanzugs. Einige Ingenieure wollten eine Art starre Rüstung, wie ein Raumschiff zum Anziehen. Grundsolide, aber zu sperrig. Am Ende machte ein weicher Raumanzug das Rennen, 21 Lagen Textil, inspiriert von den beliebten Playtex-Büstenhaltern. »Ich würde doch nicht in einem Ding ins All fliegen, das aus einer Nähmaschine kommt«, schimpfte ein Designer. Aber die BH-Anzüge waren unschlagbar.

Ein halbes Jahrhundert später wird Armstrongs Raumanzug verehrt wie eine Reliquie. Ab 16. Juli bildet er das Herzstück einer Sonderausstellung im National Air and Space Museum in Washington, D. C. Über sechs Millionen Besucher pilgern pro Jahr dorthin, Schulklassen drängeln sich staunend zwischen Raketen, Raumfähren, Düsenjägern und dem Doppeldecker der Wright-Brüder.

Von Anfang an war »Apollo« ein improvisiertes Programm, nicht von langer Hand geplant, sondern eine kurzfristige Aktion. Kurz nach Amtsübernahme geriet der neue junge Präsident John F. Kennedy in eine Krise. Eine von den USA unterstützte Invasion im kommunistischen Kuba endete 1961 blutig in dem Schweinebuchtdeaster, außerdem schwelte eine Wirtschaftsrezession. Dann schoss die Sowjetunion auch noch als erste Nation einen Menschen ins All. Kennedy musste ebenfalls etwas Spektakuläres aus dem Är-

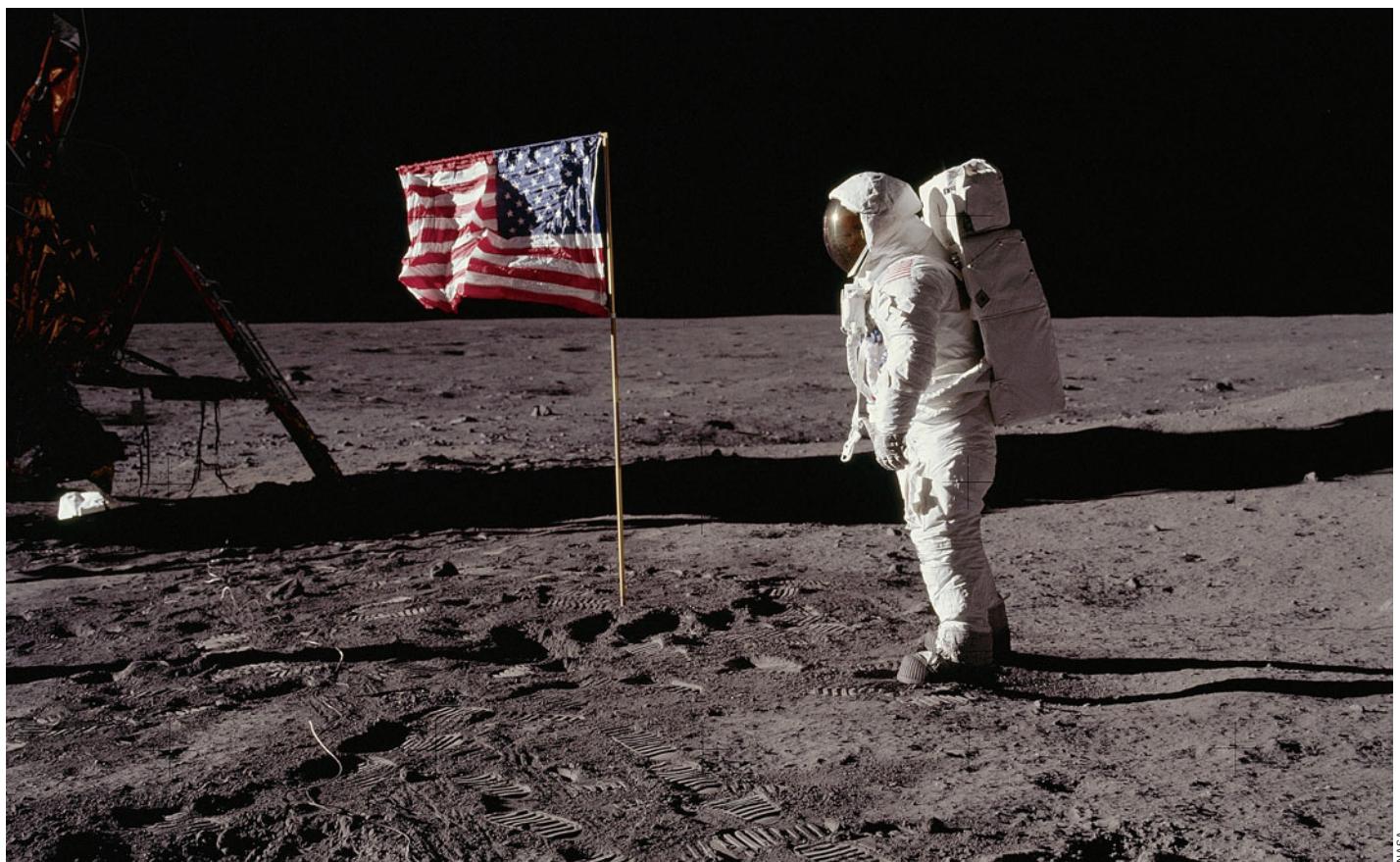
mel zaubern, obwohl er gar kein Welt Raumfan war.

Da schlug die Stunde von Wernher von Braun, dem Mann fürs Große. Der aus Deutschland stammende charismatische Raketeningenieur der Nasa hatte in Zeitschriften und Disney-Filmen seit den Fünfzigerjahren für bemannte Weltraumreisen zu Mars und Mond geworben.

»Es gab aber mehrere von Brauns«, sagt der Historiker Michael Neufeld von der Smithsonian Institution, ein ausgewiesener Kenner der Materie. Der eine von Braun, das sei der Träumer gewesen, der schon als Jugendlicher mit einer raketenbetriebenen Seifenkiste durch Berlin raste, inspiriert vom wirren »Raketenrummel«, der im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg ausbrach.

Der andere von Braun war der kühle Technikmanager, der in Peenemünde für Hitler die sogenannte Vergeltungswaffe V2 entwickelte, eine Rakete, bei deren Produktion im mörderischen KZ Mittelbau-Dora bei Nordhausen Tausende Zwangsarbeiter umkamen. »Wahrscheinlich hat die aufwendige Raketenentwicklung Hitlers Armee sogar geschwächt«, sagt Neufeld: »Erst die USA ernteten nach dem Krieg die Früchte.«

Denn der SS-Sturmbannführer von Braun wechselte nach dem verlorenen Krieg geschmeidig die Seiten und entwickelte für die Siegermacht die stärkste



NASA

»Apollo«-Astronaut Aldrin auf dem Mond: Verschwörungsfans gilt das Flaggenfoto als Beweis für eine Inszenierung im Studio

Rakete der Menschheitsgeschichte: die »Saturn V«. Das Monstrum, 111 Meter hoch, rund 3000 Tonnen schwer, sollte seinen Kindheitstraum wahr werden lassen: den Flug zum Mond. In den Zeiten des Kalten Krieges wurde von Braun in der Presse als »Kolumbus des Alls« gefeiert.

Neidische Mitarbeiter von einst stellten ihn zwar als Aufschneider dar, der nicht in der Lage gewesen sei, präzise Angaben über die Schubleistung seiner Raketen zu machen. »Aber er war ohnehin weniger Ingenieur als ein sehr guter Manager komplexer Projekte«, sagt Neufeld. Die Nasa feiert von Braun auf ihrer Website mit folgender Anekdote: Als ein Mitarbeiter ihm einen Fehler beichtet, staucht der diesen nicht zusammen, sondern schickt ihm zum Dank sogar eine Flasche Champagner.

Vermutlich lag es auch an dieser Fehlerkultur, dass trotz aller Pannen am Ende alles ein gutes Ende nahm. Aber es war ein harter Weg, der Todesopfer forderte – allerdings nur am Boden, nie im Weltall.

Im Januar 1967 fand eine bemannte Generalprobe auf der Startrampe statt. Doch die Kapsel ging in Flammen auf, weil diese mit reinem Sauerstoff vollgepumpt war. Ein elektrischer Funke entzündete ein Feuer, die drei Astronauten verbrannten.

Das Team analysierte das Desaster ohne bittere Schuldzuweisungen, verbesserte, drehte Feedback-Schleifen. Ähnlich wie

die Landessoftware: nach jedem Crash sofort wieder hochfahren und weiter.

Zu Weihnachten 1968 sollte eigentlich in der Erdumlaufbahn die Landefähre getestet werden, aber die war noch nicht fertig. Aus der Not geboren wurde ein Flug, der in die Geschichte einging: An Bord von »Apollo 8« umrundeten US-Astronauten den Erdtrabanten. Durch Zufall blickten die Männer aus dem Fenster, als über dem bleichen Mond die Erde aufging, zart und verletzlich in der Schwärze des Alls.

Das dabei entstandene Sensationsfoto namens »Earthrise« verhalf angeblich der Ökobewegung zum Durchbruch. Doch auch dieser Mythos stimmt so nicht, sagt Neil Maher, Geschichtsprofessor an der Rutgers University in Newark: »Bereits sechs Jahre zuvor hatte die Umweltaktivistin Rachel Carson mit ihrem Bestseller »Der stumme Frühling« die Welt aufgerüttelt.« Bis 1969 profilierte sich US-Präsident Lyndon B. Johnson mit Hunderten Ökoinitiativen. Erst nachträglich habe die Nasa das Ökothema für sich entdeckt und ausgeschlachtet.

»Seit Jahren tut sich die Nasa mit Propaganda und Märchen hervor«, findet auch Amitai Etzioni, einer der einflussreichsten Soziologen der USA und einer der schärfsten Kritiker der »Apollo«-Mission. »Früher hat das vielleicht funktioniert, aber heute wirkt es nur noch peinlich«, erregt sich der 90-Jährige bei einem

Besuch in seinem Büro an der George Washington University in der US-Hauptstadt.

Geboren wurde Etzioni 1929 in Köln als Werner Falk, als Kind floh er mit seinen Eltern vor den Nazis nach Palästina, legte sich einen neuen Namen zu und half beim Bombenlegen, um gegen die britische Mandatsmacht zu kämpfen, für einen unabhängigen jüdischen Staat. Später emigrierte er in die USA, wurde Soziologieprofessor, Berater von Präsident Jimmy Carter und Präsident der American Sociological Association. Schon 1964 trug Etzioni in seinem Buch »Die große Mondause« die Argumente gegen die bemannte Raumfahrt zusammen. Der Widerstand zeigte Wirkung: Als die amerikanische Wissenschaftszeitschrift »Science« 113 Experten befragte, was sie vom halsbrecherischen Rennen zum Mond hielten, waren nur 3 dafür.

Aber hat die Mondlandung nicht junge Menschen inspiriert und Forschung und Bildung gestärkt? »Nein, das »Apollo«-Programm hat keinerlei messbaren Einfluss auf das Bildungssystem gehabt«, widerspricht Etzioni. Wahrscheinlich sei die Mondlandung sogar schädlich gewesen, meint er, weil sie Unis Geld und Köpfe entzog. Raumfahrt findet er gut und wichtig, aber für praktische Zwecke: Wetterkunde, Meeresforschung oder GPS.

Die Gegner der großen Weltraumshow waren so bunt gemischt wie die Fans: Schwarze Bürgerrechtler forderten, die Mil-

liarden besser für die Armutsbekämpfung auszugeben. Die eigentlich raumfahrt-freundliche American Rocket Society warf von Braun »Gigantomanie« vor. Und sogar Hugh Dryden, der Chef der Nasa-Vorläuferorganisation Naca, kritisierte frühe Pläne von Brauns, sie hätten »ungefähr denselben technischen Wert wie eine Zirkusnummer, bei der eine Dame aus einer Kanone abgeschossen wird«.

Alles lange her. Auch bei der Mondlandung gilt, dass die Geschichte von den Siegern geschrieben wird. Über eine Million Fans pilgern jährlich ins Kennedy Space Center nach Florida, um eine nie gestartete »Saturn V«-Rakete und eine unfassbar enge Kommandokapsel zu bestaunen, in der drei mutige Männer tagelang so eng zusammengepfercht hockten wie in einem stinkenden Kleiderschrank.

Anfang dieser Woche gelang der Nasa auf dem nahe gelegenen Luftwaffenstützpunkt ein Testflug des neuen »Orion«-Mannschaftsmoduls. Dennoch ist noch völlig offen, wann tatsächlich wieder Amerikaner zum Mond aufbrechen.

Von der legendären Startrampe 39A heben inzwischen die Raketen der Firma SpaceX von Elon Musk ab. Die jungen Wilden von heute feiern jeden Fehler, jeden

Doch kaum gelandet drückt Aldrin die Blase. Er ist der erste Mensch, der auf dem Mond pinkelt.

Crash, jede Explosion als eine Chance, daraus zu lernen. So wie einst bei »Apollo«: mutig, neugierig, dezentral; hohe Ziele, flache Hierarchien.

Die Raketenstufen von SpaceX sind teilweise wiederverwendbar, nach ihrem Flug ins All kehren sie zur Erde zurück, mit einem Glühen wie Meteoriten und einem mächtigen Überschallknall. Schon Stunden vor dem Start bilden sich Staus an den Ufern des Indian River, wo Schaulustige ihre Liegestühle aufstellen am Space Walk of Fame in Titusville.

Die Namen der Helden von damals säumen eine Triumphallee, die gen Osten zeigt, in Richtung Cape Canaveral. Auf den Plaketten klingende Namen und schamloser Kommerz: Neil Armstrong, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Boeing. Die Allee der Astronauten endet an einer Trümmerpromenade, verwüstet von einem der häufigen Tropenstürme.

Die heutigen Wunderwerke der Technik stemmen nicht einmal halb so viel Nutzlast wie die »Saturn V«-Rakete einst.

Die Startrampe 39A ist heute von einem nach außen gebogenen Metallzaun umfasst, damit die neuen Raumfahrtioniere

nicht von den allgegenwärtigen Alligatoren angeknabbert werden.

Als sich die »Apollo«-Astronauten an diesem Ort damals in 100 Meter Höhe in ihre Raumkapsel zwängen, geben sie Guenter Wendt zum Abschied eine Papiertüte.

Wendt, ein deutschstämmiger Ingenieur, wegen seiner Strenge und seines Akzents als »Führer der Startrampe« veräppelt, war leidenschaftlicher Angler. Aus Jux steckt der Astronaut Collins ihm ein armeliges Fischchen zu, mit der Notiz: »Guenters Angeltrophäe«. Dann schließen sie die Luke und fliegen zum Mond.

Landung gegückt, auf zum Mondspaziergang. Blöd nur, dass die verdammte Luke sich nicht öffnen lässt, der Kabinendruck presst sie zu. Ob wir wohl hinauskommen?, fragen sich die Abenteurer. Eigentlich sind die Wände ihrer Landefähre ja so dünn, dass man sie leicht aufreißen könnte. Aber dann müssten sie mit einem Leck zurück zum Mutterschiff düsen, das den Mond umkreist.

Mit ihren pummeligen Raumanzügen fuhrwerken sie in der engen Kabine herum, wie Michelinmännchen im Porzellanladen. Knacks, da bricht ein Startknopf ab, mit dem das Triebwerk für den Rückflug aktiviert wird. Als sie das Problem später bemerkten, fackeln sie nicht lange, stopfen einen Stift hinein und prokeln so lange herum, bis die Zündung anspringt.

Und die Luke? Sie würgen so lange herum, bis sie aufgeht. »That's one small step for (a) man, one giant leap for mankind«, funkts Armstrong zur Erde, wobei das kleine Wörtchen »a« fehlt. »Ein kleiner Schritt für Mensch? Die Menschheit rätselt, was er gemeint haben könnte.

Aldrin klettert und hüpfst hinterher. Doch kaum gelandet, drückt ihm die Blase. Er ist der erste Mensch, der auf dem Mond pinkelt. Leider ist sein Urinbeutel undicht, ein Moonboot füllt sich mit Pipi. Er verschweigt das Malheur.

Die beiden Männer packen eine amerikanische Flagge aus, aber der verfluchte Teleskopmechanismus der Halterung lässt sich nicht ganz ausziehen. Die Fahne wirkt daher leicht zerknittert, fast so, als würde sie im Winde wehen, obwohl der Mond doch gar keine Atmosphäre hat. Verdächtig, verdächtig. Das Flaggenfoto gilt Verschwörungstheoretikern bis heute als Beweis dafür, dass die Mondlandung nur eine Inszenierung war, gedreht in einem geheimen Studio der Nasa.

Dabei war es nur die vorerst letzte Panne der Mondmission – und eine Sternstunde souveräner Fehlerkultur. Denn das ist die eine wichtige Botschaft von »Apollo«: Fehler sind völlig okay, solange man aus ihnen lernt. Hilmar Schmundt

Twitter: @hilmarschmundt



WEITWINKEL

Fly Me to the Moon

Vor 50 Jahren betrat Menschen den Mond. Spätestens 2024 soll es wieder so weit sein. Aber wie genau fliegt man eigentlich von der Erde zum Mond – und warum braucht man dafür ein Rendezvous? Warum wäre die Weltsensation fast schiefgegangen, damals am 20. Juli 1969? Vor allem aber: Was um Himmels willen lockt Astronauten bei der Rückkehr zum Mond ausgerechnet in die eiskalten, finsternen Krater am Südpol des Nachtgestirns?

Sehen Sie die Graphic Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

Brennende Beine

Medizin Bei der Kernspintomografie werden oft Kontrastmittel gespritzt, die giftiges Schwermetall enthalten. Sind die Nebenwirkungen schlimmer als gedacht?

Das Mädchen aus der Nähe von Düsseldorf wird bald elf Jahre alt, es liebt Pferde und trifft sich gern mit seinen Freunden. Ganz normal – nur dass nichts mehr normal ist in seinem Leben seit der Gehirnerschütterung, die es im vorigen November bei einem Fahrradunfall erlitten hat.

Um eine mögliche Hirnblutung auszuschließen, führten die Ärzte eine Kernspintomografie durch. Bei dieser Untersuchung bekam das Mädchen ein Kontrastmittel gespritzt, welches das Schwermetall Gadolinium enthielt – eine Routinemethode, jedes Jahr millionenfach an Patienten vorgenommen.

Doch fünf Tage später fing es über seiner rechten Kniestiebe plötzlich an zu kribbeln und zu brennen. Das Brennen breitete sich über das rechte Bein aus und von dort über den gesamten Körper. Zeitweise waren die Beine auch taub, verkrampft und gelähmt, auch die Arme konnte das Mädchen kaum noch heben. Noch immer leidet das Kind regelmäßig an heftigen Schmerzen und Lähmungen, schon normale Alltagsgeräusche sind ihm zu laut, der Kopf fühlt sich an wie vernebelt.

Die Ärzte konnten keine organische Ursache für die Beschwerden finden. Sie vermuteten psychosomatische Gründe. Wenige Wochen nach der Kernspinuntersuchung ließ die Mutter den Urin ihrer Tochter in einem Labor auf das eingesetzte Schwermetall testen. Das Ergebnis: 17,7 Mikrogramm Gadolinium pro Liter – 52-mal höher als der obere Grenzwert des Normbereichs.

Die Mutter ist davon überzeugt, dass ihre Tochter an der sogenannten Gadolinium-Ablagerungskrankheit leidet. 2016 wurden erstmals solche Patienten wissenschaftlich beschrieben, sie alle zeigten ähnliche Symptome.

Offiziell als Krankheit anerkannt ist das Leiden bislang nicht. »Bis heute wurde kein kausaler Zusammenhang zwischen den beschriebenen Symptomen und der Gabe von gadoliniumhaltigen Kontrastmitteln bewiesen«, teilt Kontrastmittelhersteller Bayer auf Anfrage mit. Und natürlich könnten die Beschwerden andere Ursachen haben.

Doch inzwischen raten auch renommierte Radiologen zur Vorsicht. In der Fachzeitschrift »Der Radiologe« kritisieren sie einen unüberlegten Einsatz von Gadolinium und diskutieren Alternativen. Stefan Delorme vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg nennt als abschreckendes Beispiel das 1928 eingeführte radioaktive Röntgenkontrastmittel Thoriumdioxid, das anfangs gefeiert wur-

de. Das Schwermetall könne Kalziumkanäle in den Nervenzellen blockieren und zu entzündlichen Reaktionen führen.

Doch weil die giftigen Gadoliniumionen an spezielle Moleküle gebunden sind, die sie unschädlich machen sollen, galten diese Kontrastmittel als besonders sicher – bis bekannt wurde, dass sie bei Nierenkranke zu schweren Schäden an Haut und den inneren Organen führen können.

2014 berichteten japanische Forscher dann, dass sich die Mittel offenbar auch bei Menschen mit gesunden Nieren über lange Zeit im Gehirn ablagern können: Je häufiger Patienten gadoliniumhaltige Kontrastmittel gespritzt bekommen hatten, desto höher war die Signalintensität in bestimmten Hirnregionen – und zwar selbst dann, wenn bei der späteren Untersuchung gar keine Kontrastmittel mehr eingesetzt wurden.

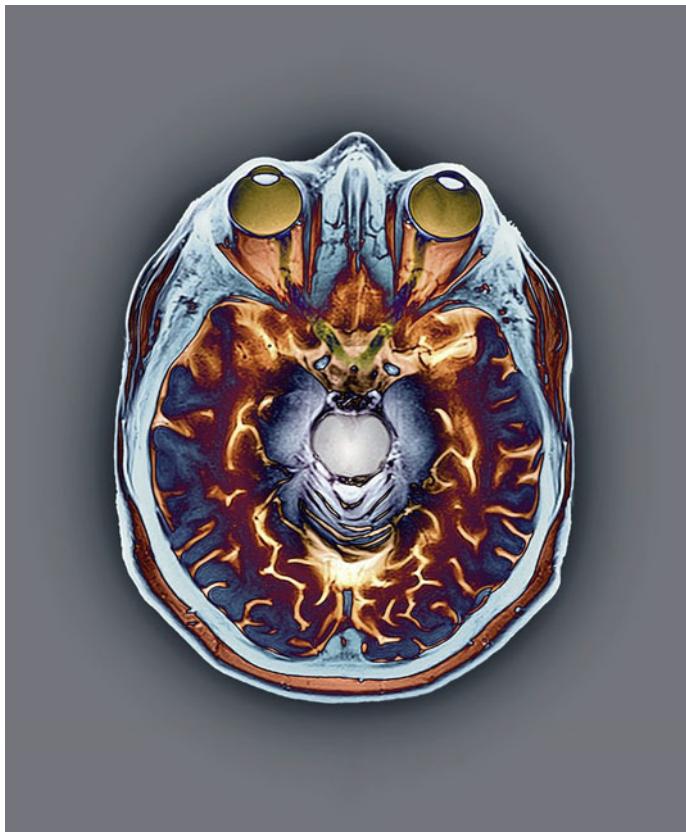
Obwohl bis heute unklar ist, ob die Ablagerungen wirklich Schäden verursachen, ließ die Europäische Kommission 2017 die Zulassung der meisten jener gadoliniumhaltigen Kontrastmittel ruhen, deren Bestandteile sich besonders leicht im Körper ablagern. Doch Obduktionsstudien haben gezeigt, dass sich auch die weiterhin zugelassenen Kontrastmittel in Gehirn, Knochen und Haut einlagern können, wenn auch in geringerer Menge.

Wagner sagt: »Die Gadolinium-Ablagerungskrankheit muss als Schwermetallvergiftung anerkannt werden.« Dringend müsse geklärt werden, ob es Risikogruppen von Patienten gebe, die besonders gefährdet seien, in ihrem Körper Gadolinium anzuhäufen. Auch neue, weniger risikoreiche Kontrastmittel müssten entwickelt werden.

Doch schon jetzt, sagt der Heidelberger Radiologe Delorme, könnten Ärzte viel tun, um den Verbrauch an Gadoliniumkontrastmitteln zu senken. Man dür-

fe die Mittel nicht mehr »reflexartig« oder »ohne längeres Hinterfragen« einsetzen, sondern müsse sich bei jedem Patienten genau überlegen, ob der Einsatz wirklich einen Vorteil bringe, beispielsweise beim Aufspüren von Tumoren oder Metastasen.

»Kontrastmittel«, schreibt Delorme im Fachblatt »Der Radiologe«, »gibt man nicht aus Spaß, nicht im Interesse schöner Bilder und auch nicht, damit sie die Befundung erleichtern oder beschleunigen, sondern wenn man sie braucht, wirklich braucht.« Veronika Hackenbroch



Kernspinaufnahme eines Schädels*: »Nicht aus Spaß«

de, weil es deutlich bessere Bilder lieferte als bisherige Mittel – bis in den Fünfzigerjahren nicht mehr zu leugnen war, dass es die Bildung von Tumoren förderte.

Dass Gadolinium als Schwermetall ebenfalls gesundheitliche Gefahren birgt, stand von Anfang an fest. »Gadolinium ist nicht weniger giftig als Blei oder Quecksilber«, bestätigt die Tiermedizinerin Susanne Wagner, die an der Entwicklung gadoliniumhaltiger Kontrastmittel beteiligt

* Als Kontrastmittel wurde Gadolinium verwendet; zusätzlich wurde das Bild eingefärbt.

Koloss im Kreisel

Unfallforschung Kunstwerke in Verkehrsinseln sind lebensgefährlich. Nun sollen sie abgeräumt werden – oft gegen Widerstand der Bürger.

Über die Anmut des »Dreispitz« von Binzen könnten Fachleute lange philosophieren. Einer überdimensionalen Panzersperre gleich ragt die Aluminiumskulptur meterhoch aus dem Zentrum eines Kreisverkehrs im Südwesten der Republik.

Dass das vor 18 Jahren installierte Kunstwerk eine erhebliche Gefahr darstellt, ist dagegen amtlich. Das zuständige Landratsamt Lörrach ließ ein Sicherheitsgutachten erstellen, das dem »Dreispitz« ein »hohes Risiko für die Verkehrssicherheit« attestiert: »Selbst Unfälle mit mäßiger Geschwindigkeit«, heißt es darin, »können zu schwerem Personenschaden führen.« Die Behörde zog die Konsequenz und ordnete die Beseitigung des kantigen Silberlings an.

Doch so einfach lässt sich ein Kunstwerk in Deutschland nicht immer abräumen. Im Internet formierte sich eine Protestgruppe unter dem Motto »Rettet den Dreispitz«. 5315 Skulpturfreunde – mehr, als die Gemeinde Einwohner hat – unterzeichneten eine Onlinepetition. Die Gemeinde hatte zuvor Widerspruch gegen die Entsorgung eingelegt.

Der Hickhack um den Metallkoloss zählt zu den jüngsten Arabesken um ein todernstes Problem: Kunst im Kreisel kann schlimme Folgen haben. Seit im November 2009 ein Pkw in einem Kreisverkehr bei Hartheim an einer Flugzeugskulptur zerschellte und zwei der fünf Insassen ihren Verletzungen erlagen, untersucht die Verkehrswissenschaft mit zunehmender Systematik jenen Crashtypus am verzierten Rundweg, der bis dato oft in den Statistiken unter dem allgemeinen Überbegriff »Kreuzungsunfall« unauffällig geblieben war.

Nach Auswertungen in Baden-Württemberg ereignen sich allein in diesem Bundesland jährlich rund 2500 Kreisverkehrsunfälle. Etwa 400-mal kommt es dabei zum »Aufprall auf ein Hindernis«. Im November 2011 verfügte die Landesregierung im Einklang mit einer EU-Richtlinie, dass auf freier Strecke in der Kreismittelinsel grundsätzlich keine starren Hindernisse mehr eingebaut werden dürfen.



Aluminiumskulptur »Dreispitz« in Binzen: Todernstes Problem

Das Problem ist der Altbestand, Dutzende mitunter kostspielige Kreationen, die nach langen Debatten in Gemeinderäten, nach Künstlerwettbewerben und mit liebevoller Unterstützung von Sponsoren und Bürgerinitiativen ihre Heimat im Brennpunkt des Straßenrunds gefunden haben. Deutschland und einige angrenzende Länder gelten als führend auf dem Gebiet der unfallverschärfenden Straßenkunst.

Zeitweise war hier ein bizarre Wettstreit um das spektakulärste Kreiselmonument entbrannt: Dillingen im Saarland leistete sich mit einem 104 Tonnen wiegenden Stahltrumm die angeblich schwerste Kreisverkehrsskulptur der Welt. Das niederländische Tilburg hat den wohl verrücktesten Kreisverkehr. Dort dreht sich ein Haus auf vier Rädern über Schienen im Innenkreis und lenkt die Autofahrer ab – eine der Ursachen für Unfälle am Straßenrondell.

Ins Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler schaffte es der geplante »Geysir von Monheim«. Für insgesamt 415 000 Euro will das Städtchen südlich von Düsseldorf einen isländisch anmutenden Wasserspeier ins Zentrum eines Straßenrunds pflanzen. Das würde wohl nicht gegen Baurichtlinien verstößen (ein Wasserstrahl birgt kein Aufprallrisiko). Das Ding dürfte jedoch die Autofahrer derart irritieren, dass die Planer bereits vorgeschlagen haben, die Verkehrsanlage vor jeder Eruption mit roten Ampeln an allen Einfahrten zu sperren. Der eigentliche Sinn des Kreisverkehrs, einen flüssigen Verkehrsablauf sicherzustellen, wäre dann dahin.

Im Rest des Landes wird eher abgebaut: Zerf in Rheinland-Pfalz entfernte die spit-

zen Blechfinger aus dem von Motorradfahrern gefürchteten »Horrorkreisel«, am Würzbacher Kreuz verschwand ein stahlharter Hirsch, in Kadelburg fehlen nun die schmiedeeisernen Stelen. Mahlberg bei Offenburg entsorgte nach einem juristischen Hickhack eine Stahlplatte mit Pfeifenmotiv. »Viele deutsche Mittelinseln sind jetzt clean«, urteilt ein kürzlich pensionierter Beamter einer süddeutschen Regierungsstelle.

Der Binzener »Dreispitz« jedoch überstand den behördlichen Bildersturm. Dutzende Beamte und Abgeordnete waren zeitweise mit dem Streitfall befasst. Gutachten und Gegengutachten haben inzwischen bald ebenso viel Geld verschlungen, wie das knapp 40 000 Euro teure Kunstwerk einst kostete. Der Petitionsausschuss des Landtags kam zur Besichtigung, flankiert von 250 aufgebrachten Bürgern. Sie erzielten einen klaren Sieg im Ringen um die Erhaltung lebensbedrohlicher Artefakte.

Die Skulptur darf bleiben, wenn – wiederum gutachterlich festgesetzte – Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden: Ein tiefes Kiesbett soll aus der Spur geschlitterte Kraftfahrzeuge abbremsen, Anpralldämpfer, Markierungen und Reflektoren sollen montiert werden, um das Trumm im Kreisel zu entschärfen und besser kenntlich zu machen. Geschätzte Kosten: 166 000 Euro.

Sponsoren sind willkommen. Das örtliche Finanzamt hat den »Dreispitz« unlängst als Kulturwert eingestuft. Wer für die ihn erhaltenden Sicherungsmaßnahmen spendet, kann dies steuerlich geltend machen. Christian Wüst

Kultur

Der »Playboy« hat die Kaffeefahrt neu erfunden. ► S. 112



RUNA MAYA MØRK HUBER / STUDIO OLAFUR ELIASSEN © 2017 OLAFUR ELIASSEN

Eliasson-Lichtkunstwerk »Your uncertain shadow (colour)«

Ausstellungen

Überstrahlt

● Vor 16 Jahren schenkte der Künstler Olafur Eliasson den Londonern mitten im Herbst eine immer leuchtende Sonne: Im Museum Tate Modern installierte er eine große, sanft strahlende Scheibe und zog mit ihr die Massen magisch an. Die Verwandlung der sogenannten Turbinenhalle des Museumsbaus, der ursprünglich ein Kraftwerk war, verwandelte auch die Menschen. Mehr als zwei Millionen Besucher kamen und genossen die Atmosphäre. Viele legten sich sogar auf den Boden, direkt unter die diffuse Lichtquelle. Nun kehrt Eliasson, ein Däne mit isländischen Wurzeln und Arbeitssitz Berlin, zurück in dieses Museum, das ihn berühmt gemacht

hat. Am 11. Juli eröffnet die Tate Modern »In Real Life«, eine neue Ausstellung mit Eliasson-Werken, die bis Januar 2020 zu sehen sein wird. Unter den Künstlern der Gegenwart ist Eliasson der Naturforscher, in seinem Berliner Atelier beschäftigt er viele Wissenschaftler. Längst hat er die Erhaltung der Umwelt zu seinem und ihrem Thema gemacht. Manchmal geht diese Mission allerdings unter, auch sie wird überstrahlt, und zwar von seiner Popularität. In London aber sollen Werk, Botschaft – und Geschäft – miteinander verbunden werden. Wer alte T-Shirts zum Recycling abgibt, erhält Rabatt auf ein »Olafur-Eliasson-Ausstellungs-T-Shirt«. Und: Der Mann wird nicht nur Kunst zeigen, sondern lässt auch Essen zubereiten. Das Team seiner Berliner Mitarbeiterkantine hat für die Terrassenbar des Museums an der Themse ein eigenes Menü kreiert. UK

Literatur

Flüchtiges Glück

● »Zahlen helfen beim Erzählen«, heißt es in »Kein Sturm, nur Wetter«, dem neuen Roman der Berliner Schriftstellerin Judith Kuckart. In der Tat entwickelt die Autorin darin eine ungewöhnliche Arithmetik: Als die Hauptfigur des Romans 18 ist, lernt sie Anfang der Achtzigerjahre in Berlin Viktor kennen, der doppelt so alt ist wie sie. Als sie 36 ist, wird Johann, 36, dem sie in der Silvesternacht an der Schwelle zum neuen Jahrtausend begegnet, ihr neuer Freund. Mit 54 trifft sie auf dem Flughafen

Tegel einen 36 Jahre alten Mann. Drei mal 18, drei Lebensabschnitte, drei Männer: Jahre der Sehnsüchte, flüchtigen Glücksmomente, vor allem aber der enttäuschten Hoffnungen. Die Hauptfigur, Medizinerin, ist eine Selbstverhinderin, die ihren Beruf nicht ausüben will, weil sie Angst vor Patienten hat. Ein Leben mit angezogener Handbremse. Auch in ihren Beziehungen bleibt sie unerlöst, eingesperrt in dem Gefühl, dass sich die Lasten in einem Leben zu zweit eher verdoppeln als verringern. Der Roman ist ein Lamento



der verpassten Möglichkeiten und emotionalen Sackgassen, ein komplexes erzählerisches System mit vielen symbolischen Aufladungen. Kuckart schafft eindringliche poetische Bilder, die mitunter allerdings überambitioniert wirken. Die Melancholie, die die Autorin beschwört, ist die eigentliche Hauptfigur des Buches.

Dagegen ist selbst die hübscheste Zahlenakrobatik machtlos. RED

Judith Kuckart: »Kein Sturm, nur Wetter«. DuMont; 200 Seiten; 22 Euro. Erscheint am 12. Juli.

Kino

Vereint gegen Russland

• Trostloser könnte die Prämisse eines Spielfilms kaum sein: Ein U-Boot sinkt manövrierunfähig in die Tiefe, alle Rettungsversuche schlagen fehl, am Ende sind mehr als hundert Besatzungsmitglieder tot. Doch der Spielfilm »Kursk« (Kinostart: 11. Juli), der vom Untergang des gleichnamigen russischen U-Boots im August 2000 handelt, steuert gegen die Hoffnungslosigkeit an und versucht in den ersten Minuten, sich mit Lebenslust vollzupumpen. Der Zuschauer sieht einen jauchzenden Jungen, eine schwangere Frau, Hochzeitsfreude und Sekt, also alles, was nicht nur die russische Seele leichter macht. Dann gehen die Seeleute an Bord. »Kursk« ist eine europäische Co-Produktion mit einem dänischen Regisseur (Thomas Vinterberg), einem französischen Produzenten (Luc Besson), Stars aus

Großbritannien (Colin Firth), Belgien (Matthias Schoenaerts), Deutschland (Matthias Schweighöfer) und Österreich (Peter Simonischek) sowie ein paar Alibirussen. Das Projekt ist eine große allierte Operation, die eine russische Tragödie in einen weltmarktauglichen Genrefilm verwandeln soll. Einzelne Szenen sind spannend, doch leider verschwenden die Macher aus dem Westen viel Zeit damit, dem russischen Militär immer wieder aufs Neue Unbarmherzigkeit vorzuwerfen. LOB



Schoenaerts in »Kursk«



Elke Schmitter **Besser weiß ich es nicht**

Rausflug

Touristische Reisen ins Ausland haben für Deutsche ja etwas Prekäres; es gibt nicht viele infrage kommende Länder, in denen die deutschen Armeen keinen Schaden angerichtet hätten. Richtung Osten ist der historische Schatten besonders schwarz; umso mehr rührte mich die Grandezza an, die ich im Frühjahr in Sankt Petersburg erlebte.

Das Parkensemble von Pawlowsk, eine Sommerresidenz der Zarenfamilie mit diversen Nebengebäuden – Freundschaftstempel, Rosenpavillon, ein undürstes Mausoleum –, ist heute Weltkulturerbe und für die Einwohner von Sankt Petersburg ein frequentierter Ausflugsort. Nach einem halben Stündchen in der Regionalbahn steigt man an dem verwunschenen klassizistischen Bahnhof aus, der, wie dort üblich, mit Sorgfalt in seiner Schönheit erhalten ist und für moderne Rohheiten (Kebab-Buden, Fast-Food-Ketten, Plakatwände) ganz und gar unerreichbar. Familien, Paare und Einzelmenschen trödeln durch eine künstlich angelegte Landschaft mit anmutigen Erhebungen, in der man sich blendend verlaufen kann, weil das Bauliche es so will: Bis auf eine dreispurige Lindenallee gibt es keine architektonische Richtungsanweisung.

Bei der Belagerung der Stadt im Zweiten Weltkrieg hat auch hier die Wehrmacht gewütet. Dass der Slaw ein Untermensch sei, war die Doktrin, also haben die Sonderkommandos des deutschen Kulturvolkes dafür gesorgt, dass man es seinen Schlössern ansieht. Auf den im Inneren verteilten dokumentarischen Fotos kann man das Ausmaß des Vandalismus erahnen – herausgerissene Paneele, zertrümmertes Porzellan, verkohlte Wände und verbrannte Pfeiler, deren Stümpfe noch in den Himmel ragen. In der Bibliothek, deren Regale aus hell schimmerndem Birkenholz an die leichte Rundung der Rückwand angepasst sind, klafft eine meterlange Lücke, die offenbar auch der beste Restaurateur nicht mehr schließen kann; im Speisesaal, in der Gemäldegalerie, in den Spiel- und Empfangssalons hat man Ersatz geschaffen für das Verlorene und gibt auf Hinweistafeln darüber Aufschluss.

Das alles mit einer höflichen Sachlichkeit und Diskretion, die umso tiefer beschämmt. Und daran erinnert, in welch glücklichen Zeiten wir eben auch leben.

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.

Pop

Dieses bisschen Magie

• Sein Perfektionismus ist berüchtigt. »28- oder 29-mal«, so erinnert sich der Komponist Burt Bacharach in seiner Autobiografie, habe die Sängerin Cilla Black in den Londoner Abbey Road Studios bereits seinen Song »Alfie« singen müssen, das Titellied für den gleichnamigen Film mit Michael Caine. Doch Bacharach war noch immer nicht zufrieden. »Burt, was suchst du eigentlich?«, fragte der Produzent George Martin, der die Studiosession leitete. »Dieses bisschen Magie«, sagte Bacharach. Tatsächlich hat seit Ende der Fünfzigerjahre wohl kein anderer Komponist so zuverlässig gezauert wie er. Bacharachs Trick besteht

darin, Melancholie in federleichte Melodien zu verpacken – Songs, die drei Minuten lang Sehnsucht wecken und dann für immer im Gedächtnis bleiben. Gemeinsam mit dem Texter Hal David schuf er Klassiker wie »Do You Know the Way to San Jose« für Dionne Warwick oder »The Look of Love« für Dusty Springfield; aus »I Say a Little Prayer« machte Aretha Franklin einen ihrer größten Hits. Für »Raindrops Keep Fallin' on My Head« aus dem Film »Butch Cassidy and the Sundance Kid« gewann Bacharach 1970 einen Oscar. Mittlerweile ist der Musiker 91 Jahre alt, auch seine Ausdauer ist legendär. Denn gelegentlich tritt er noch auf. Vor einem Jahr gab er ein umjubeltes Konzert in Berlin, nun kommt er mit seiner Band erneut nach

Deutschland: Am 7. Juli spielt Bacharach in der Hamburger Elbphilharmonie, am 9. Juli im Münchner Gasteig. Doch anders als früher, als er Dionne Warwick und anderen die große Bühne überließ, stehen der Komponist und sein Flügel jetzt im Mittelpunkt der Show. Einige Songs wird Bacharach wohl selbst singen, mit brüchiger Stimme, aber diesem bisschen Magie. MWO



Bacharach, Warwick 1971

Im sechsten Stock

Erotik Die Redaktion des deutschen »Playboy« blickt zurück auf eine große Vergangenheit.

Aber hat sie auch eine Zukunft? Wo steht das Heft in Zeiten harter Internetpornografie und des neuen #MeToo-Feminismus? Von Tobias Becker

Als Florian Boitin seinen ersten »Playboy« in die Hände bekam, war er 15. Heft 10/1982 war das, auf dem Cover ein Po in engen Jeansshorts, dazu die Zeile »Die Girls von Ipanema«. Das Heft hat Boitin monatelang wie einen Schatz gehütet, ganz unten im Bettkasten, er hat das Titelbild abgerissen, damit seine Mutter das Heft nicht entdeckt.

Heute müsse ein 15-Jähriger den »Playboy« wohl nicht mehr vor seiner Mutter verstecken, sagt Boitin, »heute ist der »Playboy« aber auch für den 15-Jährigen keine Sensation mehr.« Boitin weiß, wovon er redet, er ist Chefredakteur des deutschen »Playboy« und Vater eines Sohnes, der sich nie wirklich für das Heft interessiert hat, das sein Papa macht. »Er hat immer gesagt: ›Guck mal, Papa, was ich hier alles auf dem Handy habe.‹ Unser Magazin richtet sich heute nicht an Pubertierende.«

Aber an wen sonst?

Der Burda-Verlag hat vergangene Woche verkündet, die Lizenz für den deutschen »Playboy« nicht weiter zu verlängern. Der Chefredakteur Boitin und die kaufmännische Leiterin Myriam Karsch wollen das Heft vom 1. Dezember an in Eigenregie weiterführen. Management-Buyout heißt das in der Sprache der Wirtschaft. Das Team wird kleiner sein, die Kostenstruktur schlanker als im Großverlag Burda. Es geht darum, die Effizienz zu steigern.

Aber welche inhaltliche Strategie bleibt dem »Playboy« in einer Welt der harten Internetpornografie, der sexy Instagram-Selfies, des neuen #MeToo-Feminismus? Braucht noch jemand dieses Heft?

Als Hugh Hefner den »Playboy« 1953 in den USA gründete, kannten die meisten Männer höchstens zwei Frauen nackt: ihre Ehefrau und ihre Mutter. Hefner ließ seine Leser hinter die Wände fremder Häuser schauen, machte das »girl next door« zum Sexsymbol, das Mädchen von nebenan. Die Männer sahen sich plötzlich umzingelt von potenziellen Playmates, der Sekretärin im Büro, der Verkäuferin im Geschäft. Die Botschaft: Auch gute Mädchen haben gern Sex.

Hefner sei »eine historische Kraft« gewesen, hat der Historiker Steven Watts einmal geschrieben, eine US-Ikone. Er lockerte moralische Zwänge, bekämpfte Prüderie und Bigotterie, er prägte das, was wir heute den »American Way of Life«

nennen: Konsum und Genuss ohne Reue, eine Ethik der Selbstverwirklichung.

Der spanische Philosoph und Queertheoretiker Paul B. Preciado hat 2010 ein kluges Buch veröffentlicht, damals noch unter seinem Geburtsnamen Beatriz Preciado. »Pornotopia« hieß das Buch, in dem Preciado, eine Ikone der LGBT-Bewegung, ausgerechnet den »Playboy« für seine emanzipatorische Kraft feierte: der »Playboy« als Teil der sexuellen Revolution, das maskulin-heterosexuelle Gegenstück zur Emanzipation der Frauen und Homosexuellen.

Ein Playboy betrachtet das Leben als Spiel. Er nimmt nichts ernst, auch nicht sich selbst.

Denn wie sah das Leben in den USA oder in der Bundesrepublik der Fünfziger für die meisten Mittelschichtmenschen aus? Der Mann ging arbeiten und hielt die Wirtschaft am Laufen, die Frau kümmerte sich um die Kinder und sorgte dafür, dass das Haus sauber war, das möglichst irgendwo im Nirgendwo zu stehen hatte – in der Vorstadt. Hefner bekämpfte dieses Modell ebenso, wie Feministinnen es bekämpften, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Die Feministinnen wollten für die Frau den öffentlichen Bereich erobern, Hefner für den Mann den häuslichen.

Bis dahin galt: Wer als Mann allein lebte, wer ein häuslicher Typ war, sich für Design interessierte und gern einkaufen ging, der stand im Verdacht, schwul zu sein. Hefner lieferte heterosexuellen Junggesellen ein Role Model. Er feierte die Architektur und das Möbeldesign der Moderne, druckte Lobsymbole auf Mies van der Rohe, Walter Gropius, Frank Lloyd Wright, auf Charles und Ray Eames, Eero Saarinen und Harry Bertoia. Auf Fotos ließ er sich meist in Innenräumen inszenieren, gern im Pyjama aus Seide und einem Morgenmantel – der Boss, der sein Unternehmen vom Bett aus lenkt.

»Wir mögen es, Cocktails zu mixen, Hors d'œuvre zu naschen, ein wenig Musik aus dem Grammofon zu hören und dazu eine weibliche Bekanntschaft einzuladen,

um tiefsinng über Picasso, Nietzsche, Jazz und Sex zu reden«, schrieb Hefner einmal.

Wie viele der heutigen »Playboy«-Abonnenten wohl das Wort Hors d'œuvre richtig aussprechen würden?

Hefner erfand den modernen Mann, der sich für Sex interessiert, aber auch für Kultur. Er mischte Aktfotos mit Lifestyle-Tipps und engagiertem Journalismus, setzte sich für Schwulenrechte ein und für das Recht auf Abtreibung, veröffentlichte Interviews mit dem schwarzen Bürgerrechtsler Malcolm X, dem kubanischen Staatschef Fidel Castro, dem französischen Philosophen Jean-Paul Sartre, dazu Texte von Henry Miller, Vladimir Nabokov und Philip Roth, von John Cheever, Truman Capote und John Updike.

Bereits in den Sechzigern erreichte der US-»Playboy« eine Millionenauflage, in den Siebzigern wurde er zur Weltmarke mit etlichen Lizenzausgaben, mit Nachtclubs, TV-Shows und allerlei Merchandising. Das Bunny-Logo wurde international zum Symbol amerikanischer Lebensart, ähnlich wie Coca-Cola und Micky Maus.

Ein Playboy betrachtet das Leben als Spiel, hastet von einer Sensation zur nächsten, stets auf der Flucht vor der Wirklichkeit. Er nimmt nichts und niemanden ernst, auch nicht sich selbst.

Passt das noch in unsere Zeit der großen Probleme und des großen Pathos, zu Klimawandel und Flüchtlingskrise, zum identitätspolitischen Furor auf Twitter, wo alle alles ernst nehmen, am meisten sich selbst?

Der erste deutsche »Playboy« erschien 1972 im Bauer-Verlag, als erste Lizenzausgabe weltweit. Es waren goldene Jahre. Schriftsteller wie Günter Grass, Jörg Fausser und Wolf Wondratschek lieferten Beiträge. Die Redaktion hatte ihre Büros in der Münchner Augustenstraße, trieb sich aber häufiger in den Bars und Restaurants der Nachbarschaft herum, der »Playboy« war gedrucktes Schwabing.

Warum gibt man dem »Playboy« ein Interview? »Wegen der ganz einfachen Tatsache, dass mit diesem Luxus an Platz und vielleicht auch an fragerischer Kompetenz im Moment kein Blatt auf der Welt ausgestattet ist«, antwortete SPIEGEL-Chef Rudolf Augstein 1978.

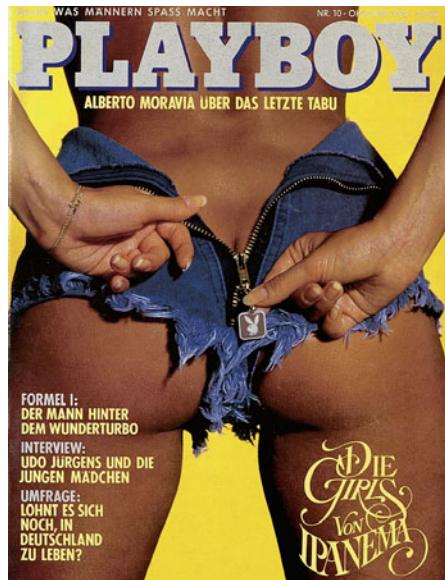
Burda übernahm die Lizenz 2003. Ein früherer »Playboy«-Redakteur erzählt,



Heft 1/1953: Der erste »Playboy«



Heft 8/1972: Der erste deutsche »Playboy«



Heft 10/1982: Boitins privates Premierenheft



Heft 12/1998: Bis heute der Bestseller



Heft 2/2003: Das erste Heft bei Burda



Heft 2/2010: Boitins bestverkauftes Heft



Heft 5/2011: Die erste Deutschtürkin



Heft 11/2017: Schamoffensive



Heft 2/2018: Die erste Transsexuelle

dass der Schauspieler Mario Adorf noch Anfang der Nullerjahre auf eine Interviewanfrage antwortete, er könne sich dieses Mal aber nicht wieder drei Tage Zeit nehmen, ein Tag müsse reichen. Ein Tag Fragen und Antworten – von morgens bis abends: Der »Playboy« früherer Jahre muss das Paradies für einen Lifestyle-Journalisten gewesen sein. Der Rammstein-Sänger Till Lindemann soll 2005 das Foto-Shooting aus eigener Tasche gezahlt haben, weil er unbedingt vom »Playboy« interviewt werden wollte.

Heute würde wohl nicht mal Boitin behaupten, dass das noch vorkommt. Die sogenannten Stars, die sich für den deutschen »Playboy« ausziehen, treten sonst meist in Vorabendserien auf, gern auch im »Dschungelcamp«. Die Interviewpartner sind die, die gerade auch in anderen Lifestyleblättchen etwas zu vermarkten haben. Es gibt keine Großschriftsteller mehr, keine Großreportagen, lieber drei kurze Interviews als ein richtig langes. Der »Playboy« kleckert seine Geschichten über die Seiten, er klotzt nicht mehr.

Zu Hause ist der »Playboy« bis auf Weiteres im Münchner Gewerbegebiet Arabellapark, im selben Gebäude wie »Focus Gesundheit« und »Focus Diabetes«. Man muss kein SPIEGEL-Redakteur sein, um das eher unsexy zu finden. Immerhin: Wer zum »Playboy« will, muss im Aufzug die Sechs drücken.

Gibt es den Playboy alten Typs noch, jenen Mann, den der junge Hugh Hefner mal verkörperte oder der James Bond der Sechziger? Oder ist der »Playboy« heute das Magazin für den alten weißen Mann?

Boitin spricht sachlich, seriös, zotzenfrei, aber er ist ein Schnell- und Vielsprecher. Der Typ Mann, der Frauen ins Bett reinquatscht – und wenn's blöd läuft, auch wieder raus. Die Frage beantwortet er mit einem Bild, auf das er mal im »Zeit-Magazin« gestoßen ist: »In den Sechzigern waren Mann und Frau wie Messer und Gabel, sie hatten klare Aufgaben und sind sich nicht ins Gehege gekommen.« Heute hingegen gleichen Mann und Frau einem Schweizer Taschenmesser, mit Schere, Feile, Axt. »Die Aufgaben und Rollen sind viel facettenreicher.« Das spiegelt sich auch in der »Playboy«-Leserschaft wider.

Der durchschnittliche Leser ist laut Boitin 38 Jahre alt, gebildet und gut verdienend, interessiert an Sport und Genuss, ein urbaner Mann, der aber eher in Augsburg zu Hause ist als in München, Hamburg, Berlin. Etwa jeder zweite ist Single.

»Unsere Leser lieben es, Mann zu sein«, sagt Boitin, »aber sie sind anders Mann als die Männer vor 10 oder 20 Jahren.«

Als Boitin vergangene Woche seine Pläne öffentlich machte, die »Playboy«-

Lizenz zu übernehmen, war die Aufregung in der Redaktion groß. Es ist unklar, wie viele der aktuell 21 Mitarbeiter ihren Job behalten dürfen. Burda hat allen eine Abfindung angeboten: magere 0,4 Monatsgehälter pro Jahr der Betriebszugehörigkeit. Boitin holte trotzdem an drei Tagen seine zweijährige Tochter um 15.30 Uhr aus der Krippe ab, weil seine Frau eine Präsentation vorbereiten musste; sie arbeitet bei einer Münchner Mediaagentur. »Auch unsere Leser spielen heute unterschiedliche Rollen«, sagt Boitin, »sie leben verschiedene Identitäten.« Der »Playboy« spreche den selbstbewussten Mann an. »Den Mann, der seine Chancen in der neuen Welt erkennt und nutzt, der Karriere machen und gleichzeitig für seine Kinder kein Unbekannter sein möchte.«

Der »Playboy« benutze die Frauen, sagen Feministinnen alter Schule. Doch anders als in den Fünfzigern zieren heute nur selten namenlose Nackte das Cover, meist sind es mehr oder weniger Prominente. Nacktheit allein ist keine Nachricht mehr. »Natürlich ist der Playboy plakativ«, sagt Boitin, »natürlich stellt er weibliche Reize zur Schau. Aber wer benutzt wen? Ich lasse mich gerne von Frauen benutzen, wenn sie intelligent sind.«

Im Heft 6/2019 druckte Boitin auf drei Seiten einen kämpferischen Text von Jordan Emanuel, angeteasert als »Journalistin und Frauenrechtlerin«, Mitstreiterin der Organisation Women with Voices, Frauen mit Stimmen. Emanuel ist eine der ersten Afroamerikanerinnen, die in den USA zum Playmate des Jahres gekürt worden ist. Der Text war ihre Dankesrede. »Ich behalte diese Ehre für immer in meinem Herzen«, verkündete sie, »nicht nur für mich selbst, son-

dern auch für alle anderen schwarzen Mädchen, die ihre Schönheit infrage stellen.«

2011 hob Boitin die Schauspielerin Sila Sahin auf den Titel, die erste türkischstämmige Deutsche auf dem »Playboy«. »Für mich sind diese Fotos eine Befreiung von den kulturellen Zwängen meiner Kindheit«, sagte Sahin und rief anderen Deutschtürkinnen zu: »Mädels, wir müssen nicht unbedingt nach diesen Regeln leben, die uns vorgegeben werden.« Ein Akt der Emanzipation? Oder besonders perfide PR? In jedem Fall erinnerte Sahin an etwas, das in westlichen Gesellschaften meist vergessen ist: dass Nacktheit ein Medium der Selbstbestimmung sein kann.

Für Heft 2/2018 zog sich Giuliana Farfalla aus, die einst als Pascal Radermacher zur Welt gekommen ist – die erste Transsexuelle auf dem Titel des deutschen »Playboy«. Auf dem Cover von Heft 11/2017 war Katrin Heß zu sehen, eine Schauspielerin aus der »RTL«-Serie »Alarm für Cobra 11«. »Ich möchte hier ein Statement gegen den heutigen Schönheitswahn setzen«, verkündete sie. Für das Shooting hatte sie sich extra Schamhaar wachsen lassen.

Ist der »Playboy« heute noch das Feindbild für Feministinnen?

»Die Redaktion hat sich in den letzten zehn Jahren unheimlich stark verändert und liefert ziemlich progressive Inhalte«, sagt die Genderforscherin Stevie Schmiedel, die die feministische Lobbyorganisation Pinkstinks leitet. »Die Texte sind emanzipatorischer als die in vielen anderen Burda-Blättern. Burda hätte besser die »InStyle«, die »Super-Illu« oder die »Bunte« aus dem Portfolio geschmissen.«

Schmiedel sagt, sie habe lange überlegt, was sie zu Hause lieber auf dem Tisch



Magazingründer Hefner 1970*: Drängen sich heute nicht ähnliche Gegner auf?

* Mit Freundin Barbi Benton, Bunnys am Londoner Flughafen Heathrow.



BRAUER PHOTOS / G. NITSCHKE FUER HUBERT BURDA MEDIA

Chefredakteur Boitin, Bunnys*: Die Souveränität ist weg

liegen hätte: den »Playboy« oder die »Vogue«. »Ich würde mich für den ›Playboy‹ entscheiden.« Auch wegen der Körperbilder. »Zu sehen sind nicht nur superdünne Models, sogar Bauchfalten sind erlaubt.«

Und dennoch: An den Tankstellen liegt der »Playboy« weiterhin in der Reihe mit den Schmuddelheften, »seine Titelblätter transportieren noch den Geruch einer alten Zeit«, sagt Schmiedel. Sie wollen nicht so recht passen zu den modernen Inhalten. »Der ›Playboy‹ wirkt auf mich wie ein leicht verwirrter älterer Mann, der versucht, mit der modernen Zeit zu gehen.«

Wie umgehen mit dem eigenen Erbe? Das scheint die Frage zu sein, an der sich Wohl und Wehe des »Playboy« entscheidet.

Ehemalige Redakteure beschreiben ein langes Rückzugsgefecht, an dessen Ende nun sogar Feministinnen dem Magazin Feuerschutz geben. Ein Playboy im Überlebenskampf: Das sei doch ein Widerspruch in sich.

In den vergangenen Jahren soll es immer mal wieder Workshops zur Zukunft des Magazins gegeben haben, in denen so gut wie alles auf den Prüfstand kam. Alles bis auf die Nacktstrecken.

Der deutsche »Playboy« sei profitabel, so wie er sei, beteuert Boitin. Die Auflage ist in den vergangenen Jahren zwar stark gesunken, auf zuletzt etwa 108 000 Exemplare, der Aboanteil aber gestiegen. Zurzeit gibt es etwa 43 000 Abonnenten. Eine Erklärung: Die einst hohe Bordauflage, also gratis in Flugzeugen verteilte Hefte, wurde radikal zusammengestrichen. Dazu kommt online ein Paid-Content-Modell, das auf den exklusiven Zugang zu Aktfotos setzt und profitabel sein soll.

Vor allem aber ist der »Playboy« heute im Eventgeschäft erfolgreich. Boitin will das weiter ausbauen. »Wir machen die Marke ›Playboy‹ erlebbar«, sagt er, »für unsere Leser und für unsere Partner.« Die »Partner« sind zahlende Kunden, die sich und ihre Produkte auf Veranstaltungen präsentieren. Wer Chefredakteur des »Playboy« ist, muss heute so sprechen.

Etwa ein Viertel der Erlöse, so ist zu hören, stammt schon aus sogenannten sonstigen Quellen. Zum Beispiel dem »Gentlemen's Weekend«, einem kostenpflichtigen Männerwochenende, für das sich Leser bewerben können. Der Chefredakteur ist als Reiseleiter dabei, dazu zwei Playmates und ein prominenter Überraschungsgast, Tina Ruland, Sonja Kirchberger, solche Leute. Viermal im Jahr lädt das Heft ein, immer in ein Fünsternehaus, das Grandhotel Heiligendamm, die Villa Kennedy in Frankfurt am Main. Dort präsentieren »Automobilpartner«, »Modepartner« und »Genusspartner« ihre Produkte.

Das Image, das der »Playboy« früher pflegte, war das des Mannes, der anstrengungslos alle und alles haben kann. Diese Souveränität ist weg. Der Chefredakteur betätigt sich als Reiseleiter für Männer, die es nicht allein schaffen, das richtige Hotel zu buchen und den richtigen Whiskey zu bestellen. Der »Playboy« hat die Kaffee Fahrt neu erfunden.

Dabei könnten es eigentlich gute Zeiten sein für das Magazin: Das Mid Century Design ist seit Jahren angesagt, die Möbelentwürfe also, die der frühe »Playboy« promotet hat. »Mad Men«-Style.

* Beim »Playmate des Jahres«-Award 2019 am 8. Mai im Casino Baden-Baden.

Aber würde Don Draper mit einer »Dschungelcamp«-Kandidatin ausgehen? Oder James Bond? Eben.

Teure Zigarren, Whiskeys, Anzüge, die Autos von Porsche, aber die Nackten aus dem »Dschungelcamp« – so richtig stimig ist das Bild nicht.

Könnte eine Lösung darin liegen, junge deutsche Fotografen zu engagieren, bei denen erotische Fantasien nicht aussehen wie aus Plastik, nicht so brav, nicht so clean, nicht so klischeehaft inszeniert? Oder gar darin, den »Playboy« konsequent als Magazin für Lebensfreude zu positionieren – über Geschlechtergrenzen hinweg?

»Der Unterschied zwischen dem Playboy von früher und dem von heute ist, dass es damals nur männliche Playboys gab. Meiner Meinung nach bezieht sich der Begriff Playboy heute sowohl auf Männer als auch auf Frauen«, sagte 2017 ein kluger Mann. Es war Cooper Hefner, der jüngste Sohn des »Playboy«-Gründers, und er sagte es im Interview mit Boitin.

Die Feinde des »Playboy« in den Fünzigern hießen Prüderie und Bigotterie, der viktorianische Moralismus, die Disziplinargesellschaft. Es waren Feinde, an denen der »Playboy« wuchs, die ihn groß machten. Drängen sich dem Heft heute nicht ähnliche Gegner auf – die neue Askese, die Hypermoral der sozialen Netzwerke?

Stattdessen drückt der »Playboy« – das Heft, das von jeher wie wenige andere den Konsum seiner Leser anheizt – in der aktuellen Ausgabe ein »Pro & Contra« zu Flugreisen. Früher kämpfte der »Playboy« gegen Bigotterie, heute ist er selbst bigott.

Tabus bricht viel eher die »Beef«. So wie einst der »Playboy«, so wenden sich die Macher des Hamburger Kochmagazins an männliche Hedonisten, sie fotografieren und betexten Steaks wie der »Playboy« einst Frauen – und scheuchen damit die Moralisten unserer Tage auf. Manche Zeilen sind so zotig, dass man den Eindruck bekommt, die Hamburger persiflierten die Kollegen in München. Die »Beef« liefert die gewitztere Fleischbeschau.

Im aktuellen »Playboy« ist der Brief eines Lesers abgedruckt, der sich an den »Playboy«-Berater wendet, einen Dr. Sommer für erwachsene Männer. »Mein Sohn ist 19, und ich mache mir Sorgen. Er interessiert sich anscheinend nicht für Sex. Keine Mädels, keine Partys – er hängt nur immer bis tief in der Nacht am iPad und daddelt Spiele. Ist das normal?«

Ist es, antwortet der »Playboy«-Berater und verweist auf eine Studie der US-Psychologin Jean Twenge: Junge Menschen haben heute später und seltener Sex, trinken weniger Alkohol. »Alles«, schreibt der »Playboy«-Berater, »muss man als Vater heute selber machen – sogar Party!«

»Die Queen wollte ein Selfie«

Kino Der britische Regisseur Danny Boyle über Dreharbeiten mit Königin Elizabeth II., seinen geplatzten James-Bond-Film, die Magie der Beatles und seine neue Komödie »Yesterday«



Jeder kennt die Musik der Beatles, jeder liebt sie. Was wäre, wenn die Menschheit sie vergessen hätte? Und es nur einen Mann gäbe, der sie kennt? Und was wäre, wenn dieser Mann nun so tut, als hätte er die Songs geschrieben, und so eine Weltkarriere beginnt? Darum geht es in »Yesterday«, dem neuen Film des britischen Regisseurs Danny Boyle, 62, der am 11. Juli in die Kinos kommt. Berühmt wurde Boyle mit dem Heroindrama »Trainspotting« (1996), sein Film »Slumdog Millionär« (2008) gewann acht Oscars, 2012 inszenierte er die Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspiele in London. Im vergangenen Jahr hätte Boyle eigentlich den neuen James-Bond-Film drehen sollen, doch vor Drehbeginn wurde er durch einen Kollegen ersetzt.

SPIEGEL: Mr Boyle, ist es möglich, dass Ihr neuer Film »Yesterday« ein Anti-Brexit-Film ist?

Boyle: O Gott, wie kommen Sie darauf?

SPIEGEL: Er zeigt Großbritannien von seiner besten Seite.

Boyle: Ja, das tut er. Der Film feiert die Musik der Beatles. Damals, als sie berühmt wurden, hat man sie verleumdet, die Fans und die Musiker. Dabei haben sie Geschichte geschrieben, im Nachhinein ist ihre Musik ein Ereignis wie der Fall der Berliner Mauer. Sie haben diese Musik ins nationale Bewusstsein gedrückt, zum Entsetzen des Establishments. Vier junge Typen aus Liverpool wurden zu Symbolen einer Bewegung, die dem Establishment den Kampf ansagte: Wir gehen nicht mehr in eure Armee! Wir wollen die Jobs nicht mehr, die ihr für uns vorgesehen habt. Stattdessen haben sie die Liebe gefeiert, die Selbstverwirklichung, die Jugend.

SPIEGEL: Sie sind Jahrgang 1956. Was haben Sie als Kind von den Beatles mitbekommen?

Boyle: Ich war sieben, als die Beatlemania in Großbritannien explodierte. Als Kinder haben wir so getan, als wären wir eine Band. Meine Zwillingsschwester war in Paul McCartney verliebt, also war sie Paul und ich John Lennon.

SPIEGEL: »Yesterday« spielt in der Gegenwart, einer bizarren Welt: Kein Mensch kennt die Beatles außer einem jungen Musiker, der bislang in Kneipen aufgetreten ist. Haben Sie Paul McCartney und Ringo Starr, die noch lebenden Beatles, gefragt, was sie von diesem Jux halten?

Boyle: Man braucht eine Genehmigung, wenn man ihre Songs in einem Film verwenden will. Und schon aus Höflichkeit haben wir ihnen vorab das Drehbuch geschickt und hinterher den fertigen Film. Aber es gab keinen persönlichen Kontakt. Wir haben einen sehr netten Brief von Ringo bekommen. Und einen sehr netten Brief von Olivia, der Witwe von George Harrison.

SPIEGEL: In »Yesterday« gibt der Kneipenmusiker die Songs der Beatles als seine eigenen aus und tritt damit auf. Was kostet es, ein Dutzend Beatles-Lieder in einem Spielfilm zu verwenden?

Boyle: Ungefähr ein Drittel des Budgets ist für die Musiklizenzen draufgegangen.

SPIEGEL: Der gesamte Film soll 26 Millionen Dollar gekostet haben. Verdienen Paul McCartney & Co. auch an den Kinoeinnahmen mit, so wie die Abba-Gründer bei den »Mamma Mia!«-Filmen?

Boyle: Ehrlich gesagt: Ich weiß es nicht. Diese Verträge werden ja von Anwälten gemacht. Und bei Anwälten weiß man nie!

SPIEGEL: Ich frage auch deshalb, weil Sie die Musikindustrie in Ihrem Film als eine Branche gieriger Vollidioten zeigen. Es geht eigentlich nur um Geld.

Boyle: Ich bin fast sicher, dass auch die Beatles diese Kämpfe ausgefochten haben.

SPIEGEL: Neben den Beatles haben Sie sich auch an einer anderen britischen Ikone abgearbeitet, an James Bond. Im Mai 2018 wurden Sie als Regisseur des nächsten Bond-Films vorgestellt – und im August, noch vor Drehbeginn, waren Sie wieder draußen. Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Boyle: Nun, John und ich haben das Drehbuch geschrieben.

SPIEGEL: Mit John meinen Sie John Hodge, mit dem Sie schon bei »Trainspotting« zusammengearbeitet haben?

Boyle: Ja. Ich mochte das Drehbuch sehr. Aber die Produzenten mochten es nicht. Sie haben verlangt, dass ich John durch einen anderen Autor ersetze. Das habe ich abgelehnt. Und das war's dann.

SPIEGEL: Man hat Sie gefeuert?

Boyle: Ich weiß nicht mehr, welche Formulierung sie am Ende dafür verwendet haben. Wir haben uns jedenfalls geeinigt, uns zu trennen.

SPIEGEL: War Ihr Buch zu experimentell?

Boyle: Man hat mich nicht zum Schweigen vergattert. Aber es wäre unfair gegenüber Cary Fukunaga, der jetzt versucht, den Bond-Film zu drehen, wenn ich über unser Drehbuch sprechen würde. Vielleicht verwendet er ja sogar ein paar Passagen daraus.

SPIEGEL: Sie hätten nichts dagegen?

Boyle: Die Produzenten haben dafür gezahlt, das Drehbuch gehört ihnen. Sie können damit machen, was sie wollen, es wegschmeißen oder auch nicht. Aber wenn sie etwas davon verwenden, müssen sie Johns Namen im Abspann nennen.

SPIEGEL: Ich war überrascht, dass Sie an James Bond gescheitert sind, zumal Sie ja



Szene aus Boyle-Film für die Olympia-Eröffnungsfeier 2012*: »Sie behält Regieanweisungen«

SPIEGEL BESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Ferdinand von Schirach**
Kaffee und Zigaretten Luchterhand; 20 Euro
- 2 (10) **Cassandra Clare** **Queen of Air and Darkness** Goldmann; 20 Euro
- 3 (2) **Donna Leon** **Ein Sohn ist uns gegeben** Diogenes; 24 Euro
- 4 (3) **Dörte Hansen**
Mittagsstunde Penguin; 22 Euro
- 5 (4) **Daniela Krien**
Die Liebe im Ernstfall Diogenes; 22 Euro
- 6 (20) **Lee Child**
Keine Kompromisse Blanvalet; 22 Euro
Spannung in Serie – Childs Thriller Nummer 20 über den Helden Jack Reacher, der diesmal im Mittleren Westen der USA in Schwierigkeiten gerät.
- 7 (5) **Ian McEwan**
Maschinen wie ich Diogenes; 25 Euro
- 8 (7) **Saša Stanišić**
Herkunft Luchterhand; 22 Euro
- 9 (6) **Simon Beckett**
Die ewigen Toten Wunderlich; 22,95 Euro
- 10 (8) **Rachael Lippincott / Mikki Daughtry / Tobias Iaconis**
Drei Schritte zu dir dtv; 16,95 Euro
- 11 (9) **Alina Bronsky** **Der Zopf meiner Großmutter** Kiepenheuer & Witsch; 20 Euro
- 12 (-) **Alan Bradley** **Todeskuss mit Zuckerguss** Penhaligon; 20 Euro
- 13 (-) **Yrsa Sigurdardóttir**
R.I.P. btb; 20 Euro
- 14 (13) **Sibylle Berg**
GRM Kiepenheuer & Witsch; 25 Euro
- 15 (11) **Martin Walker**
Menu surprise Diogenes; 24 Euro
- 16 (14) **Leïla Slimani** **All das zu verlieren** Luchterhand; 22 Euro
- 17 (17) **John Ironmonger** **Der Wal und das Ende der Welt** S. Fischer; 22 Euro
- 18 (-) **Mariana Leky** **Was man von hier aus sehen kann** DuMont; 20 Euro
- 19 (15) **Walter Moers**
Der Bücherdrache Penguin; 20 Euro
- 20 (16) **Sebastian Fitzek**
Der Insasse Droemer; 22,99 Euro



Sachbuch

- 1 (1) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 2 (2) **Michael Winterhoff**
Deutschland verdummt Gütersloher Verlagshaus; 20 Euro
- 3 (5) **Michelle Obama**
Becoming Goldmann; 26 Euro
- 4 (4) **Joachim Gauck**
Toleranz: einfach schwer Herder; 22 Euro
- 5 (3) **Stephen Hawking**
Kurze Antworten auf große Fragen Klett-Cotta; 20 Euro
- 6 (6) **Meike Winnemuth**
Bin im Garten Penguin; 22 Euro
- 7 (8) **Greta Thunberg / Svante Thunberg / Malena Ernman / Beata Ernman**
Szenen aus dem Herzen S. Fischer; 18 Euro
- 8 (-) **Michael Wolff**
Unter Beschuss Rowohlt; 22 Euro
Eine wichtige Quelle für Wolffs Enthüllungsbuch »Feuer und Zorn« war Trumps Berater Stephen Bannon. Jetzt legt Journalist Wolff nach.
- 9 (7) **Gustav Dobos**
Das gestresste Herz Scorpio; 20 Euro
- 10 (9) **Jürgen Todenhöfer**
Die große Heuchelei Propyläen; 19,99 Euro
- 11 (17) **Theo Waigel** **Ehrlichkeit ist eine Währung** Econ; 24 Euro
- 12 (10) **Harald Jähner**
Wolfszeit Rowohlt Berlin; 26 Euro
- 13 (16) **Andrea Wulf** **Die Abenteuer des Alexander von Humboldt** C. Bertelsmann; 28 Euro
- 14 (14) **Yuval Noah Harari** **21 Lektionen für das 21. Jahrhundert** C. H. Beck; 24,95 Euro
- 15 (13) **Sebastian Fitzek** **Fische, die auf Bäume klettern** Droemer; 18 Euro
- 16 (15) **Andreas Michalsen**
Mit Ernährung heilen Insel; 24,95 Euro
- 17 (12) **Ursula Ott** **Das Haus meiner Eltern hat viele Räume** btb; 18 Euro
- 18 (11) **Marcel Eris / Dennis Sand**
MontanaBlack Riva; 19,99 Euro
- 19 (-) **Rolf Seelmann-Eggebert** **In Hütten und Palästen** Kösel; 20 Euro
- 20 (19) **Harald Welzer** **Alles könnte anders sein** S. Fischer; 22 Euro

schon einmal mit Daniel Craig gedreht haben: den kurzen Film zur Eröffnung der Olympischen Spiele 2012 in London, als er als Bond die Queen im Buckingham-Palast abholt. Wie haben Sie eigentlich Elizabeth II. überredet, bei diesem Sketch mitzuspielen?

Boyle: Na ja, der wahre Grund war: Sie wollte ein Selfie mit James Bond.

SPIEGEL: Sie scherzen.

Boyle: Nein, im Ernst. Ich habe natürlich im Traum nicht damit gerechnet, dass die Queen mitmachen würde. Aber schon aus Höflichkeit hatte ich ihr einen Brief geschrieben und darin erklärt, was wir vorhaben. Dass wir sie von einer ihr sehr ähnlichen Doppelgängerin verkörpern lassen würden. Wir wollten sie ja nicht der Lächerlichkeit preisgeben. Aber dann hat einer ihrer Mitarbeiter geantwortet: Der Queen gefällt die Idee, sie würde sich gern selbst spielen. Weil sie Sinn für Humor hat.

SPIEGEL: Und dann?

Boyle: Während in einem der State Rooms die Szene vorbereitet wurde, hat man mich in ihre Privatgemächer geführt. Die Räume der Queen haben überhaupt keine Ähnlichkeit mit dem State Room. Überall standen Tablets herum, mit Tee und anderem Kram. Eine normale Wohnung, in der ein normaler Mensch lebt.

SPIEGEL: Ist sie ein normaler Mensch?

Boyle: Zur Begrüßung sagte die Queen zu mir: »Ich war gerade beim Zahnarzt, meine Laune ist deshalb nicht die beste. Was wollen Sie?« Also habe ich ihr die Szene erklärt.

SPIEGEL: Ist die Queen eine gute Schauspielerin?

Boyle: Das Beeindruckende an ihr ist: Sie behält Regieanweisungen. Einige Schauspieler vergessen schon mal, was ich ihnen vor einer 45-minütigen Umbaupause erzählt habe. Nicht die Queen. Sie erinnerte sich genau, wo sie Pausen setzen oder wo sie ihren Stift hinlegen sollte.

SPIEGEL: Ein Profi.

Boyle: Die Queen ist sehr geschäftsorientiert und sehr smart, das war offensichtlich. Aber erst als alles vorbei war, habe ich begriffen, für wen sie das eigentlich gemacht hat: für ihre engsten Mitarbeiter. Einige arbeiten schon seit Jahrzehnten für sie, sind immer loyal. Diese Menschen wollte die Queen glücklich machen. Und die Mitarbeiter hatten sich offenbar nichts sehnlicher gewünscht, als mit James Bond fotografiert zu werden. Und das haben sie natürlich auch bekommen. Leider wollte niemand ein Foto mit mir.

Interview: Martin Wolf

Video
Ausschnitte aus
»Yesterday«

spiegel.de/sp282019boyle
oder in der App DER SPIEGEL



Aus-dem-Bauch-Prinzip

Humor Dieter Nuhr ist einer der erfolgreichsten Comedians Deutschlands – für manche ist er mittlerweile aber auch ein Feindbild. Wer hat sich verändert: der Mann oder die Welt?

Im aktuellen Programm von Dieter Nuhr gibt es einen leisen Moment. Er steht auf der Bühne im Scheinwerferlicht, knitterfreies Hemd, Turnschuhe, ein altersloser 58-Jähriger. Gerade hat er noch über Helikoptereltern gewitzelt, die neurotisch ihre Kinder bewachen, und über zu hoch gemessene Feinstaubwerte. Seine Rolle ist die des vernünftigen Einflüsterers in einer Welt, die sich anfühlt, als sei sie aus den Fugen geraten. Frühere Programme hießen »Nuhr die Wahrheit«, »Nuhr die Ruhe«. Jetzt wird er also sacht: Er spricht über die Schönheit des Fliegens und darüber, dass wir vergessen, was für ein Wunder es ist, dass wir heute überallhin kommen, die ganze Welt sehen können. Schlicht, indem ein Flugzeug startet.

Nuhr lässt das Gesagte wirken. Er hebt mit der Hand ab, schließt er gar die Augen? In die ausverkaufte Stadthalle Ratingen sind die Bürger der Stadt gekommen, Ärzte in Polohemden, kleine Angestellte mit ihren Kindern, Gröppchen von Frauen, die einen Abend lang Spaß haben wollen, die ganze Mitte der Gesellschaft. Niemand lacht, als Nuhr vom Fliegen erzählt, es gibt auch keine Pointe. Aber Nuhr gelingt es, dass 1100 Menschen dem Zauber des Fliegens nachfühlen. Das muss man erst mal schaffen.

Vor 30 Jahren stand Dieter Nuhr zum ersten Mal auf der Bühne, er gehört heute zu den bekanntesten Komikern Deutschlands, moderiert als ARD-Chef kabarettist eine eigene Sendung und macht den satirischen Jahresrückblick vor einem Millionenpublikum. Er schreibt humoristische Bestseller, tourt, twittert. Und auch wenn sein Humor fürs Feuilleton schon lange als zu platt gilt – zu viele Urologenwitze, zu wenig Systemkritik –, erfolgreich ist seine Methode, als selbst erklärter Vernunftmensch die aktuelle Lage simpel, aber pointiert zu bewerten, noch immer. Einer muss ja dem gesunden Menschenverstand eine Stimme geben. Das ist Nuhrs Nummer. Aus dem Bauch sprechen.

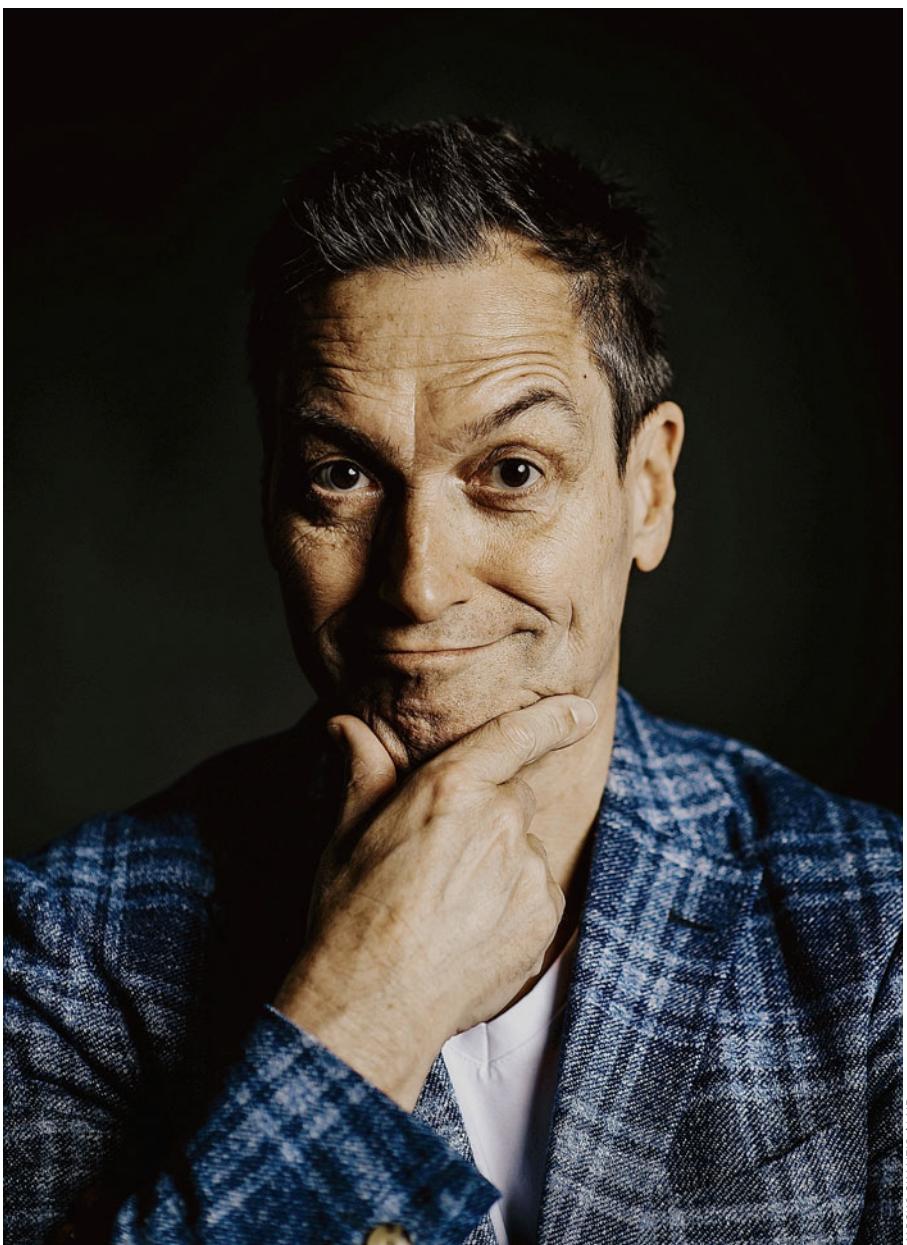
Doch sie stößt zunehmend an Grenzen. Weil Menschen aufgetaut sind, die darauf bestehen, es besser zu wissen als er. Ist Nuhrs Methode zu simpel geworden für eine komplexe Welt? Oder ist die Welt zu gnadenlos geworden für einen wie Nuhr? Es gibt Streit unter Deutschlands Comedians. Und auch wenn es aussieht, als würden die Jüngeren da

gegen einen Älteren antreten, ist es mehr als nur ein Generationenkonflikt. Der Streit geht auch darum, wie eigentlich gelacht werden darf – auf wessen Kosten und wann.

140 Minuten dauert Nuhrs Auftritt in Ratingen, harte Arbeit. Und als er fertig ist, bekommt jeder Fan, der ein Autogramm möchte, noch ein freundliches Wort. Dann sagt Nuhr: »Je internettiger,

desto arschlochiger wird es. Je analoger, desto freundlicher. Alles, was ich in der Öffentlichkeit erfahre, ist Zustimmung oder Beschimpfung. Natürlich mache ich Fehler. Aber es kommt ja nie vor, dass jemand sich die Mühe gibt, sachlich zu argumentieren und mir zu erklären, wo ich mich irre.«

Vor vier Jahren persifilierte Nuhr auf Facebook das »Nein« des Griechenland-Referendums gegen die EU-Sparvorgaben, unter anderem schrieb er: »Mein Tipp wäre: ein Finanzamt aufzubauen, das den Namen verdient, und Korruption bekämpfen, anstatt die anzupissen, die genau dabei helfen wollen.« Jan Böhmermann unterstellte Nuhr damals die grobe Vereinfachung eines politischen Sachverhalts und meierte ihn beißend ab: »Wusstest du, dass Deutschland in Wirklichkeit



MARCUS SMIATIS / LAIF

Kabarettist Nuhr: »Je analoger, desto freundlicher«

kein souveräner Staat ist, sondern eine GmbH?«

In der Märzausgabe der »Anstalt« im ZDF nahmen sich nun Claus von Wagner und Max Uthoff Nuhr vor. Nuhr hatte sich in seinem Programm auf eine falsche Berechnung zur Konzentration von Stickstoffdioxid berufen. Die Luftverschmutzung durch Dieselabgase als Panikmache zu karikieren gehört trotzdem immer noch zu seinen Lieblingspointen. Und als Nuhr in seiner ARD-Show im Mai den Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert, der bislang kein Studium beendet hat, einen »ungelernten Kevin« nannte, »der nichts von der Welt kennt außer seinen Parteiapparat«, erntete er einen Shitstorm. Kühnert konterte mit einer Anspielung auf das bekannteste Nuhr-Zitat: »Wenn man keine Ahnung hat: einfach mal die Fresse halten.«

»Ich kann doch keinen wissenschaftlichen Vortrag abliefern, da fehlt mir die Pointe.«

Als noch nicht jeder sein Gesicht kannte, ließ Dieter Nuhr sich einmal die Adresse seiner Website auf Shirts drucken, um für sich zu werben. Jetzt sagt er: »Das Internet ist schon eine kulturelle Änderung, die ich merke. Früher war ich auf der Bühne und danach dann weg, da konnte nicht mal mehr nach der Vorstellung einer zu mir kommen. Heute im Netz ist die Kritik gnadenlos und bleibt bis zum Grabstein.« Er hat jetzt einen Journalisten eingestellt, der seine Fakten prüft. Er sagt aber auch: »Ich kann doch keinen wissenschaftlichen Vortrag abliefern, dann funktioniert keine Pointe.«

Der Humor vieler der jüngeren Comedians heute funktioniert meist vollkommen anders als der von Nuhr: Böhmermann etwa inszeniert sich als moralischen Scharfrichter. Er setzt darauf, Missstände anzuprangern – statt, wie Nuhr, jedermanns Gewissen zu entlasten. Und er positioniert sich politisch offener, wenn er etwa Geld für die Seenotretterin Carola Rackete sammelt.

»Ich gelte ja als polarisierend«, sagt Nuhr. »Ich weiß gar nicht, wie es dazu kommen konnte. Es ist ein grundsätzlicher Fehler in diesem Land, sich auf eine Seite zu schlagen und zu denken, man sei auf der Seite der Guten.«

Nuhr ist in seinem Programm gegen Donald Trump und für Europa, gegen Rechts-extreme und gegen linke Randalierer am 1. Mai gleichermaßen. Burkas sind ihm egal, solange er in Ruhe gelassen wird, der Islam hat für ihn etwas mit Islamismus zu tun, weil der Terror »im Namen des Islam«

geschieht. Homophobie verurteilt er, aber er wünscht sich, dass Minderheiten wegkommen vom Opferstatus.

Nach dem Nuhr-Prinzip sind erst mal alle gleich. Was für ihn auch bedeutet, dass keiner so diskriminiert ist, dass er nicht angegangen werden könnte, und kein Thema so eindeutig, dass man es nicht anders betrachten sollte. Nur über #MeToo mache er heute weniger Witze, sagt er. Seine Tochter habe ihm erklärt, warum die Bewegung wichtig und nicht zu einem Feldzug der Beleidigten geworden sei. »Ich lerne ja auch dazu.«

Als im vergangenen März der umstrittene Verein Deutsche Sprache einen offenen Brief gegen den »Gender-Unfug« veröffentlichte, gehörte Nuhr trotzdem zu den Erstunterzeichnern. Er unterschrieb unter anderem gegen das Gendersternenchen. »Klar, ich bin weder als transsexueller Unterdrückter noch als Frau an die gläserne Decke gestoßen«, sagt er. »Ich bin ein alter weißer Mann. Aber wenn ich manchmal lese, für was alte weiße Männer alles verantwortlich gemacht werden, denke ich schon: Das soll ich alles geschafft haben? Ich habe das Gefühl, dass wir uns auf einen völlig falschen Weg begeben, auf diese Identitäten immer Rücksicht zu nehmen.«

Nuhr kokettiert in seinen Programmen häufig damit, dass er in einem linken Haushalt aufwuchs und bei den Grünen Gründungsmitglied war. Später wurde er zur Karteileiche. Heute sagt er: »Ich bin eigentlich ein absoluter Gruppenhasser, und solche Parteiveranstaltungen – das ist überhaupt nicht mein soziales Biotop.« Inzwischen gehöre er keiner Partei mehr an, »wo soll ich denn hin?«

Er selbst sieht sich als kritisch-neutral, weder rechts noch links: »Wahrscheinlich macht es die Leute wütend, dass ich nicht zuzuordnen bin. Nichts macht Leute wütender, als wenn man nicht eindeutig sagen kann, was falsch an einem ist.« Auf der Bühne dreht er seinen Parteiabschied aber so, dass er als Statement gegen die Grünen funktioniert, es gibt viel Applaus dafür: »Ich habe die Realitätsverweigerung nicht mehr ausgehalten.«

Möglicherweise ist es mit dem Lachen in einem Land, das gerade mit ziemlicher Macht auseinanderstrebt, wie mit dem Fliegen. Jeder weiß, dass Fluglärm ein Problem ist, der CO₂-Ausstoß der Turbinen und die Arbeitsbedingungen bei den Billigfluglinien. Ändert das was an der Faszination, sich über die Wolken zu erheben? Für manche. Wird deshalb weniger geflogen? Eher nicht. Komiker wie Böhmermann bespielen eine Gesellschaft, für die das Lachen Teil des Streits geworden ist. Nuhr versucht noch einmal, die Mitte der Gesellschaft zu versammeln. Eva Thöne

Exklusive Einblicke in eines der verschlossensten LÄNDER der WELT



320 Seiten mit farbigen Abb. · € 22,00 (D)
Auch als E-Book erhältlich

Saudi-Arabien erlebt den tiefgreifendsten Wandel seiner Geschichte: Der junge Kronprinz öffnet das Land, zeigt aber zugleich eine dunkle, aggressive Seite. SPIEGEL-Reporterin Susanne Koelbl hält diesen historischen Aufbruch aus nächster Nähe fest. Ihr Buch gewährt faszinierende Einblicke in die Welt der Machthaber und Ultrakonservativen genauso wie in das verborgene Leben der Frauen.

Fürchte die Lebenden

Unterhaltung Dank Hip-Hop und einer milliardenschweren Filmindustrie gilt Atlanta als Kulturhauptstadt der USA. Ein neues Abtreibungsgesetz kann das alles ändern.

Wenn selbst die Zombies keine Lust mehr auf deine Stadt haben, dann stimmt in der Regel etwas nicht mit der Stadt.

Atlanta, Mitte Juni. Es ist ein heißer Nachmittag, der Himmel ist diesig, die Luft schwül, als Bem Joiner auf ein langsames Polizeiauto wartet, bevor er die ansonsten menschenleere Straße seiner alten Nachbarschaft überquert. Er nimmt auf einem Schaukelstuhl auf der Veranda seines Schwagers Platz, wischt sich den Schweiß von der Stirn und fängt an zu erzählen.

Joiner besitzt eine Marketingagentur, er berät Firmen, die ihre Marke cooler machen wollen, die wissen wollen, welcher Song zu ihrem Produkt passt. Er ist aber auch Sozialarbeiter, macht einen Blog und präsentiert Musik im Internet – kurz: Joiner ist einer der Typen, die immer unterwegs sind, die jeden in der Nachbarschaft kennen und ohne die das kulturelle Leben einer Stadt wie Atlanta nicht läuft.

Und nun das.

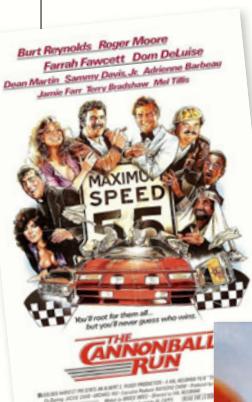
Der Fernsehsender AMC droht, die Produktion der Zombieserie »The Walking Dead«, die seit fast zehn Jahren in Atlanta gedreht wird, aus der Stadt abzuziehen. »The Walking Dead« ist eine äußerst erfolgreiche Fernsehserie über einige Überlebende einer globalen Katastrophe, die sich in einer fast völlig zerstörten Welt gegen eine Horde Zombies behaupten müssen. Im Herbst wird die zehnte Staffel erwartet. »Selbst wenn du nichts mit der Filmindustrie zu tun hast«, sagt Joiner, »kannst du es als Bürger dieser Stadt wirklich nicht gebrauchen, dass nun auch noch die Zombies abhauen. Das killt die Moral der Leute hier.«

Die Untoten verlassen also Atlanta.

Denn am 7. Mai hat der republikanische Gouverneur des US-Bundesstaats Georgia, Brian Kemp, in der Hauptstadt Atlanta ein Gesetz unterzeichnet, das Abtreibungen untersagt, sobald ein Herzton beim Kind entdeckt wird. Typischerweise ist das nach der 6. Schwangerschaftswoche der Fall, also zu einem Zeitpunkt, an dem viele Frauen noch nicht einmal wissen, dass sie schwanger sind. Einzige erlaubte Ausnahmen:

Made in Georgia

Kinofilme, die in Teilen im US-Bundesstaat gedreht wurden



»Auf dem Highway ist die Hölle los«
1981



»Die Tribute von Panem – Catching Fire«
2013

»Avengers: Endgame«
2019



»Ein Köder für die Bestie«
1962



»Grüne Tomaten«
1991



DEUTSCHE SPERRE

Abtreibungen in medizinischen Notfällen und vor der 20. Schwangerschaftswoche bei Inzest oder Vergewaltigung (siehe auch Heft 27/2019).

Wie das mit den Zombies zusammenhängt? Seit einigen Jahren ist Georgia durch großzügige Steuervergünstigungen dabei, Hollywood als Filmstandort Nummer eins abzulösen. 2017 wurden 15 der 100 erfolgreichsten Filme in den USA in Georgia gedreht. Aus den Studios in Kalifornien kamen nur 10 Großproduktionen, 2014 lag die Zahl noch bei 20.

Doch damit könnte es bald vorbei sein. Denn Hollywood ist traditionell eine Hochburg des liberalen Amerika – was in den vergangenen Monaten dazu führte, dass Schauspieler wie Jason Bateman, Amy Schumer, Ben Stiller und der Regisseur Ron Howard sich zu Wort meldeten: Sollte das Gesetz wie geplant zum 1. Januar 2020 in Kraft treten, würden sie nicht mehr in Georgia drehen.

Ähnliche Töne kamen von den großen Filmstudios. Disney, Netflix, WarnerMedia, Mutterkonzern von HBO, und auch AMC, Heimat der Zombieserie »The Walking Dead«, teilten mit, ihr Engagement in Georgia zu überdenken. Einige Produktionen, die noch in der Entwicklungsphase waren, wie eine Komödie mit Kristen Wiig, wurden an andere Drehorte verlegt.

Atlanta gilt seit mehreren Jahren als Amerikas Kulturhauptstadt. Marvel Studios hat hier »Black Panther« und »Avengers: Endgame«, den zweiterfolgreichsten Film aller Zeiten, gedreht. 2018 pumpte die Filmindustrie 9,5 Milliarden Dollar in Georgias Wirtschaft.

Aber den Aufstieg verdankt Atlanta nicht nur der Filmindustrie. Ihre Coolness verleiht der Stadt ein eigentlich viel größeres Phänomen: Trap Music, eine hypnotisch-basslastige Variante des Hip-Hop aus den Südstaaten. Es ist eine Spielart des Hip-Hop, die ihre Wurzeln in der Drogenkultur hat. In den Neunziger Jahren rapperten Künstler über »trap houses«, die Orte, an denen Drogen gedealt und konsumiert wurden. Heute ist dieser Sound derart erfolgreich, dass viele Rapper, die etwas auf sich halten, nach Atlanta kommen, um ihre Stücke hier aufzunehmen – oder zumindest versuchen, so zu klingen.

Nachdem die Afroamerikaner jahrhundertelang nach Norden gegangen sind, um



AMC

Szene aus »The Walking Dead«: Die Untoten verlassen die Stadt

der Diskriminierung im Süden zu entgehen, ist nun ausgerechnet die Hauptstadt von Georgia zur Metropole der schwarzen Kultur geworden, zum Zentrum der schwarzen Coolness.

Das hat eine Vorgeschichte. Schon in den Sechziger, als Martin Luther King von seiner Heimatstadt aus die Bürgerrechtsbewegung anführte, galt Atlanta im damals noch rassengrenzenamerikanischen Süden als »the city too busy to hate«. Hier konnten Afroamerikaner Kleinunternehmen gründen, auf die historischen schwarzen Hochschulen gehen und ab 1973 mit der Wahl des ersten schwarzen Bürgermeisters ihren Einfluss vermehrt geltend machen. Anfang der Siebziger taufte das einflussreiche Magazin »Ebony« die Stadt sogar »black mecca«. Das Zusammenspiel zwischen der schwarzen politischen Oberschicht und der immer noch mehrheitlich weißen Wirtschaftselite wurde als »Atlanta Way« bezeichnet: Man arrangierte sich inmitten eines konservativen Bundesstaats. Atlanta wurde die Mauerblume, die durch den Beton brach.

Der Vorsprung, mit dem der Republikaner Brian Kemp im vergangenen November gegen die schwarze, progressive Demokratin Stacey Abrams die Gouverneurswahl gewinnen konnte, war dann auch nur knapp. Trotzdem hat Kemp offenbar kein Problem damit, dieses Blümchen platt zu trampeln. »Wir sind die Partei der Freiheit und Möglichkeiten«, sagte er auf einer Veranstaltung der Republikan-

ner, als die Boykottaufrufe aus Hollywood bekannt wurden. »Wir beschützen unschuldiges Leben – auch wenn das ein paar C-Promis herumkreischen lässt.«

Nun ist es mit der Freiheit und den Möglichkeiten so eine Sache: In keiner amerikanischen Metropole ist die Einkommensungleichheit so riesig wie in Atlanta. Für viele junge Männer gibt es nur den Sport, das Verbrechen oder den Hip-Hop, wenn sie nach oben kommen wollen. Das weiße Amerika kann sich zwar für die schwarze Kultur begeistern, für die Lebensumstände der Afroamerikaner interessiert es sich bis heute nicht sonderlich. Sollte der Zugang zu Abtreibungen eingeschränkt werden, wird auch das überproportional viele unterprivilegierte Frauen treffen: Statistisch gesehen, treiben schwarze Amerikanerinnen fast dreimal so häufig ab wie weiße. Das Leben in Atlanta und die Kultur der Stadt hängen eng zusammen.

Und so stellt sich die Frage, ob die Filmindustrie es sich nicht zu einfach macht, wenn sie weiterzieht und ihr Geld an anderen Orten investiert, statt sich für jene starkzumachen, die die Konsequenzen eines solchen Boykotts zuerst spüren – alle, die ohnehin wenig haben.

Am Ende war es die schwarze Politikerin Stacey Abrams, die sich ins Flugzeug nach Hollywood setzte, um vor Ort mit Schauspielern und leitenden Filmfunktionären über die Zukunft der Studios in und um Atlanta zu diskutieren. Nach den Treffen appellierte sie über Twitter an die Ver-

antwortlichen, den Kampf um Frauenrechte in Georgia nicht aufzugeben. Dabei hat sie den zurzeit vielleicht angesagtesten Mann Hollywoods auf ihrer Seite: Jordan Peele, Regisseur von »Get Out« und »Wir«. Er kündigte an, auch weiterhin in Georgia drehen zu wollen und sein Honorar für die Arbeit an der HBO-Serie »Lovecraft Country« zu spenden. Das Geld geht an Organisationen, die das Abtreibungsgesetz bekämpfen.

Etwas Ähnliches, wenngleich mit weniger Geld, will auch die Kameraassistentin Callie Moore. Im Osten von Atlanta sitzt sie mit zwei Kolleginnen nach Drehschluss in einer Bar. Sie war Teil der Crew von »Billionaire Boys Club«, Kevin Spaceys bislang letztem Film. Moore ist vor einigen Jahren von New Orleans nach Atlanta gezogen, um in der Filmindustrie zu arbeiten. Noch hat das neue Gesetz ihre Arbeit nicht beeinträchtigt, die einiger ihrer Freunde schon. Deren Produktionsplan wurde verschoben. Wie es nach dem 1. Januar aussehen könnte, weiß sie noch nicht. Sie versteht, warum die Studios sich zurückziehen wollen. »Ich kann deren Beweggründe nachvollziehen, aber nicht ihre Methoden. Man kann sicher niemanden zwingen, der mit dem Gesetz nicht einverstanden ist, hier weiterhin zu arbeiten. Trotzdem finde ich die Idee, aktiv dagegenzuhalten, viel sinnvoller für die Menschen hier. Denn die müssen ja mit dem Verbot umgehen.«

Deshalb gründete sie die Initiative »Stay and Fight Georgia«. Zusammen mit Kol-

Fragen Sie Ihren Buchhändler nach der neuen Ausgabe!

The image shows the cover of the Taschenbuch Magazin. A man with a beard and a blue shirt is pointing at a book titled "KLAUS-PETER WOLF TODESPIEL im Hafen". Below the book, a banner reads "Jetzt gratis im Buchhandel!". The magazine cover also features a photo of a beach and the title "Taschenbuch Magazin".

Ja zum Leben! Glücksmomente und Schicksalsschläge

Unter diesem Motto präsentieren wir Ihnen in der Sommerausgabe des Taschenbuch-Magazins ebenso bewegende wie berührende Frauen- und Familienromane über die Höhen und Tiefen des Lebens. Außerdem gibt es eine Auswahl fesselnder Krimis und Thriller, spannende historische Romane sowie Buchtipps für junge Leser.

Das buch aktuell Taschenbuch-Magazin erscheint in der Harenberg Kommunikation Verlags- und Medien GmbH & Co. KG, Königswall 21, 44137 Dortmund.

buch aktuell
KUNDENMAGAZINE

www.buchaktuell.de



GUY DALEMA / AP / PICTURE ALLIANCE

Szene aus »Atlanta«*: Viele Rapper, die etwas auf sich halten, kommen her

beginnen und Kollegen sammelt sie Geld, um juristische Verfahren gegen das Abtreibungsgesetz zu unterstützen. Bislang hat sie mehr als die Hälfte der angepeilten 25 000 Dollar eingesammelt.

Dem alten Atlanta der »Atlanta Way«-Ära hat Tom Wolfe mit seinem Roman »Ein ganzer Kerl« ein Denkmal gesetzt. Es ist eine große Sozialsatire über die Macher und Entscheider einer Stadt, in der die nur scheinbar geheilten Wunden der rassistischen Vergangenheit immer wieder aufreißen. Der große Erzähler des Atlanta von heute ist Donald Glover, Drehbuchautor, Musiker und Regisseur. Musikalisch ist er unter seinem Künstlernamen Childish Gambino bekannt – sein größtes Kunstwerk dürfte aber die Serie »Atlanta« sein, von der bislang zwei Staffeln liefen.

Sie handelt von einem Rapper, den das Internet plötzlich zu einer kleinen Berühmtheit macht – und ist trotzdem eine Art Kampfmittel gegen den Glauben, dass dreieinhalb Minuten Hit genügen, um den Zwängen der Gentrifizierung im modernen Atlanta entkommen zu können.

Dass in »Atlanta« wie im wirklichen Atlanta die zwei großen Unterhaltungsindustrien eng verzahnt sind, weiß auch Osman Bangura. Normalerweise arbeitet er mit Leuten wie Jay-Z, Gucci Mane, Patti LaBelle oder Elton John – bis vor einiger Zeit Ant-Man an seine Tür kloppte.

Die Crew der Marvel Studios wollte auf seinem Gelände parken, damit Paul Rudd alias Ant-Man eine kurze Szene für »Avenger: Endgame« in einer Seitenstraße der Patchwerk Studios drehen konnte. Bangura ist Marketingkoordinator für Atlantas vielleicht berühmtestes Aufnahmestudio. In den Fluren hängen polierte Schallplatten von ehemaligen Klienten: Kendrick Lamar, Beyoncé, Mariah Carey, Nelly, Future, Snoop Dogg, 50 Cent.

Bangura hat sich früher einmal als DJ versucht, heute betreut er die Stars, wenn sie in den Patchwerk Studios aufnehmen. Er ist vor mehr als zehn Jahren von North Carolina nach Georgia gezogen. Seine alte Heimat ist das beste Beispiel dafür, was für Folgen restriktive Politik haben kann: Auch in North Carolina hatte die amerikanische Filmindustrie begonnen zu drehen. Doch 2016, nach Verabschiedung eines Gesetzes, in dem Transgender-Personen angewiesen wurden, Toiletten entsprechend dem Geschlecht in ihrer Geburtsurkunde zu benutzen, drohte die Branche, Produktionen wieder aus dem Bundesstaat abzuziehen.

Wie Bem Joiner fürchtet auch Bangura, dass Atlanta Schaden nehmen könnte durch die Politik des Gouverneurs. Und wenn Atlanta erst einmal als Stadt gelte, in der niemand mehr drehen wolle, weil sie zu rückschrittlich sei, könnte es auch bald uncool sein, hier Musik aufzunehmen.

Das dürfte vielen egal sein, schließlich war und ist Hip-Hop vor allem Ausdrucksmöglichkeit für Außenseiter. Nur bedeutet cool in Amerika immer auch eins: Kapital.

In Senoia, 45 Autominuten südlich von Atlanta, wurden große Teile der Außenaufnahmen von »The Walking Dead« gedreht. Um kurz vor halb eins in der Mittagssonne stellt sich Cindi Sudduth als »größter Fan von The Walking Dead« vor. Sie führt heute eine der vielen Touristengruppen durch die »Big Zombie Walking Dead Tour« von Senoia. Es ist ein riesiges Spektakel, man kann sich von Zombies durchkitzeln lassen und sie mit Spielzeuggewehren erledigen.

Hier werden die Untoten, selbst wenn die Filmproduktionsfirmen aus Atlanta abziehen sollten, nicht so schnell totzukriegen sein. Auf der Baseballkappe, die ein Tourist vor Beginn der Tour gekauft hat, steht: »Fear the dead, fight the living« – was ein bisschen nach Georgias Umgang mit Abtreibungen klingt. Daniel C. Schmidt

* Mit Darstellern Lakeith Stanfield, Donald Glover, Brian Tyree Henry.

Twitter: @dcschmidt

Für jede Stimmung eine Freundin

Literaturkritik »Das Girlfriend-Experiment« erzählt von einer radikalen Suche nach Liebe in Zeiten von Optimierung und Ruhm.

Da ist dieses diffuse Gefühl der Unzufriedenheit, obwohl vieles schon gelungen ist: Mary ist 30, sie hat an der Columbia University studiert und lebt nach einer längeren Weltreise in New York. Doch sie kämpft mit Symptomen, die niemand so recht kurieren kann – mit Kopfschmerzen, einem gereizten Magen, mit Schlaflosigkeit. Außerdem hängt sie in einem stumpfen Bürojob fest, der ihren eigenen Ansprüchen bei Weitem nicht genügt und nicht ausreichend Geld einbringt, um ihre Rechnungen zu bezahlen.

An der Pinnwand eines Reformhauses entdeckt Mary einen rätselhaften Stellenaushang, als Qualifikationen werden ein Eliteuni-Abschluss, Diskretion und ein Erste-Hilfe-Kurs verlangt. Das alles hätte sie natürlich stutzig machen können, doch sie bewirbt sich trotzdem und wird zu einem Gespräch eingeladen. Die erste Frage an sie lautet: Haben Sie einen oder mehrere Lieblingsprominente? Mary verneint. Sie wurde von ihren streng christlichen Eltern zu Hause unterrichtet, abgeschirmt von der Welt. Sie kennt auch kaum einen Kinofilm. Die Gesprächsführer sind ganz aus dem Häuschen über Mary, weil sie sich »fast vollkommen authentisch« verhält. All das macht sie zur idealen Kandidatin für das Girlfriend-Experiment.

Der gleichnamige Roman der US-amerikanischen Autorin Catherine Lacey, 34, ist auf eine Art zeitgemäß, die selten ist und ins Schwarze trifft. Er macht die Spannungen sichtbar, die zwischen dem Wunsch entstehen, ein gelungenes Leben zu führen, und den Zumutungen und Ansprüchen, die dem entgegenstehen. In der amerikanischen Kritik wurde »Das Girlfriend-Experiment« deshalb als Dystopie bezeichnet, doch der Roman ist einfach nur seismografisch und sehr genau. Mit bitterem Witz legt Lacey offen, wie unvereinbar Ruhm, Ehrgeiz, Selbstoptimierung und menschliche Zuwendung sind.

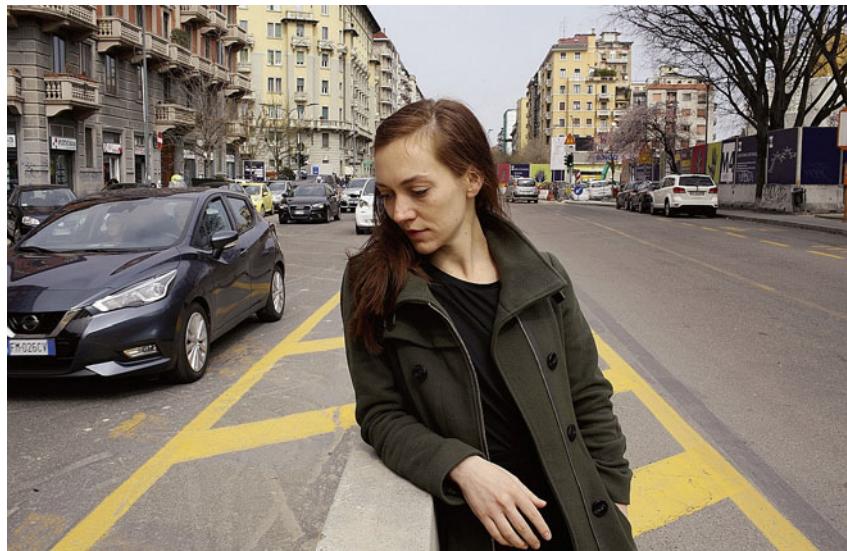
Die zweite Hauptfigur ist Kurt Sky, ein Hollywoodstar, der schon früh einen Oscar erhalten hat und der nun unentwegt herumquengelt, wie anstrengend der Ruhm sei. Überall erkannt zu werden, keine selbstverständlichen Begegnungen mit Frauen mehr zu haben. Die große Liebe will er aber trotzdem erleben, deshalb lässt er sich einen Kreis von Freundinnen zusammenstellen, die – gegen Bezahlung – alle zusammen sein Girlfriend-Experiment sein sollen. Ein moderner Harem. Das Ganze wird wissenschaftlich begleitet, samt aufgeklebten Sensoren, genauen Messungen und einem Expertenteam. Wir leben schließlich in einer datengläubigen Zeit. Kurt möchte nämlich nicht nur glücklich verliebt sein, er wür-

de auch gern »all die desorganisierten Reaktionen innerhalb einer Paarbeziehung entschlüsseln, sich darüber klar werden, warum zwei Menschen einander zunächst so unfassbar glücklich machen können, um nur Jahre, Wochen oder Monate später immer wieder neue Grade von Leid oder Langeweile zu erreichen«.

Mary bekommt die Rolle der emotionalen Freundin. Es gibt noch andere: eine Wutfreundin, die mütterliche, die intellektuelle Freundin und natürlich auch eine Nachtfreundin. Bevor Mary Kurt zum ersten Mal begegnet, muss sie üben, verschiedene Sätze angemessen zu betonen: Wie war dein Tag? Das muss schwer für dich sein. Ganz wie du möchtest. Woran denkst du gerade? Dabei soll sie sich vorstellen, sie unterhielte sich mit jemandem, der ihr viel bedeutet. Die vollendete Heuchelei.

Die Autorin Catherine Lacey schildert selbst Kurt noch als interessante, glaubwürdige Figur, obwohl er natürlich ein narassisches Widerling ist. Da gibt es das Kapitel, in dem er seine intellektuelle Freundin feuert, weil sie immer so viel zu sagen hat und Wörter benutzt, die er nicht kennt.

Der erste Teil ist aus der Perspektive von Mary geschildert, dann wechselt Lacey in eine allwissende Erzählhaltung



BASSO CANNARSA / OPALE / LEEMAGE / DDP IMAGES

Autorin Lacey in Mailand: Moderner Harem

und entwirft die Lebensgeschichten der anderen Kurt-Freundinnen. Vergewaltigung und alltäglicher Sexismus gehören ganz selbstverständlich zu ihren Erfahrungen – aber die Frauen sind auch selbstironisch und abgebrüht. Ashley zum Beispiel, die Wutfreundin, eine Boxerin, bildschön – deren Mutter ihr sagte, sie solle auf ihr Gesicht aufpassen, denn das Beste, was aus einer Frau werden könne, sei »eine Magazinseite, reglos, stumm, zerreißbar«. Oder Poppy, die Alltagsfreundin, die den neben ihr her driftenden Ex-Freund vermisst. Jede für sich ist charakteristisch für das Leben von Großstadtfrauen im 21. Jahrhundert. Denn Rollenzuschreibungen, und mögen sie noch so vielfältig sein, üben Druck aus und engen ein.

Gegen Ende ufert das Buch etwas aus. Die Autorin versucht, ihre Figuren nicht an die Unterhaltsamkeit zu verraten, sondern deren ernsthafte Verzweiflung einzufangen, was manchmal überspannt wirkt. Trotzdem wird in »Das Girlfriend-Experiment« aus individuellen Erfahrungen, Beobachtungen, Reflexionen und überraschenden Gedanken eine radikale Geschichte. Ein feministischer Roman, der Spaß macht – ein vernachlässigt Genre. Claudia Voigt

Catherine Lacey: »Das Girlfriend-Experiment«. Aus dem Amerikanischen von Bettina Abarbanell. Aufbau; 320 Seiten; 22 Euro. Erscheint am 12. Juli.

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein
(1923–2002)

CHEFREDAKTION
Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges, Jörn Sucher (stellv.)

BLATTMACHER Armin Mahler

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Ammann

REPORTER Ullrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit

Leitung: Dr. Melanie Amann, Martin Knobbe; Wolf Wiedmann-Schmidt

(Teamligr., Politik), Christian Reiermann (Teamligr. Wirtschaft), Redaktion Politik und

Wirtschaft: Nicola Alba, Maik Baumgärtner, Markus Dettmer, Julia Amalia Heyer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Sven Röbel, Cornelia Schmieg, Christoph Schult, Anna Seith, Gerald Traufetter

Autoren, Reporter: Susanna Beyer, Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Marcel Rosenbach, Michael Sauga.

Diplomatische Korrespondentin: Christiane Hoffmann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.), *Redaktion:* Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Andreas Ulrich, Michael Walzinger. *Meldungen:* Annette Bruhns.

Autoren, Reporter: Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrepf (frei), Katja Thimann, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegreffe

Berliner Büro *Redaktion:* Sven Becker, Michael Sontheimer (frei), Andreas Wassermann. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Markus Brauck, Isabell Hülsen. *Redaktion:* Simon Hage, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller. *Reporter:* Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Mathieu von Rohr, Julianne von Mittelstaedt (stellv.), Maximilian Popp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Kathrin Kuntz, Juan Moreno (frei), Jan Puhl, Alejandro Rojko, Ramón Salloum, Samia Shafiq, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Susanna Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stämpfli. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronica Hackenbroch, Guido Kleinheubert, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Martin Schlak, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelohle, Tobias Rapp (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olas Beier, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Görres, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minckmar, Elke Schmittner, Volker Weidermann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.). *Redaktion:* Maike Große-Kathöfer, Barbara Hardtung, Felix Hutt, Timofey Neshitov, Dialika Neufeld, Jonathan Stock. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Moltzky, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig. *Redaktion:* Thilo Neumann, Gerhard Pfleil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

BESONDERE AUFGABEN Matthias Geyer

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt (*Investigativ-reporter@spiegel.de*). Dokumentation: Nicola Naber, Koordination SPIEGEL ONLINE: Jörg Dielh, Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

TEAM LEBEN Anke Dürr, Detlef Hacke, Maren Keller

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.). *Redaktion:* Markus Degerich, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz. *Autorin:* Marianne Wellershoff

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

MEINUNG Lothar Gorris

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.). *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckschebe, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wödlig

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer, Gesine Block (stellv.)

Schlussredaktion: Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Regina Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lüken, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waage

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Claudia Jęczewski (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Hess, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998143

GRAFIK UND MULTIMEDIA *Leitung:* Jens Radt, *Grafik-Team:* Cornelia Baumermann, Thomas Hammer, Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter;

Multimedia-Team: Olaf Heuser; Alexander Epp, Birgit Große-Kathöfer, Roman Höfner, Marco Kasan, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Gilchufu, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Florian Rauschenberger, Barbara Rödiger

TITELBILD *Leitung:* Katja Kollmann, Johannes Unselt (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhlmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderreuer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft, Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgässchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19-20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86797-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MÜNCHEN Anna Claus, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGALORE Laura Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 9197115

BRÜSSEL Peter Müller, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, rv_Brüssel@spiegel.de

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeburg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, Tel. +44 203 4180610

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Christian Esch, Glasowski Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Philipp Oehmke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2271583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 56323541

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Frank Hornig, Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6779522

SAN FRANCISCO Guido Mingels, P.O. Box 191526, San Francisco, CA 94119-1526, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

TEL AVIV Alexander Osang, Hashahaf 20, P.O. Box 8387, 6830466 Tel Aviv-Yafo, Tel. +972 3 6835339

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON René Pfister, Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

DOKUMENTATION *Leitung:* Cordelia Freiwald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johannes Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Thorsten Hapke, Susanne Heitkötter, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzter, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakermeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainier Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moermann, Tobias Mülter, Bernd Musa, Claudia Niesen, Sandra Öhr, Dr. Vasilos Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stäpf, Rainer Staudhammer, Tuisk Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainier Szimmin, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen:
André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2019
Mediaunterlagen und Tarife:
www.spiegel.media

Verantwortlich für Vertrieb:
Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung:
Silke Kassuba

Druck:
Stark Druck,
Pforzheim
FSC FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966
Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:
Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540
Fax: 040 3007-2966
Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing
Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 265,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 187,20

Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland

Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

AbonnentenService

Persönlich erreichbar

Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP19-009, SD19-008 (Upgrade)



Nachrufe



WOLFRAM JÜRGEN MEHL / INTERTOPICS

Costa Cordalis, 75

Er machte es Schlagerfans leicht, in Ekstase zu geraten: Seine Lieder waren maßgefertigt zum Mitklatschen und Schunkeln, »Mexiko« reimte sich auf »irgendwo«, »glücklich sein« auf »Musik und Wein«. Die Frauen, die Costa Cordalis besang, hießen wie viele zu jener Zeit: Carolina, Anna Lena und natürlich Anita – dank ihm bis heute einer der in deutschen Bierzelten meistgegröhlten Frauennamen. Geboren als Konstantinos Kordalis im griechischen Elateia, war er als 16-Jähriger allein nach Deutschland ausgewandert, wo er sein erstes Geld als Barsänger verdiente. Ein Studium der Philosophie und Germanistik brach er ab und wechselte auf die Musikhochschule. Schwarze Haare, feuriger Blick, das Hemd weit geöffnet, war Cordalis in den Siebzigerjahren Dauergast in der »ZDF-Hitparade«. Die Renaissance des Schlagers erschloss ihm in den Neunzigerjahren noch einmal ein junges Publikum. 2004 zog er ins erste RTL-Dschungelcamp ein – und verließ es als König. Costa Cordalis starb am 2. Juli auf Mallorca. AKÜ

Lee Iacocca, 94

Als Henry Ford II den zweiten Mann in seinem Autokonzern am 13. Juli 1978 feuerte, gab er eine knappe Begründung: »Ich mag Sie einfach nicht.« Dabei hatte der so Geschmähte viel für die Firma getan: Er ist einer der Väter des Ford Mustang, der zu Amerikas berühmtesten Automodellen zählt. Lido Anthony (»Lee«) Iacocca übernahm dann den Chefposten beim angeschlagenen Chrysler-Konzern – für ein symbolisches Jahresgehalt von einem Dollar. Chrysler galt als nicht mehr sanierbar. Wenige Jahre später war der heute mit Fiat verbundene Hersteller wieder hochprofitabel – und Iacocca gehörte mit einem Jahresgehalt von 20 Millionen Dollar zu den bestbezahlten Managern der Welt. Der Sohn italienischer Immigranten wurde zum Volkshelden, schrieb Bestseller über seine Karriere und wurde zwischenzeitlich gedrängt, für das Präsidentenamt zu kandidieren – was er ablehnte. Große Sympathien trug ihm sein Einsatz für die Restaurierung der New Yorker Freiheitsstatue und die Rekonstruktion der ehemaligen Einwandererinsel Ellis Island ein. Lee Iacocca starb am 2. Juli im kalifornischen Bel Air. cw

Lisa Martinek, 47

Wer das Glück hatte, die Schauspielerin zu treffen oder mit ihr zu arbeiten, erlebte eine überbordende Begeisterungsfähigkeit. Wenn sie eine Rolle annahm, wollte sie sie bis zum Bersten mit Leben füllen. Sie war die Idealbesetzung für die Darstellung einer blinden Anwältin in der TV-Serie »Die Heiland« (2018). Martinek ließ die Zuschauer spüren, was es bedeutet, so gut wie nichts sehen zu können, und zeigte ihnen gleichzeitig, dass andere Sinne zählen. Ob als Fahrradkurierin in »Härte-test« (1998), als Kitsch-autorin in »Die Zürcher Verlobung« (2007) oder als Gastwirtin in »Willkommen im Westerwald« (2008), sie gab ihren Figuren, wovon sie selbst viel besaß: Humor, Charme, Neugier und Wil-lenskraft. Lisa Martinek



FRANK HOEFER / SVEN SIMON

starb am 28. Juni nach einem Badeunfall im italienischen Grosseto. LOB

Armin Klümper, 84

Zumindest in Westdeutschland gab es keinen umstritteneren Sportmediziner als den Radiologen aus Freiburg. Viele Spitzensportler verehrten den Mann mit dem Ziegenbart, weil er Tag und Nacht für sie da war, ungewöhnliche Behandlungen anwandte und sie in ihrem Streben verstand: alles zu tun, um noch bessere Leistungen zu erzielen. Das führte ihn unweigerlich in die Dopingfalle. Armin Klümper hat Sportlern den »Klümper-Cocktail« verabreicht, sie mit verbotenen Medikamenten versorgt. Das brachte ihn in Verruf. Besonders nach dem Tod der Siebenkämpferin Birgit Dressel, die 1987 an den Folgen der Einnahme von rund hundert Präparaten verstarb. Einige Verbände distanzierten sich. Athleten kamen dennoch weiter in seine Mooswald-Klinik. Zur Jahrtausendwende zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück. Armin Klümper starb am 23. Juni in Kapstadt. ULU



HERBERT PFARRHOFER / DPA

Personalien



HANNES HUBACH / NIKO FILM

Unter Strom

● Superhelden sind besonders bei Jungs und jungen Männern beliebt, weibliche Idole wie Wonder Woman bleiben da bislang eher die Ausnahme. Die Berliner Schauspielerin **Victoria Schulz**, 28, spielt nun in dem Film »Electric Girl« (Kinostart: 11. Juli) die Synchronsprecherin Mia, die sich bei der Arbeit so sehr mit der Helden eines japanischen Animationsfilms identifiziert, dass sie irgendwann glaubt, selbst Superkräfte zu entwickeln. In dem knallbunten Film der Regisseurin Ziska Riemann

lädt Schulz die Leinwand Bild für Bild mit Energie auf und lässt offen, ob es sich bei Mia um eine manisch-depressive Frau mit Wahnvorstellungen handelt. Sie habe jedenfalls, so Schulz, bei den Dreharbeiten »unter Strom« gestanden und wenig geschlafen, um die ruhelose und umtriebige Helden spielen zu können. Der Jungstar, der in TV-Serien wie »Dead End« und »Der Bulle und das Biest« mitgespielt und einige Kurzfilme gedreht hat, glaubt, dass man neben Talent nicht zuletzt ein gut ausbalanciertes Selbstbewusstsein brauche, um in diesem Beruf Erfolg zu haben. Ein zu großes Ego könne auch zum Problem werden: Arrogante Schauspieler wolle niemand. LOB



Schuhe für die ganz Schlauen

● Der dritte Sohn des französischen Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy war bislang eher mit seiner Vorliebe für Waffen und Militär aufgefallen. Jetzt überrascht **Louis Sarkozy**, 22, mit einem Auftritt in der Lifestylebeilage der spanischen Zeitung »El Mundo« als Schuhdesigner. Er posiert auf dem Cover mit seiner Hündin Phasma im Arm und selbst kreierten Mokassins

an den Füßen. Der »Denkersohn« des ehemaligen Präsidenten, so das Blatt, hat eine Kollektion für eine spanische Schuhmarke entworfen. Louis Sarkozy hat seine zunächst angestrebte Militärlaufbahn aufgegeben und auf ein Philosophie-und-Religions-Studium in New York umgesattelt. Das neue Interessengebiet von »sarko_junior«, wie er sich auf Instagram nennt, findet auch in seiner Kollektion Widerhall: Die handgefertigten Mokassins in limitierter Auflage für rund 300 Euro heißen »Curie« für

Marie Curie, »TJ« für Thomas Jefferson, »William« für Shakespeare oder »Sigmund« für Freud. Statt mit hübschen Mannequins wirbt der Philosophiestudent mit Fotos von Intellektuellen. Mit der dritten Frau seines Vaters, Carla Bruni, verstehe er sich prächtig, sagte er der »Times«. Auf den Rat des ehemaligen Models ver lasse er sich voll und ganz. Der Einstieg lief gut für die kleine Produktion: Seit dem Verkaufsstart Ende April wurden mehr als 300 Paar Sarko-Schuhe verkauft. PE

Alles, für immer

● Die Oscarpreisträgerin **Gwyneth Paltrow**, 46, baut ihr Geschäft für ebenso umstrittene wie belächelte Lifestyleprodukte unaufhörlich aus. Seit 2008 verbreitet sie online Tipps für ein gesünderes, besseres, erfüllteres Leben – und verkauft Produkte, die dazu passen. Vergangenen Samstag eröffnete Paltrow den ersten »Goop Health Summit«, einen Wellness-Event, außerhalb der USA in Lon-



THEO WARGO / WIREIMAGE / GETTY IMAGES

don. Das Unternehmen Goop wird inzwischen auf einen Wert von 250 Millionen Dollar geschätzt. Es gibt, was der Mensch für einen gesunden Lifestyle à la Paltrow so benötigt – alles für ewiges Glück und jugendliche Schönheit. Paltrow erklärte in ihrer Begrüßungsrede den 250 Gästen in London, es gehe darum, »eine neue Version des Selbst« zu kreieren, berichtete der »Sunday Telegraph«. Goop sah sich seit Bestehen immer wieder Vorwürfen ausgesetzt, nutzlose Pülverchen oder sogar gefährliche Methoden anzupreisen. Hollywoodschauspielerin Paltrow ist die zentrale Werbefigur für ihre Firma. Kürzlich erklärte sie, sie würde jedes noch so seltsame Reinigungsritual vollziehen, nur das Trinken des eigenen Urins komme nicht für sie infrage. KS

Neue Talente

● Im nächsten Jahr soll es eine neue Fashion-Wettbewerb-Serie mit **Heidi Klum**, 46, Deutschlands ewigem Topmodel, in der Jury geben. Bei »Making the Cut« von Amazon Prime wird sie sich auf die Suche nach dem nächsten großen Modelabel machen. Zwölf Unternehmer und Designer werden gegeneinander antreten, um eine Million Dollar zu gewinnen. Das Prinzip ähnelt der Serie »Project Runway«, in der Klum bereits in 16 Staffeln versucht hat, vielversprechende Talente unter Modeschaffner zu identifizieren. Bei »Making the Cut« soll das Label im Vordergrund stehen. Umsatz wird schon vor dem Finale dank Amazon ermöglicht: »Wenn man ein Design sieht, das man liebt, kann man es kaufen. Das ist nicht nur für die Kunden, sondern auch für unsere Designer toll«, schwärmt Klum im »Hollywood Reporter«. Die erste Folge wurde vergangenen Dienstag in

Paris gedreht; zu den berühmten Gastjuroren zählt **Naomi Campbell**, 49. »Ich liebe die meisten Marken, ich gehe nicht nach dem Namen«, sagte Campbell kürzlich der »Harper's Bazaar«. Auch für zehn Dollar würde sie sich Kleidung kaufen, die ihr gefällt. Eine gute Voraussetzung für die Unterstützung frischer Talente. RED



STEFANIE KEENAN / GETTY IMAGES



DMITRI LEITSCHUK / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

»Mit allem Nötigen«

Als der ehemalige Truppenübungsplatz nahe dem mecklenburgischen Lübtheen in Flammen steht, beschließt Katharina Lehnert, 22, zu handeln. Sie gründet ein Helfernetzwerk – und wird überrascht von den Reaktionen.

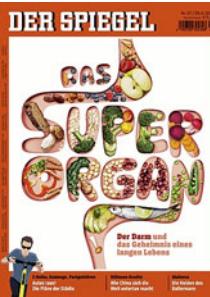
● »Die Bilder von dem Waldbrand bei Lübtheen haben mich getroffen. Ich wohne in Schwerin, eine knappe Stunde von dem Gelände entfernt. Als ich mir vorgestellt habe, in welcher Not sich die Menschen dort befinden, wurde mir klar, dass ich helfen muss. Also gründete ich eine Facebook-Gruppe, um die Helfer untereinander zu vernetzen. Innerhalb kürzester Zeit traten über 3000 Leute der Community bei, auf meinem Handy sind seitdem Hunderte Nachrichten erschienen.

Die Menschen vor Ort schreiben mir, was gerade benötigt wird, andere bieten Sachspenden an. Ich versuche, das alles zu koordinieren – für die mehreren Hundert Evakuierter ist die Lage schlimm genug. Viele von ihnen mussten ihr Zuhause Hals über Kopf verlassen, sie haben gerade mal ihre Papiere bei sich, sonst nichts.

Zunächst benötigten sie eine Unterkunft. Zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen schrieben mich an. Wer kein Gästzimmer hatte, bot den Platz auf der Couch an, Campingfirmen stellten Wohnwagen und Zelte zur Verfügung. Aber auch andere Sachspenden wie Hygieneartikel, Nahrungsmittel oder Kleidung werden dringend benötigt – bisher konnte man da total auf die Bevölkerung zählen, die Hilfsbereitschaft ist sehr groß. Es sind zentrale Sammelstellen wie Turnhallen entstanden, in denen Kuchen oder belegte Brote abgegeben werden können. Vor allem für die Einsatzkräfte ist das wichtig: So können sie sich in kurzer Zeit mit allem Nötigen versorgen und dann wieder zurück an die Arbeit gehen. In der Facebook-Gruppe wurden auch Pferdeanhänger angeboten für Menschen, die ihre Tiere nicht allein zurücklassen wollten.

Der Brand ist mittlerweile eingedämmt, die meisten sind einfach nur froh, wenn jetzt wieder der Alltag losgeht und sie zurück in ihr Zuhause dürfen. Auch ich kann dann aufatmen – die letzten Tage war ich pausenlos am Handy, habe kaum geschlafen. Aber es hat sich gelohnt.«

Aufgezeichnet von Anna-Lena Jaensch



»Ballaststoffe sind für den Darm ein Muss: eine wichtige Erkenntnis, die bei vielen Lesern zu einer besseren Gesundheitsprognose führen könnte.«

Peter Hülcker, Norderstedt (Schleswig-Holstein)

Entsprechende Organe

Nr. 27/2019 Das Superorgan – Der Darm und das Geheimnis eines langen Lebens

Seit über 60 Jahren lese ich den SPIEGEL und habe mich in jüngerer Vergangenheit schon oft über recht lasche Artikel und abseitige Titelbilder geärgert. Mit dem Darm-Titel scheinen Sie nun der Apotheker-Zeitung Konkurrenz machen zu wollen. Der dazugehörige Artikel mag für Wissenschaftler interessant sein und gehört daher in entsprechende Organe wie zum Beispiel »Science«. Aber nicht in den SPIEGEL!

Heinz Tenbusch, Hattingen (NRW)

Ich freue mich, dass dieses wichtige und sehr unterschätzte Thema aufgegriffen wurde und sogar auf dem Titel ist. Man kann die Leute nicht genug darauf hinweisen, dass sie sich um ihre Darmflora kümmern sollen. Ihr Artikel klärt sehr gut und fachlich auf. Die Bilder und Diagramme sind gelungen und hilfreich. Eine Anregung hätte ich jedoch: Für den Fall, dass Sie erneut einen derartigen Artikel verfassen sollten, würde ich mich freuen, wenn Sie das Thema der Darmsanierung ansprechen könnten. Denn ist der Darm zum Beispiel durch eine Antibiotikakur geschädigt, gibt es verschiedene Methoden, die Darmflora wieder auf Vordermann zu bringen.

Ivo Eckle, Bremerhaven

Vor einigen Jahren stellte ich meine Lebensweise um, ich wollte ursprünglich meine Kniegelenksarthrose auch über die Nahrung bekämpfen. Seitdem ist meine Ernährung gemüse- und obstlastig. Meine Vollkornbrote backe ich selbst, Mehl und Schrot bekomme ich in ausgezeichneter Qualität direkt von meinem Müller (keinen Weizen). Fleisch kommt nicht mehr auf den Tisch, Ausnahme: Fisch. Meine Mikroben werden kräftig gefüttert. Manche Gewürze nehme ich in Massen zu mir (Kurkuma, Ingwer, Chili, Zimt, Pfeffer). Seitdem hat sich mein Allgemeinbefinden massiv verbessert. Es ist nicht nur das Fehlen von Krankheiten, sondern ein simples »Besserfühlen«. Um meine im Grunde etwas einseitige Ernährung zu überprüfen, machte mein Hausarzt auf meinen Wunsch einen sehr umfangreichen Bluttest. Sein Kommentar zu den Werten: »Ändern Sie bloß nichts, Sie machen alles richtig.« Körperlich bin ich ausgesprochen leis-



GETTY IMAGES

Ballaststofflieferant Birnen

tungsfähig. Ach so, meine Kniegelenksarthrose bemerke ich kaum noch.

Winfried Schütz, Sebnitz (Sachsen)

Fahrlässig bis irritierend finde ich die Erwähnung von Flohsamenschalen in der Liste ballaststoffreicher Nahrungsmittel. Anders als die anderen genannten Dinge sind Flohsamenschalen kein Nahrungsmittel. Wissen Sie, wie sehr diese aufquellen? Und dass sie im Magen damit weitermachen? Und wie viel Wasser man zu sich nehmen muss, um auch nur kleine Mengen Flohsamenschalen so aufzunehmen, dass man nicht daran erstickt? Flohsamenschalen nimmt man für gewöhnlich nur bei bestimmter medizinischer Indikation zu sich – aus genannten Gründen. Wenn ich keine Ahnung hätte, könnte ich nach der Lektüre Ihres Artikels glatt auf den Gedanken kommen, mir etwas Gutes zu tun, indem ich Flohsamenschalen löffle, um meinen täglichen Ballaststoffkonsum zu erhöhen. Ihre Liste lädt dazu förmlich ein.

Mechtild Blankenagel, Berlin

Reine CSU-Angelegenheit

Nr. 26/2019 Nach dem Urteil gegen die Pkw-Maut kommen auf die Regierung gewaltige Forderungen zu

Es ist ein krasses Versagen der gesamten Regierung, dass ein Minister, der so gegen den von ihm geleisteten Amtseid, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und Schaden von ihr abzuhalten, verstößt, so lange im Amt verbleiben kann.

Hagen Lüttge, Fuchstal (Bayern)

Da es sich hier um eine rein bayerische/CSU-Angelegenheit handelt, ist es nur recht und billig, dass der angerichtete Schaden auch von Bayern bezahlt wird – und nicht vom Bund.

Rainer Igel, Ritterhude (Nieders.)

Gemäß dem Verursacherprinzip sollte Horst Seehofer seinen Hut nehmen müssen. Das unerfreuliche Gezerre um die Maut hat nun hoffentlich ein Ende ohne Schrecken für die Betreiberfirmen. Die Idee, diese zu verklagen, ist genauso wenig durchdacht und erfolgversprechend wie die Maut. Die Steuerzahler blechen am Ende auch noch für die Gerichtskosten.

Cora Koltes, Bremen

Jeder soll sich entscheiden

Nr. 26/2019 Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Grünenchefin Annalena Baerbock streiten im SPIEGEL-Gespräch über den richtigen Weg zu mehr Organspenden

Schade eigentlich, die Diskussion um den Paragrafen 218 war sehr lebendig. Eines der beiden Hauptthemen war, wann das Leben beginnt. Jetzt wäre die Diskussion zu führen, wann das Leben endet – und damit die »Menschenrechte«. Denn »Dinge« darf man enteignen. Und das sollte man mit Toten gegebenenfalls tun, um deren Organe dem Gemeinwohl zuzuführen.

Matthias Jäger, Minden (NRW)

Drei Seiten lang wird im Wesentlichen dasselbe wiedergekäut; nicht angesprochen wird jedoch die transparente und gerechte Verteilung der Organe. Da gab es schließlich immer wieder Mauschelen und Verstöße in größerem Umfang. Seit Jahren warte ich auf Medienberichte über eine deutliche Verbesserung dieser Situation. Bis dahin werde ich nicht zustimmen, dass meine Organe anderweitig genutzt werden. Mit einer vorrangig gefühligen Kampagne allein wird man mich nicht als Spenderin gewinnen können.

Gisela Graf, Magdeburg

Annalena Baerbock zerlegt mit einem Satz Spahns Position – denn es ist doch so einfach: Das Zustimmungsrecht darf uns nicht per Gesetz genommen werden. Punkt. Ehrlicherweise müsste Spahn seinen Gesetzentwurf jetzt zurückziehen und den fraktionsübergreifenden Vorschlag (den Baerbock hier vertritt) unterstützen. Wird er so ehrlich sein?

Prof. i. R. Friedrich Pieper, Ulm (Bad.-Württ.)

Frau Baerbock verbreitet mehrere Denkmängel. Sie beschwört zum Beispiel das individuelle Recht auf körperliche Unver-

sehrheit, ohne zu bedenken, dass dieses Recht mit dem Tod immer erlischt. Zudem geht sie davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung spendenbereit sei. Die einzige praktikable Methode ist die Widerspruchslösung, weil nur so auch die Mehrheit der Denkfaulen und Entscheidungsschwachen einbezogen wird. Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende kann man jedem abverlangen. Wer will, dass von seinem verstorbenen Angehörigen irgend etwas weiterlebt, kann zur Organspende doch nur Ja sagen. Und wer das nicht will, kann ohne Probleme zu Lebzeiten sein Nein dokumentieren. Wo ist das Problem?

Wolfgang Schmidt, Lage (NRW)

Die Aussage von Herrn Spahn, dass ein Hirntoter kein Sterbender, sondern verstorben sei, trägt zur Verunsicherung bei. Ein Patient, bei dem ein Hirntod festgestellt ist, ist nicht tot, er wird für tot erklärt. Sein Gehirn ist zwar irreversibel geschädigt, aber er lebt noch. Er muss künstlich beatmet werden, aber das Herz schlägt noch, der Stoffwechsel funktioniert und er hat Ausscheidungen. Um die zu transplantierenden Organe funktionsfähig zu erhalten, sind aufwendige Maßnahmen notwendig. Es wird eine reguläre Narkose durchgeführt, die Organe werden operativ entnommen. Danach wird die Narkose ausgeleitet und das Beatmungsgerät abge-



Abgeordnete Baerbock, Spahn

ANDREAS CHUDOWSKI / DER SPIEGEL

schaltet. Jetzt stirbt der Patient, und nach kurzer Zeit sind alle Vitalfunktionen erloschen. Totenflecken werden sichtbar. Ich halte es für unabdingbar, diese Faktoren so zu benennen. Nur so ist das Vertrauen potenzieller Organspender zu gewinnen.

Michael Scherf, Mainz

Die einen wollen fragen: »Stimmen Sie einer Organentnahme zu?«, die anderen:

»Widersprechen Sie einer Organentnahme?« In beiden Fällen gilt: Wer sich gar nicht entscheidet, aus welchen Gründen auch immer, hat sich automatisch für das Gegenteil entschieden. Diese Selbstverständlichkeit wird seltsamerweise nur gegen die sogenannte Widerspruchslösung ins Feld geführt. Warum sagt man nicht: Jeder Mensch in Deutschland muss sich bei der Beantragung eines Ausweispapiers für eine der beiden Alternativen entscheiden?

Georg Tatzel, Winnenden (Bad.-Württ.)

Kein Mensch hat einen Anspruch auf die Körperteile eines anderen Menschen. Selbst wenn dieser bereits verstorben ist.

Rainer Trendelberend, Düsseldorf

Albert Einstein hielt – vor allem anderen – das freie Individuum für schützenswert. Das schien ihm jedoch nur möglich in einer Gemeinschaft, in der jeder Einzelne seinen Wert danach bemisst, was er seinen Mitmenschen zu geben vermag. Wer das tausendfache Leiden derjenigen kennt, die verzweifelt auf ein Spenderorgan warten – und die kriminellen Methoden, mit denen Privilegierte versuchen, dem eklatanten Mangel auszuweichen –, kann nur die Widerspruchslösung befürworten. Rücksicht auf esoterische Fundamentalisten, die eine egoistische Körperreligion predigen, kann nicht zum Prinzip einer modernen Verantwortungsethik werden, der sich gerade die Grünen verpflichtet fühlen sollten.

Achim Schüßler, Darmstadt

Vielleicht gibt es ja einen dritten Weg, die Menschen zur Organspende zu bewegen: indem man einen finanziellen Anreiz schafft, zum Beispiel eine Reduzierung des Krankenkassenbeitrags oder der steuerlichen Abgaben. Mit solchen Vergünstigungen könnte man ebenfalls Menschen danken, die Blut spenden oder als potenzielle Knochenmarkspender registriert sind.

Patrick Pfefferle, Oberdonven (Luxemburg)

Leider ist auch in diesem Gespräch das Thema Transparenz zu kurz gekommen. Was geschieht anschließend mit den Organen? Wer bekommt als Erstes eine Organspende, wer muss warten? Bleiben die Organe im selben Land? Was passiert, wenn ich im Ausland verunglücke und einen Organspenderausweis dabeihabe? Mehr Transparenz würde vielleicht mehr Menschen zu Organspendern machen.

Marie Mammen, Oldenburg

Flach wie Badelatschen

Nr. 26/2019 Die Ära der High Heels geht zu Ende, der flache Schuh beherrscht die Frauenmode dieses Sommers

Als Anhängerin bequemer Schuhe habe ich mich sehr über diesen Artikel gefreut. Hoffentlich haben die Journalistinnen und Moderatorinnen im Fernsehen ihn auch zur Kenntnis genommen, denn ich sehe sie immer noch fast ausschließlich mit High Heels im Bild.

Birgitt Sperling, Trier (Rhld.-Pf.)

Wie war das noch mal mit der Frauenbewegung um kurz nach 1900? Damals wurden endlich die Korsets abgelegt, die Frauen jahrhundertelang das Atmen erschwert hatten. Höchst unbequeme Stöckelschuhe



Flache Schuhe von Chanel

aber überlebten sogar den Feminismus der Sechziger- und Siebzigerjahre. Unbegreiflich und ärgerlich zugleich. Denn nur in flachen Schuhen – die es übrigens in weit-aus attraktiveren Varianten gibt als abgebildet – laufen wir stark durchs Leben.

Gisela Jaschik, Barnstedt (Nieders.)

Ihre Schuhgeschichte war so flach wie Badelatschen und hat mit Gleichberechtigung meiner Meinung nach nichts zu tun. Sie nehmen die gleiche Reduzierung der Frau auf einen Körperteil vor, wie sie seit Jahrzehnten praktiziert und leider auch akzeptiert wird. Solange Sie über Äußerlichkeiten nur bei Frauen – und nicht bei Männern – berichten, zeigen Sie nur, dass ein Umdenken bei Ihnen nicht einmal begonnen hat. Für mich auch unverständlich, wieso Sie sich so vor der Firma Birkenstock in den Staub werfen und deren Namen sage und schreibe zehnmal erwähnen.

Sabine Köhler, Konstanz

Ausgezeichnet geschrieben! Zum ersten Mal bekommt der Leser – im fortgeschrittenen Alter – eine Ahnung, welche Tortur es für die Füße der Frauen sein muss, wenn sie Stöckelschuhe tragen.

Dr. Klaus Brink, Bad Soden am Taunus (Hessen)

Korrektur

zu Heft 27/2019, Seite 42: Wie berechnet man den Wert von Liebe, Herr Nassall?

Nicht der Bundesgerichtshof, sondern zuvor das Oberlandesgericht Brandenburg hat entschieden, dass der Beklagte einen prozentualen Anteil an einer Schenkung zurückzahlen muss.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus der »Frankfurter Rundschau«:
»Auch das Ukulele Orchestra of Great Britain greift wieder in die Tasten.«

WAFFENRECHT

Länder planen Verschärfung bei Messern

Aus »Wild und Hund«

Aus einer Anzeige des Schützenvereins Lohne in der »Oldenburgischen Volkszeitung«: »Nach dem Motto ›Zwischen Leber und Milz passt immer noch ein Pilz‹ werden die Bullenberger die Party rocken.«

Von einem Informationsschild im Stadtwald Gießen: »Bäume brauchen Platz und Licht zum Wachsen ... Alle fünf bis zehn Jahre lichten wir den Wald daher behutsam aus. Vitale, talentierte Zukunftsbäume erhalten dadurch mehr Wuchsraum.«



Aufschrift auf einer Hauswand in Düsseldorf

Aus der »Nordwest Zeitung«: »Sommerhitze – das heißt Brandgefahr. Wie man durch unvorsichtiges Handeln Brände verhindert, erläutert der Edewechter Gemeindebrandmeister Hinrich Bischoff.«

Wegen Brandgefahr
FDP-Politiker fordert Wald-Verbot

Von Zdf.de

Aus dem »Mannheimer Morgen«:
»Nach dem Zusammenstoß zweier Eurofighter mit einem Toten werden nun Erwartungen an die Ministerin laut.«

Der Bonner »General-Anzeiger« über Honigbienenhaltung: »Gewollt ist das Schwärmen von Imkern nicht – manchmal passiert es trotzdem.«

Zitate

Angesichts der Streitigkeiten in der EU vor der Nominierung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Kommissionspräsidentin greift die französische Zeitung »Libération« einen SPIEGEL-ONLINE-Bericht auf (»Verhandeln und verhindern«, 1. Juli 2019):

Ohne dass weder das eine noch das andere Land sich wirklich der Frankophobie oder der Germanophobie zuneigte, bleibt festzuhalten, dass diese Diskussionen erneut die Schwäche des »französisch-deutschen Paars« ans Licht gebracht haben. »Es ist nicht mehr so, dass Deutschland und Frankreich etwas vereinbaren und die Sache damit erledigt ist«, erklärte ein europäischer Diplomat dem SPIEGEL.

Das Schweizer Magazin »NZZ Folio« versucht, bei einer Reise unter Leitung des »Prä-Astronautikers« Erich von Däniken, 84, einem Rätsel auf die Spur zu kommen, dem der SPIEGEL 1973 einen Titel widmete – »Der Däniken-Schwindel« (Nr. 12/1973):



Nichts half gegen den Däniken-Wahn. Und schon gar keine wissenschaftlich fundierte Kritik. So fragte sich der SPIEGEL: Warum ausgerechnet von Däniken der Weltruhm gelang, der anderen versagt blieb – obwohl sie dasselbe Feld beackerten? War von Däniken ein brillanter Geschäftsmann? Ein Paranoide, der auf eine Gesellschaft mit paranoiden Zügen traf? Knapp fünfzig Jahre später stellt sich die Frage noch immer.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in »Räuberlohn« (Nr. 2/2019) über den jahrzehntelangen Streit zwischen deutschen und italienischen Behörden um ein Barockgemälde. Ein Wehrmachtsoldat hatte 1944 das Meisterwerk, das fast 200 Jahre lang im Palazzo Pitti in Florenz hing, nach Deutschland geschafft – seine Enkel weigerten sich, das kostbare Bild ohne Entschädigung herauszugeben.

Vergangenes Wochenende gab das Auswärtige Amt in Berlin bekannt, dass das Gemälde an seinen angestammten Platz zurückkehrt. Außenminister Heiko Maas (SPD) und sein italienischer Amtskollege Enzo Moavero werden zur Rückgabe nach Florenz reisen.



oder digital auf
manager-magazin.de/premium

Mit SPIEGEL+ nutzen Sie die ganze digitale Welt des SPIEGEL.



1 Monat
SPIEGEL+
gratis

Jeden Tag besser informiert: Sie erhalten vollen Zugriff auf alle **Inhalte von SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE**, erfahren im **Newsletter Daily Update** das Wichtigste des Tages und lesen **die digitale Ausgabe** des SPIEGEL schon freitags ab 18 Uhr.

Testen Sie jetzt SPIEGEL+ 1 Monat gratis! Als Abonnent der gedruckten Ausgabe können Sie anschließend für nur € 0,70 bequem weiterlesen.

Jetzt gratis testen:

abo.spiegel.de/upgrade

SPIEGEL+

NEU 1&1 VORTEILSWELT!



1&1 ALL-NET-FLAT

✓ FLAT TELEFONIE

✓ FLAT INTERNET

✓ FLAT EU-AUSLAND

ab **9,99** ~~19,99~~

€/Monat*
Preisvorteil für 12 Monate
ohne Gadget, danach
19,99 €/Monat.

Jetzt neu: Top-Gadget auf Wunsch dazu!*

Sichern Sie sich jetzt aus der neuen 1&1 Vorteilswelt ein cooles Zusatzgerät für Ihr Smartphone. Oder entscheiden Sie sich für 120,- € Preisvorteil in den ersten 12 Monaten.



02602 / 96 96

1&1

1und1.de

*1&1 All-Net-Flat mit 2 GB Highspeed-Volumen/Monat (bis zu 21,6 MBit/s im Download/bis zu 11 MBit/s im Upload, danach jew. max. 64 kBit/s) für die ersten 12 Monate 9,99 €/Monat, danach 19,99 €/Monat. Telefonate in dt. Fest- und Handynetze inklusive sowie Verbindungen innerhalb des EU-Auslands und aus EU nach Deutschland plus Island, Liechtenstein und Norwegen. Mit Smartphone ab 8,- €/Mon. mehr, ggf. zzgl. einmaligen Gerätepreises (Höhe geräteabhängig). Kostenlose Overnight-Lieferung. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €. 24 Monate Vertragslaufzeit. Sonderkündigung im ersten Monat möglich. Bei Auswahl eines Zusatzgerätes aus der 1&1 Vorteilswelt entfällt der Preisvorteil für die ersten 12 Monate, teilweise zzgl. Einmalzahlung (von gewähltem Gadget abhängig). Abbildungen ähnlich. Solange der Vorrat reicht. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, 56403 Montabaur